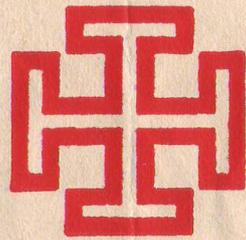


DOMINIK ZGIERSKI

# DIE KURSTADT UNTER DEM KRUCKENKREUZ

**1933** - GEMEINDEPOLITIK IN BADEN WÄHREND DER ÖSTERREICHISCHEN DIKTATUR - **1938**



**Wer Österreich liebt,  
Wer Österreich will,  
Wer Österreich schützt,**

trägt das Band, das uns alle zu Einig-  
keit, Treue und Arbeit für Österreich  
verpflichtet, das **Abzeichen** der

**Vaterländischen Front**

und grüßt allerorts mit

**„Österreich!“**

---

Herausgeber, Eigentümer und Verleger: Vaterländische Front, Amt des Frontführers. Für den Inhalt  
verantwortlich: Dr. Fritz Bod. Sämtliche Wien, I., Am Hof 4. Druck: Waldheim-Eberle A. G.,  
Wien VII.

KATALOGBLÄTTER DES ROLLETTMUSEUMS BADEN, NR. 96

DOMINIK ZGIERSKI

# DIE KURSTADT UNTER DEM KRUCKENKREUZ

**1933** - GEMEINDEPOLITIK IN BADEN WÄHREND  
DER ÖSTERREICHISCHEN DIKTATUR - **1938**

## **Mein Dank gilt folgenden Personen:**

**Dr. Rudolf Maurer**

**Dr. Kurt Bauer**

**Nina Stadelmann**

**Martina Hobik**

**Brigitte Zgierski**

**Franz Reiter**

**sowie Familie Malaniuk, Eckert, Märzweiler, Schilcher und Maurer.**

**Gewidmet  
Nina, Tini, Zweto**

Impressum:

ISBN: 978-3-903016-05-7

Blatt Nummer 96 aus der Reihe „Katalogblätter des RollettMuseums Baden“

© 2015

Für den Inhalt verantwortlich:

Städtische Sammlungen Baden,

RollettMuseum Baden, Weikersdorferplatz 1, 2500 Baden

Öffnungszeiten: täglich (außer Di.): 15.00-18.00 Uhr

Stadtarchiv Baden, Elisabethstraße 61, 2500 Baden

Öffnungszeiten: Mo.-Mi. 9.00-12.00 Uhr

Bitte um Voranmeldung unter 02252/ 48255

oder: rollettmuseum-stadtarchiv@baden.gv.at

Covergestaltung: Dominik Zgierski

Satz, Layout und tw. Bildbearbeitung: Nina Stadelmann

Lektorat: Martina Hobik, Dr. Rudolf Maurer

Druck: Abele, Baden

## Das Vorwort zu einer österreichischen Diktatur in Baden ...

*Im Namen Gottes, des  
Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.  
Präambel der Verfassung von 1934*

*So verabschiede ich mich in dieser Stunde von dem österreichischem Volke mit einem deutschen Wort und einem  
Herzensgruß: Gott schütze Österreich!*  
Abschiedsworte Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg vor dem Anschluss im März 1938

Am Anfang und am Ende stand Gott, dazwischen lag Österreich bzw. der soziale, christliche, deutsche Staat Österreich auf ständischer Grundlage und unter starker autoritärer Führung, wie es der Trabrennplatzrede September 1933 des damaligen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß zu entnehmen war. Es sollte ein mächtiges Österreich werden, durchdrungen von der „Österreich-Ideologie“. Was besagt diese? Unter anderem: *Im österreichischen Raum kristallisiert sich das europäische Geschehen [...] Vom österreichischen Raum hat das Antlitz der Weltgeschichte entscheidende Züge ausgeprägt erhalten, weil die Kräfte und Spannungen des europäischen Geschehens sich in diesem Brennpunkt treffen und von ihm aus zu leiten und zu ordnen sind.*<sup>1</sup>

Dieses Denken war nicht neu. Bereits zu Anfang der Ersten Republik wetterte man im Kreis des rechten Randes des christlichsozialen Milieus gegen *Republik, gegen Demokratie, gegen ‚Marxismus‘, gegen ‚Liberalismus‘, gegen die Friedensverträge von St. Germain und Versailles, häufig auch in antisemitischer Diktion, [...] in der Perspektive einer christlich-katholischen, österreichischen Mission die Errichtung eines künftigen neuen ‚Heiligen Reiches‘ in ‚organischer‘, ‚ständischer‘ Gliederung [...]*<sup>2</sup>. Das neue und wahre Österreich wäre demnach wieder „Erzieher“ des Donaumaumes und damit der slawischen Völker. Österreich als Träger einer Kulturgemeinschaft zwischen Frankreich und Russland, das gesamte Mitteleuropa, von der Nordsee bis zum Mittelmeer. Österreich als Garant eines Bundes freier Völker. Österreich als Neuordner des Donaumaumes. „Zurück zur glorreichen Vergangenheit“ war das damalige Motto. Das Jahr 1918 galt als Urkatastrophe schlechthin, nicht nur politisch und gesellschaftlich, auch moralisch. Anno Domini 1918 erfolgte der Verlust jeglicher Werte und Perspektiven. Die Österreich-Ideologie/Reichsidee wurde als Menschheitsidee dargestellt, und sie sollte die Einheit der Vielfalt schaffen. Die Österreich-Ideologie entspringt dem deutschen Wesen und muss durch Österreich zur Vollendung geführt werden.

Österreich als Führer des Reichswillens für Friede und Gerechtigkeit. Diese Schöpfung, die Wiederherstellung der deutschen Würde, der deutschen Nation, des wahren Reiches, all das geht ausschließlich über Österreich.<sup>3</sup>

Wie sollte das konkret aussehen? Der verhasste Parlamentarismus, das zerstrittene Parteiensystem, die lähmende Demokratie sollten überwunden werden. Mittels Ständen und Räten sollte Österreichs Glorie entstehen. Der Mensch sollte seine Interessen nicht in den Parteien vertreten sehen, sondern in Berufsständen. Der Gegensatz zwischen Betriebseigentümer und Arbeiter sollte aufgehoben werden. Keine Gewerkschaften mehr, stattdessen sind beide (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) in ihrem Berufsstand vereint und vertreten gemeinsam ihre Ziele und Wünsche gegenüber der Politik oder anderen Berufsständen. Ziel der Stände war es, ihre berufsspezifischen Angelegenheiten wahrzunehmen und sich an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen.<sup>4</sup> Der Bürger sollte demnach nicht rechtlos sein.

<sup>1</sup> Emmerich TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933 – 1938 (2.Auflage Wien 2013), S.74, hier zitiert nach: Informationsdienst v. 1. Juni 1935, 15.

<sup>2</sup> Anton STAUDINGER, Austrofaschistische „Österreich“-Ideologie. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage Wien 2012), S. 28-52, hier 29.

<sup>3</sup> Vgl. STAUDINGER, „Österreich“-Ideologie, 2012, S.34.

<sup>4</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.144.

Statt dem Parlament gestalteten Räte die Gesetzgebung mit. Sprich, wollte die Regierung ein Gesetz verabschieden, so gelangte dieses zum Staatsrat, zum Bundeskulturrat, zum Bundeswirtschaftsrat und zum Länderrat. Die Räte berieten und prüften nur, denn die Gesetzesinitiative lag bei der Regierung, schließlich war es ein autoritärer Ständestaat. Eine grobes Schema entnehmen Sie der Darstellung auf Seite 7.

Der Ausgleich von Arbeitnehmer und Arbeitgeber mittels Berufsständen wurde auch von der Enzyklika „Quadragesimo Anno“ postuliert, die am 15. Mai 1931 von Papst Pius XI. veröffentlicht wurde. Rückendeckung gab es somit vom Stellvertreter Christi. Und in Österreich wirkte zudem der Nationalökonom, Soziologe und Philosoph Othmar Spann, der in seinem Werk „Der wahre Staat“ ebenso einen Ständestaat forderte. Gegen Materialismus, Liberalismus und Rationalismus eingestellt, wollte er einen „dritten Weg“ für Österreich, d.h. weder Bolschewismus noch Nationalsozialismus. Allen voran Hetze und Demagogie, Individualismus und Egoismus, für Spann alles Kennzeichen einer Demokratie, waren in seinen Augen ein Grundübel der Gesellschaft. *Der Individualismus macht den Einzelnen zuletzt nur einsam und arm.* Er wollte die Unterordnung des Einzelnen unter eine Gruppe, unter den Staat, unter einen Berufsstand bzw. *ordnet sich der Einzelne dem Weltganzen ein.* Laut Spann war es der innere Wunsch jedes Menschen, *die Flucht zur Gottheit, das Aufgeben des Selbstischen als eines Autarken. Die einzige Aufgabe, die hier vorgezeichnet wird, ist: Die Anknüpfung des Einzelnen an das Ganze zu finden.*<sup>5</sup>

Einer „Mode“ damaliger Zeit folgend, sollte die politische Willensbildung einer Monopolorganisation zufallen; faschistisch organisiert entstand im Mai 1933 die Vaterländische Front, VF – inspiriert/kopiert vom italienischen und deutschen Faschismus – und bildete damit einen österreichischen Faschismus, einen Austrofaschismus. Die Vaterländische Front war keine Partei, sie war eine Bewegung, damit überparteilich – so sahen es zumindest die führenden Protagonisten. Die Bezeichnung Partei wurde strikt abgelehnt, denn nichts sollte an den früheren Parteienstaat erinnern, der in den Augen der neuen Machthaber schließlich gescheitert war, zerbrochen an zersetzenden Debatten und Streitereien. Als alleinige Vertreterin der politischen Willensbildung beanspruchte die VF die politische Totalität.

Eine pointierte Analyse der Österreich-Ideologie bietet der österreichische Historiker Anton Staudinger: *Diese katholische, österreichische Reichs-Ideologie bedeutete nicht nur eine Interpretation der Gegenwart der 30er Jahre aus historischer Rückblende, sondern zielte als Programm auch auf Verwirklichung. Sie benützte religiöse und scheinwissenschaftliche Betrachtung der Wirklichkeit zur Legitimierung politischer Handlungsweisen. Die Reichs-Ideologie könnte mit Kurt Breuning so als ‚säkularisierte rückwärtsgewandte Prophetie‘ beschrieben werden, die aus verklärter Vergangenheit über eine fehlgedeutete Gegenwart politische Aktionsprogramme für die Zukunft entwarf.*<sup>6</sup>

Auch die Leser des „Badener Volksblattes“ konnten sich von der zukünftigen Herrlichkeit überzeugen – Dr. Heinrich Mataja titelte: *Österreich ist eine Kulturmacht.* Er spricht vom christlichen Abendland und der Veredelung Österreichs durch das Christentum, das sich von allen anderen Kulturvölkern sowohl der Vergangenheit als auch der Gegenwart abhebt. Demütig unterwirft sich Österreich aber der Allmacht Gottes, nichts kann dem entgegenwirken, *weder die Göttin der Vernunft der französischen Revolution, noch der Heroismus des Dritten Reiches.* Es ist kein Rückschritt in die Antike. *Nein, wir wissen es, nicht der Mensch ist Maß aller Dinge, sondern Gott.*<sup>7</sup>

Nun ja, der Herr gab und der Herr nahm, und anstatt dass Österreich Europa neu erschuf, verschwand es im März 1938 für sieben Jahre von der Landkarte.

<sup>5</sup> Othmar SPANN, *Der wahre Staat. Vorlesung über Abbruch und Neubau der Gesellschaft* (Graz 1972), S.34f.

<sup>6</sup> STAUDINGER, „Österreich“ *Ideologie*, 2012, S.35.

<sup>7</sup> BVB Nr.1 v. 04.04.1936, S.3.

## **Bundespräsident**

Er hat Mitspracherecht bei der Bestellung der Staatsorgane, wird von den Bürgermeistern auf Basis eines Dreivorschlags der Bundesversammlung gewählt, die Amtsdauer beträgt 7 Jahre.

## **Bundeskanzler/Bundesregierung**

Der Bundeskanzler wird vom Bundespräsidenten ernannt, er schlägt die Regierung vor. Der Bundesregierung obliegt die alleinige Gesetzinitiative.

### Beratende Organe

(Die Regierung ist an die Gutachten nicht gebunden)

#### **Staatsrat**

Wird durch den Bundespräsidenten berufen und durch den Bundeskanzler gezeichnet.

Der Staatsrat besteht aus min. 40 und max. 50 Personen, die Amtsdauer beträgt zehn Jahre.

#### **Bundeskulturrat**

Wird auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten berufen.

Der Bundeskulturrat besteht aus 30 bis 40 Personen, Vertretern aus Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesen, der Wissenschaft und Kunst, die Amtsdauer beträgt sechs Jahre.

#### **Bundeswirtschaftsrat**

Wird auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten berufen.

Der Bundeswirtschaftsrat besteht aus 70 bis 80 Vertretern der Berufsstände, die Amtsdauer beträgt sechs Jahre.

#### **Länderrat**

Besteht aus den Landeshauptmännern, dem Wiener Bürgermeister und je einem mit den Landesfinanzen betrauten Mitglied der Landesregierung/Stadtregerung.

### Beschließende bzw. gesetzgebende Organe:

#### **Bundestag**

Besteht aus 20 Abgeordneten des Staatsrates, 10 des Bundeskulturrates, 20 des Bundeswirtschaftsrates und 9 des Länderrates. Beschließt oder verwirft (nie vorgekommen) Gesetze der Bundesregierung.

#### **Bundesversammlung**

Besteht aus allen vier Räten, erstellt den Dreivorschlag zur Bundespräsidentenwahl (wird vom selbigem einberufen), nimmt den Eid des Bundespräsidenten entgegen und ist für die Beschlussfassung einer Kriegserklärung zuständig.

### 7 Berufsstände: Selbstverwaltung der berufseigenen Angelegenheiten.

- **Land- und Forstwirtschaft**
- **Handel und Verkehr**
- **Freie Berufe**
- **Geld-, Kredit- und Versicherungswesen**
- **Öffentliche Dienste**
- **Industrie und Bergbau**
- **Gewerbe**

Erstellt nach: Mai-Verfassung 1934; Emmerich TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933 – 1938 (2. Auflage Wien 2013); sowie Emmerich TÁLOS, Walter MANOSCHEK, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage, Wien, 2012).

## Warum dieses Katalogblatt?

Was drang von all dem zu uns nach Baden durch? Welche Ausformung erfuhr diese Diktatur in Baden bei Wien? Irgendetwas muss doch bis auf die Ortsebene durchgesickert sein? Die Österreich-Ideologie musste erst die Bundesebene passieren, dann kamen die Länder und die Bezirke, bis schließlich der Badener Gemeinderat, die Badener Bevölkerung und die lokalen Medien das Ergebnis dieses Filterungsprozesses verwerten konnten – wie sah es mit der Inszenierung aus? Und was blieb letztendlich übrig von der angestrebten ständestaatlichen Herrlichkeit, wie wirkte sie sich hier aus, in einer Kurstadt wie Baden?

Neben der Badener Ereignisgeschichte zwischen 1933 und 1938 untersuchte ich einzelne Aspekte dieser Diktatur: das damalige Frauenbild, die Schul- und Jugendpolitik oder die Formen des Antisemitismus – immer im Bezug zur Stadt Baden. Des Weiteren widmete ich mich den Stützen des Regimes wie der Vaterländischen Front oder den einzelnen Wehrverbänden. Wie waren diese in Baden organisiert? Was waren ihre Aufgabenbereiche? Gab es ortsspezifische Charakteristika? Repression und Aufbegehren der Regimegegner ist ebenfalls ein wichtiges Thema.

Ist ein Neuigkeitswert zu erwarten? Durchaus, vor allem dadurch, dass wir uns in Niederösterreich befinden. Als am 1. Jänner 1922 die Trennung von Niederösterreich und Wien endgültig vollzogen wurde, verlor Niederösterreich seine Hauptstadt, einen wichtigen Identifikationspunkt, was dazu führte, dass sich das niederösterreichische Landesbewusstsein in der Ersten Republik (im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern) nur schwach ausbildete. Viel mehr herrschte ein Bezirks-, Stadt- bzw. Ortschaftspatriotismus als „Ersatz“ vor.<sup>8</sup> Nach der Trennung war Niederösterreich von Kleingemeinden dominiert, 88% der Niederösterreicher lebten in Orten mit weniger als 10.000 Bewohnern und nur drei Städte hatten mehr als 20.000 Bewohner (Wr. Neustadt, Baden, St. Pölten).<sup>9</sup> Die politische Situation in Niederösterreich kann als „rote Städte“ und „schwarze Dörfer“ bezeichnet werden. In Baden ist es ein wenig anders. Baden als Stadt war „schwarz“, umgeben von einem „roten“ Umland. Anders ausgedrückt, ein roter Bezirk gegen eine schwarze Bezirkshauptstadt – untypisch für Niederösterreich, und das kann ortsspezifische Entwicklungen begünstigen.

## Quellen

Um über die Geschichte der Stadt Baden zwischen 1933 und 1938 zu schreiben, bieten sich mehrere Quellen an. Zum einen sind es die Ratsprotokolle, die für die Zeitspanne vollständig erhalten sind. Daneben existieren Lokalzeitungen, das christlichsoziale „Badener Volksblatt“, BVB (durchgehend erschienen), die sozialistische „Badener Wacht“, BW (nur bis 1933 herausgegeben), die „Badener Zeitung“, BZ (durchgehend erschienen), als (alt)deutschliberales Lokalmedium, das sich weitgehend aus der Parteipolitik heraus hielt, und die „Neuen Badener Nachrichten“, NBN, eine deutschnational ausgerichtete Zeitung, die in Berndorf 1936 und 1937 herausgegeben wurde. Zusätzlich finden sich einzelne Aktenbestände im Badener Stadtarchiv und im Niederösterreichischen Landesarchiv: Polizeiprotokolle, Schriftverkehr zwischen Behörden, Vereinen, einzelnen Bürgern usw. Die Vollständigkeit ist nicht immer gegeben, Lücken tun sich auf, Korrespondenzen reißen einfach ab.

Bezüglich der Sekundärliteratur bietet sich für Baden vor allem die Biographie Josef Kollmanns (2000) von Hans Meissner an, die ungedruckte Diplomarbeit von Veronika Oeller, „Raum Baden zwischen 1933 und 1938. Fallbeispiele aus Baden und Traiskirchen (Möllersdorf)“. Hier wurden die Sekundärliteratur und die Badener Lokalzeitungen ausgewertet, jedoch nicht die Akten des Stadtarchivs Baden. Äußerst hilfreich war zudem das Katalogblatt „Illegale politische Aktivitäten in Stadt und Bezirk Baden“ erschienen Ende 2014, von Clemens Andreasch.

Eingebettet ist meine Arbeit in die allgemeine Literatur zum Ständestaat/Austrofaschismus, die in der Monographie von Emmerich Tálos und in mehreren Sammelbänden zu finden ist.

Zu guter Letzt stellt sich die Gretchenfrage, wenn über die Jahre 1933 bis 1938 in Österreich geschrieben wird. Welchen Namen gebe ich dieser Diktatur? Die beiden häufigsten Bezeichnungen Ständestaat und Austrofaschismus haben ihre Vor- und Nachteile, der größte Nachteil beider ist, dass sie leider noch immer ein Politikum darstellen/darstellen können („Schwarz“ sagt Ständestaat, „Rot“ sagt Austrofaschismus). Selbst in den Fachkreisen ist man sich uneins, auch wenn die Wogen nicht mehr sonderlich hochgehen. Ich persönlich wähle die verkürzte Selbstbezeichnung des damaligen Regimes, Ständestaat, werde aber auch von Austrofaschismus sprechen, wenn es thematisch dazu passt, denn selbstverständlich hatte der Ständestaat auch faschistische Komponenten, die von Austrofaschisten propagiert wurden. Demnach verwende ich die Bezeichnung Ständestaat als Überbegriff, in den der Austrofaschismus eingebettet ist.

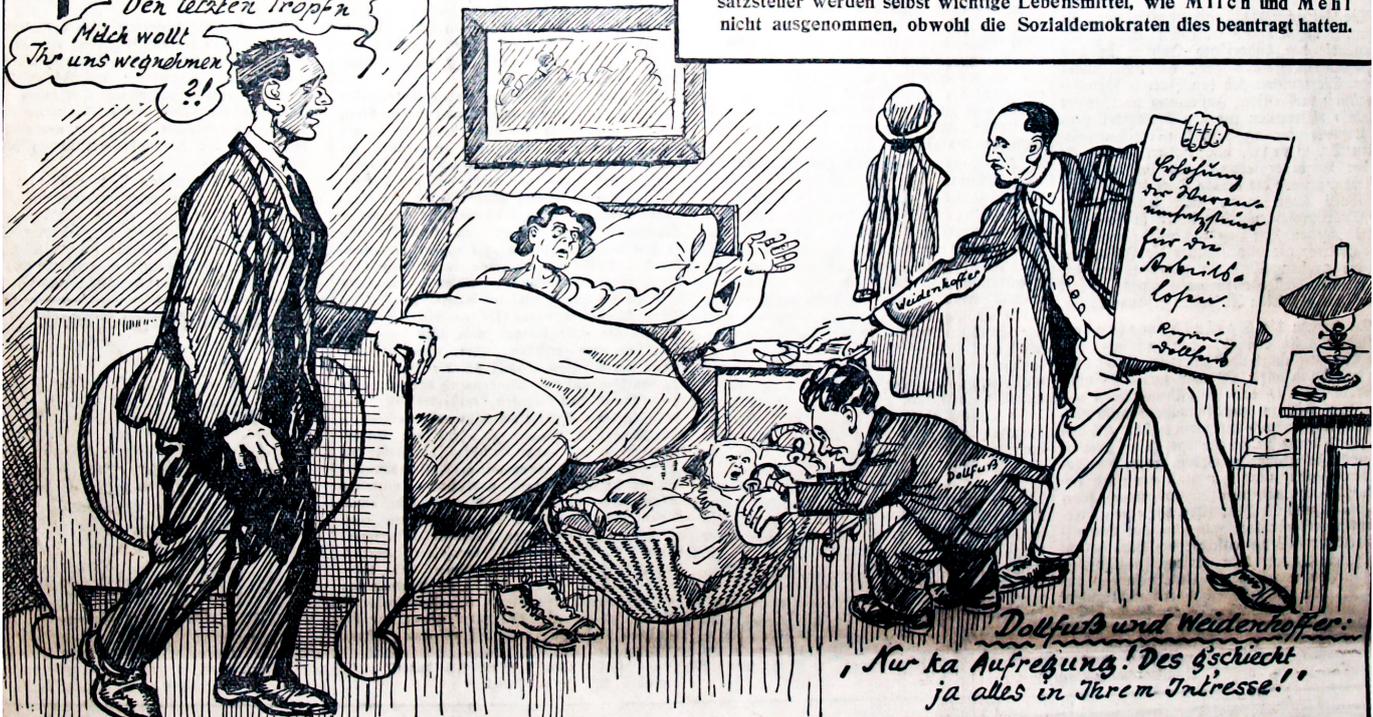
<sup>8</sup> Vgl. Josef PRINZ, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918 – 1938. In: Stefan EMINGER, Ernst LANGTHALER (Hgg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien 2008), S. 41-72, hier 43.

<sup>9</sup> Vgl. Roman PFEFFERLE, Politische Kultur in Niederösterreich: Kontinuitäten und Brüche. In: Stefan EMINGER, Ernst LANGTHALER (Hgg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien 2008), S. 337-371, hier 347.

# Eine sonderbare Hilfe für die Arbeitslosen!

Den letzten Tropfen Milch wollt Ihr uns wegnehmen?!

Die bürgerlichen Parteien haben im Finanzausschuß des Nationalrates gegen den schärfsten Protest der Sozialdemokraten beschlossen, die Warenumsatzsteuer zu verdoppeln. Die Regierung behauptet, keine andere Einnahmsquelle zur Verfügung zu haben, um das Defizit in der Arbeitslosenversicherung decken zu können. Von der Verteuerung der Waren durch die enorme Erhöhung der Warenumsatzsteuer werden selbst wichtige Lebensmittel, wie Milch und Mehl nicht ausgenommen, obwohl die Sozialdemokraten dies beantragt hatten.



# Jognatz, der ewige Hetzer!

Auffress'n müss'n ma s', die Rot'n

Ja, wenn ma uns lass'n!

Das is leichter g'sagt, wie g'macht!

Traut's Euch, Ihr Maulheld'n!



Das Jahr 1932 aus der Sicht der sozialistischen BW. Die parlamentarische Demokratie ist gefährdet. Hauptfeind ist die bürgerliche Regierung. Die Wahrscheinlichkeit einer Diktatur nimmt zu (Oben: BW Nr. 33 v. 12.08.1932, S.12. Unten: BW Nr. 7 v. 12.02.1932, S.12).

# Vorgeschichte: Stimmungsbild im Spiegel der Badener Lokalzeitungen und Lokalpolitik – 1932 bis zur Ausschaltung des Parlaments am 5. März 1933

*Gleichheit unter Gleichen  
Unterordnung des geistig Niederen unter das geistig Höhere  
Das sind die Baugesetze des wahren Staates!<sup>10</sup>  
Othmar Spann, Der wahre Staat*

Sie kam nicht aus dem Nichts, diese Diktatur. Auch wenn wir mit dem 5. März 1933 („Selbstausschaltung“ des Parlaments) ein konkretes Datum vorfinden, so gab es lange davor Anzeichen, die in Richtung Diktatur wiesen. Verhärtete politische Fronten, Weltwirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, erhöhte Gewaltbereitschaft, bewaffnete Wehrverbände – das Eine begünstigte das Andere. Der Übergang in die Diktatur vollzog sich in mehreren Schritten/Phasen, es war ein Konstituierungsprozess. Die Zeit von 1932 bis März 1933 kann als „Latenzphase“ bezeichnet werden. Auf Bundesebene haben wir den Bruch der bürgerlichen Koalition (Christlichsoziale Partei CSP und Großdeutsche Volkspartei GDVP) aufgrund des „französischen Kurses“ (eine weitere Völkerbundanleihe) der Christlichsozialen, den die Großdeutschen nicht mittragen wollten. Weiters kam die gescheiterte Zollunion mit Deutschland hinzu, der Machtzuwachs der Nationalsozialisten in Deutschland, und in Österreich die bereits erwähnten Krisen wie Arbeitslosigkeit usw.



Die BW zeichnete stets ein düsteres Bild vom zukünftigen Europa. Gescheiterte Weltwirtschafts- und Abrüstungskonferenzen, das Erstarken des Nationalsozialismus ließ keine Hoffnung aufkommen, ein künftiger Krieg kündigte sich bereits an. Auch die Stimmungslage der anderen politischen Lager war ähnlich, allerdings hatte jeder ein eigenes Konzept, wie den zahlreichen Krisen zu begegnen sei (BW Nr.43 v. 27.10.1933, S.12).

<sup>10</sup> SPANN, Der wahre Staat, 1972, S.207.

Durch die Zuspitzung der allgemeinen Lage werden in der Regierung Dollfuß die Rufe nach einem Systemwechsel immer lauter<sup>11</sup> und der noch am Anfang seiner Amtszeit als Kanzler aufrechte Demokrat Engelbert Dollfuß beginnt zu wanken.<sup>12</sup> Krisen solchen Ausmaßes können nur mit diktatorischen Mitteln bereinigt werden, war der damalige Tenor – das haben selbst die alten Römer beherzigt. Und außerdem, so die damalige Denkweise, was spreche gegen eine Diktatur? Blickt man über den Tellerrand, über die Grenzen Österreichs hinaus – wir befinden uns in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts – so finden sich genug Staaten, die dem demokratischen Parlamentarismus abgeschworen haben. Im Süden das faschistische Italien und eine Königsdiktatur im S.H.S. Staat (später Jugoslawien), im Osten ein Reichsverweser auf dem vakanten ungarischen Thron, im Westen die Nationalsozialisten, im Norden eine tschechoslowakische Republik mit Parlament, doch gleich nördlich davon eine mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete polnische Regierung. Und dann noch Russland, Rumänien, Bulgarien, die baltischen Länder usw., alles keine Demokratien, in Spanien brodelt es bereits, in Portugal ebenso – aber zurück nach Österreich in den Schwefelkurort Baden bei Wien.

Die Badener Parteimedien „Badener Wacht“ (BW) und „Badener Volksblatt“ (BVB) berichten nicht nur über Stadt und Bezirk, auch Land und Staat sowie internationale Politik gehören zu ihrem Repertoire, und als Interpretationsbasis allen Geschehens gilt die jeweilige Ideologie. Den Titelseiten des Jahres 1932 fehlt es nicht an Dramatik. Die sozialistische BW lässt Nationalrat Felix Stika zu Wort kommen, und er bezeichnet das neue Jahr als „Jahr der Entscheidungen“. Der Kapitalismus, so heißt es, ist am Ende, die Zukunft gehört dem Sozialismus, aber: *Das Bürgertum ahnt und fürchtet diese Entwicklung. Die Kapitalisten warten gottergeben auf ein Wunder. Sie sind weder fähig noch willens, die Wirtschaft auf neuer Grundlage aufzubauen.* Diese Unfähigkeit zieht schwerwiegende Folgen nach sich, und die zukünftige Entwicklung wird vorausgeahnt: *Die Angst vor dem eigenen Unvermögen und den Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs verleiten gewisse Kreise des Bürgertums zu gefährlichen reaktionären Experimenten. [...] Die Kapitalisten pfeifen auf die Demokratie, wenn sie mit Hilfe einer Diktatur ihre Macht behaupten können. Ist es in Deutschland ein Hitler, so in Österreich ein Starhemberg, der den Wirtschaftsbankrotteuren die ersehnte Rettung bringt.* Doch nicht nur das demokratische Österreich ist in Gefahr. *Die politischen Verhältnisse in Mitteleuropa haben sich langsam zu einer ständig wachsenden Gefahr entwickelt. Längst ist Demokratie in Deutschland eingefroren und in Österreich ein politisches Kampfobjekt geworden. Die wachsende politische Spannung kann jeden Tag zu einer Explosion führen.*<sup>13</sup>

In der nächsten Ausgabe der BW wird auf der Titelseite von einem geschichtlichen Wendepunkt gesprochen. *Der Kapitalismus, zumindest in seiner gegenwärtigen Form, kann nicht mehr von langer Dauer sein. [...] Diese schwer erschütterte, wankende Welt des Kapitalismus hat das Vertrauen zu sich selbst verloren, hat keinen inneren Halt mehr, entbehrt jeder moralischen Kraft.* Warnend wird hinzugefügt: *Der Faschismus kann nur scheinbar als eine Rettungsmöglichkeit eines dem Untergang geweihten Systems gelten.*<sup>14</sup>

Nicht weniger dramatisch sieht es das christlichsoziale BVB, auch wenn Feind und Freund anders gelagert sind. In der ersten Ausgabe 1932 reimt sich sogar die Schlagzeile: *Jahreswende ohne Krisenende*, und im Text heißt es: *Niemand glaubt ernstlich an die Hoffnung, dass der Weltfriede gesichert sei. Trotz Völkerbund und Schiedsrichtern! Der Waffenlärm im Fernen Osten ist ein schauriges Echo auf die Friedensvermittlungen von Genf! [...] die Völker wollen keinen Waffengang, der die Schrecken des Weltkrieges nicht nur erneuern, sondern übersteigen würde. Warum rüstet man dann nicht allseits ab? Einfach deshalb, weil man dem Frieden nicht traut. [...] Das Unrecht von Versailles und Saint Germain hat Unheil geboren [...].* Gegensätze der Völker und Staaten werden hervorgehoben und *dass nur das Christentum die Kraft hat Frieden, Ordnung und Ruhe zu gewähren, [...] Moskau oder Rom – das ist die große Entscheidung, die in den nächsten Jahren ausgekämpft werden muss.*<sup>15</sup> Letzten Endes wurde es Berlin.

Die aufgeheizte Stimmung wird durch die reißerischen Schlagzeilen nur allzu deutlich – *Marxisten rüsten zum Bürgerkrieg*, liest der Leser des BVB. Man schreibt von Mordwaffenlagern und weist auf die heuchlerische Einstellung hin, dass man einerseits „Nie wieder Krieg“ skandiere, doch andererseits Waffenlager anlege.<sup>16</sup> Um auf den Ernst der Lage hinzuweisen und um Angst zu schüren, bedient man sich gehaltvoller Ausdrücke und Phrasen.

<sup>11</sup> Vgl. Emmerich TÁLOS, Walter MANOSCHEK, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage Wien 2012), S. 6-25, hier 11.

<sup>12</sup> Vgl. Kurt BAUER, Hitlers zweiter Putsch. Dollfuß, die Nazis und der 25. Juli 1934 (Wien 2014), S.25.

<sup>13</sup> Felix STIKA, in: BW Nr.1 v. 01.01.1932, S.1.

<sup>14</sup> BW Nr. 2 v. 08.01.1932, S.1.

<sup>15</sup> BVB Nr.1 v. 02.01.1932, S.1.

<sup>16</sup> Vgl. BVB Nr.3 v. 16.01.1932, S.2.

# Die Freiheit verschachtet!



# DER ÖSTERREICHER VOR DEN GENFER GELDHERRN.



Über den gesamten Zeitraum der Ersten Republik warfen die sozialdemokratischen Medien der bürgerlichen Regierung vor, Österreich an das Ausland verschachtet zu haben. Nicht die Interessen des Landes stünden an erster Stelle, sondern die des internationalen Kapitalismus (Oben: BW Nr.30 v. 22.07.1932, S.12. Unten: BW Nr.40 v. 30.09.1932, S.12).

„Geplanter Massenmord“, titelt man nach dem Ausheben eines Waffenlagers. Man erwähnt Sprengminen, Brand- sowie Giftgasbomben, die weder bewehrte Kämpfer noch Wehrlose, weder Greis noch Säugling, weder Gesunde noch Kranke und Krüppel, nicht Mann nicht Frau verschonen würden.<sup>17</sup>

Ein Ausgleich sei nicht in Sicht, weder durch Schwarz noch durch Rot. Stattdessen stehen sich eine Regierung mit Diktaturbestrebungen und eine Fundamentalopposition unversöhnlich gegenüber. Felix Stika gegenüber der Regierung Buresch II: *Österreich wird von einem kleinen, aber machthungrigen, klerikal-klerikalen Klüngel beherrscht. Das Parlament hat zwar eine freiheitliche, eine demokratische Mehrheit, aber geführt wird es von einer christlichsozialen Minderheit. Das Unglück ist, dass die christlichsoziale Partei heute das Instrument dieses klerofaschistischen Klüngels geworden ist, der alle Macht für sich usurpiert hat. [...] Keine Duldungspolitik daher der Regierung Buresch gegenüber, die mit dem Faschismus liebäugelt und sich zu einer politischen und sozialen Geißel entwickeln könnte.*<sup>18</sup>



Mittels zahlreicher Darstellungen karikierte die BW die Bemühungen der Bundesregierung die Staatsfinanzen zu sanieren. Stets hatte man die Versuche als nutzlos abgetan – die Last habe immer nur der „kleine Mann“ zu tragen (BW Nr.6 v. 05.02.1932, S.12).

Radikalisierend wirken sich auch der misslungene „Pfrimer-Putsch“<sup>19</sup> und das nachsichtige Vorgehen der Sicherheitskräfte gegenüber den Putschisten aus. *So handelt die Regierung der Republik gegenüber den Feinden der Republik. Gegen die Republikaner, gegen diejenigen, die zur Verteidigung der Republik bereit sind, handelt die Regierung anders. Der daraus gezogene Schluss: Arbeiter! Genossen! Da gibt es nur eines: Ausbau unserer Wehrorganisation, Aktivierung des organisierten Widerstandes, Kampfbereitschaft gegen den Faschismus. Jetzt erst recht!*<sup>20</sup>

<sup>17</sup> Vgl. BVB Nr.4 v. 23.01.1932, S.3.

<sup>18</sup> BW Nr.7 v. 12.02.1932, S.1.

<sup>19</sup> Walter Pfrimer war Landesführer des steirischen Heimatschutzes, der am 12. September 1931 einen Staatsstreich initiierte. Österreich sollte eine Regierung im Sinne der faschistischen Heimwehren erhalten.

<sup>20</sup> BW Nr.3 v. 15.01.1932, S.1. Auch in den folgenden Ausgaben wurde eifrig geworben, wurden Schreckensszenarien erstellt: *Auch du Genosse musst dem Ruf deiner Partei folgen und in die Reihen des Republikanischen Schutzbundes eintreten. Nicht, weil du willst oder deine Genossen es so haben wollen, nein – weil dich deine Gegner, die Gegner der Arbeiterklasse, die Diener der Reaktion, dazu zwingen. [...] Neben dem ohnehin sehr kargen Leben findest du eine ständige Bedrohung deiner Lebensexistenz, deiner Arbeit, deiner Arbeitsstätte, deines Fortkommens.* BW Nr.5 v. 29.01.1932, S.3.

Und was Faschismus für den einen, das war Bolschewismus für den anderen. Dass die Kirchenhetze zunehme und der schädliche Einfluss linker Ideologien verstärkt zu Tage trete, schockierte das BVB, als ein Volksschüler in Blumau sich während des Religionsunterrichtes erhob und laut „Hoch Russland“ brüllte.<sup>21</sup>

Im Badener Gemeinderat stand der Voranschlag 1932 auf der Agenda. Die Vorstellungen darüber gingen, wie zu erwarten war, weit auseinander. Die CSP und insbesondere der christlichsoziale Bürgermeister, Josef Kollmann, hantierten mit frisierten Zahlen, um den wahren Schuldenberg und somit den drohenden Zusammenbruch der Gemeindefinanzen zu verschleiern, war die BW überzeugt.<sup>22</sup> „Aus dem Verwaltungssumpf Baden“, hieß eine Artikelserie des sozialistischen Mediums; Feindbild Nummer 1:



Josef Kollmann (1868 – 1951), seit 1903 Gemeinderat, von 1919 bis 1938 Bürgermeister, zwischendurch von 15. Jänner bis 15. Oktober 1926 Finanzminister, ab 1919 auch Landtagsabgeordneter und ab 1929 auch Obmann des christlichsozialen Nationalratsclubs (Foto: StA B).

Kollmann. Sein autoritärer Führungsstil erlaube keine Kritik, er sei nicht fähig, Fehler zuzugeben. Stattdessen verdrehe er dem Kritiker das Wort im Mund, behaupte etwas, das der Kritiker gar nicht gesagt hatte, oder lenke gleich ab. Außerdem halte er sich nicht einmal an den Voranschlag, den er und seine Partei erstellt haben. Die Anklageliste war lang.

Der schwarzen Verschuldungspolitik in Baden stellte die BW rote Gemeinden gegenüber, die zwar ebenfalls verschuldet seien, aber sinnvoll investiert hätten. In Baden hingegen seien Kollmanns Aushängeschilder wie Strandbad, Trinkhalle und Johannesbad (für die BW Prestigeprojekte eines großenwahnsinnigen Bürgermeisters) allesamt inflationär.<sup>23</sup>

Für die BW hatte „Aus dem Verwaltungssumpf Baden“ ein gerichtliches Nachspiel, denn Kollmann erstattete gegen einzelne Passagen Anzeige. Unbeeindruckt zeigte sich der Angezeigte – Angst habe man keine, Kollmann hingegen schon, denn er versteckte sich hinter seiner Immunität.<sup>24</sup> Nichtsdestotrotz gewann Kollmann den Prozess und der verantwortliche Schriftleiter der BW, Adolf Feik (nicht der Autor des Artikels), wurde wegen „Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre“ nach § 491 StG zu einer Geldstrafe von 50 Schilling oder einer Arreststrafe von 48 Stunden und zum Ersatz der Gerichtskosten verurteilt.<sup>25</sup> Wie erwähnt, Kollmann hatte einzelne Passagen aus dem Artikel geklagt, hätte er den gesamten Artikel angezeigt, war die BW sicher, hätte er den Prozess nicht gewonnen, da man in diesem Fall die Richtigkeit bewiesen hätte.<sup>26</sup> Kollmann empfand es als lächerlich, ihm vorzuschreiben, was er klagen dürfe und was nicht, und es wäre dumm, Dinge zu klagen, die der Wahrheit entsprächen, ließ er durch das BVB mitteilen.<sup>27</sup>

<sup>21</sup> Vgl. BVB Nr.10 v. 05.03.1932, S.2.

<sup>22</sup> Vgl. BW Nr.2 v. 08.01.1932, S.3.

<sup>23</sup> Vgl. BW Nr.3 v. 15.01.1932, S.1.

<sup>24</sup> Vgl. BW Nr.8 v. 19.02.1932, S.4.

<sup>25</sup> Vgl. BW Nr.11 v. 11.03.1932, S.2.

<sup>26</sup> Vgl. BW Nr.11 v. 11.03.1932, S.3.

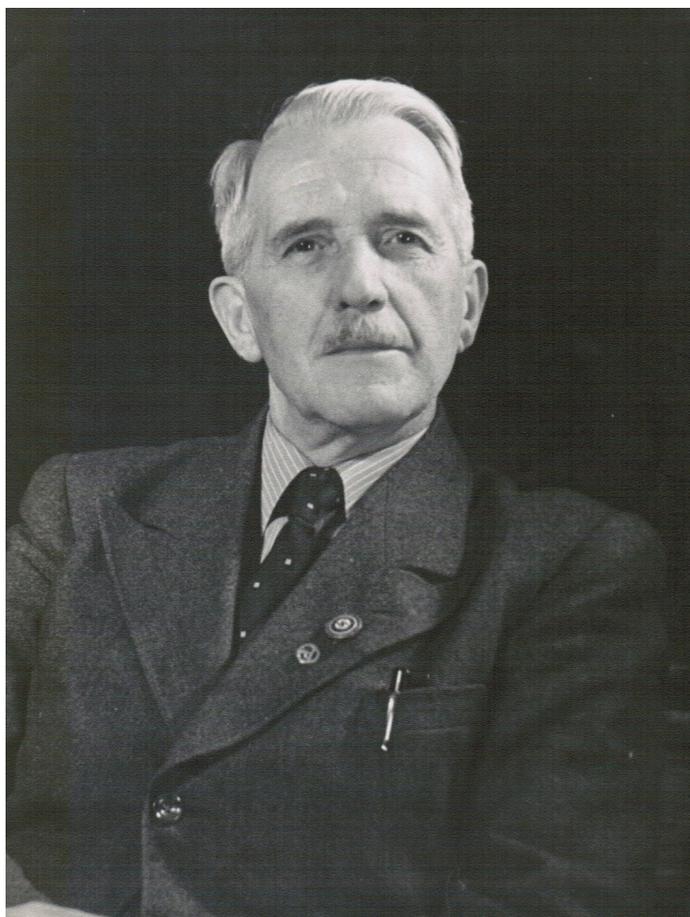
<sup>27</sup> Vgl. BVB Nr.12 v. 19.03.1932, S.1.



Die BW kümmerte es wenig, und sie wettete gegen Kollmanns gesamte Politik und speziell gegen die Kurpolitik. Bezüglich des Strandbades spottete die BW, dass die Gemeinde nichts gegen die Verluste unternehme, stattdessen die Hauptursache für das Defizit dem schlechten Wetter in die Schuhe schiebe. Für die BW war die Sachlage eindeutig, die große Konkurrenz an Strandbädern sowie die Neigung der meisten Menschen, sich dem natürlichen Strandbad zuzuwenden, sei für die roten Zahlen verantwortlich.<sup>28</sup> Auch die christlichsoziale Verwaltung der restlichen Bäder wurde angeprangert. Kollmann betreibe seine Zahlenspiele bezüglich Kurgästen, Ausgaben, Kosten und Gewinnen. Verständlicherweise würden die Heilbäder dadurch vernachlässigt und Kollmann widme sich (erfolglos) nur dem Strandbad, das wiederum keinen Heilsuchenden heile.<sup>29</sup> Den Auftakt der Kursaison habe man ohnehin verschlafen – zuvor wurde mit großem Geschrei alles Mögliche versprochen, doch letztendlich nichts gehalten. Wie so oft kam der Vorwurf der Ideen- und Konzeptlosigkeit auf, sowie des Dilettantismus bei der Ausführung.<sup>30</sup>

Fasst man zusammen, so fehlte es eindeutig an Harmonie. Zwei Ideologien prallten im damaligen Österreich aufeinander, und auf der Gemeinderatsebene musste es unausweichlich zu einem Konflikt kommen, da es schließlich um den Voranschlag ging. Das gerichtliche Verfahren goss zusätzliches Öl ins Feuer. Die Feindschaft fußte auf einem Jahrzehnte alten Badener Gegensatz, die „Roten“ gegen den Bürgermeister und umgekehrt (die CSP trat in Baden hinter Kollmann, ihrem Lokalmatador, deutlich zurück). Es waren vor allem die BW bzw. die Parteimedien generell, die sich einer aggressiveren Sprache bedienten, während die Debatten im Gemeinderat deutlich entspannter von Statten gingen. Medien sind eine wichtige historische Quelle, doch muss man sich eines immer vor Augen halten, *beschränkt sich das über die Regionalpresse ausgetragene Geplänkel [...] auf wenige streitbare Artikelschreiber mit*

*Bildungshintergrund, oder offenbart es tiefer gehende Risse in der Dorfgemeinschaft?*<sup>31</sup> Diese Frage wird sich immer wieder stellen. Fest steht: Zwischen der medialen Berichterstattung (Regionalzeitung) und den Diskussionen im Gemeinderat (Gemeinderatsprotokolle) besteht in Form und Ausdruck ein erkennbarer Unterschied.



Franz Schmid (1877-1953). Von 1924 bis 1933 Gemeinderat, von 1938 bis 1945 Bürgermeister der Stadt Baden (Foto: StA B).

Das Jahr 1932 brachte auch die „Entdeckung“ der Nationalsozialisten mit sich. Da die Badener NSDAP keine eigene Badener Presse mehr hatte (der „Weckruf“ erschien nur von 1923 bis 1925), waren ihre Veranstaltungen der liberalen „Badener Zeitung“ (BZ) zu entnehmen, was nicht bedeutete, dass die BZ Affinitäten gegenüber der NSDAP hegte. Manchmal standen die Veranstaltungstermine unterhalb der angekündigten Gebetsstunden der israelitischen Kultusgemeinde oder der evangelischen oder katholischen Kirche – gelebter Liberalismus.

Die NSDAP erregte ab 1932 die Gemüter. In Baden war es der Gemeinderat und Postangestellte Franz Schmid (er war der alleinige Vertreter der NSDAP im Gemeinderat), der für Schlagzeilen sorgte. Die BW ließ sich darüber aus, obwohl sie einleitend versicherte: *Es ist nicht unsere Art, uns mit Dingen, wie das Hakenkreuz und dessen Trägern zu befassen. Wenn wir diesmal eine Ausnahme machen, so nur deshalb, weil die Schandtat dieser Helden aus ihrem eigenen Mund dargestellt, besonders reizend wirken.*<sup>32</sup> Schmid hatte die SDAP beschuldigt, Schuld am misslungenen Voranschlag zu sein; daraufhin wurde er zuerst vom SDAP-Vizebürger-

<sup>28</sup> Vgl. BW Nr.4 v. 22.01.1932, S.3.

<sup>29</sup> Vgl. BW Nr.6 v. 05.02.1932, S.3.

<sup>30</sup> Vgl. BW Nr.21 v. 20.05.1932, S.3.

<sup>31</sup> Ernst LANGTHALER, Wie aus Dörflern Parteigänger und Patrioten wurden. In: Stefan EMINGER, Ernst LANGTHALER (Hgg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien 2008), S. 371-386, hier 372.

<sup>32</sup> BW Nr.2 v. 01.08.1932, S.4.

meister Franz Schulz und dann von Kollmann „zurecht gestutzt“. Er gab klein bei, doch rühmte er sich, dass er zahlreiche Streiks bei der Post verhindert habe. Diese Aussage war für die BW der Beweis, dass die Nationalsozialisten nur Söldlinge der Unternehmer seien und somit nichts mit Sozialismus und der Arbeitervertretung zu tun hätten.

Als am 9. Jänner 1932 ein Wachmann von einem Nazi und einem Heimwehrmann überfallen wurde, platzte auch dem BVB der Kragen, und für die Brutalisierung wurde Schmid verantwortlich gemacht. Dieser habe keinen Respekt vor der Stadtwache und leider würden sich diese Zwischenfälle häufen – zumal laut BVB ein beträchtlicher Teil der Postangestellten einer „Nazisturmtruppe“ angehörte.<sup>33</sup> Dem BVB entging die Tatsache nicht, dass die nationalsozialistische Ideologie immer mehr Befürworter gewann. Eine Analyse der nationalsozialistischen Rassenidee nach christlichem Standpunkt musste her, um sie zu falsifizieren. Die fundamentale Ideologie des Nationalsozialismus wurde als pure Einbildung bezeichnet – zudem, geschichtlich betrachtet, als eine willkürliche Konstruktion. Auch seien die Angriffe gegen die Katholische Kirche, die anstatt der Starken nur die Schwachen fördere, untragbar, und auch die Aussage, dass von nun an die Moral nicht von Gott bestimmt sei, sondern aus dem Blut entspringe, sei nicht hinzunehmen. Man war erschüttert, dass Tausende Katholiken solch Gedankengut mit ihrem Glauben vereinen könnten, deswegen: *Wir katholische Christen kennen keine Rassenreligion, sondern nur Christi weltbeherrschende Offenbarung, die für alle Völker den gleichen Glaubenssatz, die gleichen Gebote und Heilseinrichtungen gebracht hat. [...] Wir Katholiken kennen kein nationales Kirchengebilde. Katholisch heißt allgemein: Ein Hirte und eine Herde rings auf dem Erdkreise: Das ist der Grundplan des Reiches Christi, feierlich verkündigt vor seinem Kreuzestode.*<sup>34</sup> Man warnte eindringlich den Leser, sich nicht belügen zu lassen, der Nationalsozialismus sei mit dem positiven Christentum unvereinbar.<sup>35</sup> Doch der Aufstieg der NSDAP war nicht aufzuhalten. Am 24. April 1932 hatte man es Schwarz auf Weiß – die Niederösterreichischen Landtagswahlen waren geschlagen.

Als regionale Parteimedien mit Anspruch auf Weltpolitik fochten BW und BVB selbstverständlich auch den Landtagswahlkampf aus. In dramatischer wirtschaftlicher Not sah die BW nicht nur Gemeinde und Republik, sondern auch das Land Niederösterreich – Misswirtschaft, Korruption und Vetternwirtschaft, soweit das Auge reiche, hinzu komme ein aufgeblähter Beamtenapparat.<sup>36</sup> In Niederösterreich versuchte die SDAP, Wähler in der Bauernschaft zu mobilisieren, unter anderem dadurch, dass sie die Bauernkammer in Niederösterreich als *eine Domäne der Großbauern, eine Hochburg des aristokratischen und jüdischen Großgrundbesitzes, eine Vormachtstellung für Klöster und Stiftungsgüter* bezeichnete.<sup>37</sup> Die Interessen der Kleinbauern gingen dagegen unter, dies solle sich dank der SDAP endlich ändern. Für das BVB begann der niederösterreichische Wahlkampf am 2. April, die Osterfeiertage waren vorüber. Es ging darum, das rote System abzuwehren, Zustände wie in Russland nicht zuzulassen. Das BVB wusste genau, was die Folgen eines Regierungswechsels im NÖ-Landtag bedeuteten. *Wenn die Pläne unserer Sozialdemokraten Erfüllung finden, dann können Raubmörder und Verbrecher weiterhin ihr Unwesen treiben, denn auf die scheußlichsten Verbrechen darf es keine Todesstrafe geben, die Raubmörder müssen weiterhin der menschlichen Gesellschaft auf Staatskosten erhalten werden!* Dem wurde die SDAP-Forderung nach Aufhebung des Paragraphen 144 gegenübergestellt: *Der Mord an den Ungeborenen soll straflos sein, so will es die sozialdemokratische Partei.*<sup>38</sup> Das waren nur zwei Wahlkampfthemen, die sich hervorragend dazu eigneten, propagandistisch ausgeschlachtet zu werden. Die beiden Lager standen sich wie eh und je feindlich gegenüber. Für die CSP war der Hauptfeind die SDAP bzw. der Marxismus, und für die anderen war es der Kapitalismus. Die NSDAP hingegen galt als nicht gefährlich, beide Lager sahen dies noch so, und diese Einstellung wurde auch vom späteren Landeshauptmann Josef Reither geteilt.<sup>39</sup> Trotzdem wurde die NSDAP nicht ignoriert. Die SDAP erkannte in ihr einen Konkurrenten und ihr kam es gelegen, als in Hollabrunn eine homosexuelle Beziehung zwischen dem Obmann der jüdischen Kultusgemeinde und einem nationalsozialistischen Gauführer aufgefliegen war. Neben der Anklage wegen „widernatürlichen Liebesbeziehungen“ kam noch Erpressung hinzu, denn ein weiterer Nationalsozialist, ein Gauleiter der Hitlerjugend, beabsichtigte, daraus Kapital zu schlagen. Diese Geschichte war für die BW ein gefundenes Fressen, zum einen konnte man den in ihren Augen heuchlerischen Antisemitismus der Nazis und gleichzeitig die moralische Heuchelei gläubiger Menschen, in dem Fall der Juden, bloßstellen.<sup>40</sup>

<sup>33</sup> Vgl. BVB Nr.3 v. 16.01.1932, S.3.

<sup>34</sup> BVB Nr.7 v. 12.02.1932, S.1.

<sup>35</sup> Vgl. BVB Nr.14 v. 02.04.1932, S.3.

<sup>36</sup> Vgl. BW Nr.10 v. 04.03.1932, S.1.

<sup>37</sup> BW Nr.12 v. 18.03.1932, S.1.

<sup>38</sup> BVB Nr.14 v. 02.04.1932, S.1.

<sup>39</sup> Vgl. Hannes LEIDINGER, Wolfgang MUELLER, Die Christlichsozialen und die Vaterländische Front in Niederösterreich 1918 – 1938. In: Stefan EMINGER, Ernst LANGTHALER (Hgg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien 2008), S. 399-425, hier 417.

<sup>40</sup> BW Nr.14 v. 01.04.1932, S.4.

Die BW trat siegessicher auf, und anhand einer Analyse der politischen Gegner wurde festgestellt, dass man offenbar nichts zu befürchten hatte. *Eines wissen wir aber, der Antimarxismus ist krepirt, krepirt an seiner Verlogenheit und an seinen Widersprüchen.* Die bürgerliche Front war auseinandergebrochen, am rechten Rand formierten sich neue Kräfte, das wurde erkannt, allerdings noch unterschätzt. *Die Heimwehr ist nur mehr ein politischer Kadaver, um den sich heute die Nationalsozialisten raufen. Was die Nazis anbelangt, so wird das Echo in keinem Verhältnis zu dem Lärm stehen, den sie entfachen werden.* Als nächstes waren die Kommunisten an der Reihe, denen die Zerstörung des sozialistischen Blocks angekreidet wurde. *In Österreich ist weder eine faschistische noch eine kommunistische Diktatur möglich. Das wissen die Kommunisten genauso gut wie wir. Aber das hindert sie nicht, der österreichischen Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen.*<sup>41</sup>

Auch im BVB kam es zu einer Analyse der politischen Kontrahenten. Dass der Sozialismus nichts zu lösen wisse, war ein Grundsatz des BVB. Beileid wurde der Großdeutschen Volkspartei (GDVP) schon im Voraus ausgesprochen, da sie an chronischer Verkleinerung litt, nichts anderes traf auch auf den Landbund zu. Besonders amüsiert zeigte man sich gegenüber der NSDAP. Alles nur Schwätzer und Hetzer, Maulhelden und Bürschchen, *die noch fürchten müssen, dass ihnen das Nasentröpfchen die Zigarette verlöscht [...].*<sup>42</sup>



Dem politischen Gegner Heuchelei vorzuwerfen gehörte standardmäßig zum Wahlkampf. Je nach Partei gab es immer wieder kehrende Motive: Waren es Sexskandale bei den Christlichsozialen, bewaffnete „Nie wieder Krieg“-Demonstrationen bei den Sozialdemokraten, so war es bei den Nationalsozialisten die Nichteinhaltung von zentralen ideologischen Versprechen (BW Nr.24 v. 16.06.1933, S.12).

<sup>41</sup> BW Nr.13 v. 25.03.1932, S.1.

<sup>42</sup> BVB Nr.16 v. 16.04.1932, S.1.

Zur gleichen Zeit fanden Bauernkammerwahlen statt, und auch dort war für das BVB die SDAP der Hauptgegner. Als „Volksfremde“ wurden die Sozialdemokraten bezeichnet, und das BVB appellierte an die Leser, keine bürgerlichen Splittergruppen zu wählen, da man dadurch nur die CSP und damit den bürgerlichen Block schwäche und damit dem Erbfeind, dem Marxisten helfe.<sup>43</sup> Für die BW endeten die Bauernkammerwahlen mit einem Erfolg, von 18 Gemeinden im Gerichtsbezirk Baden konnten in 14 Stimmenzuwächse erzielt werden – Baden Stadt war nicht dabei. In Summe erhielt die SDAP bei den Bauernkammerwahlen im Bezirk Baden am 17. April 1932 221 Stimmen. Im Vergleich: 1927 waren es 184 und 1922 151 Stimmen.<sup>44</sup>

#### Ergebnis der Bauernkammerwahlen am 17. April 1932

	N.Ö. Bauernbund	Verband der freien Arbeitsbauern Österreichs	Ständische Bauernvereinigung	Deutscher Hauer- und Bauernbund	Ständeliste des Heimatschutzes	Nationalsozialistische Bauernschaft
Bezirk Baden	1703	226	-	42	-	51
Stadt Baden	411	12	-	4	-	5

Quelle: BZ Nr.32 v. 20.04.1932, S.2

Die niederösterreichische Landtagswahl hingegen endete für die SDAP unerfreulich: 272.274 Stimmen, 1927 waren es noch 291.167 gewesen, ein Minus von 18.893. Punkten konnten die Christlichsozialen, allerdings waren die wahren Gewinner die Nationalsozialisten. Von 34.307 Stimmen 1927 katapultierte sich die Partei auf 110.774 – was dazu führte, dass die CSP ihre Mehrheit im NÖ-Landtag verlor, und das wurde für die BW zum Aufhänger. Nicht die eigenen Verluste standen jetzt im Scheinwerferlicht, sondern das Abdriften der Bürgerlichen ins nationale/faschistische Lager. Zwar wurde betont, dass die GDVP und der Landbund von der NSDAP hinweggefegt wurden, doch Schuld daran sei die Politik Seipels, Vaugoins und des klerofaschistischen Teils der CSP, demnach der Erben Luegers.<sup>45</sup> Auch die Verluste in den zur gleichen Zeit stattfindenden Gemeinderatswahlen in Wien wurden ausgelagert. Als sinnlos und schädlich bezeichnete man das Antreten der Kommunistischen Partei (KP), denn damit seien die Kommunisten schuld, dass die SDAP die Zweidrittelmehrheit in Wien nicht erreicht hatte.<sup>46</sup>

#### Wahlen zum Niederösterreichischen Landtag 24. April 1932

	SDAP	NSDAP	KP	GDVP	CSP	Ständische Bauernvereinigung
Bezirk Baden	15.198 46%	4.363 13%	925 3%	1.246 4%	11.064 34%	20 0%
Stadt Baden	4.391 35%	2.268 18%	132 1%	547 4%	5.356 42%	4 0%

Quelle: BW Nr.18 v. 28.04.1932, S.3

#### Zum Vergleich: Niederösterreichische Landtagswahlen vom 24. April 1927

	SDAP	Völkischer Block	Kommunisten	Einheitsliste*	Landbund
Bezirk Baden	16.888	394	305	15.482	35
Stadt Baden	4.965	22	-	7.494	-

Quelle: BVB Nr.18 v. 30.04.1927, S.18

\*Die Einheitsliste bestand aus der CSP und GDVP

<sup>43</sup> Vgl. BVB Nr.16 v. 16.04.1932, S.3.

<sup>44</sup> Vgl. BW Nr.17 v. 22.04.1932, S.2.

<sup>45</sup> Vgl. BW Nr.18 v. 28.04.1932, S.1.

<sup>46</sup> Vgl. BW Nr.18 v. 28.04.1932, S.2.

Für das BVB hieß es einfach nur „SIEG“. Dabei war die Ausgangslage alles andere als rosig gewesen, denn die anderen Parteien hatten Unsummen für den Wahlkampf ausgegeben, die Stadt wurde mit Flugzetteln und Plakaten zugeschüttet, rief das BVB dem Leser ins Gedächtnis. Trotzdem siegte die CSP, auch wenn die NSDAP massiv dagegen ankämpfte, während sie die SDAP verschonte, so der Seitenhieb des BVB. *Die Nationalsozialisten saugten diesmal alle jene Stimmen auf, die sonst bei jeder Wahl prinzipiell anders wählen, weil sie prinzipiell immer unzufrieden sind.*<sup>47</sup> Die NSDAP wird zudem als „unbeschriebenes Blatt“ bezeichnet, das sich als Partei erst beweisen müsse. Betrachtet man das Wahlverhalten in NÖ 1932, fällt Baden Stadt (nicht Bezirk Baden!) aus dem Rahmen, wenn man es mit Städten ähnlicher Größe vergleicht. In Baden war die CSP stärkste Partei und blieb es auch. Geht man von den Orten mit mehr als 5.000 Einwohnern aus, so hätte es in Baden eine stärkere SDAP geben müssen (um die 44%, in Baden nur 35%) und eine mit der Zeit schwächer werdende CSP (knapp 20%, in Baden hingegen 46%). Was die NSDAP angeht, ist Baden ein gutes Beispiel, dass die NSDAP in größeren Städten deutlich mehr Wähler mobilisieren konnte. Während es in Orten mit weniger als 1000 Einwohnern ca. 10% waren, sind es in Orten mit mehr als 5000 Einwohnern im Durchschnitt 15,8%<sup>48</sup>, in Baden sogar 18%, was sich wiederum mit den restlichen Bezirkshauptstädten deckt, wo im Durchschnitt 17,4 % der Stimmen an die NSDAP fielen. Und selbst die GDVP erreichte in Baden 4%, was sich abermals mit den größeren Städten in Niederösterreich deckt, während in den kleineren Städten/Dörfern die GDVP nur 1,4% der Wähler ansprechen konnte. Da beide Parteien (NSDAP und GDVP) im tertiären Sektor beheimatet waren, ist es nicht verwunderlich, dass in Provinzhauptstädten mit Gerichtsbezirken ihre Wählerschicht am zahlreichsten war.<sup>49</sup>

Am 4. Mai 1932 hielt die Lokalorganisation der Badener SDAP eine Vertrauensmännerversammlung ab, in der unter anderem die Verluste bei der NÖ-Landtagswahl erörtert werden mussten. Es galt, den Verlust von Hunderten Stimmen in Baden Stadt zu erklären. Es wurde festgestellt, dass die NSDAP nur auf Kosten der GDVP und des Heimatblocks Stimmen gewonnen hatte. Die SDAP verlor an die Kommunisten, an die Bürgerlichen, aber vor allem an die Nichtwähler. Trotzdem kam man zu dem Schluss, es gäbe in Baden eine solide Basis. Gleichzeitig rief man für den nächsten Wahlkampf eine neue Parole aus. Es waren nicht mehr die Bürgerlichen die Hauptfeinde, nun hieß es unverblümt *Schlaget den Nazi*.<sup>50</sup>

Auch die CSP Badens analysierte das Ergebnis. Zwar hatte man einen Sieg erringen können, aber dass die bürgerliche Mehrheit auf Landtagebene schwand, konnte nicht bei Seite geschoben werden. Und so brachte das BVB Ausführungen über neue christlichsoziale Schwerpunkte, referiert von einem Mann, der in den Jahren 1933 bis 1938 in Baden noch etliche Male in Erscheinung treten sollte: Dr. Wilhelm Malaniuk.

Er machte auf „neue Wege“ aufmerksam, kombiniert mit „alten Wahrheiten“. Er betonte ausdrücklich, es sei keine kleinliche Kritik an der CSP, aber man müsse aus etwaigen Fehlern lernen. Vier Punkte führte er an: Programm der Partei, Propaganda, Organisationsapparat und Jugend. Da Malaniuk für das Baden des Ständestaates eine zentrale Rolle einnahm, sollten seine Ausführungen näher betrachtet werden, da er ein Stimmungsbild eines Teiles des christlichsozialen Lagers und der Transformation in jenen Jahren wiedergibt.

Malaniuk verteidigt die Notwendigkeit, das Programm der CSP auf einzelne Schlagworte und Phrasen zusammenzufassen, um es den Massen näherzubringen. Allerdings führe das auch zu einer Verflachung der Grundsätze und der Überzeugungen. Um dem zuvorzukommen, sollte die christliche Weltanschauung, das Fundament der CSP, gelebt und vorgelebt werden. Damit erteilt er eine Absage sowohl dem Sozialismus und dem Nationalismus als auch kapitalistischen Ausbeutungstendenzen und beruft sich stattdessen auf wirtschaftlich-christliche Wertvorstellungen, wie sie in einem Ständesystem zu Tage träten. Er findet es nicht notwendig, *dass sich die Partei auf die in unserer Verfassung übergangene westliche Formaldemokratie festlege und somit alle Auswüchse eines früh gealterten Parlamentarismus decke*. Malaniuk stellt zudem fest, dass nicht mehr die SDAP der Hauptfeind sei, schon gar nicht die GDVP, sondern die NSDAP. Dahingehend müsse die Propaganda gestärkt werden, die verständlicherweise in den letzten Jahren zurückgegangen war, da es zwei feste Blöcke gegeben hatte, wodurch große Wählerverschiebungen ausgeblieben wären und somit ein Buhlen um den Gegner kaum sinnvoll erschienen war. Nun jedoch, mit dem Erstarken der NSDAP und der Heimwehr, müsse die CSP erneut lernen zu kämpfen und an ihre Anfänge anschließen. *So geschickt die christlichsoziale Partei in ihren Anfängen auf dem Gebiet der Propaganda war, die von unserem großen Führer Dr. Lueger in geradezu genialer Weise gehandhabt wurde, so sehr wurde sie gerade in letzter Zeit vernachlässigt*. Als nächstes geht er auf die Organisation ein. Man könne nicht verlangen, dass jeder Wähler der CSP

<sup>47</sup> BVB Nr.18 v. 30.04.1932, S.3.

<sup>48</sup> Vgl. Dirk HÄNISCH, Wahlen und Wahlverhalten in der Ersten Republik. In: Stefan EMINGER, Ernst LANGTHALER (Hgg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien 2008), S. 277-309, hier 297.

<sup>49</sup> Vgl. ebd., S.305.

<sup>50</sup> BW Nr.20 v. 13.05.1932, S.3.

sich auch aktiv für die Partei einsetze, und er kritisiert, dass sich die CSP viel zu lange auf ihre Vorfeldorganisationen verlassen habe; katholische Studentenverbindungen, Turnvereine, Bünde usw. Zugleich lobt er deren Arbeit und die christlich geprägte weltanschauliche Festigung der Mitglieder. Seine Kritik bezieht sich auf die Kaderrekrutierung, denn hier habe sich die CSP zu lange auf ihre Vorfeldorganisationen verlassen, anstatt selbst als Partei aus sich heraus neue Führungspersönlichkeiten zu bilden.

Als wichtigster Punkt jedoch erscheint ihm die Jugend bzw. Nachwuchsarbeit. *Sicherlich wäre es gut, ich schicke es voraus, um jedes Missverständnis zu vermeiden, die Jugend möglichst lange aus der Politik heraus zu halten.* Doch damit laufe die CSP Gefahr ins Hintertreffen zu geraten, denn der Gegner schlafe nicht. *Es ist unsere Pflicht als staaterhaltende Partei, die Jugend nicht von vornherein den radikalen Elementen als Spielball zu überlassen.*

Er gibt zu, dass die CSP Nachholbedarf habe und die anderen Parteien im Vorteil seien, *wenn auch in demagogischer Weise, mehr Rechnung zu tragen versprechen – und wann fasst nicht ein Ertrinkender nach der rettenden Hand, die sich ihm hinzustrecken scheint –*, und deswegen müsse die CSP schon zuvor das Wasser abgraben, sodass keine scheinbar rettende Hand mehr notwendig sei.<sup>51</sup>

Zwei Sachen seien herausgehoben. Malaniuk sieht die NSDAP nun als Hauptfeind (was damals bei der CSP noch nicht Usus war, da noch immer der Antimarxismus dominierte). Es kommt zu einem Wandel, die NSDAP wird (in BW und BVB) nicht mehr unterschätzt – im Gegensatz zum niederösterreichischen Wahlkampf, wie wir schon gehört haben.

Und Malaniuk greift indirekt, was eigentlich paradox erscheinen mag, das christliche/konservative Element der CSP an. Die kirchlichen Vorfeldorganisationen seien nicht mehr die primäre Kaderschmiede der CSP, die nun „neue Wege“ beschreiten müsse – der ständische Aspekt rückt in den Vordergrund, dadurch wird deutlich, dass das christlichsoziale Milieu kein monolithischer Block ist.<sup>52</sup> Vereinfacht ausgedrückt, es war ein Konfliktfeld zwischen faschistischen und ständestaatlichen Strömungen (Heimwehren, Vaterländische Front) und dem etablierten christlichsozialen Politikverständnis der Ersten Republik (CSP, Katholische Kirche). Malaniuk gehörte zu ersteren, ein autoritärer Ständestaat war in seinem Sinn. Auf der anderen Seite stand in Baden jedoch der Platzhirsch, Josef Kollmann, Vertreter des „klassischen“ Politikverständnisses der CSP. Dieser Gegensatz prägte Baden von 1933 bis 1938 und wird sich wie ein roter Faden durch die Geschichte spinnen.



Dr. Wilhelm Malaniuk (1906-1965). Er war Jurist, 1934 bis 1938 Gemeindevertreter der Stadt Baden und Bezirkswerbeleiter der Vaterländischen Front, nach 1945 Präsident des Oberlandesgerichts Wien, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes, a. o. Professor der Hochschule für Welthandel, Obmann der Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten, Präsident des Österreichischen Juristentages, Inhaber des Großen Silbernen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich und Komturkreuzes für Verdienste um das Bundesland Burgenland (Vgl. StA B, Partezettel; Foto: StA B).

<sup>51</sup> BVB Nr.21 v. 21.05.1932, S.2f.

<sup>52</sup> Der politische Katholizismus, bestehend aus der Hierarchie der Katholischen Kirche, dem katholischen Vereinswesen sowie der CSP, war ein heterogenes Gebilde. Es umfasste neben der traditionellen Klientel wie der bäuerlichen Bevölkerung, das städtische Kleinbürgertum und einen Großteil der ehemaligen Aristokratie, auch einen schmalen linken Flügel, den der religiösen Sozialisten – die katholische Arbeiterschaft. Daneben gab es noch das rechte Spektrum, das betont katholisch-national auftrat, gruppiert um Persönlichkeiten wie Ignaz Seipel, Engelbert Dollfuß, Kurt Schuschnigg, und das auch Kontakte zu den Heimwehren aufrecht erhielt. Vgl. Ernst HANISCH, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage, Wien 2012), S. 68-86, hier 70.

Zuletzt sei noch ein weiterer Aspekt bezüglich der niederösterreichischen Landtagswahlen eingebracht. Was hielt die liberale BZ von der Wahl bzw. dem demokratiepolitischen Instrument Wahlen/Wahlrecht allgemein? *Er [der Wahlkampf] hat sich eigentlich gar nicht viel bemerkbar gemacht; und das war hübsch von ihm. Viel Schlimmes kann er nicht angerichtet haben, sonst wäre er aufgefallen. [...] Was nicht im Kriminal oder in der Irrenanstalt sitzt, hat gleiches Wahlrecht, der jüngste Hilfsarbeiter und der Universitätsprofessor, die weltfremdeste Ordensschwester und die Prostituierte entscheiden über die Zusammensetzung unserer Vertretungskörper mit genau demselben Gewicht ihrer Stimme wie der Großindustrielle, der Großgrundbesitzer, der Kaufmann, der Advokat. Natürlich wählen die Massen doch nur unter der Rednerpeitsche ihrer Demagogen und so ist wieder einmal der ganze Apparat losgelassen.*<sup>53</sup>

Wenn ein Wahlvorschlag, dann am ehesten Kollmann, der als „Opfer“ stilisiert wurde, der auf verschiedenen Wahlveranstaltungen Sachverhalte aufklären müsse, *die ja gar nicht gesagt werden müssten, wenn nicht der politische Gegner es den Leuten gerade von verkehrter Seite aus beizubringen versucht hätte [...].* Und so keimt im Schreiber etwas Hoffnung, auch wenn er feststellt, bei der Wahl komme es aufgrund des gleichen Wahlrechts *nicht auf deinen Verstand, nicht auf deine Vaterlandsliebe, da kommt's auf dein Papierchen an* (Parteibuch?). Die BZ bringt auch Berichte über die Kosten einer Demokratie. Was kosten Wahlen? Wie finanzieren sich Parteien? Immer in einem negativen Kontext.<sup>54</sup> Auch wenn die BZ in keinsten Weise für eine Diktatur plädiert, eine parlamentarische Demokratie und besonders ein allgemeines Wahlrecht werden alles andere als positiv gesehen – Alternativen waren willkommen. In dieser Hinsicht deckte sich die Meinung der BZ mit den Vorstellungen des autoritären, ständestaatlichen Gedankens – Wahlen wie sie in der Ersten Republik stattfanden (allgemein, frei, geheim, direkt) waren unsinnig, ungerecht und gefährlich. Parallelen finden sich diesbezüglich bei Othmar Spann, der diese Gleichheit der Wähler als die Herrschaft der Mittleren bezeichnet. Und dass die Menschen alle gleich sind – er misst zwar jedem Menschen ein Mindestmaß an Menschlichkeit zu, aber das heißt nicht, sie *seien gleiche Menschen, oder auch nur: sie seien gleich sehr Menschen, denn der Verbrecher / ist weniger Mensch und mehr Tier als der Heilige.*<sup>55</sup>

## **Die braune Mordpest – das Erstarken der NSDAP**

Die NSDAP rekrutierte ihre Wähler aus dem Schober-Block (bürgerlich, ländlich, völkisch, antisemitisch, antimarxistisch) und der GDVP, die letztendlich komplett geschluckt wurde. Die beiden großen Lager (CSP und SDAP) blieben weitgehend immun. Allerdings hatte jeder vierte NSDAP Wähler zuvor noch für die SDAP votiert, während die CSP-Wähler noch „immuner“ waren: Von 100 Wählern der NSDAP hatten zuvor nur 7 die CSP gewählt.<sup>56</sup> Doch werfen wir einen genaueren Blick auf die GDVP, hier gibt es in Baden eine Sonderentwicklung. Grundsätzlich bestand das Problem der GDVP in der Existenz der Partei an sich. In einem Staat, der weitgehend von Deutsch-Österreichern bewohnt wurde, war für eine Deutschnationale Partei wie die GDVP, die sich vor 1918 für die Vormachtstellung der Deutschen in einem Vielvölkerstaat eingesetzt hatte, jetzt keine „wirkliche“ Legitimation vorhanden – zumal auch der Anschluss an Deutschland vom Ausland verboten war. Des Weiteren bestand ihre Klientel aus Beamten, Freiberuflern, Kaufleuten, Gewerbetreibenden, eine Klientel, die auch in anderen Parteien ihre Heimat finden konnte. Angeführt wurde diese Partei zumeist von ehemaligen Spitzenbeamten der Habsburgermonarchie. Es waren Fachleute auf dem Gebiet der Verwaltung, Technokraten, aber keine Politiker, wie sie die 20er- und 30er-Jahre erforderten – Personen, die Massen begeistern konnten. Gleichzeitig standen die Funktionäre der GDVP in vielen Fällen ihren deutschgesinnten Vereinen näher als der Partei, deren Organisationsgrad im Vergleich zur CSP und vor allem zur SDAP sehr gering war. Oftmals als Juniorkoalitionspartner der CSP in der Bundesregierung, den Landesregierungen und auf Gemeindeebene, musste die GDVP ihre Kernthemen Antiklerikalismus oder die Anschlussfrage hintanstellen. Das vergraulte viele Wähler, da man Politik gegen die Stammwählerschaft betrieb: Der Beamtenapparat, mitgenommen aus der Monarchie, musste abgebaut werden. Dass die Wähler dadurch scharenweise davonliefen, liegt auf der Hand, zumal in der NSDAP eine „frische und jugendliche“ Opposition bereit stand, die mit den honorigen Persönlichkeiten aus der Monarchie brach und dynamischer dieselben Kernthemen besetzte. Der letzte Rettungsanker der GDVP war ein „Kampfbündnis“ mit der NSDAP. Doch das beschleunigte nur das totale Aufgehen der GDVP in der NSDAP.<sup>57</sup> *Wie die meisten ihrer Wähler und Wählerinnen wechselte auch die überwiegende Mehrzahl der FunktionärInnen*

<sup>53</sup> BZ Nr.31 v. 20.04.1932, S.1.

<sup>54</sup> Vgl. BZ Nr.48, 49, 50 v. 18.06.32; 22.06.1932; 25.06.1932, jeweils Seite 1.

<sup>55</sup> SPANN, Der wahre Staat, 1972, S.65.

<sup>56</sup> Vgl. HÄNISCH, Wahlen und Wahlverhalten, 2008, S. 295.

<sup>57</sup> Vgl. Christian KLÖSCH, Zerrieben zwischen Nationalismus und Austrofaschismus. Landbund und Großdeutsche Volkspartei und das Ende der deutschnationalen Mittelparteien am Beispiel von Franz Winkler und Viktor Mittermann. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien 2013), S. 87-104, hier 90f.

*nach dem offiziellen Arbeitsübereinkommen zwischen GDVP und NSDAP vom Mai 1933 zu den Nationalsozialisten über. Nur wenige Großdeutsche nahmen zu den Nationalsozialisten eine offen oppositionelle Haltung ein, wie das der Kremser Gymnasiallehrer Mittermann tat [...].*<sup>58</sup>

In Baden war das anders, hier ging die GDVP (die Partei, nicht die Wählerschaft) nicht in der NSDAP auf, sondern in der CSP. Die Entwicklung begann schon in den 20er-Jahren. Nach der Gemeinderatswahl 1921 hatte die GDVP 9 Mandate, bei der Gemeinderatswahl 1924 fanden sich schon 4 der Mandatare auf der Liste der CSP. Drei von ihnen, Adalbert Seyk (1874 – 1947), Friedrich Bernhofer und Anton Schilcher, blieben bis 1938 Gemeinderäte. Auch bei der Gemeinderatswahl 1929 kam es wie zuvor zu innerparteilichen Zerwürfnissen, und abermals fand sich ein GDVP-Mandatar bei der CSP wieder.

Dabei handelte es sich um Dr. Karl Höld (1879 – 1960), und auch er blieb bis 1938 Gemeinderat. Nach der Gemeinderatswahl 1929 stellte die GDVP nur noch zwei Gemeinderatsmandatare.<sup>59</sup> Und als es im Zuge des Ständestaates zur Auflösung aller Parteien kam, blieben die beiden letzten ehemaligen GDVP-Mandatare Franz Trenner und Richard Kurtics auch bis 1938 im Badener Gemeinderat (Letzterer war nach 1945 als ÖVP-Mandatar im Gemeinderat). Betrachtet man den Badener Gemeinderat nach dem Anschluss 1938, findet sich von den bisherigen GDVP-Mandataren kein einziger bei der NSDAP wieder.

Das Erstarren der NSDAP wirkte, wie bereits erwähnt, sowohl auf die SDAP als auch auf die CSP alarmierend. Lösungen mussten her, doch zuvor mussten Sündenböcke herhalten, die den Aufstieg der NSDAP ermöglicht hätten. Für die CSP war die Faktenlage eindeutig: Die parlamentarische Demokratie sei schuld an dem Machtzuwachs. Bei einer Reichskonferenz der Christlichen Arbeiterschaft 1932 in Baden brachte es der christliche Arbeiterführer Leopold Kunschak auf den Punkt: Demokratie in Österreich ist in seinen Augen nichts Gewachsenes, Österreich wäre in die Demokratie hineingestoßen worden, die Menschen seien noch nicht reif, das Verantwortungsbewusstsein fehle noch. Deshalb müsse die Masse zur politischen Reife geführt werden. Allerdings stünden diesem Vorhaben zwei Gegner im Weg. Zum einen die SDAP: *Sie ist es, die das Prinzip des Terrors zu ihrem Lebensprinzip erhoben hat. Die Demokratie als Vorbild zur Aufrichtung einer Diktatur der jüdischen Führung.* Und das zweite Hindernis, die NSDAP: *Ihr Volksstaat, dessen Gestaltung sie nur in nebelhaften Umrissen darzustellen vermögen, wäre nichts anderes als Absolutismus im Zeichen des Hakenkreuzes.*<sup>60</sup> Zum Handkuss kommt sicherheitshalber auch die GDVP. Denn diese weigere sich mitzuarbeiten, obwohl all ihre Forderungen erfüllt worden seien (gemeint ist die Regierungsebene). Nun müsse Dollfuß mit dem Landbund und dem Heimatblock verhandeln, so dass bei gelungener Regierungsbildung nur eine Stimme die Mehrheit bildet. Man dürfe sich also nicht wundern, urteilt das BVB, wenn die Bevölkerung das Vertrauen in das Parlament verliert.<sup>61</sup>

Die SDAP brachte hingegen Neuwahlen ins Spiel,<sup>62</sup> denn die bröckelige Mehrheit im Parlament sei offensichtlich, beschämend sei ferner der Zustand der Regierung, die, wie der Teufel das Weihwasser, Neuwahlen fürchte: *Der Heimatblock, dieser Kadaver einer Partei, stellt noch Bedingungen. Und Dollfuß musste alles schlucken, brav ‚Bitte schön!‘ und ‚Danke schön!‘ sagen, damit er zu einer Mehrheit von einer Stimme kam.*<sup>63</sup>

Derweil konnten sich SDAP und CSP (sowie die Leser der BW und BVB) von der sprachlichen Eloquenz und dem Politikverständnis ihrer NSDAP-Kollegen im niederösterreichischen Landtag überzeugen. Die BW schrieb von Nazi-zirkus und Krawallen, Provokationen, indem *man den Sozialdemokraten „Hoch Habsburg“, „Hoch Windischgrätz“, „Gott erhalte“ zu rief, dabei fielen Phrasen wie: Böhmischer Aff, laß dich aufnorden, Ihr uniformierten Arschlöcher, Halt's die Pappen!* oder Schmankerln wie: *Euch wird noch das Hören und Sehen vergehen, ihr jüdischen Plattfußindianer.*<sup>64</sup> Zu Raufszenen kam es in einer der folgenden Sitzungen,<sup>65</sup> das BVB berichtet entgeistert von den Tumulten im NÖ-Landtag, die die NSADP veranstaltet hatte. *Krawalle, Schimpf- und Schreikonzerte: Ich hau Ihnen die Aktentasche auf den Schädel, Das sind Schweinehunde! Ausgefressene Landtagspfründner! Und Judenknechte seid ihr!*<sup>66</sup>

<sup>58</sup> KLÖSCH, Landbund und GDVP, 2013, S. 100. Der erwähnte Mittermann wurde am 27. Juli 1938 im KZ Dachau erschossen, seine jüdische Frau überlebte den Krieg in Wien als „U-Boot“.

<sup>59</sup> Vgl. ZGIERSKI Dominik, Jesus, Marx und Nibelungen. Die politische Lagermentalität der Ersten Republik in Baden bei Wien (Katalogblätter des Rollett-Museums Baden Nr.88, Baden 2013), S. 11 und S.18.

<sup>60</sup> BVB Nr.20 v. 14.05.1932, S.1.

<sup>61</sup> Vgl. BVB Nr.21 v. 21.05.1932, S.1.

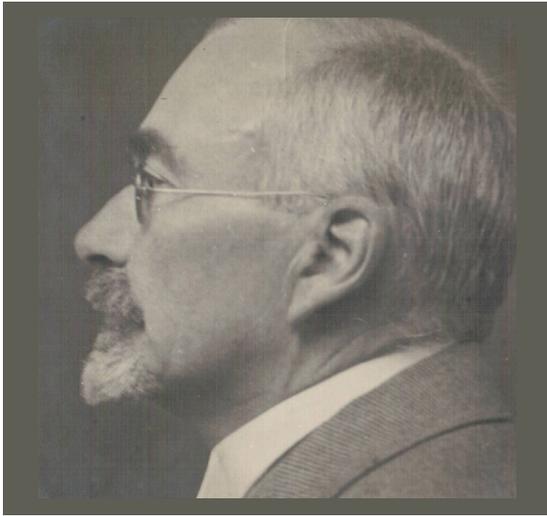
<sup>62</sup> Vgl. BW Nr.19 v. 06.05.1932, S.1.

<sup>63</sup> BW Nr.35 v. 26.08.1932, S.1.

<sup>64</sup> BW Nr.22 v. 27.05.1932, S.3

<sup>65</sup> Vgl. BW Nr.27 v. 01.07.1932, S.1.

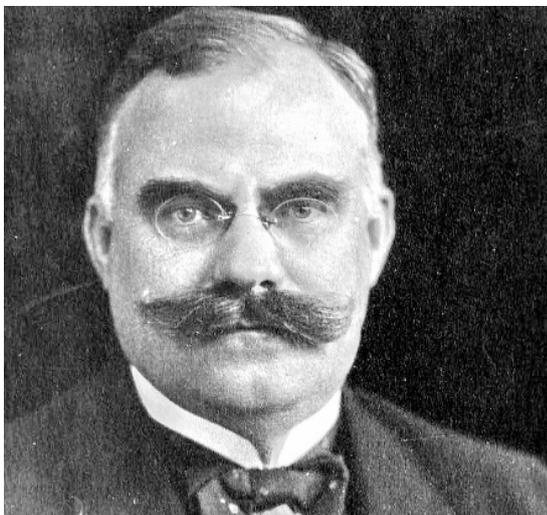
<sup>66</sup> BVB Nr.22 v. 28.05.1932, S.2.



Dr. Franz Trenner (1864 – 1956). Seit 1903 Gemeinderat, von 1904 bis 1919 deutschnationaler Bürgermeister der Stadt Baden, von 1919 bis 1934 GDVP-Gemeinderat, dann Gemeindevertreter bis 1938. Er war seit 1873 Mitglied des Badener Turnvereines, seit 1883 Mitglied der Feuerwehr Baden, promovierte 1889 zum Doktor der Medizin, der Titel Obermedizinalrat wurde ihm 1949 verliehen (Vgl. StA B, Biographisches Archiv; Foto: StA B).



Richard Kurtics (1885 – 1962), Gemeinderat der GDVP von 1921 bis 1934, dann Gemeindevertreter bis 1938. Von 1945 bis 1955 war er ÖVP-Gemeinderat. Als gelernter Apotheker war er beteiligt am Aufbau der österreichischen Pharmazie, er fungierte als Verleger, Schriftführer und Geschäftsführer der „Pharmazeutischen Presse“ und wurde 1931 zum Ehrenpräsidenten des „Pharmazeutischen Reichsverbandes für Österreich“ ernannt (Vgl. StA B, Biographisches Archiv; Foto: [http://www.vaaoe.at/index.php?id=35&content\\_id=103&PHPSESSID=7a7f443d69b462f127d3bc3a4](http://www.vaaoe.at/index.php?id=35&content_id=103&PHPSESSID=7a7f443d69b462f127d3bc3a4)).



Dr. Karl Höld (1879 – 1960) war Zahnarzt, Kurator der evangelischen Gemeinde, von 1921 bis 1929 Gemeinderat der GDVP, dann bis 1934 CSP, anschließend Gemeindevertreter bis 1938 (Foto: StA B).



Anton Schilcher (1872 – 1966) war Kaufmann im väterlichen Betrieb. Seinen Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg leistete er im Garnisonsspital „Peterhof“ in Baden. Von 1919 bis 1938 war er Gemeinderat in Baden. Bis 1924 war er GDVP-Gemeinderat, anschließend bis 1934 CSP-Gemeinderat und bis 1938 Gemeindevertreter. 1928 wurde er mit dem Titel „Kommerzialrat“ ausgezeichnet. Nach dem Anschluss 1938 wurde er aller seiner Funktionen enthoben (StA B, Biographisches Archiv; Foto: Privatarchiv Fam. Schilcher).

Für das BVB war die NSDAP eine sinnlose Erfindung, wenn sie nur Tumulte auslösen könne. Die NSDAP sah darin wiederum nichts Verwerfliches, sie machte schließlich von Anfang klar, dass sie dieses Haus (Landtag) ablehnte und nur als Kampfplatz für ihre Zwecke betrachtete.<sup>67</sup>

Bestärkt durch die Wahlerfolge, kam es auch im Badener Gemeinderat zu einer verbalen Radikalisierung der NSDAP bzw. deren einzigem Vertreter, GR Franz Schmid, der nun auch Landtagsabgeordneter war. *In der am 4. Juli stattgefundenen Sitzung des Badener Gemeinderates kam es infolge des reklameheischenden Benehmens des GR Schmid (nat.-soz.) zu Tumulten, in welche auch die dicht gefüllte Galerie, und zwar ausnahmslos gegen den Nazi eingriff.*<sup>68</sup> Das Profilierungsbedürfnis Franz Schmid nahm an jenem Tag, dem 4. Juli 1932, deutlich zu. Er war kaum zu bremsen. Kollmann reagierte zynisch, er sei überrascht, dass Schmid nun mitarbeite, schließlich sei er im Vorjahr nur bei drei von neun Sitzungen anwesend gewesen und im Wasserleitungsausschuss von elf Sitzungen nur in sechs.<sup>69</sup>

Die stürmische Gemeinderatssitzung fand Eingang in das BVB. Bereits in den ersten Sätzen machte sich das BVB über Schmid lustig. Als jener im Zusammenhang mit der Winterhilfe von *Bettelsuppe und gestopften Strümpfen* sprach, bezeichnete ihn das christlichsoziale Medium als bedauernswerten Mann, der wahrscheinlich für die nächste Winterhilfe Hühnerragoutsuppe und feinste Seidenflorstrümpfe verlangen werde. Seine Anträge wurden mit Hohn und Spott quittiert. *Die Nationalsozialisten haben bis jetzt noch wenig Erfreuliches für die Allgemeinheit geleistet. In Ermangelung jedweder nutzbringender Arbeit wird nun an allen Ecken und Enden ein Riesengeschrei gemacht, der Mund, so weit es geht, vollgenommen, geschimpft, gebrüllt, gelogen, verleumdet, im allgemeinen aber viel in Pose, dafür aber weniger in positiven Taten, vollbracht.*<sup>70</sup> Zudem empfiehlt das BVB den Besuch einer Naziveranstaltung, besonders bei Ermangelung eines ständigen Theaters in der Stadt. Eine Warnung ergeht an den Vertreter der NSDAP in Baden, er solle nicht glauben, er könne ungestraft drauf los „demagogieren“. Neben sarkastischen Äußerungen



Von Seiten der BW wurde der Regierung Dollfuß alles andere als zugetraut die Republik bzw. die parlamentarische Demokratie zu verteidigen. Mit der Ernennung des Heimwehrführers Ernst Rüdiger v. Starhemberg hatte die BW einen idealen Aufhänger, um die Heuchelei der Bundesregierung anzuprangern (BW Nr.44 v. 04.11.1932, S.12).

<sup>67</sup> Vgl. PRINZ, Politische Herrschaft in Niederösterreich, 2008, S. 56.

<sup>68</sup> BW Nr.28 v. 08.07.1932, S.3.

<sup>69</sup> Vgl. Hans MEISSNER, Josef Kollmann. Bürgermeister von Baden (Baden 2000), S.174f.

<sup>70</sup> BVB Nr.28 v. 09.07.1932, S.1.

kam es auch zu eindeutigen Beleidigungen. Franz Schmid, *Eine Kulturschande für Baden*, titelte das BVB. Was war passiert? Franz Schmid unterstellte der Gemeinde, dass sie die Teilnehmer eines Uhrmacherskongresses zu festlich bewirten hätte – auf Gemeindegeldern, was allerdings nicht zutrifft. Für das BVB eine Schande und eine grobe Schädigung des Kurortes, Besuchern so etwas zu unterstellen, da diese ja den Kur- und Tourismusbetrieb ankurbelten. Schmid habe des Weiteren seine Anschuldigungen nur auf Gerüchte gestützt und diese ohne nachzuprüfen von sich gegeben. In derselben Ausgabe wird Schmid auch nahegelegt, die Gemeinderatsordnung zu lesen, anstatt sich über Dinge zu beschweren, die ordnungsgemäß über die Bühne gehen, und wenn er seine Anträge zu spät einreicht, würden sie eben nicht berücksichtigt, erst in der darauffolgenden Sitzung. Eine Seite weiter kam schon der nächste Artikel über Schmid, dass er zu neugierig sei und alles wissen möchte. Das BVB stellte daraufhin die Frage, was denn Schmid in seinem Beruf (Postdirektorstellvertreter) und seinen Funktionen (Landtagsabgeordneter, Gemeinderat) so verdiene und ob er denn überhaupt noch Zeit für die Politik habe und ob es nicht besser wäre, in Pension zu gehen.<sup>71</sup> In der zweiten Jahreshälfte erfolgte eine verstärkte Berichterstattung über die Vorgänge in Deutschland. Die BW bezeichnete die Nationalsozialisten als „braune Mordpest“<sup>72</sup> oder als „Die Krankheit Deutschlands – Europas Krankheit“. Die Ursachen für diese Radikalisierung im Nachbarland waren für die BW sonnenklar, dazu bedurfte es „simplen Menschenverstandes“, sie sei eine Folgewirkung des Diktats von Versailles.<sup>73</sup> Die BW berichtete, dass reichsdeutsche Nationalsozialisten nach Baden kämen, um hier ihren Parteigenossen beizustehen bzw. sie auszubilden.<sup>74</sup> Nationalsozialistische Störungen listete das BVB auf: Hakenkreuze an der Synagoge in der Grabengasse, Schmierereien am Gehsteig davor, eine Hakenkreuzflagge auf dem Bundesgymnasium.<sup>75</sup>

## Der gestörte Kurort – Bedrohung von Ruhe und Ordnung

Aktionen wie die junger Nationalsozialisten erregten in Baden, quer durch alle Lager, Empörung, denn dadurch waren Ruhe und Ordnung, für einen Kurort entscheidend, massiv gestört. Es hat den Anschein, als wäre eine Grenze überschritten worden, die der Stadt heilig war. Gegenmaßnahmen um die Radikalisierung zu unterbinden blieben allerdings aus oder waren „zahnlos“ und konnten leicht umgangen werden. Noch dazu wurde das Aufmarschverbot durch die Bundesregierung aufgehoben. Hinter diesem Schritt sah die SDAP nur den Versuch, die Arbeiterschaft mit faschistischen Aufmärschen zu provozieren. Auf die durchaus richtige Deutung folgte der falsche, doch leider logische Schritt. *Sind die Faschisten-Aufmärsche erlaubt, so werden auch die Republikaner marschieren. Sobald das Aufmarschverbot aufgehoben wird, wird die Zentralregierung (Republikanischer Schutzbund) größere Übungen und Aufmärsche anordnen.*<sup>76</sup>

Dies wiederum rief die BZ auf den Plan. Besorgt schrieb sie über die Zunahme an politisch motivierten Aufmärschen, obendrein von bewaffneten Wehrverbänden. Sie warnte vor der Masse, fügte jedoch hinzu, dass, wenn es zu Ausschreitungen kommt, einzelne Hitzköpfe dafür verantwortlich sind. Sie hoffte, dass Kollmann mit seiner Verhandlungskunst es weiterhin vermögen werde, für Ruhe und Ordnung in der Kurstadt zu sorgen. Was allerdings begrüßt wurde, waren unpolitische Aufzüge von Vereinen, Prozessionen und sonstigen Spektakeln, die den Zuschauer erfreuten und nicht gefährdeten.<sup>77</sup> Zu jenen gehörten allerdings keine Kommunistenausflüge aus Wien.<sup>78</sup> Dass es zumeist Jugendliche waren, verdeutlicht die BZ anhand von Jugendtreffen im Kurpark. Dort, auf Parkbänken arglos sitzend, sieht man die Jugendlichen samt Parteiabzeichen sich zusammenrotten. Hie und da kommt es zu Wortwechseln und Anstänkereien, bei manchen sitzt auch das Messer locker. Ebenso stehen Fahrräder am Eingang bereit, Kuriere, die Meldungen zwischen Parteiheim und Kurpark überbringen. Kurgäste sind beunruhigt, denn manchmal schreit jemand: *Es kommen 150*, doch letzten Endes kommt niemand.<sup>79</sup>

<sup>71</sup> Vgl. BVB Nr.26 v. 25.06.1932, S.1, 3, 4.

<sup>72</sup> Vgl. BW Nr.33 v. 12.08.1932, S.1.

<sup>73</sup> Vgl. BW Nr.36 v. 02.09.1932, S.2.

<sup>74</sup> So hatten zwei SA-Männer einen Marxisten im Kurpark angestänkert, doch habe sich dieser erfolgreich zur Wehr gesetzt. Allerdings werde dieser Vorfall in der „Deutscherösterreichischen Tageszeitung“ falsch dargestellt, denn dort sei ein Marxist der Angreifer. Vgl. BW Nr.38 v. 16.09.1932, S.3.

<sup>75</sup> Vgl. BVB Nr.29 v. 16.07.1932, S.3.

<sup>76</sup> Vgl. BW Nr.22 v. 27.05.1932, S.1.

<sup>77</sup> Vgl. BZ Nr.48 v. 18.06.1932, S.2.

<sup>78</sup> Der Ausflug der Wiener Kommunistenjugend, Jugendgruppe der „Rotpioniere“ unter dem Kommando der Kommunisten Edmund Pollak, Leeb und Brückner, führte in die Beethovengasse, wo Hetzlieder in der Nähe der Weinstube Gruber gesungen wurden. Die Polizei machte dem ein Ende, sehr zur Freude der BZ. Vgl. BZ Nr.65 v. 17.08.1932, S.4.

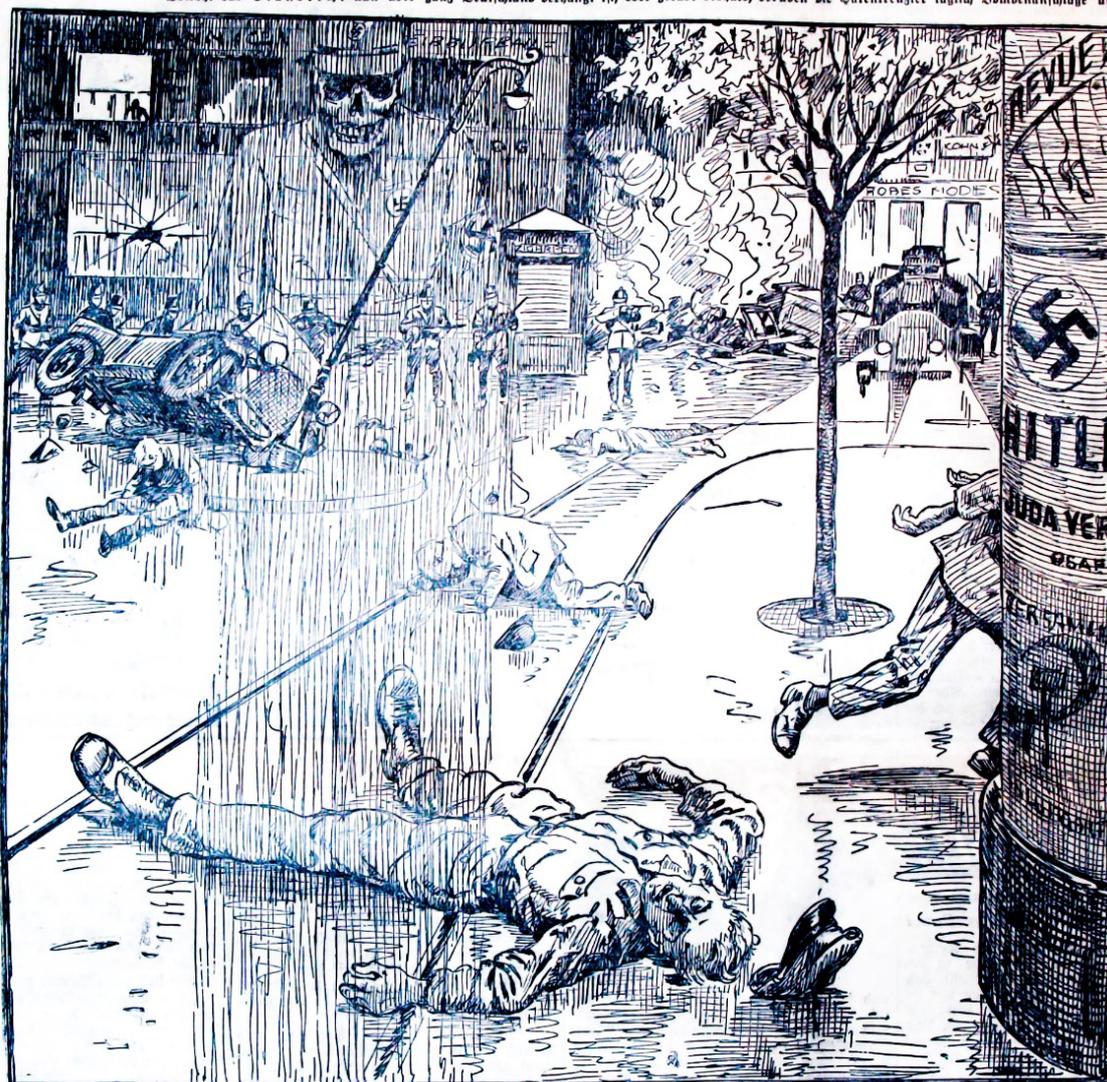
<sup>79</sup> Vgl. BZ Nr.73 v. 14.09.1932, S.3.

Kollmann fand diese Tatsache ärgerlich und für den Kurort schädlich. Es ist ein Teufelskreis, denn sobald eine Person mit einem Parteiabzeichen im Kurpark erscheint, rückt bereits die Gegenseite an. Seine pragmatische Herangehensweise: *Wenn sich junge Parteifanatiker raufen wollen, so können sie dies ruhig an entlegenen Plätzen tun. Im Kurpark darf dies jedoch nicht der Fall sein. Da muss die ungestörte Ruhe garantiert werden.*<sup>80</sup>

Die Jugend blieb in aller Munde – für den 4. September 1932 wurde ein „Roter Jugendaufmarsch“ angekündigt. Die Jugendlichen sollten motiviert werden, auch wenn sie arbeitslos seien und selbst wenn sie keine Schuhe hätten, sie marschierten auch barfuß, schrieb die BW kämpferisch.<sup>81</sup> Ziele und Befürchtungen wurden artikuliert. *Ohne Arbeit und oft ohne Unterstützung vegetiert sie [die Jugend] dahin, verkümmert physisch und moralisch. Planlos irrt sie in dem Chaos des Kapitalismus umher. Gleichgültigkeit, Interessenslosigkeit auf der einen Seite, Radikalismus und Abenteuersucht auf der anderen Seite sind die größten Gefahren, die sie heute umlauern. Selbstmord und Verbrechen sind die Ventile, wo sich die Krise der Jugend einen Ausweg schafft.*

## Der braune Mord in Deutschland.

Schwarz hat Standrecht nun über ganz Deutschland verhängt ist, aber gerade deshalb, verüben die Falckenkreuzer täglich Bombenanschläge und Mordüberfälle.



Der braune Mord springt in jedes Zimmer,  
er wartet hinter Tür und Tor,  
und morgen wird es noch viel schlimmer,  
wer hört auf das Warnen: Seht euch vor?

Da wird verordnet. Und weitergeschossen.  
Da brennt es, jetzt hier und morgen da.  
Die Straßengräben voll Blut gestossen  
und tot, wer die Pest von Angesicht sah.

Der braune Mord raft durch alle Straßen.  
Was wollt ihr? Es bettet glatt und weich  
die, die die Nöte zu löten vergahen,  
mit Handgranaten das Dritte Reich. Peter P u d.

Die BW transportierte nicht nur ein Bild vom heuchlerischen Nationalsozialismus, sondern zeigte auch die Brutalität dieser Ideologie auf. Mit zum Teil drastischen Darstellungen wurden politische Morde in Deutschland bzw. der gesamte nationalsozialistische Terror angeprangert (BW Nr.34 v. 19.08.1932, S.12).

<sup>80</sup> BVB Nr.38 v. 17.09.1932, S.2.

<sup>81</sup> Vgl. BW Nr.34 v. 19.08.1932, S.3.

Die BW nennt die Gefahr beim Namen: *Vor allem ist es der Nationalsozialismus, der sich mit einer intensiven, markt-schreierischen Agitation auf die Jugend stürzt und deren Gehirne mit hohlen Phrasen und Schlagworten umnebelt.* Und wiederum heißt es: *Not, Elend, Verzweiflung, Ungeduld und Abenteuerlust der Jugend liefern die psychologischen Voraussetzungen für ein Gedeihen der rücksichtslosen und schwindelhaften Demagogie der Nationalsozialisten [...].* Noch war nicht alles verloren, die Kampf- und Opferbereitschaft der Jugend wurde herausgestrichen. *An diesem Tag muss Baden unter dem Marschschritt der Kompanien der Kämpfer der ‚Sozialistischen Jungfront‘ erdröhnen. An dem Tag schwört die gesamte Jugend erbittertsten Kampf dem Kapitalismus, Faschismus und der Reaktion.*<sup>82</sup> Am Programm standen sportliche Veranstaltungen, Reden und Ansprachen sowie ein Festzug: Bahnhof – Kaiser Franz Josef-Ring – Josefsplatz – Rainer-Ring – Beethovengasse – Rathausgasse – Mühlgasse – Wilhelms-Ring – Sportplatz. Nicht nur in Baden wurde demonstriert, in zwölf Bezirksorten Niederösterreichs wurde ein Kampftag ausgerufen.<sup>83</sup> Die BW berichtete, dass 10.000 Schutzbündler und Jungfrontler anwesend waren, die sich allesamt zur „Eisernen Front“ bekannten. Trotz Regen kamen Unzählige, und selbst die weiblichen Zuseher (die BW betont dies explizit) trotzten den Wetterkapriolen. Als die Ersten am Sportplatz ankamen, waren die Letzten noch immer am Ring unterwegs, verkündete die BW stolz. Überall schallte es „Freundschaft“ und „Freiheit“. Reden hielten Bezirksobmann Kieslinger, Felix Stika, Vizebürgermeister Franz Schulz, die Fahnenübergabe erfolgte durch Kieslinger an die Jugendsportler der Bezirke Liesing, Mödling und Baden.<sup>84</sup> Am Tag zuvor, am 3. September, kam es bereits zu einer Vorfeier im Arbeiterheim, wo die Angelobung der sozialistischen Jungfront durchgeführt und wieder einmal die Treue zum Sozialismus beschworen wurde, ebenso wie der Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus.<sup>85</sup>

Was für die BW glorreich und diszipliniert von statten ging, war in den Augen des BVB ein Graus. Die Stadtgemeinde sei obendrein getäuscht worden, es sei stets nur von einem Jugendfest gesprochen worden. Das BVB bezeichnet es als verwerflich, dass Landeshauptmann Helmer und Landtagsabgeordneter Kieslinger den Marsch ausgerechnet in Baden veranstalteten. *Die Badener Sozialdemokraten wissen genau, dass ihr Brot von dem Unternehmer abhängt. Sie wissen auch, dass sie interessiert sind, wenn in Baden Ruhe und Ordnung herrscht. Sie haben bis jetzt diesem Grundsatz immer Rechnung getragen. Nur der Wiener Neustädter Helmer und der Berndorfer Kieslinger können nicht schlafen, wenn Baden nicht unter die Knute sozialdemokratischer Aufmärsche kommt.*<sup>86</sup> Außerdem wäre dieser Aufmarsch sinnlos, alle würden nur nass und wahrscheinlich krank, und niemand trete der Partei bei; er führe nur dazu, dass die Badener verunsichert und die Zusammenarbeit der Parteien in Baden gestört würde. Die Reaktion auf den BVB-Artikel seitens der BW: Man sei gerührt von der Anteilnahme des BVB, es wird versichert, niemand sei krank geworden, es habe keine Ausschreitungen gegeben, und kein einziger Kurgast habe sich bedroht gefühlt. Einzig CSP-Fanatiker seien irritiert und wütend gewesen.<sup>87</sup>

Es war ein mediales Spiel jener Jahrzehnte. Die einen beklagten die gestörte Ruhe und Ordnung, die anderen betonten die totale Disziplin, die einen sprachen von einer mächtigen Veranstaltung, die anderen von einer sinnlosen und lachhaften. Diese gegenseitigen Beschuldigungen und Behauptungen zogen sich durch die gesamte Erste Republik, wurden von jeder Partei getätigt und von jeder Parteizeitung transportiert – der Gegner sollte verunglimpft werden und als finaler Schlag wurde er als Feind der Ruhe und Ordnung gebrandmarkt.<sup>88</sup> Letztendlich führte dies nur zu einem Wettmarschieren und Wettrüsten auf lokaler Ebene.

In denselben Zeitraum fiel zudem eine personelle Veränderung im Badener Bezirksfürsorgerat, dieser wurde rot. Ein Streit war vorprogrammiert: Wer hatte was zu verschulden? Die BW spricht von einem hinterlassenen Defizit der Bürgerlichen und äußerte die Beschuldigung, dass die CSP sich nun mit den Nazis verbündet hätte.<sup>89</sup> Auch das ist eine immer wiederkehrende Anschuldigung (gilt für beide Lager), der Gegenseite die Zusammenarbeit mit dem neu entdeckten Feind, der NSDAP, zu unterstellen. Die CSP paktierte nun mit den Nazis, um gegen die SDAP Stimmung zu machen, obwohl die Sozialdemokraten den Christlichsozialen sogar die Position des Obmannes im Bezirksfürsorgerat angeboten hätten, polterte die BW. Offenbar sei die CSP durch ihre Niederlage im Fürsorgerat in ihrem Stolz gekränkt.<sup>90</sup>

<sup>82</sup> BW Nr. 35 v. 26.08.1932, S.3.

<sup>83</sup> Vgl. BW Nr.36 v. 02.09.1932, S.1.

<sup>84</sup> Vgl. BW Nr.37 v. 09.09.1932, S.3.

<sup>85</sup> Vgl. BW Nr.37 v. 09.09.1932, S.3.

<sup>86</sup> BVB Nr.37 v. 10.09.1932, S.2.

<sup>87</sup> Vgl. BW Nr.39 v. 23.09.1932, S.3.

<sup>88</sup> Vgl. ZGIERSKI, Jesus, Marx und Nibelungen, 2013, S. 44-49.

<sup>89</sup> Vgl. BW Nr.40 v. 30.09.1932, S.3.

<sup>90</sup> Vgl. BW Nr.41 v. 07.10.1932, S.3. Giftig findet das BVB auch die Angriffe der Roten, die angeblich auch den Obmann angeboten hätten. Aber das laufe nur darauf hinaus, dass die Schwarzen die Verantwortung hätten und die Roten die Macht. Doch die Schwarzen seien ihnen nicht auf den Leim gegangen. Vgl. BVB Nr.40 v. 01.10.1932, S.2.

Auch das Armenhaus bekam eine neue Führung, den SDAP-GR Franz Meixner<sup>91</sup>. Für das BVB hat die SDAP nun die Gelegenheit sich zu beweisen, zuvor habe man nur unmögliche Forderungen gestellt. Die CSP habe sich nichts vorzuwerfen, ohne Schulden zu machen sei die Armenfürsorge erhöht und die Armen und Alten wären nicht als Wahlvieh missbraucht und mit Autos zu den Wahlurnen gezehrt worden.<sup>92</sup>

## Der Ausklang des Jahres 1932 sowie das bisschen 1933

„Der Parlamentarismus hat sich überlebt“, posaunte das BVB und bediente damit die antiparlamentarischen Kreise jener Zeit. *Bei uns ist der Parlamentarismus zu einer unerträglichen Plage entartet [...] Der übertriebene Parlamentarismus ist ein nicht wenig schlimmer und unerträglicher Tyrann als die Willkürherrschaft. Die letzte ist immerhin zu Leistung für das Gemeinwohl fähig. Der Parlamentarismus aber ist die verkörperte Unfähigkeit zur Willensbildung. Es wird in Österreich höchste Zeit, dieses verfehlte und unerträgliche Regime des Parlamentarismus zu korrigieren.* Das Staatsoberhaupt wird aufgefordert einzugreifen und eine starke Regierung zu ernennen, ansonsten, so fürchtete man, *wird die Gefahr heraufbeschworen, dass sich die dunklen Mächte des Radikalismus des Staates bemächtigen.* Neuwahlen sind fehl am Platz, wer sich dadurch eine Besserung erwartet, *lebt auf dem Monde.*<sup>93</sup> Es wird auf Deutschland verwiesen, wo Hindenburg durchgegriffen und damit Ordnung geschaffen habe, auch wenn man zugeben müsse, dass in Deutschland nicht alles in Ordnung sei. Lobend werden hingegen die Demokratien Frankreichs und Englands hervorgehoben, wo jedoch Männer besonderen Ansehens sich erheben – scheinbar gab es diese in Österreich nicht oder noch nicht.

Der BW entgingen diese antiparlamentarischen Tendenzen nicht. Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz wurde verstärkt thematisiert – um Verordnungen durchzubringen, die ansonsten vom Parlament nicht durchgesetzt werden konnten. Die BW vermutet, dass von Seiten der Regierung mit einer Art Papen-Diktatur wie in Preußen/ Deutschland geliebäugelt werde.<sup>94</sup> Am 24. Geburtstag der Republik (12. November 1932) wird eindringlich gewarnt, nicht denselben Weg einzuschlagen, wie es der große Bruder getan hatte. Mit Inbrunst wird aufgefordert, für Republik und Demokratie zu kämpfen, und der Feind sei der gleiche wie einst: *Die Republik und die Demokratie waren in Österreich wie in Deutschland von der Arbeiterschaft geschaffen worden. Das Bürgertum, welches das vierjährige Massenmorden bis zum letzten Tage unterstützt hatte, traute sich aus Angst vor dem Volkszorn nicht, der Schaffung der Republiken zu widersprechen [...]. Aber nach einigen Jahren wagten sie sich wieder hervor.*<sup>95</sup> Zwar sind die rechten Parteien die neuen Hauptfeinde, doch werden sie unterstützt durch die Bürgerlichen, die sich zu Steigbügelhaltern machen – durch die knappe Mehrheit der Regierung fällt dieser die wenig schmeichelhafte Bezeichnung „Krüppelregierung“ zu.<sup>96</sup>

Beleidigungen solcher Art konnte das BVB nicht im Raum stehen lassen. Dass die SDAP der Regierung vorwerfe, sie sei arbeitsscheu, empfindet das BVB als Unverfrorenheit: *In den ersten Wochen wird die Arbeit auf alle mögliche Weise behindert, knapp vor Weihnachten soll dann in einem Aufwasch alles durchgepeitscht werden, was bis zum Jahreswechsel geschehen muss – dann beginnt der sozialdemokratische Weizen zu blühen, dann kommt die Zeit der Erpressungen, in denen sie sich die Arbeitsfähigkeit des Parlaments teuer abkaufen lassen. Und selbstverständlich darf es nicht an einer Warnung fehlen: Es wird kein Hahn nach ihnen und nach dem Parlamentarismus, wie sie ihn meinen, krähen.*<sup>97</sup>

---

<sup>91</sup> Franz Meixner (1891-1975) trat 1906 der Jugendorganisation der SDAP bei, er war zudem Mitglied des sozialistischen Turn- und Gesangsvereines. Im Ersten Weltkrieg kämpfte er zuerst an der serbischen Front, anschließend in Russland, wo er 1915 schwer verletzt wurde und für den Fronteinsatz nicht mehr tauglich war. Er nahm seinen Beruf als Schriftsetzer wieder auf. Von 1919 bis 1934 war er SDAP-Gemeinderat und Stadtrat, u.a. Bezirksschulrat, Bezirksfürsorgerat und 1920 bis 1934 Verwalter des Bezirksalters- und Waisenhauses. Nach 1945 war er provisorischer Vizebürgermeister (Bürgermeister war Kollmann), bis er 1946 durch die Besatzungsmacht als Bürgermeister installiert wurde; dieses Amt bekleidete er bis 1950. Danach war er bis 1965 zweiter Vizebürgermeister. Vgl. StA B, Biographisches Archiv.

<sup>92</sup> Vgl. BVB Nr.39 v. 24.09.1932, S.2.

<sup>93</sup> BVB Nr.40 v. 01.10.1932, S.1.

<sup>94</sup> Vgl. BW Nr.41 v. 07.10.1932, S.1.

<sup>95</sup> BW Nr.46 v. 11.11.1932, S.1.

<sup>96</sup> Vgl. BW Nr.49 v. 02.12.1932, S.1.

<sup>97</sup> BVB Nr.50 v. 10.12.1932, S.1.

Das Ende des Jahres 1932 eilte heran, Zeit für ein Resümee bzw. einen Ausblick. Im BVB übernahm das Nationalrat Prof. Leopold Leutgeb.<sup>98</sup> Überall stehe es schlecht, egal wer regiert. Er zählt verschiedene Länder auf, mit unterschiedlichen Regierungen und Staatsformen, überall scheint es abwärts zu gehen. Er greift die NSDAP an: *Warum zeigt uns nicht das Hakenkreuz den Weg? [...] Warum gehen sie nicht daran, wenigstens einige gute Dinge im unmöglichen Brei ihres ‚Programms‘ zu verwirklichen?* Die Antwort gibt er selbst: *Hungernde aufhetzen ist eben einfacher als Brot schaffen!* Aus dem Dunkel führe nur die CSP, sie und ihre „positive Politik.“ Diese beruhe auf innerpolitischer Stabilisierung und dem Vertrauen des Auslandes. Sie räume den extremsten Schutt der Revolutionstage weg und scheue sich nicht, unpopuläre, aber notwendige Schritte zu setzen. Er gebe die Demokratie nicht auf, doch nur wenn *die vom Volke betrauten Hüter der Demokratie sich hüten, mit Paragraphenreiten, mit versteckten Obstruktionen, mit Zeitvertrödeln den Staatsapparat unerträglich schwerfällig zu machen. Eine Regierung, die in diesen Sturmzeiten etwas leisten will, kann sich nicht um nebensächlichen Formelkram kümmern.* Er schließt mit den Worten: *Auch von diesem Christbaum strahle Licht! Unser Herrgott wird, wie schon so oft in der Geschichte, unserem lieben Österreich helfen, wenn die Österreicher das große Geschenk des Verstandes richtig gebrauchen und guten Willens sind!*<sup>99</sup> Das Resümee der sozialistischen Widersacher: *Ein trauriges Jahr geht zu Ende. Schlimmere Zeiten als dieses Jahr 1932 hat die Welt wohl nur von 1914 bis 1918 durchgemacht.*<sup>100</sup>

Das Jahr 1933 begann, wie das alte geendet hatte: mit Streit, Drohung und Unstimmigkeiten – BW und BVB machten dort weiter, wo sie zuvor aufgehört hatten. Der Landesvoranschlag war gescheitert, es wurde von Seiten der CSP mit Neuwahlen gedroht, die SDAP nahm die Kampfansage an.<sup>101</sup> Die Roten waren in den Augen der Schwarzen Erpresser, die NSDAP dagegen kenne sich überhaupt nicht aus und rede irgendetwas. Die Nationalsozialisten wollten nur mitziehen, wenn die CSP das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz nicht einführte, aber *es bildet das letzte Bollwerk gegen ihre Versuche, das Parlament zu vergewaltigen.* Letztendlich hänge alles vom Wähler ab, er müsse entscheiden, wie es mit der Demokratie weitergehen solle. *Soll er dieselbe den nach Machterweiterung und Sowjetisierung Österreichs strebenden Moskau-Marxisten ausliefern oder den impotenten ‚Trommlern‘ des ‚Gefreiten aus Braunau‘, die tatenlos von ‚Machtergreifung‘ träumen?*<sup>102</sup>

Obwohl die NSDAP zum neuen Hauptfeind auserkoren war, wurde dennoch ein Dialog gesucht. In Baden wurden Sozialdemokraten zu einer NSDAP-Veranstaltung eingeladen, durften jedoch nicht das Wort ergreifen. Die BW war überzeugt, dass die Naziführer Angst hätten, dass die SDAP die Schweinereien im Nazilager enthüllen und daraufhin eine Meuterei ausbrechen könnte. Deswegen luden die Badener Sozialdemokraten die Nationalsozialisten zu sich ins Arbeiterheim ein, wo ihnen freies Reden zugesichert wurde.<sup>103</sup> Doch die NSDAP-Führung untersagte es laut BW ihren Mitgliedern, die Veranstaltung zu besuchen.<sup>104</sup>

Die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten riss nicht ab. Als eine Anschlagtafel der NSDAP in der Wassergasse demoliert wurde, beschuldigten diese die Marxisten, sich am Eigentum der Arbeiter zu vergreifen. Am Ende stellte sich heraus, dass es ein Heimwehrmann war, laut BW ein treudeutscher Arier.<sup>105</sup> Eine weitere Veranstaltung, die sich gegen Faschismus aussprach, fand am 14. Februar 1933 im Arbeiterheim statt. Der Andrang war groß, der Saal erwies sich als zu klein, so dass auch die Nebenräume überfüllt waren.<sup>106</sup> Zu Zusammenstößen in Baden kam es, als ein Fackelzug zu Ehren von Hitlers Machtergreifung in Deutschland organisiert wurde. Kommunisten aus Möllersdorf und Traiskirchen reisten an. Nationalsozialisten versammelten sich zuerst vor dem Braunen Haus in der Spiegelgasse, zogen dann zum Hauptplatz, wo der Badener Nationalsozialist Heinrich Sieber eine Ansprache hielt. Es kam zu Ausschreitungen, besonders taten sich die „Kommunistenweiber“ (BVB) hervor, doch die Polizei konnte die Streitparteien trennen.<sup>107</sup> Die BZ sprach von 200 Teilnehmern, einer Musikkapelle und berichtete, dass es am Weg nach Tribuswinkel, bei der Marmeladenfabrik, zu einer Schlägerei gekommen war. Das Ergebnis: zwei schwerverletzte SA-Leute, beide aus Tribuswinkel, und 13 verhaftete Kommunisten.<sup>108</sup>

<sup>98</sup> Leopold Leutgeb (1891-1948) war Religionslehrer an beiden Badener Gymnasien, Kaplan, Politiker der CSP, Bezirksschulrat und Nationalrat. Vgl. Rudolf MAURER, Baden St. Stephan 1312-2012. 700 Jahre Stadtgeschichte (Baden 2012), S.310.

<sup>99</sup> BVB Nr.52 v. 24.12.1932, S.1.

<sup>100</sup> BW Nr.53 v.30.12.1932, S.1.

<sup>101</sup> Vgl. BW Nr.1 v. 06.01.1933, S.1.

<sup>102</sup> BVB Nr.1 v. 07.01.1933, S.6.

<sup>103</sup> Vgl. BW Nr.4 v. 27.01.1933, S.3.

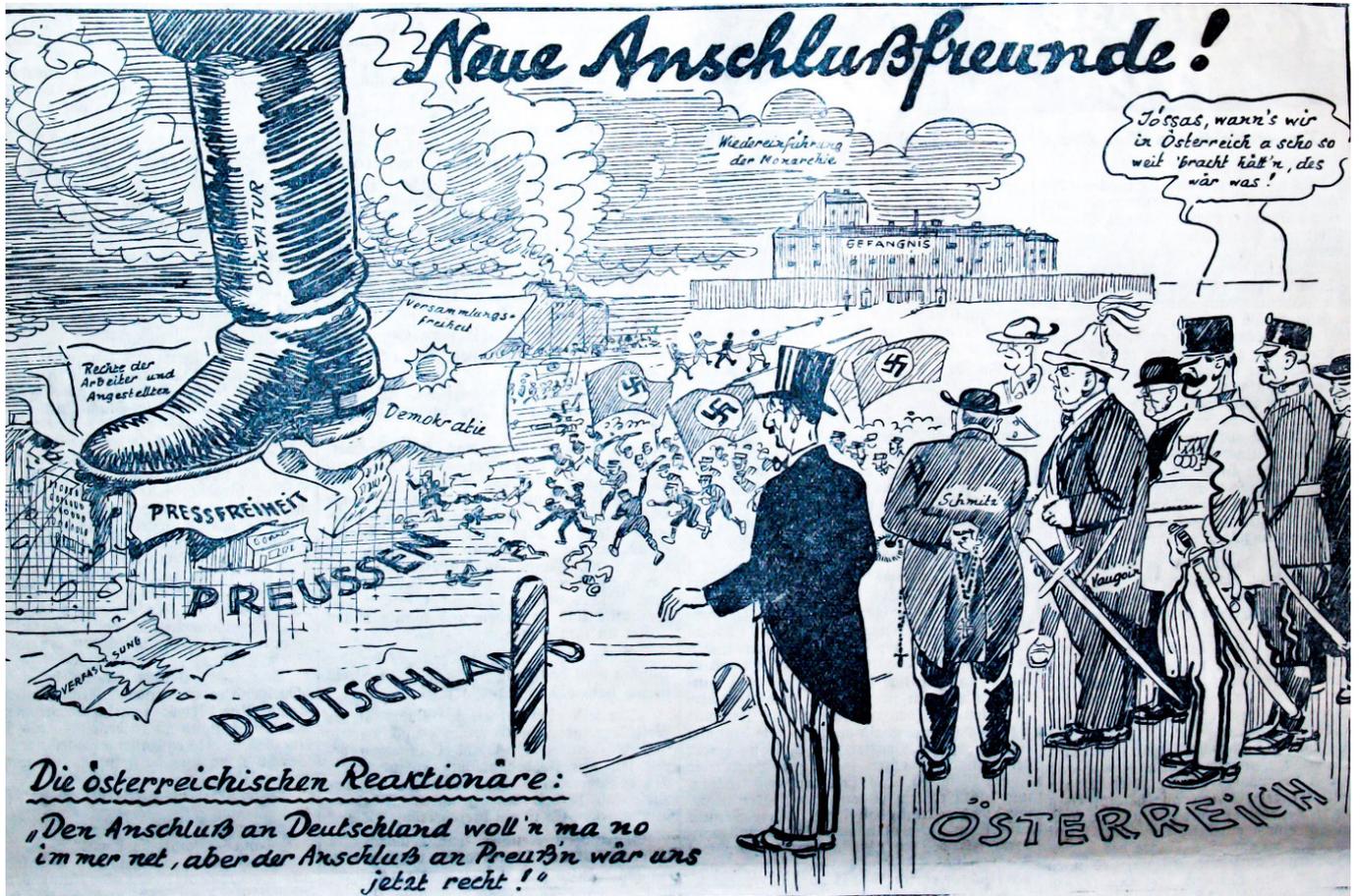
<sup>104</sup> Was ohnehin bedeutungslos war, da die Versammlung durch die Behörden verboten wurde. Vgl. BW Nr.5 v. 03.02.1933, S.3.

<sup>105</sup> Vgl. BW Nr.5 v. 03.02.1933, S.3.

<sup>106</sup> Vgl. BW Nr.7 v. 17.02.1933, S.3.

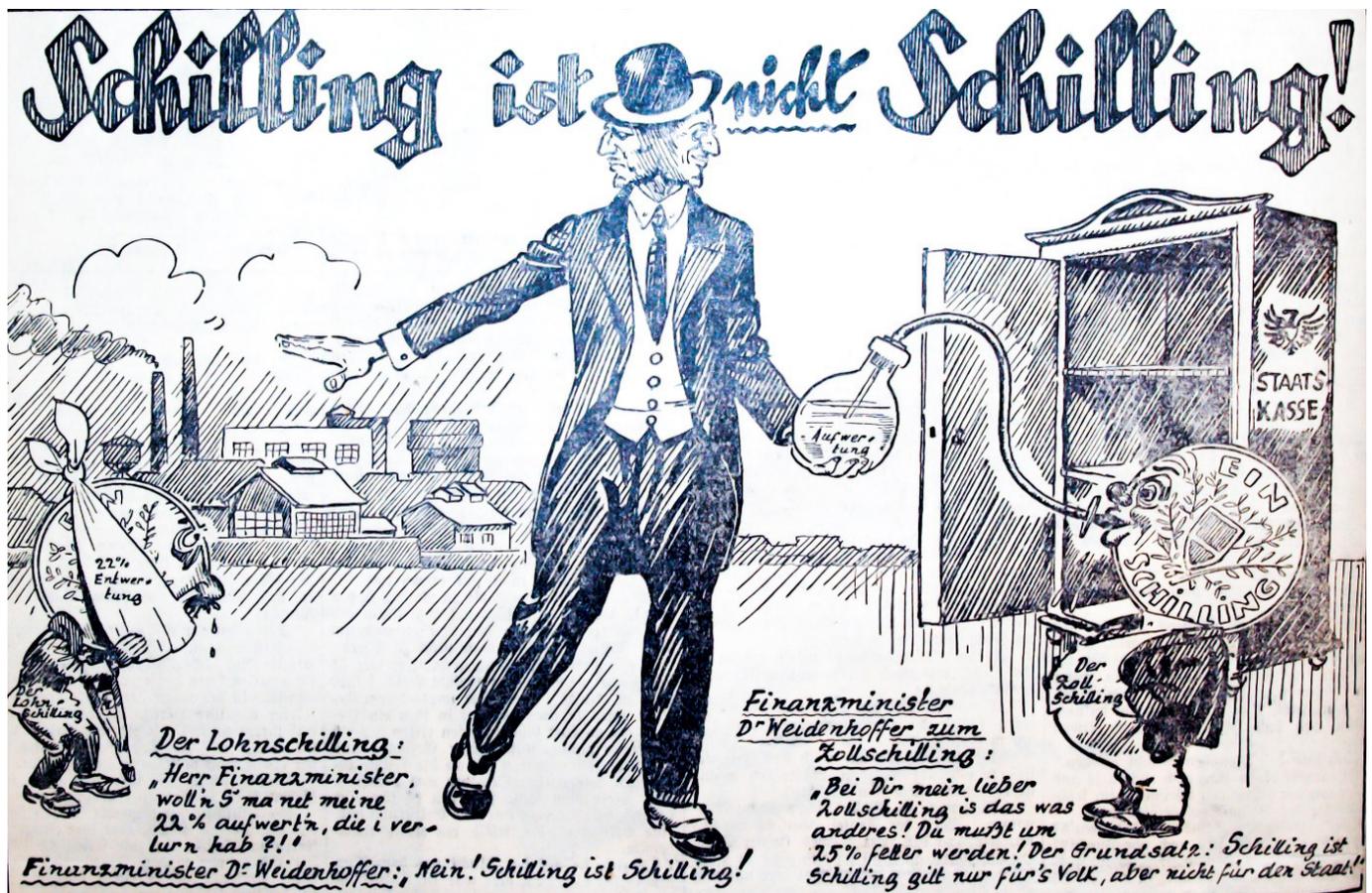
<sup>107</sup> Vgl. BVB Nr.5 v. 04.02.1933, S.4.

<sup>108</sup> Vgl. BZ Nr.11 v. 08.02.1933, S.3.



Die Angriffe auf die Regierung von Seiten der sozialdemokratischen Opposition waren vielfältig und differenziert. Der Regierung wurden Diktaturgelüste vorgeworfen, jedoch war Diktatur nicht gleich Diktatur, und nicht jedes Regierungsmitglied wollte ein und dieselbe Art der autoritären Herrschaft (Oben: BW Nr.10 v. 10.03.1933, S.12. Unten: BW Nr.31 v. 29.07.1932, S.12).

Am Anfang des Jahres 1932 lesen wir von Krisen aller Art. Ende 1932 und Anfang 1933 war nichts gelöst, ganz im Gegenteil. Die Gewalt nahm zu, die Radikalisierung konnte nicht eingedämmt werden. Die Arbeitslosigkeit stieg, zwischen 1929 und 1933 verdoppelte sich die Zahl der Arbeitslosen in Niederösterreich, im Raum Wr. Neustadt betrug die Arbeitslosenrate bis zu 60 Prozent.<sup>109</sup> Die Bewaffnung nahm zu und die Bereitschaft Waffen anzuwenden ebenso. Was folgte, war nicht überraschend – der Logik der damaligen Zeit folgend: Wenn die Demokratie nicht Ruhe und Ordnung garantieren kann, so braucht es halt eine Diktatur ...



Laut BW war die Bundesregierung und ihre Budgetpolitik weit entfernt von einer klassenlosen Gesellschaft. Stets hält die Regierung zum Kapitalismus, heuchelt jedoch finanzpolitische Fairness – so der Vorwurf der BW (Vgl. BW Nr.7 v. 17.02.1933, S.12).

<sup>109</sup> Vgl. Ernst LANGTHALER Stefan EMINGER, Niederösterreich. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Innsbruck Wien 2013), S.27.

ZWEI-ARME-POLITIKER —  
— UM EINE  
(GEISTIGE) UNTERSTÜTZUNG  
BITTEN.



DIE VERFLUCHTEN  
NAZI.

Nicht nur die Sozialdemokratie karikierte die Bundesregierung, auch die Nationalsozialisten stießen ins selbe Horn. Dollfuß und Starhemberg als Witzfiguren (Foto: StA B, GB 051a/1933-1938/, f.168).

# Die Wehrverbände in Baden

Die bereits im vorigen Kapitel angesprochenen Wehrverbände sollen nun genauer vorgestellt werden – wie waren sie in Baden organisiert, wer waren die Protagonisten, was war ihr Aufgabenbereich? Der Fokus liegt auf den bürgerlichen Wehrverbänden, die eine wichtige Stütze der Diktatur darstellten und zumeist die faschistische Komponente innerhalb des Ständestaates bildeten. Hier waren es vor allem die Heimwehren, die sich besonders hervortaten. Eingangs sei erwähnt, dass Wehrverbände in der Zwischenkriegszeit kein homogenes Gebilde darstellten und es laufend zu Umbildungen, Zusammenführungen, Umbenennungen, Verselbständigungen sowie Auflösungen und sonstigen Änderungen kam. Erschwerend kommt hinzu, dass die Wehrverbände eigene Jugendorganisationen unterhielten und es hier wiederum zu Umbenennungen, Zusammenführungen usw. kam. Diese Instabilität, die Führungskämpfe zwischen und innerhalb dieser paramilitärischen Organisationen, die Neigung, einen Staat im Staat zu bilden und damit als Konkurrent zum Regime aufzutreten (auch wenn man ein Teil davon war), führte im Laufe des Jahres 1936 zur Auflösung sämtlicher Wehrverbände.<sup>110</sup>

Will man die Organisation der Wehrverbände auf Gemeindeebene rekonstruieren, ist man hauptsächlich auf die Lokalzeitungen angewiesen und auf einige wenige Schriftstücke, zumeist Korrespondenz zwischen Wehrverbänden und Stadtgemeinde/Bezirkshauptmannschaft. Drei Wehrverbände sollen vorgestellt werden: die Heimwehren, die Ostmärkischen Sturmsharen (OSS) und der Freiheitsbund. Ausgelassen werden die Christlich-deutschen Turner, die zwar auch als Wehrverband auftraten, hauptsächlich jedoch ein Turnverein blieben.

## Die Heimwehren/Heimatschutz/Heimatblock

Das Jahr 1927 stellt den Beginn der Heimwehren dar. Dadurch dass jedes Bundesland über eine eigene Heimwehr verfügte (in manchen waren es sogar mehrere), kann nicht von „der“ Heimwehr ausgegangen werden, sondern von „den“ Heimwehren bzw. von der Heimwehrbewegung. Als Dachverband galt der Heimatschutz. Unter dieser Bezeichnung sind die Heimwehren in den Badener Lokalzeitungen mehrheitlich zu finden. Der politische Vertreter des Heimatschutzes (die Partei des Heimatschutzes) im Nationalrat war der Heimatblock. Somit hat man es mit drei Begrifflichkeiten zu tun: Heimwehren – Heimatschutz – Heimatblock. Doch damit nicht genug. In Niederösterreich konnte die Heimwehr an die CSP gebunden werden, unter anderem durch den Landesführer von Niederösterreich, Julius Raab, und den ehemaligen Bundeskanzler, Ignaz Seipel. Die steirische Heimwehr tendierte wesentlich mehr Richtung Faschismus und Nationalsozialismus, was beim Pfrimer-Putsch 1931 und dem Juliputsch 1934 deutlich wurde. Die „Raab-Gruppe“ kandidierte sogar auf der Bundesliste der CSP, während die Bundesführung der Heimwehren (Heimatschutz) als Heimatblock für die Parlamentswahlen kandidierte. Raab gründete daraufhin 1932 die „Niederösterreichische Heimwehr“, die im Mai 1932 in den Ostmärkischen Sturmsharen (OSS) aufging.<sup>111</sup> Aber auch hier kam es zu einer weiteren Spaltung, denn nicht alle wollten in den OSS aufgehen, und so blieb ein Teil als „Niederösterreichischer Heimatschutz“ bestehen (dieser tritt in Baden auf), bis zur endgültigen Auflösung im Oktober 1936.<sup>112</sup>

Untergebracht war der Badener Heimatschutz in der Neustiftgasse 23, im „Jung-Vaterland-Heim“<sup>113</sup>, das auf Initiative des Ortsführers Alfred Kloß und seiner Gemahlin Eleonora v. Kloß (geb. als Erzherzogin von Österreich) auf einem 2000 m<sup>2</sup> großen Grundstück, das auf Erzherzog Anton zurückgeht und von der Neustiftgasse bis zur Valeriestraße reichte, errichtet wurde. Im Juni 1935 wurde das Haus feierlich seiner „patriotischen Bestimmung“ zugeführt, als Spiel- und Sportstätte für Kinder und Jugendliche.<sup>114</sup> Die Führung des Heimatschutzes war bereits am 7. Mai 1934 in die Neustiftgasse 23 übersiedelt, zuvor war sie in der Johannesgasse 10 stationiert gewesen. Die Propagandastelle

<sup>110</sup> Zuvor kam es noch zur Gründung der Wehrfront. Diese basierte auf der Zusammenarbeit des Heimatschutzes mit den Ostmärkischen Sturmsharen, dem Freiheitsbund, den Christlich-deutschen Turnern und den Burgenländischen Landschützen. An deren Spitze stand Starhemberg. Die Wehrfront war nicht Teil der VF, was der propagierten Totalität widersprach. Erst Mai 1936 wurde alles zu einer „Frontmiliz“ zusammengefasst: Im Oktober wurden alle Wehrverbände aufgelöst, in die VF eingegliedert und dem Bundesheer unterstellt; und 1937 waren sie dann Bestandteil der militärischen Macht. Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.165.

<sup>111</sup> Das Ergebnis ging mit 44% zu Gunsten der CSP aus, während der Heimatblock nur 6,6% erhielt. Vgl. PRINZ, Politische Herrschaft in Niederösterreich, 2008, S. 50f.

<sup>112</sup> Klaus-Dieter MULLEY, „Volksbewegung“ oder „Prätorianergarde“? In: Stefan EMINGER, Ernst LANGTHALER (Hgg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien 2008), S. 425 – 441, hier 440.

<sup>113</sup> „Jung-Volk“, Jugendorganisation, war direkt Starhemberg unterstellt. Stellte eine Alternative/Konkurrenz zur kirchlichen Jugendorganisation dar und hatte im außerkirchlichen Bereich eine Monopolstellung. Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.194.

<sup>114</sup> Vgl. BVB Nr.17 v. 27.04.1935, S.4.

des Heimatschutzes blieb wiederum in der Renngasse 1. Die Sprechstunden wurden an Werktagen von 9 bis 12 Uhr gehalten.<sup>115</sup> Das Justizreferat der Landesführung des Heimatschutzverbandes Niederösterreich befand sich in der Beethovengasse 1.

Gegründet wurde die Ortsgruppe Baden 1928. Weiters kann in Erfahrung gebracht werden, dass die Stadtgemeinde der Badener Heimwehr Gebiete auf den Weitmanngründen (zwischen Haidhofstraße und Schwechatbach) zum Exerzieren überließ. Ausgenommen war jener Teil, der dem „Vaterländischen Fußballclub“ zugewiesen war. Die Stadtgemeinde besaß das Recht, diese Bewilligung jederzeit zu widerrufen.<sup>116</sup>

In der Öffentlichkeit trat der Heimatschutz bei zahlreichen „vaterländischen“ Veranstaltungen in Baden in Erscheinung. Aufgrund der dortigen Reden kommen das Selbstverständnis der Heimwehren und die Differenzen zum Ständestaat zu Tage. Bei der Veranstaltung am 24. März 1934 am Leopoldsplatz (heute Brusattiplatz) zur Erinnerung an die Februarkämpfe zeigte sich vorerst ein Bild der Idylle. Kollmann versicherte die Treue zum Heimatschutz; der Bezirkshauptmann Dr. Adolf Pilz erinnerte daran, dass sich das Viertel unter dem Wiener Wald an den Februarkämpfen nicht beteiligt hatte; der Bezirksleiter der VF Rudolf Woisetschläger bekräftigte die gute Zusammenarbeit zwischen VF und Heimatschutz, und der Landeshauptmannstellvertreter Eduard Baar v. Baarenfels betonte die Unabhängigkeit Österreichs und die Vereinigung des Nationalen mit dem Christlichen.<sup>117</sup>

Bei einer Veranstaltung vom 20. Oktober 1934 traten jedoch unüberwindliche Differenzen zutage. Anwesend waren unter anderem der Landeshauptmannstellvertreter Eduard Baar v. Baarenfels sowie die Badener Stadtprominenz: Vizebürgermeister Julius Hahn, Bezirksleiter der Vaterländischen Front, Rudolf Woisetschläger, der ehemalige Bezirkshauptmann Pilz sowie der neue Bezirkshauptmann Dr. Carl Rupprecht von Virtsolog. Kollmann hingegen fehlte (was eigentlich die Regel war – darauf werden wir noch zu sprechen kommen). Redner an diesem Abend war der Rechtsreferent des niederösterreichischen Heimatschutzes, Dr. Franz Eckert (1895-1954): *Nun zum Kapitel, Heimatschutz und Religion‘. Ich will nicht alte Narben wieder aufreißen und an die Zeiten erinnern, wo wir als freisinnig und liberal verschrien waren. Der Heimatschutz akzeptierte, dass die Religion in der Verfassung verankert sei, somit aus der Tagespolitik und den dadurch verursachten Schwankungen entfernt. Aber wir verwahren uns mit allen Mitteln gegen einen klerikalen Staat.*<sup>118</sup> Damit stand der Heimatschutz einem zentralen Punkt des christlichen Ständestaates oppositionell/kritisch gegenüber, der christlich religiösen Ausrichtung.

Der Heimatschutz sah ziemlich bald ein, dass das Regime nicht so ganz auf seiner Linie war. Die Ortsgruppenführung beschwerte sich bereits im Februar 1934 bei der Badener VF, dass ihnen Mitglieder abhanden kämen. Nicht nur an die VF, sondern auch an die Ostmärkischen Sturmsharen (OSS) verliere man Interessenten, diese wurden ohne zu zögern abgeworben. Zudem genossen die OSS Privilegien bei der Ausrüstung.<sup>119</sup>

Und was den faschistischen Aspekt der Heimwehren anbelangt, wie den Führerkult, so waren die Einladungskarten für eine Gedächtnisfeier vom 15. August 1934 im Doblhoffpark für die 51 gefallenen Heimatschützer während des Juliputsches 1934 an die Stadtvorsteher mit „Heil Starhemberg“ signiert.<sup>120</sup>

## Ostmärkische Sturmsharen (OSS)

Die OSS wurden 1930 von Kurt Schuschnigg gegründet, als „katholische kulturpolitische Erneuerungs- und Schutzbewegung“, die neben Tirol auch in Niederösterreich große Verbreitung fand. Diese paramilitärische Organisation hatte die Zustimmung der Katholischen Kirche, da neben militärischer Ausbildung auch religiös-sittliche Vorträge dazugehörten.<sup>121</sup>

In Baden berichtete das BVB, dass am 25. Mai 1934 im „Hotel Brusatti“ die erste Kundgebung der Badener OSS stattfand. Ortsführer Fachlehrer Franz Merzl begrüßte den Reichsführerstellvertreter Major Dr. Kimmel und Landesführer Ing. Leopold Figl. Die religiöse Komponente dieser Wehrformation wurde hervorgehoben: *Durch nichts*

<sup>115</sup> Vgl. BZ Nr.38 v. 11.05.1935, S.3.

<sup>116</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.70.

<sup>117</sup> Auch propagierte er die Erneuerungsbewegung und bot den irregeliteten Arbeitern die Hand an, doch verurteilte er die Anstifter und beschwor, dass kein anständiger Österreicher mit ihnen in einer Gemeinschaft leben könne. Des Weiteren brauche es keine SA oder SS, der Heimatschutz vereine ohnehin das Volk. Vgl. BVB Nr.13 v. 31.03.1934, S.2.

<sup>118</sup> Vgl. BVB Nr.43 v. 27.10.1934, S.3, Zitate aus der BZ Nr.85 v. 24.10.1934, S.2.

<sup>119</sup> NÖLA, VFNÖ 285, S.165.

<sup>120</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.96. Bei der Etablierung der Diktatur fügte Starhemberg neben den ohnehin benutzten Charakteristika wie vaterländisch, christlich, österreichisch, autoritär noch das Attribut faschistisch hinzu. Österreichs Ziel sei demnach eine Zukunft nach faschistischen Grundsätzen und dass ihm ein freies faschistisches Österreich vorschwebe. Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, S.194

<sup>121</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, S.201f.

zu erschüttern ist unsere Gefolgschaft für den obersten Sturmscharführer Kanzler Doktor Dollfuß, durch nichts zu beeinträchtigen ist unsere kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen großen Wehrverbänden, mit denen unsere grauen Kompanien in den vergangenen bösen Februartagen Schulter an Schulter kämpften und für unser Österreich bluteten. Durch niemanden aber werden sich unsere OSS ihre besondere Stellung als katholische Wehrformation des neuen Österreichs nehmen lassen.<sup>122</sup> Bei einem Kameradschaftsabend der OSS am 25. November 1934 im Gasthaus „zur Südbahn“ (Conrad v. Hötendorfplatz 12a/13), im Anlitz der Totenmaske des „verewigten“ Bundeskanzlers Dollfuß, bezeichnete sich das OSS in einer einstündigen Rede als Ergänzung und Unterstützung der Staatsexekutive. Es folgte ein Gelöbnis und man schloss mit den Worten: *Österreich über alles, weil wir es wollen.*<sup>123</sup> Die OSS galten als Gegenbewegung zum Heimatschutz. Es galt, eine schroffe Abwehrstellung gegenüber alldeutschen Tendenzen aufrecht zu erhalten, betont wurden Religiosität und Klerikalismus (also das, wogegen der Heimatschutz opponierte).<sup>124</sup>

Zwei weitere Veranstaltungen der OSS wurden im Dezember 1934 abgehalten, einmal am 10. (Führerappell) und dann am 14. (Ortsappell). Die Bezirksführung lag in den Händen des Fachlehrers Josef Hauer.<sup>125</sup>

In Baden befand sich die Bezirksführung der OSS im Bezirkssekretariat in der Roseggerstraße 1.<sup>126</sup> Die OSS waren in Baden durchaus präsent, Berichte über vaterländische Kundgebungen, Kameradschaftsabende, Bezirks- und Generalappelle waren den Lokalmedien oftmals zu entnehmen. Um die Mitgliederzahl zu erhöhen, wurden im Juli 1934 die Frontsoldaten aufgefordert, sich bei den OSS zu melden, wo sie als selbständiger Körper der OSS angegliedert werden sollten. Die Anmeldung erfolgte in der Kanzlei der Niederösterreichischen Sturmscharen, Conrad v. Hötendorfplatz 12a, an Wochentagen von 10 bis 12 Uhr.<sup>127</sup> Im August 1934 wurde eine Mädchengruppe der OSS ins Leben gerufen, die Anmeldung erfolgte im Bezirksheim der VF, Restauration „zur Südbahn“, ebenfalls Conrad v. Hötendorfplatz 12a/13.<sup>128</sup> Betraut mit der Ortsführung des Frauenringes war Ortsführerin Dr. Plechl-Exner. Untergebracht war der Badener Frauenring im „Kurt von Schuschnigg Heim“, Theaterplatz 9 (Batzenhäusl).<sup>129</sup>

Einen weiteren Einblick in das Tagesgeschäft der Badener OSS bietet ein an die Stadtgemeinde entsandtes Schreiben vom 28. Jänner 1936, in dem angesucht wurde, den Kellerraum der Mädchen-, Volks- und Hauptschule am Pfarrplatz für Exerzierübungen nutzen zu dürfen, da dort bereits die Frontkämpfer exerzierten.<sup>130</sup> Das Ansuchen wurde genehmigt, aber nur, wenn die OSS einen eigenen Lichtzähler montierten und der Lichtverbrauch auch bezahlt werde – beschlossen am 10. Februar 1936 in einer Gemeinderatssitzung.<sup>131</sup> Die Führung der OSS war auch betraut mit dem Aufbau des „Jung-Vaterland“ und später mit dem „Österreichischen Jungvolk“ (ÖJV). Die Badener OSS organisierten ein vierwöchiges Ferienlager in Kärnten am Keutschacher See, an dem 30 Buben aus Baden teilnehmen konnten.<sup>132</sup>

Die Liquidierung der OSS erfolgte am 31. Dezember 1936. Eine Kundgebung des aufgelösten Wehrverbandes war nicht gestattet, trotzdem schwor man, den Worten des Bundeskanzlers Folge zu leisten. Dass das nicht überall der Fall war, bezeugen Übertritte zu den Nationalsozialisten.<sup>133</sup> In Baden, bei einem Generalappell der OSS am 23. Mai 1936 im „Kurt von Schuschnigg Heim“, wurde die Entmilitarisierung verlautbart und die Rückkehr zur ursprünglichen katholischen Kulturarbeit angekündigt. Die Entmilitarisierung sei an den Glauben an die innere Befriedung Österreichs gebunden, es folgten pathetische Abschlussworte: *Unsere Bewegung [...] muss sich auszeichnen durch Reinheit und Ehrlichkeit. Durch Einzelfälle werden wir unser Sturmscharwollen nicht hindern lassen, auf der Dollfuß-Straße weiterzuschreiten. Dann wird unser Ostmark-Österreich entstehen, der Schutz und Hort des wahren Deutschtums, das wahre, christliche, große, tausendjährige alte Vaterland Österreich!*<sup>134</sup>

<sup>122</sup> Vgl. BVB Nr.22 v. 02.06.1934, S.3.

<sup>123</sup> Vgl. BVB Nr.48 v. 01.12.1934, S.2.

<sup>124</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.204.

<sup>125</sup> Vgl. BVB Nr.52 v. 29.12.1934, S.3.

<sup>126</sup> Vgl. BVB Nr.17 v. 28.04.1934, S.4.

<sup>127</sup> Vgl. BVB Nr.29 v. 21.07.1934, S.2.

<sup>128</sup> Vgl. BVB Nr.32 v. 11.08.1934, S.2.

<sup>129</sup> Vgl. BVB Nr.8 v. 23.05.1936, S.5.

<sup>130</sup> Vgl. StA B. GB 051a/1933-38, f.117.

<sup>131</sup> Vgl. StA B. GB 051a/1933-38, f.118.

<sup>132</sup> Vgl. BVB Nr.29 v. 21.07.1934, S.2.

<sup>133</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.203f.

<sup>134</sup> Es folgten Ehrungen; über das Goldene Sturmschar-Ehrenzeichen durfte sich Hans Stöckleitner freuen. Das Silberne ging an Architekt Josef Fischer, akad. Maler Carl Cizek, Landeszunftmeister Norbert Knozer, Kolonnenkommandant Trudo Exner, Gendarmerieinspektor Kambach. Das Bronzene erhielten die Gendarmeriebeamten Rudolf Posamentier, Friedrich Zann, Emmerich Haberl, ferner Johann Pölleritzer, Erhard Mugrauer, Max Schlamp, Leopold Stefan, Karl Baumgartner, Johann Baader, Karl Biegler und Stephan Großmann. Vgl. BZ Nr.44/45 v. 30.05.1936, S.5.



Kanzlerbesuch in Baden am 26. April 1936. Fachlehrer Franz Merzl, Ortsführer der Baden OSS, begrüßt Bundeskanzler Schuschnigg, neben ihm der fünfjährige Ewald Merzl in Sturmscharenuniform (Fotos: Privatarchiv Fam. Merzl). Franz Merzl (1901 – 1975) war seit 1920 Lehrer in Hirtenberg, Leobersdorf und seit 1930 Hauptschullehrer in der Badener Knaben-Hauptschule Baden. Er war Mitglied des Deutschen Turnerbundes, der christlichen Lehrgewerkschaft und auch Gründer der Badener Pfadfindergruppe St. Georg. Von 1933 bis 1936 war er Leitender Jugendreferent der niederösterreichischen Sturmscharen und 1936 Stellvertretender Landes-Jugendführer des Österreichischen Jungvolkes. Nach dem Anschluss kam es zur Dienstenthebung und Gehaltskürzung, es folgten eine Wiederverwendung und abermalige Enthebung, anschließend ins Luftwaffen-Ausbildungslager Schönbrunn (bei Mährisch Ostrau) eingerückt. Aufgrund eines Unfalles 1940 wurde er in die Heimat entlassen, wiederum wurde er als Lehrer eingesetzt, diesmal in Felixdorf. Von Jänner bis Juli 1943 war er Lehrer in Wr. Neustadt bei der „Studenten-Flak“, März 1944 wurde er nach Prag und dann im Juni 1944 nach Baden als Landeschütze versetzt. 1945 geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft (Vgl. StA B, Biographisches Archiv).

## Der Freiheitsbund

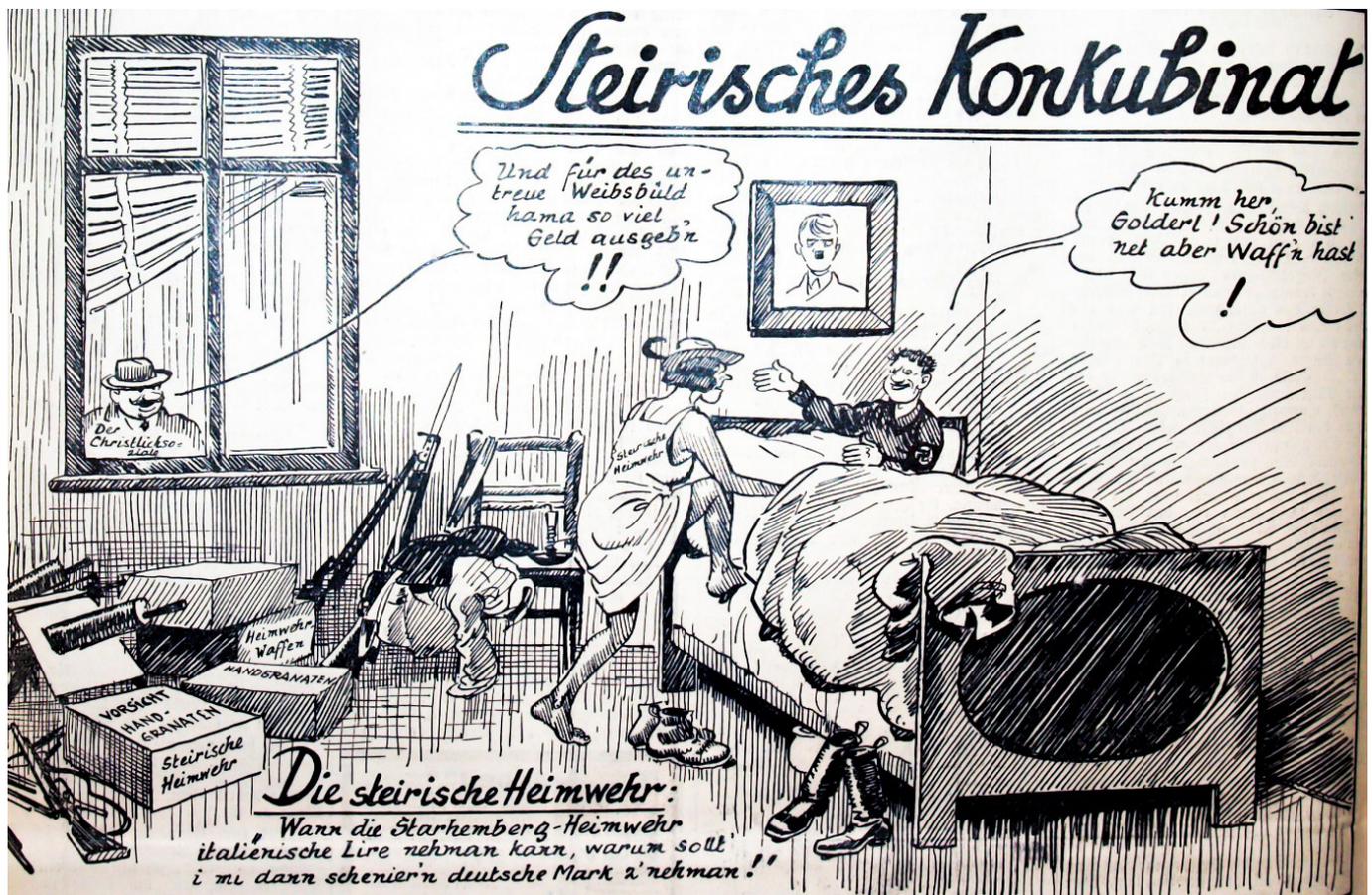
Gegründet wurde der Freiheitsbund im Jahre 1927 von Leopold Kunschak als Bestandteil der Christlichen Arbeiterbewegung. Wie die OSS war auch der Freiheitsbund als Gegenbewegung zur Heimwehr ausgelegt. Die Feindschaft zur Heimwehr forderte auch Todesopfer. Der Freiheitsbund war regimetreu, und wenn auch nicht freiwillig – wie es kundgetan wurde –, so löste er sich auf Befehl der Regierung 1936 doch auf.<sup>135</sup>

Die Führung des Freiheitsbundes in Baden erschließt sich durch eine Generalversammlung vom 10. April 1934 im Restaurant „Brandner“ (Wassergasse 31). Regimentskommandant war Major i.R. Ludwig Gerstorfer, als Bataillonskommandant fungierte Paul Karger. Die neue Ortsgruppenleitung bestand aus dem Ortsführer Gustav Pillhofer, dem Kompaniekommandanten Franz Schreiber, dem Dienstführenden Franz Michalsky und Wirtschaftsunteroffizier Franz Groß; GR Wladimir Mikunda wurde mit der Kreisleitung betraut.<sup>136</sup> Eine am 10. März 1935 im Restaurant „zur Südbahn“ (Conrad v. Hötzingdorferplatz 12a/13) stattgefundene Generalversammlung wurde als die achte bezeichnet. Des Weiteren wurde erwähnt, dass Ende 1934 der NÖ Freiheitsbund 6573 aktive Mitglieder aufwies (Quelle BVB!). Nur einen Tag später, am 1. März 1935, fand im Hotel „Stadt Wien“ (Kaiser Karl-Platz 16,

<sup>135</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.205f.

<sup>136</sup> Vgl. BVB Nr.16 v. 21.04.1934, S.3.

heute Sparkasse Baden, Hauptplatz 15-16) ein Landesappell statt, an dem auch Kollmann teilnahm. Es kam zu einer Rede des Landesführers Müller aus Graz. Er schwor, bedingungslos dem christlich-deutschen und auf Ständen aufgebauten Staate Österreich zu dienen. Was die Wehrformation betraf: *Wir als Angehörige einer Wehrformation müssen klar heraus sagen, dass der bewaffnete Friede in Österreich bald liquidiert werden möge. [...] weil ich an das Allgemeinwohl des ganzen Österreich denke und daran glaube, dass in diesem Staat doch bald wieder jener Zustand hergestellt werden muss, in dem militante Argumente nur mehr jenen in die Hand gegeben sind, die vom Staat aus dafür eingesetzt sind [...].* Allerdings sieht Müller dieses Ziel noch nicht erreicht und deswegen stünden sie (die Wehrverbände) *getreu zu unserem Programm, getreu zu dem Gelöbnis, das wir unserem toten Führer gaben, und wenn wir in die Zukunft blicken, kann es für niemanden eine Überlegung geben, wohin die Wege des Freiheitsbundes gehen.*<sup>137</sup> Abschließend verkündete der Landesführer Josef Dengler,<sup>138</sup> dass *die Kundgebung in Baden infolge ihres imposanten Verlaufes als ein Wendepunkt in der Geschichte des niederösterreichischen Freiheitsbundes zu bezeichnen sei.*<sup>139</sup> Bezüglich der Organisation wird erwähnt, dass die Sprechstunden des Freiheitsbundes, des Landesreferenten Dr. Bachzelt, in der Kanzlei der Landwirtschaftsführung, Annagasse 5, abgehalten werden.<sup>140</sup> Im Juni 1934 berichtet die BZ, dass die Postdirektoren Rosenfeld und Capee in Baden eine eigene Post- und Telegraphenkompanie auf die Beine gestellt hatten.<sup>141</sup> Bei einer Gemeinderatsitzung erfährt man zudem, dass der Freiheitsbund im Antonshof (Antonsgasse 10-12) ein Lokal besitzt bzw. sich dort trifft.<sup>142</sup> Im Jahre 1936 wurde auch der Freiheitsbund aufgelöst. Bei einer Führertagung am 27. Juni 1936 wurde die Schaffung einer Miliz besprochen und die Umgestaltung der Wehrformationen laut BVB lebhaft begrüßt.<sup>143</sup> Am 4. Okto-



Die zerstrittenen Heimwehren schafften es immer wieder auf die Karikaturensseite der BW. Die steirische Heimwehr steigt zu den Nationalsozialisten ins Bett und wendet sich damit gegen den Kurs der Regierung. Empört bleiben die Christlichsozialen – draußen vor der Tür (BW Nr.17 v. 28.04.1933, S.12).

<sup>137</sup> BVB Nr.11 v. 16.03.1935, S.3.

<sup>138</sup> Landesführer und Bundesrat Josef Dengler hatte seinen Wohnsitz von St. Pölten nach Baden verlegt. Vgl. BZ Nr.82 v. 13.10.1934, S.4.

<sup>139</sup> BZ Nr.21 v. 13.03.1935, S.2.

<sup>140</sup> Vgl. BVB Nr.6 v. 09.05.1936, S.6.

<sup>141</sup> Vgl. BZ Nr.48 v. 16.06.1934, S.3.

<sup>142</sup> Vgl. StA B, GB/3g/14, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 29. Jänner 1935 – 11. Dez. 1935, S.67.

<sup>143</sup> Vgl. BVB Nr.14 v. 04.07.1936, S.5.

ber 1936 kam es zu einer weiteren Führertagung, der Freiheitsbund nahm die Eingliederung in die Frontmiliz zur Kenntnis, bedingungslos stehe man hinter dem Führer Schuschnigg.<sup>144</sup> Der letzte Führerrat des NÖ Freiheitsbundes und gleichzeitig erste Führerrat des NÖ Arbeiterbundes (Bund christlicher Arbeiter und Angestellter, sollte als Integrationsinstrument für die Arbeiterschaft dienen) fand am 14. Februar 1937 statt. Der ehemalige Landesführer Josef Dengler rekapituliert die Arbeit des Freiheitsbundes seit 1927. Es folgte nun eine Überleitung vom Freiheitsbund zum Arbeitsbund. Der österreichische Patriotismus wurde herausgestrichen. *Österreich den Österreichern! [...] Wir sind vielleicht bessere Deutsche als manche andere. Wir haben deutsche Ostmarkerde schon früher verteidigt als andere, die erst gekommen sind.*<sup>145</sup>



Das „Kurt von Schuschnigg Heim“ im heutigen „Batzenhäusl“, Theaterplatz 9 (Foto: StA B).



<sup>144</sup> Vgl. BZ Nr.82 v. 10.10.1936, S.2.

<sup>145</sup> Vgl. BVB Nr.8 v. 20.02.1937, S.5.

# Die Vaterländische Front (VF) in Baden bei Wien

Die Vaterländische Front als Monopolorganisation der alleinigen politischen Willensbildung erfasste einen großen Teil der österreichischen Bevölkerung. Die hohe Zahl der Mitglieder geht aus der Gruppenmitgliedschaft hervor. Zu Beginn des Jahres 1934 hatte die VF einen Mitgliederstand von rund 500.000 Personen, im Jänner 1938 stieg die Mitgliederzahl auf 3 Millionen.<sup>146</sup> Mitglieder des Heimatschutzes, der OSS, des Bauernbundes oder des österreichischen Gewerbebundes erwarben zugleich die Mitgliedschaft in der VF, und auch jeder, der in der Politik oder Verwaltung tätig war, war Mitglied der VF. Aber im Vergleich zum italienischen Faschismus oder der NSDAP blieb die VF von geringerer Bedeutung, und auch die Mobilisierung war über weite Strecken ineffektiv. Der österreichische Historiker Emmerich Tálos urteilt: *Sie [die VF] spielte allerdings im und für den Prozess der Konstituierung des Austrofaschismus eine geringe Rolle.*<sup>147</sup> Des Weiteren blieb die VF nicht die Monopolorganisation (politische Totalität), die sie zu sein gedachte, denn sie musste die Macht mit der Katholischen Kirche, den Wehrverbänden und auch den christlichsozialen Politeliten teilen. *Die Organisation der VF blieb bis zum Ende des Austrofaschismus eine Baustelle.*<sup>148</sup>

Die Gründung war Mai 1933. Bereits im April war in der Wiener Zeitung der Aufruf erfolgt, sich zu einer vaterländischen Front (um das Lebensrecht Österreichs zu wahren) zusammen zu schließen. Anfänglich präsentierte sich die VF ohne wirkliches Programm, ohne klare Organisation und inhaltliche Konturen, und das obwohl sie staatstragend und als Stützpfiler eines neuen Systems auftrat. Grobe Charakteristika waren das Antiparlamentarische, Antimarxistische und Antinationalsozialistische. Man bezeichnete sich als vaterländisch, christlich und österreichisch. Hinzu kam eine große Portion Pathos, denn Bundeskanzler Dollfuß sprach (typisch für autoritäre/faschistische Organisationen) von einer Bewegung oder gar Erneuerungsbewegung, von einer Aufbruchsstimmung, und Phrasen wie „Gott will es“ (also die VF) gehörten genauso zum verbalen Repertoire.<sup>149</sup> Was nicht fehlen durfte, waren Führerkult, Militarisierung und eine straffe Hierarchie – sie sollten das neue Regime einigen. Alles Kennzeichen faschistischer Systeme, nur dass das Regime es tunlichst vermied, sich als faschistisch zu bezeichnen. Faschisten waren schließlich die Italiener und die Deutschen, selbst war man vaterländisch. Es ist ein Kuriosum dieser Diktatur, dass die zentrale Stütze, die VF, faschistisch auftrat (Führerkult, Selbstinszenierung, der Wunsch, die gesamte Bevölkerung zu erfassen, die Gesellschaft zu verändern), doch im selben Atemzug das Offensichtliche „leugnete“ bzw. umbenannte. Als am 12. August 1934 im Badener Rathaus die neuen Amtswalter beeidet wurden, lief das folgendermaßen ab: Der Bezirksleiter begrüßte die Amtswalter mit „Unser Führer Dollfuß lässt euch grüßen“, worauf die Anwesenden mit „Österreich“ zu antworten hatten.<sup>150</sup>

In den Augen der VF waren nicht nur die Deutschen und Italiener Faschisten, sondern auch die Heimwehren, die schließlich den „Korneuburger Eid“ geschworen hatten – der jedoch in zahlreichen Punkten der Ständeideologie glich, das wurde am 20. Oktober 1934 bei einer Heimatschutzkundgebung deutlich. Es wurde „Treu um Treu“ gefordert, Kräften, die den neuen Staat ablehnten, mit der Faust gedroht, und man war froh, den Parteienstaat endlich hinter sich gelassen zu haben. Die Heimwehr verwies auf den „Korneuburger Eid“, und dass Dollfuß ihn bei der Trabrennplatzrede erweitert hatte. *Viereinhalb Jahre sind vergangen, seitdem dieses Programm aufgestellt wurde. In diesen viereinhalb Jahren ist das Programm des Heimatschutzes das Programm des Staates geworden. [...] Gegenüber der Vaterländischen Front haben wir uns anfänglich reserviert verhalten [...], doch diesbezüglich kam es zu einem Wandel. Wir haben die Überzeugung, dass die Vaterländische Front die Aufgabe hat, rücksichtslos den Parteienstaat zu überwinden, den Klassenkampf auszuschalten und alle diejenigen zusammenzufassen, die ein freies, deutsches Österreich anstreben.*<sup>151</sup> Das wollte die VF durchaus, ein freies und deutsches Österreich, aber auch ein christliches! Das wiederum war den Heimwehren ein Dorn im Auge.

Was die VF ist, erklärte die Bezirksstelle Baden unter anderem am 24. Februar 1934 in der BZ: *Die Front jedoch ist weder mit einer bestehenden Partei identisch noch ist sie eine Dachorganisation, welche verschiedene Parteien oder Vereinigungen ähnlicher Richtung zusammenfasst, sie ist, und das muss gegen über Freund und Feind betont werden,*

<sup>146</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.149.

<sup>147</sup> Ebd. S.60.

<sup>148</sup> Ebd. S.154f.

<sup>149</sup> Vgl. ebd. S.147f.

<sup>150</sup> Vgl. BVB Nr.33 v. 18.08.1934, S.1.

<sup>151</sup> BZ Nr.85 v. 24.10.1934, S.2.

*die österreichische Erneuerungsbewegung, sie ist die Organisation der Zukunft, welche durch die Zahl ihrer Mitglieder und die Kraft ihrer Ideen den Anspruch erheben kann und muss, das ganze österreichische Volk zu erfassen.*<sup>152</sup>

Allerdings war die VF eben keine Bewegung aus dem Herzen der Österreicher, sondern ein „von oben“ aufgesetztes Konstrukt, wodurch die Identifikation der Eliten wie auch der Bevölkerung, im Vergleich zur NSDAP oder des PNF in Italien, marginal war und es auch bis zum Schluss blieb.<sup>153</sup>

## Organisation und Aufbau

Im Mai 1934 galt folgender Aufbau der VF. Der Bundesführer und sein Stellvertreter bildeten die oberste Führung. Als beratendes Organ des Bundesführers trat der Bundesführerrat auf. Ihm folgte der Generalsekretär mit dem Generalsekretariat als Spitze des Apparates (Administration). Dann kamen die Landesleitungen, Bezirks- und Ortsgruppen. Politik machte die obere Ebene, die darunter sorgte für die Ausführung.<sup>154</sup> Auf Bezirksebene werden folgende Stellen genannt: Bezirksleiter, Kanzlei, Organisationsabteilung, Werbeabteilung, I.D.-Referat, Kulturreferat, Frauenreferat, dann kamen die Ortsgruppen.<sup>155</sup> In Niederösterreich existierten 1935 bis 1938 70 Bezirksleitungen, 1762 Haupt- und Ortsgruppen der VF.<sup>156</sup>

Die Bezirksstelle der VF in Baden öffnete am 1. Dezember 1933 ihre Pforten. Als Initiator präsentierte sich der Bezirksführer Rudolf Woisetschläger, der die Bezirksstelle der VF am 24. November aktiviert hatte.<sup>157</sup> Die Zentrale befand sich in der Roseggerstraße 1, Ecke Kaiser Franz Josef-Ring.<sup>158</sup> Anmeldungen bzw. Parteienverkehr fanden unter der Woche von 9-12 und 15-18 Uhr statt.<sup>159</sup> Ein neues bzw. ein weiteres Heim erlangte die VF in Baden nach den Februartkämpfen 1934; sie beerbte das nun zwangsverwaiste ehemalige Arbeiterheim am Conrad v. Hötendorf-Platz 12a.<sup>160</sup> Präsent war die VF auch im Steinbruch im Weichseltal. Dort beabsichtigte sie Schießübungen zu veranstalten, doch brauchte es dafür die Genehmigung des Bürgermeisters. Das Gesuch endet mit „Österreich“ und ist vom Bezirksleiter unterzeichnet.<sup>161</sup> (In Deutschland endete alles mit „Heil Hitler“, im Ständestaat sollte alles mit „Österreich“ oder mit „Front Heil“ enden.) Kollmann willigte ein, aber kein „Österreich“ am Schluss!<sup>162</sup> Übrigens, kein einziges Schreiben Kollmanns endet mit „Österreich“ oder „Front Heil“ (zumindest keines, das im Badener Stadtarchiv vorliegt).

Dem Jahresbericht 1935 der VF-Bezirksführung ist folgende Organisation des Bezirkes Baden zu entnehmen. Der Bezirk zerfiel in 5 Hauptgruppen und 16 Ortsgruppen. Die fünf Hauptgruppen zerfielen wiederum in 19 Gruppen. Die Hauptgruppe Baden bestand aus 12 Gruppen, Traiskirchen aus 3, Bad Vöslau aus 2, Leobersdorf aus 2 und Blumau ebenfalls aus 2. Dazu kamen noch die 16 Ortsgruppen: Schönau a.d. Triesting, Günselsdorf, Teesdorf, Tattendorf, Oeynhaus, Tribuswinkel, Pfaffstätten, Siegenfeld, Heiligenkreuz, Alland mit den Katastralgemeinden Groisbach und Mayerling, Raisenmarkt, Klausen-Leopoldsdorf, Gainfarn, Kottlingbrunn, Grossau, Sooß und Hochstraße.<sup>163</sup> Hinzu kamen über zweihundert Sprengel.

Die Führung der Bezirksleitung oblag dem Bezirksleiter und seinem Stab an Amtswaltern. Die folgende Darstellung bietet einen groben Überblick – sie ist eine Zusammenstellung von Zeitungsmeldungen und amtlichen Schreiben – und kann keine Vollständigkeit beanspruchen. Nicht alle Amtswalter konnten ausfindig gemacht werden, vielleicht waren nicht alle Posten besetzt, auch Personalwechsel und Doppelbesetzungen sorgten für Unklarheit.

<sup>152</sup> BZ Nr.16 v. 24.02.1934, S.2.

<sup>153</sup> Vgl. Emmerich TÁLOS, Walter MANOSCHEK, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage Wien 2012), S. 124-160, hier 145.

<sup>154</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, S.156.

<sup>155</sup> Vgl. ebd. S.161.

<sup>156</sup> Vgl. PRINZ, Politische Herrschaft in Niederösterreich, 2008, S. 64.

<sup>157</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.39. Das ist einem Brief Woisetschlägers zu entnehmen, der den Landesleiter in seine Wohnung (Felsenvilla) einlädt, um das Gründungsjubiläum im November 1934 zu feiern.

<sup>158</sup> Vgl. BVB Nr.48 v. 02.12.1933, S.3.

<sup>159</sup> Vgl. BZ Nr.95 v. 29.11.1933, S.4.

<sup>160</sup> Vgl. BZ Nr.52 v. 30.06.1934, S.1f. Es gab dort diverse Zusammenkünfte, auch konnten Karten für VF-Veranstaltungen erworben werden, genauso wie in der Buchhandlung Zweymüller. Vgl. BVB Nr.43 v. 27.10.1934, S.2.

<sup>161</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.105.

<sup>162</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.106.

<sup>163</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 286, S.208.

Bezirksleiter: Rudolf Woisetschläger

Bezirksleiterstellvertreter: Gendarmeriegeneral Hugo Strauß bis April 1935, dann Korvettenkapitän Alfons v. Kloss/Kloß bis Mai 1936, danach Fritz Modena

Bezirksorganisationsleiter: Prof. Leopold Leutgeb

Bezirksorganisationsleiterstellvertreter: Fritz Modena ab April 1935

Bezirkswerbeleiter: Dr. Wilhelm Malaniuk, es wird aber auch einmal Dr. Franz Eckert genannt.

Bezirksfinanzreferent: Ab April 1935 Fritz Modena, wahrscheinlich bis Mai 1936. Dann war die Stelle bis September 1936 unbesetzt; von Sept. 1936 – April 1937 folgte Rudolf Sigmund.

Bezirkskassenwart: Ludwig Gerstorfer

Bezirksfahrkorpsreferent: Rudolf Brandl, höchstwahrscheinlich zuvor ab Oktober 1934 Dr. Franz Eckert

Bezirkspressereferent: Dr. Franz Eckert, wahrscheinlich bis Juli 1936; ihm folgte Johann Wagenhofer (seit April 1935 Bezirkspressereferentstellvertreter), er wird auch nur als Bezirksreferent erwähnt

Bezirksreferent f. Land- und Forstwirtschaft: Leopold Fischer

B.O. Bezirksleiter<sup>164</sup>: Alois Beck

D.O. Bezirksleiter: Alfred Metlicska

Hinzu kamen noch der Propaganda-, Kultur-, Sport- und Jugendreferent, die ich nicht identifizieren konnte. Nicht zu vergessen wären die jeweiligen Stellvertreter.

Der Jahresbericht 1935 erwähnt zudem die abgehaltenen Veranstaltungen. Sieben Luftschutzveranstaltungen mit Lichtbildvorträgen. Bezirksleitungssitzungen fanden allwöchentlich am Freitag statt, Bezirksleitungssitzungen, an denen alle Referenten teilnahmen, einmal im Monat.

Mit dem Kassenrevisionsbericht der Bezirksführung der VF an die Landesleitung im August 1934 hat man eine Quelle, die die anfängliche Finanzsituation detailliert wiedergibt.<sup>165</sup> Der Zeitraum umfasst den 1. Dezember 1933 bis zum 30. Juni 1934 – bis dahin konnte die Bezirksführung, die mit 0 Schilling startete, auf der Einnahmenseite 4.150,81 Schilling verbuchen (Monatsbeiträge der Mitglieder). Hinzu kamen noch Spenden, Abzeichenverkauf usw., was zu einem Betrag von 5.687,06 führte. Auf der Ausgabenseite kam eine Summe von 5.426,49 Schilling zusammen. Am meisten verschlangen die Gehälter der Bürokräfte (1.311,80), gefolgt von der Miete (840) und den Büroartikeln (419,72). Dann kamen noch außergewöhnliche Spesen hinzu, wie die Februarkämpfe (882,52), der Juliputsch (493,06) und sonstiges. Zusammengenommen 2.497,04 Schilling, die zu den regulären Ausgaben hinzugezählt werden mussten, sprich  $5.426,49 + 2.497,04 = 7.923,53$ . Künftig meinte die Bezirksleitung mit 590 Schilling monatlich auszukommen.

Die Badener Hauptgruppe bestand aus zwölf Gruppen. Diese waren anfänglich der Bezirksleitung unterstellt. Erst im Juni 1935 kam es zur Bildung der VF-Hauptgruppe Baden, mit dem Ziel, ein Zwischenglied zwischen der VF-Bezirksstelle und den einzelnen Gruppen in Baden zu bilden und die Bezirksstelle zu entlasten.<sup>166</sup> Hauptgruppenführer war Vizebürgermeister Dr. Julius Hahn. Er sowie Woisetschläger und Malaniuk waren die aktivsten und engagiertesten Protagonisten und bildeten, so möchte ich interpretieren, ein „Triumvirat“ der Badener VF.

Angeführt wurde jede der zwölf Gruppen von einem Gruppenleiter sowie weiteren Funktionären wie Werbeleiter, Propagandaleiter, Organisationsleiter, Kassenwart usw. samt Stellvertretern. Der Aufgabenbereich umfasste die Anwerbung sowie Betreuung von Mitgliedern, Organisation diverser Veranstaltungen (Bunte Abende, Weihnachtsfeiern, Theateraufführungen); es galt, die Stimmung innerhalb der Stadtbevölkerung einzufangen und den ständischen Gedanken zu kultivieren. Die Badener Gruppen traten in unterschiedlicher Intensität öffentlich auf – während manche Gruppen kaum bis nie den Weg in die Lokalzeitungen schafften, waren andere regelmäßig mit ihren Programmen vertreten.

---

<sup>164</sup> Dienststellenorganisation D.O. und Betriebsstellenorganisation B.O. waren Instrumente der VF zur Erfassung der Beschäftigten in öffentlichen Betrieben bzw. in teilverstaatlichten Betrieben. Sie betreuten und kontrollierten sämtliche in den privatwirtschaftlichen Betrieben selbstständig und unselbstständig tätigen VF-Mitglieder. Ziel war es, staatsfeindliche Elemente auszusondern sowie Betriebe zu „entpolitisieren“, um sie zu „vaterländisieren“. Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.354f.

<sup>165</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.131, 135.

<sup>166</sup> Vgl. BVB Nr.24 v. 15.06.1935, S.3.

Folgende Gruppenamtswalter konnten eruiert werden:

Gruppe	Gruppenleiter
I	Dr. Franz Berger
II	Karl Pazeller
III	Ing. Hans Mayr, Werbeleiter: Alois Schabner, Organisationsleiter: Johann Wagenhofer
IV	Hauptmann a.D. Hanns Wyklicky, Werbeleiter: Prof. Ferdinand Hoffer
V	Hermann Ernstthaler
VI	Franz Hodl, Werbeleiter: Walter Rosna
VII	Ing. Karl Bubla, Werbeleiter: Kurt Hlavacek
VIII	Gustav Dem*, Kassenwart: Hermann Ernstthaler (Stand 13. Mai 1934)
IX	Karl Cizek, ab Februar 1934 Ing. Rudolf Vogt
X	Oberst a. D. Hans Walentin, Werbeleiter: Hans Stöckleitner
XI	Kamillo Meinhart, womöglich ab Oktober 1934 Trudo Exner
XII	Kamillo Meinhart, Organisationleiter Franz Opawsky

\*Gustav Dem (1902 – 1971) war seit 1915 Mitglied beim Reichsbund Katholisch-deutscher Jugend und seit 1919 politisch tätig bei der CSP (Bezirks- und Ortsleitung bis 1934). Von 1925 bis 1938 war er im Fürsorgerat und von 1930 bis 1945 als Beamter für die Stadtgemeinde tätig. Im Jahre 1938 folgte die Verhaftung, nach der Freilassung wurde er aus dem Rathaus ins Gaswerk versetzt, 1944 zu Schanzarbeiten an die ungarische Grenze geschickt. 1955 – 1960 war er Gemeinderat der ÖVP, dann fünf Jahre Stadtrat und zwischen 1960 und 1965 3. Vizebürgermeister. Vgl. StA B, Biographisches Archiv.

Für zwei Gruppen sind auch die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche (Straßenzüge) bekannt:

Gruppe V: Pelzgasse, Gutenbrunnerstraße, Rollettgasse, Johannesgasse, Heiligenkreuzergasse, Pergerstraße, Rainer-Ring, Brusatti-Platz, Marchetstraße bis zur Pelzgasse, Theresiengasse, Kaiser Franz-Ring, Welzergasse, Komzakgasse, Grillparzerstraße, Mautner von Markhof-Straße, Badener Berg, Gaminger Berg, Trostgasse, Weinberggasse, Mariengasse, und Germergasse bis zur Flammgasse.<sup>167</sup>

Gruppe XII: Braitnerstraße ab Südbahn, Gartengasse ab Südbahn, Rohrgasse, Schützengasse, Rohrfeldgasse, Hartergasse, Herrenkirchengasse, Franz Gehrerstraße, Wenzel Müllergasse, Schießgraben, Rosenbühlgasse, Klesheimstraße, Haidhofstraße und Friedhofstraße.<sup>168</sup>

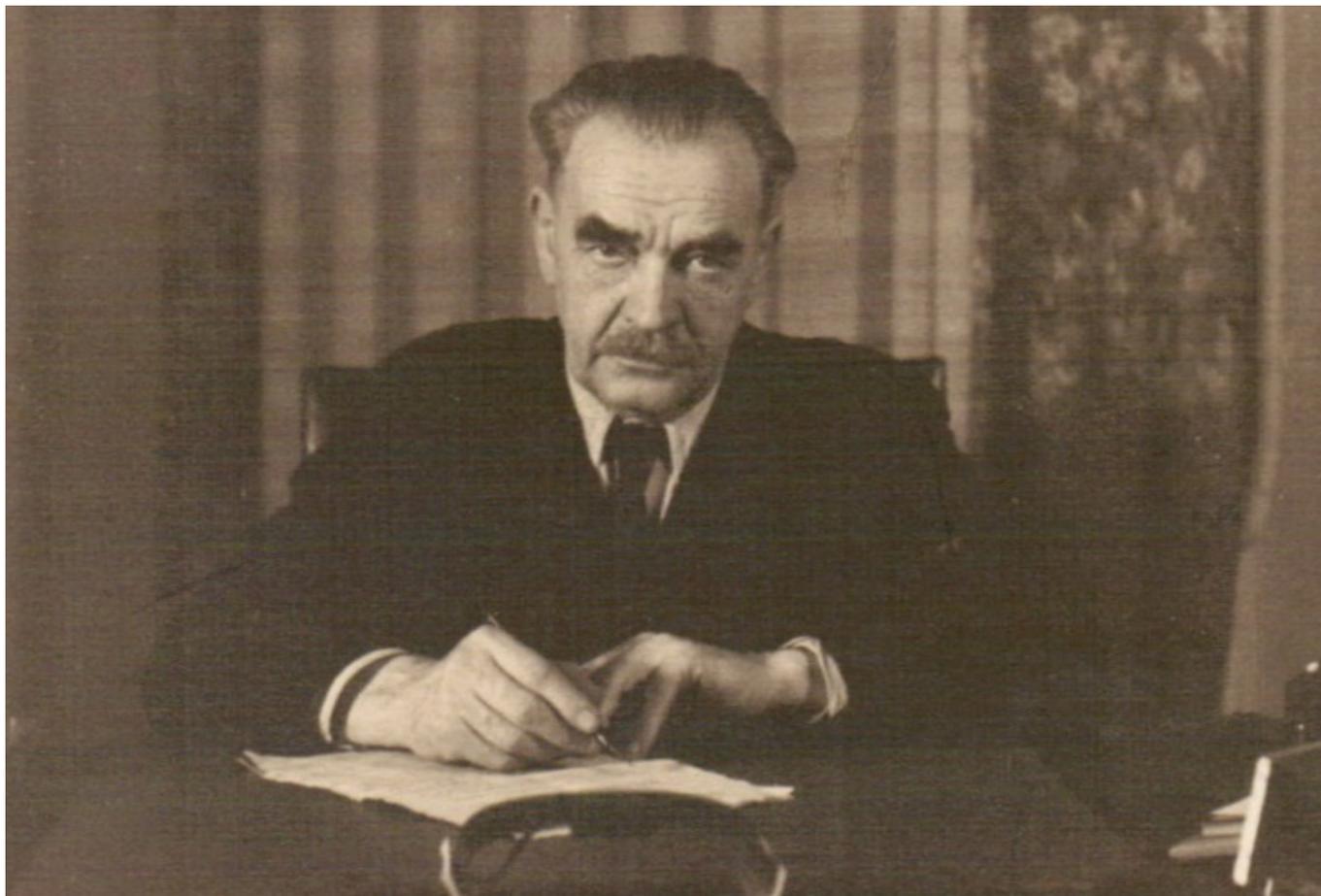
Eine Änderung der Gruppen wurde in einer Sitzung am 13. Oktober 1937 bekannt gegeben. Gruppe I und III wurden zusammengezogen und Gruppe II auf Gruppe IV und V aufgeteilt.<sup>169</sup> Für die neugeschaffene Gruppe I/III führt das Amtswalterverzeichnis Jänner 1938 als Gruppenführer Heinrich Karplus an. Um die Organisation kümmert sich Karl Narosy (Weilburgstraße 25), er war zugleich Finanzverwalter. Schriftwart war Jean Mader, Marchetstraße 49, und Organisationsleiterstellvertreter war Karl Rossmann, Dollfußgasse (Pfarrgasse) 8.<sup>170</sup>

<sup>167</sup> Vgl. BVB Nr.44 v. 30.10.1937, S.3.

<sup>168</sup> Vgl. BZ Nr.90 v. 10.11.1934, S.3.

<sup>169</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147, S.47.

<sup>170</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 286, S.20.



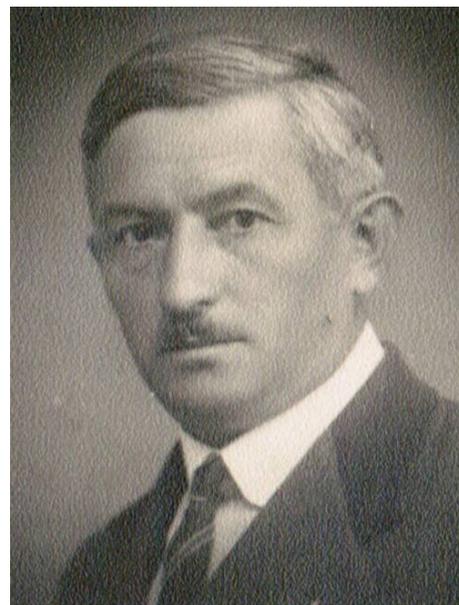
Rudolf Woisetschläger (1886 – 1958) war Postbeamter von Beruf. Sein Dienst begann bereits in der Monarchie (er war unter anderem im Ausland für die Errichtung von Relaisstationen zuständig) und endete 1933, als er genug Dienstjahre erreicht hatte – er ließ sich gegen Wartegeld beurlauben. Im Jahr 1924 wurde ihm der Titel eines Telegraphenkontrollors verliehen und 1929 wurde er zum Inspektor ernannt. Nach dem Anschluss 1938 verließ er Baden, kehrte 1947 wieder zurück und wurde provisorischer Leiter der Sparkasse Baden (Vgl. Getrud Maurer, Familiengeschichte, Bd. VIII, MS Privatarchiv Fam. Maurer; Foto: Privatarchiv Fam. Maurer).

Als Quelle für die VF in Baden dienen neben den Badener Medien und amtlichen Schreiben die handgeschriebenen Sitzungsprotokolle der Hauptgruppe Baden der Vaterländischen Front von 1936 bis 1938. Beginnend mit der Sitzung vom 14. März 1936 zählen wir 29 Sitzungen.<sup>171</sup> Bei jeder Sitzung wird eingangs erwähnt, wer daran teilnahm. Die Leitung der Hauptgruppe sowie die jeweiligen Gruppenleiter, manchmal mit Stellvertretern oder den jeweiligen Propagandaleitern. Gelegentlich nahmen auch Vertreter der Wehrformationen teil sowie Vertreter aus Schulen, der Betriebsstellenorganisation (B.O.) und Dienststellenorganisation (D.O.) des Bauernbundes oder Gewerbebundes, unter den Gästen fanden sich Woisetschläger oder Malaniuk. Hahn als Hauptgruppenleiter fehlte kein einziges Mal, und seine Unterschrift findet sich nach jeder Sitzung neben der des Lehrers und Propagandareferenten Karl Klose. Als Organisationsreferent trat Amtsrat Eckert auf, als Kassier H. Blaschko. Bezüglich der Sitzungstermine wird am 14. März 1936 mitgeteilt, dass jeden dritten Monat alle Funktionäre zur Besprechung geladen würden, dazwischen würden zweimalige Zusammenkünfte der Hauptgruppenleitung mit den Gruppenleitern stattfinden. Die noch öfters zu erwähnende mangelnde Identifikation mit der VF äußert sich in diesem Fall dadurch, dass selbst die Protokolle nicht mit „Österreich“ oder „Front Heil“ enden. Allerdings könnte das damit zusammenhängen, dass es sich um handgeschriebene Aufzeichnungen handelt. Wären diese in Reinschrift übertragen worden, wäre das „Österreich“ oder „Front Heil“ möglicherweise nachträglich hinzugefügt worden.

<sup>171</sup> 14. März 1936 / 8. April 1936 / 20. April 1936 / 13. Mai 1936 / 10. Juni 1936 / 15. Juli 1936 / 12. August 1936 / 9. September 1936 / 20. September 1936 / 25. September 1936 / 14. Oktober 1936 / 21. Oktober 1936 / 11. November 1936 / 2. Dezember 1936 / 10. Februar 1937 / (kein Tag angegeben) März 1937 / 7. April 1937 / 26. April 1937 / 9. Juni 1937 / 7. Juli 1937 / 11. August 1937 / 19. September 1937 / 13. Oktober 1937 / 10. November 1937 / 9. Dezember 1937 / 11. Jänner 1938 / 12. Februar 1938 / 9. März 1938 / 10. März 1938.



In der Mitte sieht man Vizebürgermeister und Hauptgruppenleiter der Badener VF Dr. Julius Hahn (1890-1972) in Frontkämpfer-Uniform. Im Ersten Weltkrieg war er als Artillerie-Oberleutnant an verschiedenen Frontabschnitten eingesetzt. Hahn war Rechtsanwalt, seit 1924 christlichsozialer Gemeinderat in Baden, von 1932 bis 1938 1. Vizebürgermeister. Nach dem Anschluss 1938 wurde er von allen Ämtern enthoben, zweimal inhaftiert, zur Wehrmacht eingezogen, wo er als Hauptmann in Kriegsgefangenschaft geriet. Ab April 1945 war er wieder Gemeindevertreter, von 1949 bis 1950 1. Vizebürgermeister und von 1950 bis 1965 Bürgermeister der Stadt Baden (Vgl. StA B, Biographisches Archiv; Foto StA B).



Karl Klose (1890 – 1977) war anfänglich Lehrer in Teesdorf und Klausen-Leopoldsdorf. Im Ersten Weltkrieg rückte er 1915 ein, kämpfte in Russland und Italien und rüstete als Oberleutnant ab. Bereits 1916 wurde er Lehrer an der „Valerie-Schule“ (Volksschule Uetzgasse) und 1952 ihr Direktor, im selben Jahr trat er in den Ruhestand. Im Ersten Weltkrieg schrieb er für diverse Soldatenzeitungen, hielt nach dem Krieg Vorträge und betätigte sich als Lokalhistoriker. Während des Ständestaates nahm er die Funktion eines Propagandareferenten ein. Zwischen 1929 und 1938 war er Heimleiter des „Karolinenhofes“, Heim der unpolitischen Gewerkschaften der niederösterreichischen Lehrerschaft (Vgl. BZ Nr.38 v. 23.11.1977, S.3, und StA B, Biographisches Archiv; Foto: StA B).

Die Betätigungsfelder der VF umfassten die Beteiligung an Gesetzwertungsprozessen und Funktionärsbestellungen, Interventionen bei Auftragsvergaben und Personalbestellungen, politische Kontroll-, Sicherungs- und Integrationsfunktionen.<sup>172</sup> Das Interventionsrecht auf Bezirks- und Gemeindeebene stand nur dem Landesleiter der VF zu.<sup>173</sup> Dies betraf z.B. die Vergabe von Wohnungen oder Firmenaufträgen, aber auch Sicherungsfunktionen wie die Organisation des Ortsschutzes. Als Unterstützung der Exekutive unterstand die VF zwar der Gendarmerie, doch in Orten, in denen keine Gendarmerie stationiert war, übernahm der Ortsgruppenleiter der VF die Führung.<sup>174</sup>

Diese Betätigungsfelder spiegeln sich stellenweise in den Sitzungsprotokollen wieder. Fast durchgängig wird um Berichte (Stimmungsbilder der VF und der Bevölkerung) gebeten bzw. werden solche angefordert. Wie die Badener zum Ständestaat stehen, sollte der Informationsdienst I.D. „erforschen“. Das war ein Netzwerk an Personen, vor allem VF-Mitglieder, die als Spitzel zu rekrutieren waren – der I.D. sollte Bezirkslisten Verdächtiger erstellen. Damit erlangten die Bezirks- und Ortsorganisationen großen Einfluss, in ihren Händen lag eine wichtige politische Kontrollfunktion der Badener Bevölkerung.<sup>175</sup>

<sup>172</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.174.

<sup>173</sup> Vgl. ebd. S.179.

<sup>174</sup> Vgl. ebd. S.190.

<sup>175</sup> Vgl. ebd. S.184.

Propaganda war ein weiteres Betätigungsfeld, der ständestaatliche und vaterländische Gedanke wurde auf Kulturveranstaltungen vermittelt. Im Jahresbericht 1935 der VF-Bezirksführung sind Vorträge verschiedener Universitätsprofessoren aufgelistet, thematisiert wurden die Vorteile eines Ständestaates. Kulturvorträge hielt auch die Urania ab, die laut der Bezirksführung *unter dem Einfluss der Vaterländischen Front steht*, dank der neuen Leitung von Dr. Josef Kraupp. Der kulturelle Bereich oblag dem Kulturreferenten, dessen Tätigkeit auch darin lag, kulturell schädliche Einflüsse abzuwehren.

Bedeutsam wie die Überwachung war die Anwerbung neuer Mitglieder. Amtsrat Eckert verlangte, dass besonders Pensionisten der Beitritt nahe gelegt werden müsste, allerdings sollte kein Zwang ausgeübt werden; in der Sitzung vom 12. August 1936 rückten Frauen und der Intelligenzstand in den Mittelpunkt der Werber.<sup>176</sup> Er mahnte stets, alles vertraulich zu behandeln und Kritik nicht bis zur Nörgelei ausufern zu lassen. Ähnlich sah es Propagandareferent Klose, die VF dürfe keine billige Werbung verlegen, und er plädierte für mehr Herz und Verstand. Die Tätigkeit in der VF war ehrenamtlich, und es wurde betont, dass nicht für jede kleine Leistung Lohn verlangt werden dürfe.<sup>177</sup>

Zur VF gehörten auch Frontwerke und Referate, die kulturelle und gesellschaftliche Ziele verfolgten. Das Frontwerk „Neues Leben“ (NL) war z.B. eine Freizeitorganisation der VF, gegründet im Sommer 1936. Sie sollte die Freizeit der Österreicher im vaterländischen Sinn gestalten.<sup>178</sup> In Baden kam es am 19. November 1936 zur Konstituierung des Frontwerkes NL. Tonangebend war Sachwalter Prof. Dr. Erich Christel. Dem Rat gehörten ferner Regierungsrat Eugen Adler, Bezirksführerstellvertreter Fritz Modena, Prof. Josef Biegler, Prof. Dr. Hans Gerhold, Alfred Kobl,



Uniformiert in der Mitte Vizebürgermeister Julius Hahn, rechts daneben Bezirkswerbeleiter Wilhelm Malaniuk (Foto: StA B).

Dechant Josef Koll, Regisseur Lothar Rogozinski und Pressereferent Johann Wagenhofer an.<sup>180</sup> So wie alle anderen Referate und Frontwerke, bzw. die gesamte VF, litt auch das NL an ständiger Geldnot. So tat sich ein Konflikt auf, als die durch die Bundesführungen zugesicherten NL-Ermäßigungen für das Badener Stadttheater vor Ort nicht eingehalten wurden. Eingeschaltet wurden die Bundes-, Landes- und Bezirksführung der VF sowie die Badener Stadtgemeinde. Das Stadttheater klagte über die Wiener Konkurrenz, man wollte schließlich etwas verdienen. Letztendlich musste das Theater sich dem Druck beugen, allerdings galten die Ermäßigungen nicht für die Galerie, denn diese sei ohnehin so billig. Der Disput dauerte drei Monate.<sup>181</sup>

Propagandawirksame Zusammenkünfte (dazu zählte auch der Ball der VF, der jedes Jahr im Januar oder Februar abgehalten wurde) fanden regelmäßig in sogenannten Bezirksappellen statt.<sup>182</sup> Vorträge wurden zu allen möglichen Themen gehalten, von Stadt- und Bezirksangelegenheiten über Bundespolitik bis zur Weltpolitik. Neue Amtswalter wurden beeidigt und Erfolge sowie Probleme der VF besprochen. Anwesend waren stets die Bezirksgrößen der VF. Als sich am 13. Jänner 1935 Kollmann dazugesellte, wurde sein Kommen besonders hervorgehoben. Das BVB gab die Bezirksappelle recht trocken wieder, ohne viel Pathos. Am 7. November 1937 erfährt man von 120 neuen Amtswaltern im Bezirk, oder dass die Täter, die ein Dollfuß-Denkmal in Leobersdorf beschädigt hatten, ausgeforscht wurden.<sup>183</sup>

<sup>176</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147, S.14.

<sup>177</sup> Vgl. ebd. S.2.

<sup>178</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.443.

<sup>179</sup> Alfred Kobl (1883 – 1956) war Buchhalter, gerichtlich beeidigter Sachverständiger und ab 1934 Stadtsekretär und Amtsrat im Badener Gemeinderat. Er verfasste zum Teil die Gemeinderatsprotokolle. Vgl. StA B, Biographisches Archiv.

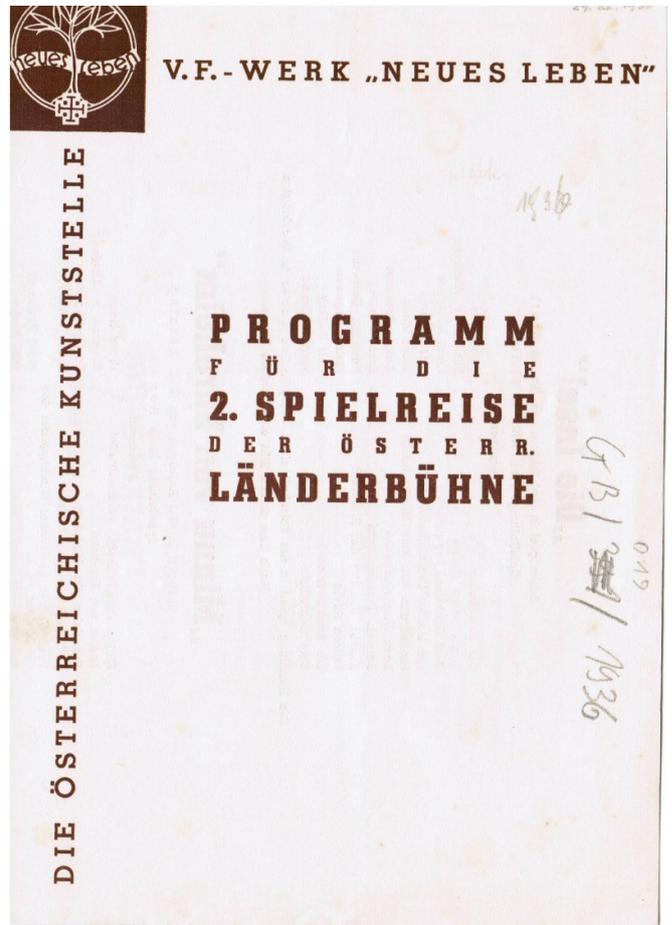
<sup>180</sup> Vgl. BVB Nr.35 v. 28.11.1936, S.5.

<sup>181</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 184, S.1-8.

<sup>182</sup> 16. September 1934, 25. November 1934, 13. Jänner 1935, 19. Mai 1935, 26. Jänner 1936, 7. Juni 1936 (nur in den Protokollen vermerkt, allerdings steht nichts in den Zeitungen!), 18. Juli 1936, 22. November 1936, 7. März 1937, 7. November 1937, sowie ein Generalappell am 3. November 1935.

<sup>183</sup> Vgl. BZ Nr.90 v. 13.11.1937, S.1.

Pompös gestaltete sich der Generalappell am 3. November 1935. Am Hauptplatz marschierten die vier Wehrformationen der Stadt auf, Heimatschutz, OSS, Freiheitsbund und die Christlich-deutschen Turner. Die Angelobung der neuen Amtswalter fand im Rathaus statt und wurde durch den Landesleiter Ing. Engelbert Dworschak vollzogen. Die dazugehörigen Vorträge folgten im Hotel „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16) Es wurde über die zunehmende Organisierung referiert. Ein eigener Tagesordnungspunkt betraf das sichtbare Tragen des VF Abzeichens. Das „alte“ System blieb nicht unerwähnt, und die Leistungen der damaligen Parteien fanden durchaus positive Erwähnung. Das neue Österreich müsse christlich, deutsch und sozial sein. Schwerpunkte, die in der Republik von CSP, GDVP und SDAP vertreten wurden – doch nun vereint in der VF. Als Kollmann zu Wort kam, erinnerte er an die Worte Dollfuß, dass der Parteienstaat nicht mehr haltbar sei und dass Österreich parteimäßig nicht gerettet werden könne. Jetzt sei es Gott sei Dank anders: *Wer in der V. F. mitarbeiten will, der muss sich sagen, dass jetzt keine Zeit für Kritik sei und dass alle nur von dem einen Bestreben geleitet sein müssen, das angestrebte Ziel, ein glückliches, freies Österreich zu erreichen (Beifall).*<sup>184</sup> Dass die als Propagandaveranstaltungen ausgelegten Bezirks- und Generalappelle auch nach hinten losgehen konnten und eben zu keinem Massenspektakel ausarteten, beweist ein Bezirksappell in Pfaffstätten. Bei einer Einwohnerzahl von 2000 Personen waren nur 14 zum Bezirksappell erschienen.<sup>185</sup>



Sta B, GB/019/1936

## Mitgliedschaft bei der VF

Mitmachen durfte jeder, der den Grundsätzen des Regimes nachkam. Wer staatsfeindlich auftrat, dem wurde die Mitgliedschaft verweigert, bzw. er musste eine Wartefrist absolvieren. Wer in der öffentlichen Verwaltung tätig war oder es sein wollte, war zur Mitgliedschaft verpflichtet (wobei die Bestimmung von „anzugehören haben“ spricht).<sup>186</sup> Die Mitgliedschaft in der VF war ein Bekenntnis zu einem selbstständigen, christlichen, deutschen, berufsständisch geordneten, autoritär geführten Österreich.

Wie wurde man Mitglied? Der Ortsleiter schickte das Ansuchen an den Landesleiter. Dieser konnte annehmen, eine Wartefrist erteilen oder eine sofortige Aufnahme aussprechen. Verlangt wurde die Staatsbürgerschaft, das besagte Bekenntnis, wobei die Religionszugehörigkeit egal war. Auch als Nicht-Christ oder Nicht-Katholik konnte man beitreten, man musste sich nur zu einer christlichen Staatsauffassung bekennen. Am 1. November 1937 erfolgte eine Mitgliedersperre, die Organisation sollte gestrafft werden. Man wollte sehen, wer aus vaterländischen Gründen beitrug und wer sich nur persönliche Vorteile erhoffte. Zahlreiche Beschwerden diesbezüglich liegen vor.<sup>187</sup>

Über den Mitgliederstand der Badener VF erfahren wir aus diversen Berichten über Veranstaltungen aus dem BVB, so am 20. Oktober 1934, aus denen hervorgeht, dass im Bezirk zu dieser Zeit 22.000 Mitglieder und 700 Amtswalter gemeldet waren. Bei einer Versammlung am 28. Oktober 1937 ist dem BVB zu entnehmen, dass 95% der Arbeiter im Bezirk bei der VF sind und die VF generell 35.000 Mitglieder (Bezirk), ohne die Mitglieder des „Österreichischen Jungvolkes“, aufweisen kann.<sup>188</sup>

<sup>184</sup> BZ Nr.90 v. 09.11.1935, S.4 und vgl. BVB Nr.45 v. 09.11.1935, S.4.

<sup>185</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 286, S.149.

<sup>186</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.170.

<sup>187</sup> Vgl. ebd. S.171f.

<sup>188</sup> BVB Nr.45 v. 06.11.1937, S.1f.

Dies jedoch stimmt nicht mit dem Schreiben über den Mitgliederstand Juni 1934<sup>189</sup> (gesamte Aufstellung siehe Abbildung Seite 49) überein, und auch der Jahresbericht 1935<sup>190</sup> sagt etwas anders aus. Fasst man beide Berichte zusammen, so ergeben sich folgende Mitgliederzahlen für Bezirk und Stadt Baden. Für das Jahr 1937 entnehme ich die Mitgliederzahlen dem Revisionsbericht 1937 (NÖLA, VFNÖ 576, S.12-15).

	März 1934	April 1934	Mai 1934	Juni 1934	Januar 1935	Dez. 1935	April 1937
Bezirk Baden	4.134	4.471	5.825	8.224	14.049	19.945	23.116
Stadt Baden	1.476	1.702	2.491	2.886		6.159	7.769

Im Bezirksbefehl Nr. XV, Oktober 1935, berichtet die Bezirksführung, dass die Mitgliederzahl stagniere, und mit Ausnahme von Traiskirchen betrage sie nicht einmal ein Fünftel der Einwohnerzahl. Eine verstärkte Propagandatätigkeit wurde eingefordert.<sup>191</sup> Die Mitgliedschaft in der VF war mit Kosten verbunden. Die Beitrittsgebühr für Berufstätige kostete 50 Schilling, Arbeitslose mussten nur 10 Schilling entrichten. Dieselbe Summe zahlten die Arbeitslosen als monatlichen Mitgliedsbeitrag, Landwirte und Arbeiter 40 Schilling und alle anderen 60.<sup>192</sup>

Was die Mitgliedschaft generell anbelangt, so zeigt sich die VF Baden „kulant“, Hauptsache, der Kandidat war irgendwie vaterländisch, sie macht aber deutlich: *Wir werden keinem, der der Vaterländischen Front nicht beitrifft, etwas tun, er wird aber später auch nicht verlangen können, dass wir für ihn etwas tun.*<sup>193</sup>

## Zwischen Enthusiasmus und Enttäuschung – Alltag der VF in Baden bei Wien

Der Einfluss der VF war bescheiden, Aussagen einiger Mitglieder sprechen Bände.<sup>194</sup> Anfänglich hielt sich solcherart Kritik noch in Grenzen, noch herrschte Optimismus vor. Bei einer vaterländischen Kundgebung vom 22. September 1934 im Gasthaus „Geyer“ (Antonsgasse 9) waren Woisetschläger und Hahn überzeugt, dass die VF auf dem besten Weg sei, die einzige Trägerin der politischen Willensbildung zu werden, wie es „unser Führer“ Dollfuß verlangte.<sup>195</sup> Eingeschworen auf den Dollfuß-Weg, ging es am 27. Oktober 1934 munter weiter. Die Zukunft gehöre Österreich, war das Thema der Veranstaltung – Ziele und Vorstellungen wurden erörtert, Drohungen, Härte aber auch Vergebung und versöhnliche Gesten Richtung politischen Gegner gesendet. Der Ständestaat würde alles revolutionieren. *Dr. Dollfuß, der seine Liebe zum Vaterland mit seinem Leben besiegeln musste, wollte gar keine Diktatur; er war gar nicht Politiker, sondern Wirtschaftsfachmann, der immer klar erkannte, dass jede Politik vor dem wirtschaftlichen Ringen der Völker verblasst.*<sup>196</sup> Das Thema Wirtschaft kam ebenso oft vor wie in der Ersten Republik. Wie noch heute üblich, wurde Wirtschaftspolitik als etwas Verbindendes, Unpolitisches und Unparteiisches propagiert – denn jedem musste eine gesunde Wirtschaft wichtig sein.

Einen Machtzuwachs erlangte die VF, nachdem sämtliche Parteien ausgeschaltet worden waren. Der Aufgabenbereich wuchs, die Zahl der Unterorganisationen nahm zu, gleichzeitig wurden kritische Stimmen lauter. Beanstandet wurde, es fehle an Einsatz und Begeisterung, der Arbeitseifer sei schlecht, man beiße sich in bürokratischen Dingen fest.<sup>197</sup> In der Badener Hauptgruppensitzung der VF vom 11. November 1936 wurden Unklarheiten und Pessimismus zum Ausdruck gebracht. Außerdem seien Amtswalter mit unnötigen „Greislerarbeiten“ belastet und hätten dadurch keine Zeit für die politische Willensbildung. Es fehle die klare Linie, auch wurde die Geheimnistuerei innerhalb der VF bemängelt.<sup>198</sup>

<sup>189</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.202.

<sup>190</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 286, S.208.

<sup>191</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.13.

<sup>192</sup> Vgl. ebd. S.50f.

<sup>193</sup> BVB Nr.43 v. 27.10.1934, S.2.

<sup>194</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.150.

<sup>195</sup> Vgl. BVB Nr.39 v. 29.09.1934, S.3.

<sup>196</sup> BVB Nr.44 v. 03.11.1934, S.2.

<sup>197</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.151.

<sup>198</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147, S.28.

R. Bl. K.

20%

Mitgliederzahl per 30. Juni 1934.

im Bezirke Baden

BADEN	31.3.34. Zuwachs		30.4.	Zuw.	31.5.	Zuw.	30.6.34.
	IV.			V.	VI.		
Gruppe 1	132	20	152	46	198	27	225
" 2	124	17	141	56	197	23	220
" 3	278	36	314	64	378	122	500
" 4	92	17	109	55	164	- 10	154
" 5	97	6	103	19	122	24	146
" 6	121	5	126	19	145	52	197
" 7	134	39	173	128	301	55	356
" 8	82	8	90	37	127	13	140
" 9	115	35	150	85	235	- 14	221
" 10	79	11	90	41	131	19	150
" 11	114	6	120	121	301	26	327
" 12	108	26	134	58	192	58	250
Ausw. Wohnende:			41		41		41
Gewerbl. Kr. K.	47						
Gebiets. Kr. K.	9						
Stadtgemeinde	52						
Sooss			9			36	47
Hochstrass	32		32		32	1	33
Blumau	338	12	350	15	365	12	377
Schönau	182	7	189	- 8	181	7	188
Günselsdorf	125	-	125		125	2	127
Teesdorf	115	2	117	- 2	115	19	134
Tattendorf	133	1	134	- 1	133	56	189
Leobersdorf	317	60	377	199	576	195	771
Traiskirchen	426	8	434	313	747	496	1243
Oyenhausen	10	2	12	1	13	2	15
Tribuswinkel	53	10	63	15	78	35	113
Pfaffstätten	192	3	195	16	211	24	235
Siegenfeld	20	-	20	5	25	1	26
Heiligenkreuz	59	9	68	-	68	17	85
Alland	196	14	210	-	210	33	243
Groisbach	25	-	25	-	25	3	28
Mayerling	13	-	13	-	13	3	16
Raisenmarkt	1	-	1	-	1	1	2
Kl. Leopoldsdorf	10	-	10	-	10	56	66
Vöslau	168	3	171	13	184	501	685
Gainfarn	55	11	66	5	71	295	366
Kottingbrunn	80	27	107	3	110	148	258
Grossau	-	-	-	-	-	51	51
	<u>4134</u>		<u>4471</u>		<u>5825</u>		<u>8224</u>

Weiters sind noch zirka 2200 Beitrittserklärungen vorhanden die noch nicht kartelmässig behandelt sind.

Als Beispiel für „Greislerarbeit“ und mangelnde Identifikation dient die Debatte um das sichtbare Tragen des VF-Abzeichens. Das innere Bekenntnis werde nicht nach außen getragen. In der Hauptgruppensitzung am 9. September 1936 wurde explizit ermahnt, das Abzeichen sichtbar zu tragen. Am 20. September 1936 im Hotel „Brusatti“ (Kaiser Franz Josef-Ring 15) wurde angeordnet, dass die VF-Funktionäre ihre Parteiabzeichen und Wimpel an den Autos und Motorrädern anbringen müssen. Und wer in den Kanzleien vorspreche, müsse das Parteiabzeichen unbedingt sichtbar tragen. Wer es nicht tat, konnte die Konsequenzen einem Plakat entnehmen: *Vorsprachen ohne Abzeichen der V.F. sind zwecklos!*<sup>199</sup> Einen Monat später schien das Problem immer noch nicht behoben. Die Landeshauptmannschaft Niederösterreich wandte sich am 12. Oktober 1935 an die Bürgermeister Niederösterreichs. Die Landesleitung der niederösterreichischen VF hatte Beschwerde eingereicht, Funktionäre der VF würden das Abzeichen viel zu selten oder gar nicht tragen. Es falle in den Wirkungsbereich der Bürgermeister, das abzustellen.<sup>200</sup> Man kann sich die Begeisterung Kollmanns vorstellen, der Sache nachzugehen. Die Abzeichen-Debatte entbrannte auch noch in der Hauptgruppensitzung vom 9. September 1936.<sup>201</sup>

Die meisten Funktionäre waren ehrenamtliche Mitglieder, ein Großteil davon arbeitslos. Dass dies nicht unbedingt zur Stabilisierung des Systems beitrug, bezeugen zahlreiche Beschwerdebriefe. Personen, die jahrelang in der VF mithalfen, waren immer noch von der Arbeitslosigkeit betroffen, während andere, manche sogar frisch aus dem Anhaltelager kommend, sogleich eine Arbeitsstelle fanden.<sup>202</sup> Dass zahlreiche Mitglieder der VF in Baden auf Unterstützung aller Art angewiesen waren, belegen Theateraufführungen, Bunte Abende oder Weihnachtsaktionen, deren Erlöse den arbeitslosen Mitgliedern und ihren Familien zugutekamen. Der Erlös der Theateraufführung der Gruppe XII am 26. September 1937 im Gesellenheim (heute Kolpinghaus, Valeriestraße 10) ging an bedürftige VF-Mitglieder dieser Gruppe.<sup>203</sup> Im selben Jahr lud die Gruppe X am 19. November 1937 die Wiener Sängerknaben nach Baden ein, auch hier ging der Erlös an die Notleidenden.<sup>204</sup> Die VF veranstaltete Kleidersammelaktionen<sup>205</sup>, es wurden Kinokarten erworben und bei den Hauptgruppensitzungen an bedürftige Mitglieder ausgeteilt. Allerdings kam es hierbei zu Schindluder, da einige ihre Karten weiterverkauften, was als Unfug bezeichnet wurde. Es folgte eine strengere Kontrolle, und Kinokarten wurden nur mehr an verlässliche Leute zum Eigenbedarf überreicht.<sup>206</sup>

Die Bezirksführung wollte jedoch nicht nur caritative Maßnahmen geltend machen. Im Jahresbericht 1935 wird aufgefordert, dass Druck auf die Betriebe ausgeübt werden solle, zuerst auf die vaterländisch gesinnten Arbeitslosen zurückzugreifen, anstatt wahllos Personen anzustellen, die womöglich sozialistisch oder gar nationalsozialistisch eingestellt seien. Man verlangte eine gesetzliche Regelung, nicht jeder Arbeitslose dürfe gleich sein. Dass sich das wiederum negativ auf die Integration Oppositioneller auswirkte, wurde vorerst nicht bedacht. Menschen, die arbeitslos waren, gerieten dadurch noch mehr in Bedrängnis, sie galten als zweite Wahl, und dadurch wurde die Sympathie für die SDAP, KP oder NSDAP (auch wenn verboten) nur verstärkt.

Um der zahlreichen Beschwerden Herr zu werden, wurden sogenannte Wunschversammlungen organisiert. Mitglieder der VF konnten ihrem Ärger Luft machen. Zuerst kam es über die Bezirksstellen der VF zur Verteilung von Fragebögen. Durchgeführt von der Bezirkswerbeleitung, wurden die Berichte über die Landesebene an die Werbeabteilung im Generalsekretariat übergeben. Von insgesamt 268 Bezirksführungen kamen bis März 1937 nur 62% ihrer Verpflichtung nach, eine Umfrage abzuhalten.<sup>207</sup>

Die erste Badener Wunschversammlung der VF fand am 3. April 1937 im Gasthaus „Resch“ (Vöslauerstraße 19) statt. Die Gruppen VI und VII waren die ersten, die in den Genuss solcher Veranstaltungen kamen. Der Werbeleiter Walter Rosna<sup>208</sup> wettete gegen asoziale Unternehmer, die die Arbeiter nur in die Arme der Kommunisten treiben würden. Diskutiert wurde über das Casino, den Ankauf der Sukfüll-Gründe, über die Doppelverdiener-Ordnung, die Höhe der Mitgliedsbeiträge, Arbeiterurlaub, somit über Themenfelder, die nicht ausschließlich auf die Stadt Baden bezogen waren.<sup>209</sup> Eine weitere Wunschversammlung wurde am 5. Mai 1937 abgehalten, geladen waren die Gruppen I, II, III sowie V im Gasthaus „Brandner“ (Wassergasse 31).<sup>210</sup> In der Hauptgruppensitzung vom 7. April 1937 wurden

<sup>199</sup> Vgl. BVB Nr.25 v. 19.09.1936, S.7.

<sup>200</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.113.

<sup>201</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147, S.19.

<sup>202</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.164. Fußnote 96.

<sup>203</sup> Vgl. BZ Nr.73 v. 15.09.1937, S.3.

<sup>204</sup> Vgl. BZ Nr.91 v. 17.11.1937, S.3.

<sup>205</sup> Vgl. BVB Nr.32 v. 07.11.1936, S.6.

<sup>206</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147, S.42.

<sup>207</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.459.

<sup>208</sup> Von 1955 bis 1980 war ein Dr. Walter Rosna (1911 – 2001) SPÖ-Gemeinderat in Baden. Ob es sich um ein und dieselbe Person handelt, ist jedoch ungewiss. Vgl. Viktor WALLNER, Russen, Bäder und Casinos. Baden von 1945 bis 1995 (Baden 1995), S.70f.

<sup>209</sup> Vgl. BVB Nr.15 v. 10.04.1937, S.5.

<sup>210</sup> Vgl. BZ Nr.35 v. 05.05.1937, S.2.

die Wunschversammlungen als „gefahrlos in der Abhaltung“ bezeichnet. Somit folgten die Gruppen X und IV im Gasthaus „Gottwald“ (Erzherzog Wilhelm-Ring 14) am 15. April und die Gruppen I, II, III, und V. am 5. Mai 1937.<sup>211</sup>

Die Wunschversammlungen schufen eine klare Faktenlage. Der anfängliche Optimismus schlug endgültig in Enttäuschung und Pessimismus um. Die VF, so die meisten Klagen, sei zu wenig entschlossen, werde nicht ernstgenommen und es mangle an Vertrauen. Besonders kritisiert wurde, dass die Nationalsozialisten zu viele Freiheiten genießen würden. Als Beispiel werden Jugendliche angeführt, die VF-Mitglieder und -Funktionäre öffentlich anstänkerten, ohne dass Konsequenzen folgen würden.<sup>212</sup> Dies sei auch Folge der Unterwanderung der VF durch „betont nationale“ Kräfte. Vehement wurde ein hartes Durchgreifen eingefordert sowie die Reinigung der VF von Saboteuren.<sup>213</sup> So beklagte sich die Gruppe VIII beim Bezirksleiter über die Konsumverein-Führung, Mitglieder agitierten dort gegen die Regierung und seien alles andere als vaterländisch gesinnt. Dem Bezirksleiter waren diese Probleme nicht neu, er bat um eine „Reinigung“ der konspirativen Konsumverein-Führung.<sup>214</sup>

Diese Zustände waren sichtbar und konnten nicht unter den Teppich gekehrt werden. In Baden war es vor allem Rudolf Woisetschläger als Bezirksleiter, der um Schadensbegrenzung bemüht war. Bei einer VF-Versammlung am 28. Oktober 1937 im Hotel „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16), erschienen waren laut BVB um die 1200 Personen, führte er aus: *Die V.F. kann nicht die Verantwortung für Fehler des Staatsapparates übernehmen und tragen. Wohl aber ist sie berufen, einzugreifen, wenn Erscheinungen auftreten, die der Zielsetzung der V.F. abträglich sind.* Ob diese Erklärung klärend wirkte, ist fraglich. Schließlich galt die VF als die Monopolorganisation der politischen Willensbildung, aber laut Woisetschläger nicht als Staatsapparat an sich. Des Weiteren betrachtete er die VF nicht als Staat im Staat. Was war man dann? Für wirkliche Klarheit sorgten auch seine weiteren Ausführungen nicht. *Die politischen Parteien von früher hatten eine starre Organisation und ein starres Programm. Dies trifft auf die V.F. nicht zu. Ihr Programm ist beweglich. [...] Unser oberster Grundsatz muss sein: Die Politik den Politikern! Das „Was“ in der Politik geht jedermann an, das „Wie“ aber nur den Politiker.*<sup>215</sup>

Genauso nichtssagend waren seine Ausführungen einige Tage zuvor in der Hauptgruppensitzung vom 13. Oktober 1937. Einige Amtswalter hätten die Ideologie des Ständestaates noch nicht vertieft, prangerte er an. Deswegen: *Jeder muss sich in die Idee hinein leben und Frontarbeit bei jeder Gelegenheit leisten. Es gibt kein unten oder oben, sondern jeder ist in seinem Rahmen selbstlos ein ganzer Führer.* Demagogie gebe es keine und *Feststellungen von Ungerechtigkeiten und gesunde Kritik sind selbstverständlich.* Der Amtswalter der VF *sollte jedem Freund und Helfer sein. Die Amtswalter müssen festlich denken, fühlen und handeln. Sie sind die Bauer der Dollfußstraße.*<sup>216</sup>

Mitte 1936 fühlte die VF ihren „Bauern der Dollfußstraße“ auf den Zahn und kam zu folgendem Ergebnis: 50% seien politisches Treibholz, die restlichen seien politisiert, allerdings nur 25% davon vaterländisch, der Rest national/nationalsozialistisch bzw. marxistisch.<sup>217</sup> Eine solche Untersuchung ist auch für Baden vorhanden (siehe Abbildung Seite 52). Das Ergebnis ist allerdings mit Vorsicht zu genießen, da eindeutig zweimal aus- bzw. nachgebessert wurde. Wer, warum und wieso – das wissen wir nicht.

<sup>211</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147, S.34.

<sup>212</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.454f.

<sup>213</sup> Vgl. ebd. S.151.

<sup>214</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 171, S.600.

<sup>215</sup> BVB Nr.45 v. 06.11.1937, S.1f.

<sup>216</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147, S.47.

<sup>217</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.467.



# *Faschismus auch in Österreich?*

## Von der „Selbstausschaltung“ des Parlaments im März 1933 bis zur Mai-Verfassung von 1934

*Nicht die Mehrheit von unten her soll über die Wahrheit abstimmen;  
sondern das Beste von oben her soll herrschen!*<sup>218</sup>

Othmar Spann, Der wahre Staat

Die Ereignisse des 4. März 1933 kamen der CSP wie gerufen. Bei einer außerordentlichen Nationalratssession bezüglich Sanktionen der Regierung gegen die Verantwortlichen eines Eisenbahnstreiks, kam es zu Formfehlern bei der Abstimmung. Drei Nationalratspräsidenten legten ihre Funktion zurück – das Parlament hatte sich „selbst ausgeschaltet“. Das Parlament hätte zwar wieder „eingeschaltet“ werden können, doch das wusste die CSP, unterstützt durch den Bundespräsidenten, die Heimwehren, die Unternehmerverbände und die Katholische Kirche, zu verhindern. Am folgenden Tag wurde beschlossen, dass, um die Staatskrise zu meistern, kein Parlament von Nöten sei und man durchaus ohne arbeiten könne bzw. in solch schwieriger Situation sogar müsse. Gestützt auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (KWEG) von 1917 nahm die Diktatur ihren Anfang. Bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung am 1. Mai 1934 musste man sich allerdings noch in Geduld üben. Die Zeitspanne vom 5. März 1933 zum 1. Mai 1934 kann als „Übergangsphase“ bezeichnet werden. In dieser Zeit wurden Parteien verboten und aufgelöst bzw. Betätigungsverbote ausgesprochen, die Zensur eingeführt, Bürgerrechte beschnitten, Einschränkungen rechtsstaatlicher Einrichtungen erwirkt, es kam zur Schaffung von Anhaltelagern.<sup>219</sup>

### Reaktionen in Badener Medien sowie auf Gemeinde- und Bezirksebene

Das BVB war bester Laune, und beruhigend wurde hinzugefügt, das *Parlament habe sich selbst außer Aktion gestellt, aber es sei deutlich zu dokumentieren, dass es sich um eine Parlaments- und nicht um eine Staatskrise handelt.*<sup>220</sup> Daraus folgte eine Entkoppelung zwischen Staat und Parlament. Ein Parlament bzw. der Parlamentarismus sorge demnach nicht für Ruhe und Ordnung, vielmehr gebärdeten sie sich als Blockadeinstitution und Hindernis für eine vernünftige Arbeit des Staatsapparates. Eine BVB-Ausgabe später folgte eine Rede Dollfuß', in der Ruhe und Ordnung großgeschrieben wurden; schwere Zeiten erforderten neue Lösungen, ein Verfassungsumbau sei unausweichlich.<sup>221</sup> Dasselbe Spiel in der folgenden Ausgabe – abermals eine Rede Dollfuß', abermals beschwichtigende Analysen.

Anders natürlich die Berichterstattung der BW: *Faschismus auch in Österreich?*, titelte das sozialistische Medium besorgt. Man wolle eine Diktatur der klerikalen Faschisten schaffen und habe die Versammlungs- und Pressefreiheit aufgehoben, war der BW sinngemäß zu entnehmen. Der Regierung wurde mit Kampfmaßnahmen gedroht.<sup>222</sup> Ausführlich wird auf den Rechtsbruch hingewiesen, die Diktatur stütze sich nur auf eine Minderheit. Die BW macht auf einen entscheidenden Umstand aufmerksam, und nimmt die Analyse der heutigen Geschichtswissenschaft vorweg. *Anders als in Italien oder Deutschland basierte die Dollfuß-/Schuschnigg-Diktatur nicht auf einer aufstrebenden neuen Partei, die große Massen der Bevölkerung hinter sich vereinen konnte, sondern auf einer im Abstieg befindlichen Regierungskoalition, bestehend aus Christlichsozialer Partei, Landbund und Heimwehr, die durchaus nicht die gleichen Ziele verfolgten und in gegenseitige Rivalitäten verstrickt waren.*<sup>223</sup>

<sup>218</sup> SPANN, Der wahre Staat, 1972, S.315.

<sup>219</sup> Vgl. Emmerich TÁLOS, Walter MANOSCHEK, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage Wien 2012), S. 6-25, hier 17f.

<sup>220</sup> BVB Nr.10 v. 11.03.1933, S.1.

<sup>221</sup> Vgl. BVB Nr.11 v. 18.03.1933, S.1.

<sup>222</sup> Vgl. BW Nr.10 v. 10.03.1933, S.1.

<sup>223</sup> Ilse REITER-ZATLOUKAL, Christiane ROTHLÄNDER et al., Einleitung. In: Ilse REITER-ZATLOUKAL, Christiane ROTHLÄNDER et al. (Hgg.): Österreich 1933 – 1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime (Wien 2012), S. 7-14, hier 8.

Nun hieß es seitens der Linken Widerstand leisten, allerdings forderte die BW strengste Disziplin ein, um dem Gegner keinen Vorwand für weitere Repressalien zu bieten. *Darum zunächst: Wachsamkeit, Besonnenheit, Bereitschaft! Die Stunde der Entscheidung kann euch sehr bald rufen! Freiheitsliebende Männer und Frauen werden sich keiner Diktatur unterwerfen! Wir sind freie Bürger der Republik; wir wollen und werden keine rechtlosen Untertanen sein!*<sup>224</sup> Die Reaktionen der BZ auf die Ereignisse vom 4. und 5. März waren wiederum ganz anderer Natur. In der Ausgabe vom 8. März 1933 war von der Ausschaltung des Parlaments nichts zu lesen. Auch in den folgenden Ausgaben fehlte jegliche Erwähnung. Nicht einmal über die eingeführte Medienzensur wurde berichtet, ganz so, als wäre die BZ davon nicht betroffen, was höchstwahrscheinlich auch der Fall war. Grundsätzlich blieb man seinem Motto treu, wonach eine liberale Lokalzeitung wie die BZ mit der großen Politik nichts am Hut habe.

Nicht nur die BZ ignorierte das Thema. Im Badener Gemeinderat wurde darüber nur indirekt gesprochen. Im Zuge des Rechnungsabschlusses 29. März 1933 äußerte sich der sozialdemokratische Vizebürgermeister Franz Schulz über die ungeheure Wirtschaftskrise, und dass *Dinge gemacht werden und dass Menschen am Werk sind, die nicht danach trachten das Wirtschaftsleben aufzubauen, sondern deren ganzes Sinnen und Streben danach gerichtet ist, die demokratischen Einrichtungen unseres Staatswesens zugrunde zu richten und zu verneinen.* Die damit verbundene Gefahr: *Ich glaube nicht, dass es möglich ist, das Wirtschaftsgebäude aufzubauen, wenn man eine ganze Klasse von Menschen in diesem Staate zwingt, die Faust im Sacke zu ballen [...].*<sup>225</sup>

Ferner sah Schulz nicht den Rechnungsabschluss im Zentrum der Debatte, sondern die allgemeine politische Situation in Staat und Gemeinde, er forderte Einigkeit, damit Ruhe und Ordnung gewahrt werden könnten. Der nächste Redner, der Sozialdemokrat Dr. Siegfried Justitz, beklagte die immer mehr um sich greifenden diktatorischen Maßnahmen, allen voran die Zensur. *Dass z.B. die Presse geknebelt und gedrosselt wird, ist der größte Schaden für den Kurort, denn draußen glaubt man, wer weiß, was geschieht; man kann nicht darüber sprechen und schreiben.*<sup>226</sup> Der Nationalsozialist Franz Schmid geht ebenso auf die politische Gesamtlage ein, wobei er sich fragt, ob die Ausführungen seiner Vorredner *in dieser kleinen Körperschaft notwendig waren.* Dennoch: *Was sich in den letzten Tagen abgespielt hat, darf man nicht alles auf das Konto der Einzelnen schreiben, denn was die Verbrecherschaft – Heimwehr genannt – getan hat, das spottet jeder Beschreibung und es hätte nicht viel gefehlt und wir wären ein Kriegsschauplatz in Niederösterreich geworden.*<sup>227</sup> Er thematisierte die allgemeine Misswirtschaft; das liege seiner Meinung nach daran, dass man die Nationalsozialisten nicht mitarbeiten lasse, sondern sie nur ausschließe und verleumdet, auch auf Gemeinderatsebene.

Kollmann kam auch zu Wort. Er stimmt jener Passage Schulz' zu, in der er die stets gute Zusammenarbeit zwischen Rot und Schwarz im Gemeinderat gelobt hatte, selbst bei schwierigen Themen. Kollmanns Wunsch war, es möge so weiter gehen. Bezüglich Schmid: Kollmann ging auf seine Anschuldigungen ein. Für ihn war es plumpe Kampfrhetorik, und Schmid solle sich diese abgewöhnen, *diese Verdächtigungen, die man nicht beweisen kann, vergiften das ganze öffentliche Leben, sie vergiften es hier und auch außerhalb. Wenn etwas Wahres dran ist, so heraus damit, ich brauche keine Schonung, ich stehe jedermann Rede und Antwort.*<sup>228</sup>

Obwohl Kollmann im Gemeinderat versöhnliche Worte fand, konnte er bei einer Versammlung der CSP im „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16) am 27. März 1933 einen anderen Ton anschlagen. Kollmann war kein Scharfmacher, aber die Ausschaltung des Parlaments war ganz in seinem Sinne. Als Nationalratsabgeordneter war er am 4. März 1933 im Nationalrat anwesend. Er bezeichnete die „Selbstausschaltung“ im Nachhinein als Fügung einer göttlichen Vorsehung. Und was ihn besonders freute, war, dass die SDAP bei der Demontage des Parlamentes selbst mitgearbeitete hatte.<sup>229</sup> Die SDAP sah er als Hindernis und Blockade, gleichsam den größten Ausbeuter des Parlamentarismus. Endlich, so Kollmann, da die Sozialdemokraten als Opposition nicht mehr da seien, könnten entscheidende, staatsrettende Gesetze beschlossen werden. Den Weg in die Diktatur trug die SDAP tatsächlich ein Stück weit mit. *Insbesondere die SDAP hätte durch ihren Antiklerikalismus und ihren Verbalradikalismus, der dazu beitrug, dass sie in entscheidenden Momenten nicht den Weg der Zusammenarbeit mit den Christlichsozialen ging, jegliche Versöhnung der gleichermaßen durch den Nationalsozialismus bedrohten politischen Lager verunmöglicht. Als sie doch dazu bereit war, zwischen März 1933 und Februar 1934, waren die Weichen innerhalb der christlichsozialen Führung um Engelbert Dollfuß jedoch bereits Richtung Diktatur gestellt.*<sup>230</sup> Diese sogenannte „Verkomplizierung“ der innenpolitischen Verhältnisse ging von beiden Seiten aus, doch es bleibt festzuhalten, dass letztendlich das christlichsoziale Lager den Weg Richtung Diktatur beschritten hatte, der alles andere als determiniert war.

<sup>224</sup> BW Nr.10 v. 10.03.1933, S.2.

<sup>225</sup> StA B, GB/3f/13, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28. Dez. 1933, S.28f.

<sup>226</sup> Ebd. S.34.

<sup>227</sup> Ebd. S.45, 45-48.

<sup>228</sup> Ebd. S.52.

<sup>229</sup> Vgl. MEISSNER, Josef Kollmann, 2000, S.179.

<sup>230</sup> Paul DVOŘAK, Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1930 – 1938. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien 2013), S. 17-40, hier 19.



Parodiert werden die Diktaturgelüste des Bundeskanzlers. Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917 scheint offenbar nicht auszureichen, sodass noch viel weiter in die Vergangenheit zurückgegriffen werden muss (BW Nr.41 v. 07.10.1932, S.12).

Doch zurück zu Kollmann und seiner Rede vor der CSP im „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16). Er wies die Kritik der Sozialdemokraten zurück, wonach das KWEG nicht verfassungsmäßig sei, denn als Karl Renner noch Kanzler war, habe er nicht weniger als 32 solcher Notverordnungen erlassen, aber *da diese Notverordnungen nicht ein Dr. Renner, sondern ein Dr. Dollfuß erlässt*, ist es nun verfassungswidrig. Es folgte der zu erwartende politische Rundumschlag Kollmanns. Von dem nationalsozialistischen Programm sei nicht mehr viel übrig geblieben und das andauernde Betonen des Deutschtums sei unnötig, da die CSP genauso deutsch sei und es immer schon gewesen wäre. Die Nationalsozialisten waren für ihn ein Sammelbecken aller Hasser, alte „Los von Rom“-Männer aus der Mistkiste, und den geforderten Judenboykott nannte er staatspolitisch die größte Dummheit.<sup>231</sup> Dass es zur Diktatur kommen musste, dafür trugen laut Kollmann die SDAP und NSDAP sowie ihre Hintermänner im Ausland die Verantwortung. Dass die Schuld stets bei anderen lag, auch irgendwo im Ausland, war nicht nur Kollmanns Meinung, viele seiner Zeitgenossen sahen es ähnlich. Mittlerweile ist diese These, die auch von manchen Historikern lange Zeit vertreten wurde, widerlegt. Der Zeithistoriker Emmerich Tálos analysiert: *Anhand der Analyse des Verlaufes dieses Prozesses und seiner innerösterreichischen Bestimmungsfaktoren gehe ich mit anderen Autoren davon aus, dass außenpolitische Faktoren diesen Prozess begünstigt bzw. verstärkt haben, jedoch keineswegs die entscheidende Erklärungsvariable darstellen. Anders ausgedrückt. Der Weg in den Austrofaschismus war weder in erster Linie Resultat des von Mussolini ausgeübten Druckes noch Resultat des Abwehrkampfes gegen den deutschen Faschismus bzw. des Kampfes für die Selbstständigkeit Österreichs.*<sup>232</sup> Treffend auch zwei österreichische Historikerinnen (Ilse Reiter-Zatloukal und Christiane Rothländer): *Erste Zielrichtung der Regierung Dollfuß war somit nicht die Abwehr des Nationalsozialismus, sondern die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie sowie die Errichtung der Diktatur zur Sicherstellung der eigenen Machtstellung.*<sup>233</sup>

<sup>231</sup> Vgl. MEISSNER, Josef Kollmann, 2000, S.181.

<sup>232</sup> TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.39.

<sup>233</sup> REITER-ZATLOUKAL, ROTHLÄNDER, Einleitung, 2012, S. 8.

Die gesamte Veranstaltung vom 27. März 1933 im Hotel „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16) begrüßte die feste Haltung der Regierung, *versichert dieselbe unbedingter Gefolgschaft und fordert sie auf, gegen Demagogie von links und rechts unentwegt und furchtlos auf dem beschrittenen Wege vorzugehen zur Rettung der heißgeliebten österreichischen Heimat.*<sup>234</sup>

## Demontage der gegnerischen Presse

Unter dem Titel „Verletzung des vaterländischen, religiösen und sittlichen Empfindens“, verabschiedete die Regierung Dollfuß am 7. März 1933 erste Verordnungen, die die Demontage der gegnerischen Presse zur Folge hatten. Nacheinander wurden kommunistische, sozialdemokratische und nationalsozialistische Medien unter Zensur gestellt oder gleich verboten. Auf linker Seite kam es zu Protesten, während die Nationalsozialisten ihre Blätter selbst einstellten, um sie wenig später unter anderem Namen wieder zu veröffentlichen. Insgesamt wurden 18 Verordnungen verabschiedet, deren Ziel es war, die gesamte gegnerische Presse auszuschalten.<sup>235</sup> Als Folge der Zensur, auch wenn die Regierung diese Bezeichnung penibel vermied, verlegten sowohl die Linken als auch die Rechten ihr Druckwesen ins Ausland. Es dauerte nicht lange, da regte sich Widerstand bei den Lesern, die der Monotonie der „gleichgeschalteten“ Presse nichts abgewinnen konnten – das wird auch deutlich in den Badener Lokalzeitungen. Die Popularität ausländischer, oppositioneller Medien nahm dadurch enorm zu.<sup>236</sup> Dieser Umstand sollte sich gegenüber dem Ständestaat noch fatal auswirken.

Dass die Zensur von den Betroffenen nicht immer negativ aufgefasst wurde, bewies anfänglich noch die BZ. Der Anlassfall war eine Reise Schuschniggs nach Italien, offiziell eine private Reise, aber die Auslandspresse unterstellte politische Hintergründe, die Gerüchteküche brodelte: Wiederaufrüstung Österreichs oder die Restauration der Habsburger – man sei also nur auf Sensationen aus, so der Vorwurf der BZ. Deswegen: *Solange Druckwerke durch entstellte oder erfundene Nachrichten Unruhe verbreiten, solange sie Anschauungen und Bestrebungen einzelner oder ganzer Gruppen in einer Weise vertreten, die die Allgemeinheit zu schädigen droht, solange muss sich das Gemeinwesen durch die Regierung und deren Organe als seine berufenen Vertreter vor einer derartigen Gefährdung retten, solange muss es also eine Zensur geben.*<sup>237</sup>

Bereits in der zwölften Ausgabe der BW vom 24. März 1933 wurde die Leserschaft über die Konfiszierung der vorherigen Ausgabe informiert. Dabei ging die Gendarmerie so weit, dass sie die BW in den Wohnungen der Leser beschlagnahmte, wozu sie eigentlich kein Recht habe, klärte die BW ihre Leser auf. Nun müsse man sich bei der Berichterstattung auf reine Tatsachenberichte beschränken, ohne Kommentare, dennoch werde man sich bemühen, wahrheitsgetreu zu informieren.<sup>238</sup> So war es immer noch möglich, über eine „Widerstandsaktion“ zu berichten, wenn sich zum Beispiel der Bundesrat oder die steirische Landesregierung gegen die Politik der Bundesregierung aussprachen.<sup>239</sup> Polemik war der BW nicht mehr gestattet, Kritik musste auf Fakten basieren. Die BW erinnerte, dass bei der letzten Wahl 42 % der Bevölkerung sozialdemokratisch gewählt hatten und dass dadurch eine Diktatur nicht möglich wäre, denn 42 % der Bevölkerung könnten nicht einfach übergangen werden.<sup>240</sup>

Die BW dachte nicht ans Aufgeben. *Für eine sozialdemokratische Zeitung ist es eine Ehre, verfolgt zu werden. Verfolgungen zeigen uns, dass man Angst vor der aufklärenden Wirkung des freien Wortes der Arbeiterpresse hat.*<sup>241</sup> Der Leser konnte sich mit jeder Ausgabe davon überzeugen. Leere Flächen inmitten der Blattseiten sprachen ein eindeutiges Bild. An sich nichts Neues, und die BW verwies auf die Jahre 1914 bis 1918 – jene, die den Krieg erlebt haben, werden sich erinnern, nun muss man zwischen den Zeilen lesen. Weiters war es untersagt, auszugsweise aus Landtagssitzungen zu publizieren, da die verkürzte Wiedergabe nicht alles sinngemäß wiedergeben könne. In den Augen der BW war das reine Schikane, denn keine Zeitung hatte Platz, eine vollständige Landtagssitzung abzudrucken, und nur die wenigsten Leser seien gewillt so viel zu lesen.

<sup>234</sup> BVB Nr.13 v. 01.04.1933, S.2f.

<sup>235</sup> Vgl. Wolfgang DUCHKOWITSCH, Umgang mit „Schädlingen“ und „schädlichen Auswüchsen“. Zur Auslöschung der freien Medienstruktur im „Ständestaat“. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage Wien 2012), S. 358-370, hier 359f.

<sup>236</sup> Vgl. DUCHKOWITSCH, „Schädlinge“, 2012, S.361.

<sup>237</sup> Vgl. BZ Nr.39 v. 15.05.1935, S.2.

<sup>238</sup> Vgl. BW Nr.12 v. 24.03.1933, S.1.

<sup>239</sup> Vgl. BW Nr.12 v. 24.04.1933, S.2.

<sup>240</sup> Vgl. BW Nr.13 v. 31.03.1933, S.1.

<sup>241</sup> BW Nr.13 v. 31.03.1933, S.1.



## Repression und Zusammenarbeit: Vorgehen gegen die SDAP bei gleichzeitiger Zusammenarbeit auf Gemeinderatsebene

Ausgestattet mit bereits diktatorischen Vollmachten, begann die Regierung gegen die oppositionellen Parteien vorzugehen. Schon 1932 schrieb die BW von haltlosen Anschuldigungen gegenüber der SDAP und deren Sympathisanten. Willkürlich hatte die Badener Gendarmerie zwei Genossen auf die Polizeistube mitgenommen, ihnen unterstellt, sie hätten Pistolen und Munition erworben, und sie aufgefordert, die Waffen auszuhändigen. Weder gab es irgendwelche Waffen, noch konnte der Händler den Kauf bestätigen, für die BW pure Schikane.<sup>246</sup> Die Waffensuche wurde anfänglich noch mit Humor gesehen. Amüsiert zeigte sich die BW über die Anhaltung zweier Jugendlicher durch vier Polizisten und den Befehl, Waffen und Munition auszuhändigen. Das vermeintliche Waffendepot (eine Kochkiste) hatte sich, unter dem Gelächter Schaulustiger, als Bröselnudeln, Apfelkompott und Suppe herauskristallisiert.<sup>247</sup>

Alles, was irgendwie sozialistisch anmutete, rückte ins Visier der Sicherheitsbehörden. So erging am 30. Mai 1933 ein Schreiben der Bezirkshauptmannschaft Baden an alle Gendarmerieposten des politischen Bezirkes Baden, extra auch an Kollmann, dass der „Verband der Arbeiter-Kraftsportvereine Österreich“ mit Bescheid vom 6. Mai 1933 aufgelöst wurde. Es sollten zudem weitere Vereine überprüft werden, 35 an der Zahl waren aus dem Bezirk aufgelistet, folgende aus Baden: „Arbeiter Sportverein Baden“, Obmann: Heinrich Horalik; „Arbeiter Amateur Box Klub Baden“, Obmann: Josef Leitner; „Arbeiter Turn- und Sportverein Baden“, Obmann: Franz Meixner; Zweigverein: Arbeiterradfahrverein „ARBÖ“ Motorradfahrsektion in Baden des „Arbeiter Radfahrbundes Österreich“ in Wien, Obmann: Stefan Soulek aus Leobersdorf.<sup>248</sup>

Überwacht wurden auch Neugründungen. Die Sicherheitsdirektion für Niederösterreich untersagte dem Verein „Badener Hausfrauenorganisation in Baden“ die Vereinsbildung, da der Verein den Bestimmungen des § 4 lit.a,b,d,e,f,g,h,i nicht entsprach. Eine Tätigkeit durfte nicht begonnen werden. Am selben Tag, 21. Oktober 1933, erfolgte das Schreiben an die BH Baden, aufzupassen, dass der Verein nicht unbefugt seine Tätigkeit aufnehme. Kollmann wurde sechs Tage später davon in Kenntnis gesetzt.<sup>249</sup>

Das BW klammerte dieses Thema weitgehend aus und berichtete über zunehmende Unruhen. In zahlreichen Orten Niederösterreichs war es zu Ausschreitungen gekommen, als Arbeitslose auf die Straßen gingen. Die Polizei und Gendarmerie war mit Bajonetten und Maschinengewehren aufmarschiert, selbst das Bundesheer rückte an – so auch am Samstag, dem 1. April 1933, in Baden. Die BW verurteilte das Vorgehen der Exekutive, die von bewaffneten Heimwehrafaschisten unterstützt wurde. Dem Ruf der Straße folgten auch die Nationalsozialisten. In Baden kam es am Sonntag, dem 2. April 1933, zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Heimwehrmännern.

Trotz verstärkten Polizei- und Gendarmerieaufgebotes marschierte in Baden die „Sozialistische Jungfront“ auf. Die Exekutive war nervös, doch die jungen Menschen ließ es kalt, schrieb die BW zufrieden. Obwohl man ihnen den Weg versperren wollte, drangen sie dennoch durch Seitengassen und Innenhöfe ins Zentrum. Auch Nationalsozialisten traten in Erscheinung. Mit hämischen Transparenten gingen sie durch die Straßen, doch die rote Jungfront habe sich nicht provozieren lassen, bekräftigte die BW – wobei „nicht provozieren“ eine für heutige Verhältnisse seltsame Deutung erfuhr; die BW schrieb: *Unsere vertriebenen Jungsportler ließen sich natürlich durch diese Provokation nicht herausfordern und machten der lückenhaften Propaganda dadurch ein Ende, indem sie den Nazis die Tafel wegnahmen und vernichteten und nebenbei die Nazis verprügelten.*<sup>250</sup> Man stelle sich nur vor, was passiert wäre, hätte sich die Sozialistische Jungfront tatsächlich provozieren lassen!

In der BZ war von ca. 60 Jungsozialisten in blauen Blusen, schwarzen Baskenmützen und rotem Schlips die Rede, denen sich zahlreiche Anhänger angeschlossen hatten. Die Nationalsozialisten hingegen waren mit 20 Automobilen und Motorrädern in der Antonsgasse auftaucht. Sie wurden abgedrängt, versuchten anschließend über die Wassergasse zum Hauptplatz zu gelangen. Dort stellte sich ihnen Polizeioberkommissär Alois Klinger (1875-1955) entgegen, mit gezücktem Säbel. Die BZ lobte die Sicherheitskräfte, sie hätten Mut und Disziplin bewiesen.<sup>251</sup>

<sup>246</sup> Vgl. BW Nr.43 v. 21.10.1932, S.3.

<sup>247</sup> Vgl. BW Nr.6 v. 10.02.1933, S.5.

<sup>248</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.2.

<sup>249</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.27.

<sup>250</sup> BW Nr.14 v. 07.04.1933, S.3.

<sup>251</sup> Vgl. BZ Nr.27 v. 05.04.1933, S.1.

# Berichtigung

Die Reaktion: „ Da soll noch jemand sag'n, daß ich nicht an der Verfassung festhalte!“

Und do muas ma zuaschau'n und'n Schnab'l halt'n!



## Was ist dem braven Bundesbürger noch erlaubt ??? Ratschläge für notverordnungsunkundige Österreicher !!

Genossen, gestern war das Wetter allgemein heiter und windig --

Halloh, halloh, Bundeskanzler Dr. Dollfuß spricht über die Gesetzmäßigkeit der Notverordnungen --

Ein herrlicher Sternenhimmel!



Kritik an den Repressionsmaßnahmen mittels Humor. Die hier abgebildeten Darstellungen durften damals alle publiziert werden. Jene, die beschlagnahmt wurde (eine Karikatur Ende 1933) ist leider nicht erhalten (Oben: BW Nr.14 v. 04.04.1933, S.12. Unten: BW Nr.12 v. 24.03.1933, S.12).

Lob war von der BW nicht zu erwarten. Aufgrund der fehlenden Möglichkeit, offen Kritik zu üben, nahm es die BW wieder einmal mit Humor. Am 4. und 5. April 1933 wurden sozialdemokratische Einrichtungen in Pottenstein, Leobersdorf, Enzesfeld, Möllersdorf, Tribuswinkel, Teesdorf, Günselsdorf und Bad Vöslau durchsucht. Amüsiert listete die BW alles auf, was die Exekutive beschlagnahmt hatte. Neben durch Waffenpässe gedeckten Revolvern, Theatersäbeln, verrosteten und unbrauchbaren Gewehren und einem Bajonett wurde nichts Verbotenes gefunden. Und natürlich stellte die BW die obligatorische Frage, was dieser Einsatz wohl gekostet hatte?<sup>252</sup> In Baden kam es ebenfalls zu einem Waffenschmuggel und Waffenfund – abermals berichtete die BW schadenfroh, dass Theaterrequisiten (Säbel und Bühengewehre, zum Teil aus der Türkenbelagerung) sichergestellt wurden. Die „Waffen“ wurden zuerst ignoriert, aber wenige Tage später doch noch beschlagnahmt, was die bürgerlichen Zeitungen als „Waffenbeschlagnahme in Baden“ betitelten. Zum Schluss fragte die BW nach, ob die Requisiten zurückgegeben würden, oder ob damit die notleidende Polizei ausgerüstet würde.<sup>253</sup>

Ganz anders wurde wiederum über eine Generalversammlung der SDAP-Lokalorganisation vom 22. Juni 1933 berichtet. Weder mit Witz noch mit Sarkasmus, sondern emotionslos und trocken wurden die Tätigkeiten der einzelnen Abteilungen, Vereine usw. abgearbeitet – kein Pathos, keine Kampfstimmung, kein Kampfaufruf.<sup>254</sup>

Die augenscheinliche Schwäche der Sozialdemokratie in den 30er-Jahren lag vor allem an der Entscheidungsschwäche der führenden SDAP-Eliten. Es war eine Mischung aus Rat- und Planlosigkeit, wie man den Bestrebungen der christlichsozialen Diktaturgelüste begegnen sollte. Die Führung war uneins – sollte man Widerstand leisten oder abwarten und mitarbeiten? Da schieden sich die Geister, wertvolle Zeit verstrich, bis es zu spät war.

Die Plan- und Ideenlosigkeit der SDAP äußerte sich in Baden unter anderem dadurch, dass man beschwichtigend auftrat bzw. die „große“ Politik ausklammerte und sich um die Belange der Stadt bemühte – der Wunsch nach Ruhe und Ordnung sollte die Gräben schließen, zumindest auf lokaler Ebene. In der Gemeinderatssitzung vom 5. April 1933 forderte Vizebürgermeister Hahn die Parteien auf, sich während der Badesaison Mäßigung aufzulegen, was die politische Agitation anbelange. Er selbst habe gesehen, wie aufgrund befürchteter Ausschreitungen die Stadt sich wie ausgestorben präsentierte. Ausgelöst werde dies durch Parteien und Vereinigungen, die es sich zur Pflicht gemacht hätten, Ruhe und Ordnung zu stören.<sup>255</sup> Es folgte der Antrag, dass in der Kursaison vom 15. April bis einschließlich 15. Oktober das Tragen von Uniformen und Abzeichen, das Anbringen und Tragen von Plakaten, Bildern usw., das Abhalten von politischen Versammlungen bzw. Spaziergängen verboten werden solle. Zuwiderhandeln solle gemäß Art. 7, E.G.V.G. mit Arreststrafen bis zu 14 Tagen oder Geldstrafen bis zu 200 Schilling geahndet werden.

Der Sozialdemokrat Franz Schulz zeigte sich zufrieden, aber der Antrag habe zwei Schönheitsfehler. Zum einen sei es nicht genug, dass nur in Baden Ruhe und Ordnung herrsche, sondern in ganz Niederösterreich müssten gesittete Zustände geschaffen werden. In diesem Sinne forderte er die Auflösung sämtlicher Wehrverbände. Als zweite Schwachstelle sah er die Befristung April bis Oktober. Baden habe schließlich Unsummen investiert, um die Stadt auch als Winterkurort zu präsentieren. Ein Zwischenruf, *befristeter Antisemitismus*, zeigte die Problematik auf. Schulz replizierte, *befristete Kultur*. Und schließlich äußerte er seine Skepsis bezüglich der Durchführbarkeit. *In normalen Zeiten würde die Polizei und Gendarmerie die Möglichkeit haben, die Dinge, die wir hier beschließen, durchzuführen; glauben Sie, dass das so sein wird, wenn eine Partei die Kraft und den Mut aufbringt, diese Beschlüsse zu durchbrechen und wenn die sich einen Schmarrn um die Beschlüsse kümmert, die wir hier fassen? Wir sehen, dass nicht alle Parteien den gleichen Mut und die Energie aufbringen, für die Dinge, die wir beschließen, die Verantwortung zu übernehmen. (Zustimmung bei den Christlichsozialen).*<sup>256</sup> Der Antrag Hahns und der Zusatz der SDAP sollten dem Landeshauptmann übergeben werden. Der christlichsoziale GR Sulzenbacher fand zustimmende Worte, doch letztendlich glaubte er nicht, dass der Gemeinderat für die „hohe Politik“ gemacht sei. Den plötzlichen Wunsch nach Abrüstung und Auflösung der Wehrverbände empfand Sulzenbacher stellenweise als heuchlerisch, da die SDAP lange Zeit nichts von Abrüstung und Entmilitarisierung wissen wollte, besonders nach 1918.<sup>257</sup> Wie man sieht, ganz ohne Seitenhiebe auf die politischen Kontrahenten ist man nicht ausgekommen, selbst im Anlitz nationalsozialistischen Terrors.

Schulz widersprach. Auch wenn die CSP dem Zusatz nicht zustimme, früher oder später würde sie es tun müssen, davon war er überzeugt. *Glauben Sie wirklich, dass wir in Baden nur Kirchturmpolitik betreiben können und dass die Verhältnisse, die in Österreich platzgreifen und darüber hinaus, dass die nicht für die Dinge, die sich in Baden*

<sup>252</sup> Vgl. BW Nr.15 v. 14.04.1933, S.5.

<sup>253</sup> Vgl. BW Nr.16 v. 21.04.1933, S.5.

<sup>254</sup> Vgl. BW Nr.27 v. 07.07.1933, S.5.

<sup>255</sup> Vgl. StA B, GB/3f/13, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28 Dez. 1933, S.62f.

<sup>256</sup> StA B, GB/3f/13, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28 Dez. 1933, S.69. Die gesamte Rede des GR Schulz; S. 64-71.

<sup>257</sup> Vgl. StA B, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28 Dez. 1933, S.71-74; siehe auch: ZGIERSKI, Jesus, Marx und Nibelungen, 2013, S.56.

*abspielen bestimmend sind!*<sup>258</sup> Der Einwand, dass das Land Niederösterreich dem Zusatz ohnehin nicht zustimmen werde, ließ Schulz nicht gelten; er setzte auf Kollmann (den jahrelangen Hauptfeind der Badener SDAP): *Sie hätten die Möglichkeit, weil ein führender Kopf der Partei hier als Bürgermeister und auch im Parlament sitzt, dessen Worte man hören würde.*<sup>259</sup> Letzten Endes wurde der Antrag ohne den SDAP-Zusatz angenommen.<sup>260</sup>

Dass man den Appell des Sozialdemokraten Schulz aufgriff, Kollmann möge seinen Einfluss geltend machen, zeigt, dass es innerhalb der CSP auch gemäßigte Kräfte gab, die als Ansprechpartner und Vermittler zwischen den Lagern fungierten. Zu diesem „linken Flügel“ der CSP Niederösterreich zählte neben Kollmann auch der Landeshauptmann Josef Reither. Sie sollten generell auf die diktatorlüsternen CSP-Eliten einwirken. Die SDAP war sogar bereit, bei einer Landtagsdebatte vom 31. Jänner 1934 über die berufsständische Ordnung zu reden, aber den Austrofaschismus und den nationalen Faschismus lehnte man kategorisch ab.<sup>261</sup> Doch wie so oft setzten sich die Gemäßigten nicht durch, und die Radikalen gewannen Oberwasser.

Das BVB gab das Uniformverbot kommentarlos wieder.<sup>262</sup> Es kritisierte, dass bei der Abstimmung Trenner und Kurtics nicht anwesend waren. Offenbar interessierte es Trenner nicht mehr, wahrscheinlich sei er *eh schon bei den Nazi*, merkte das BVB gehässig an.<sup>263</sup> Die BW war mit dem Uniformverbot sehr zufrieden. Einen Seitenhieb gab es dann auf Sulzenbacher, da dieser so energisch gegen den Zusatz der SDAP opponiert hatte. Die BW führte das darauf zurück, dass der Sohnmann, ein prominenter Nationalsozialist, seinem Vater offenbar verboten habe, für den Antrag der SDAP zu stimmen.<sup>264</sup>

Nicht nur Uniformen und Aufmärsche störten die Ruhe der Kurstadt. Lt. Aussendung der BH Baden, B.G.Bl. Nr. 155 am 2. Mai 1933, war der Versuch, Plakate oder Flugzettel anzubringen/auszuteilen, und allein schon deren Besitz unter Strafe gestellt. Verboten waren schriftliche oder bildliche Darstellungen, die die Ordnung störten bzw. den öffentlichen Anstand verletzten.<sup>265</sup> Mehr Verbote bedeuteten auch mehr Strafen, und damit die Kontrollen nicht zu kurz kämen, bedurfte es zusätzlicher Sicherheitsorgane. Die Stadtgemeinde Baden erreichte am 26. Juni 1933 ein Schreiben des Gendarmerieabteilungskommandos Baden, das (beruhend auf der Verfügung der Landesgendarmeriekommandos und des Sicherheitsdirektors Niederösterreichs) die sofortige Unterbringung von 10 zusätzlichen Gendarmeriebeamten in Baden forderte.<sup>266</sup> Das Hildegard-Heim (Hildegardgasse 8) stand bereit, für Verpflegung und Unterbringung wurde nichts in Rechnung gestellt.<sup>267</sup>

Trotz des gutgeheißenen Uniform- und Aufmarschverbotes rief die BW die Arbeiterschaft auf, den 1. Mai diesmal besonders zu feiern und ein starkes Zeichen setzen.<sup>268</sup> Die BW berichtete von machtvollen Kundgebungen in der gesamten Republik. Die Arbeiterschaft hatte sich nicht unterdrücken lassen, trotz Maschinengewehren und Kanonen. Hervorgehoben wurde der 1. Mai in Wien, doch Niederösterreich brauche sich nicht zu verstecken.<sup>269</sup> In Baden gab es eine Vorfeier am 30. April, Hauptakteure waren der Arbeiterturnverein und das Arbeiter-Mandolinenorchester. Am 1. Mai kam es zu einer Veranstaltung im restlos überfüllten Arbeiterheim – laut BW eine der schönsten Maifeiern, die Baden jemals gesehen hatte. Man zeigte sich ermutigt und wollte sich dem Druck der Regierung nicht beugen. Am Nachmittag fanden sich die Teilnehmer am Arbeitersportplatz zusammen und abends erneut im Arbeiterheim. *Freudige Kampfesstimmung und unbeugsamer Trotz beherrschte unsere Veranstaltung.*<sup>270</sup>

Erwartungsgemäß war im BVB nichts von einer machtvollen Kundgebung der Sozialdemokraten zu lesen, stattdessen wurden dem Leser machtvolle Reden des Kanzlers sowie des Heeresministers vorgelegt. Es war der Landesparteitag vom 30. April 1933. *Wahlen brauchen wir jetzt gar nicht und eine Koalition brauchen wir auch nicht. (Lebhafter Beifall.) Für uns arbeitet die Zeit. Wenn man erst sehen wird, dass auch der Nationalsozialismus nicht imstande ist, eine fühlbare Besserung der Wirtschaftslage zu bringen, dann wird die Psychose, die heute noch da und dort herrscht, bald verschwinden.* Der Anschluss an Deutschland war kein Thema mehr. *Das deutsche Volk in Österreich*

<sup>258</sup> StA B, GB/3f/13, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28. Dez. 1933, S.74.

<sup>259</sup> Ebd. S.75.

<sup>260</sup> Eine Ausnahme bezüglich des Uniformverbotes gab es aber dann doch. Am 28. Juli 1933 wandte sich die BH Baden an Kollmann und machte ihn aufmerksam, dass anlässlich des Welpfadfindertreffens in der Zeit vom 15. Juli bis 31. Oktober 1933 deren uniformierte Aufmärsche nicht zu beanstanden seien und sie somit durch das Uniformverbot nicht betroffen seien. Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.10.

<sup>261</sup> Vgl. PRINZ, Politische Herrschaft in Niederösterreich, 2008, S. 59f.

<sup>262</sup> Vgl. BVB Nr.14 v. 08.04.1933, S.1.

<sup>263</sup> Vgl. BVB Nr.15 v. 15.04.1933, S.1f.

<sup>264</sup> Vgl. BW Nr.15 v. 14.04.1933, S.5.

<sup>265</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.1.

<sup>266</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.3.

<sup>267</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.4.

<sup>268</sup> Vgl. BW Nr.17 v. 28.04.1933, S.1.

<sup>269</sup> Vgl. BW Nr.18 v. 05.05.1933, S.1.

<sup>270</sup> BW Nr.18 v. 05.05.1933, S.5.

*ist Verbindungsglied mit den anderen Nationen und hat in Erfüllung dieser Aufgabe dem deutschen Volk einen großen Dienst erwiesen. Wir bekennen uns freudig zu unserem Deutschtum, aber wir können nicht zugeben, dass mit dem Volkstum ein Götzendienst getrieben wird. Aber ganz ohne den großen Bruder ging es doch nicht. Das deutsche Volk im Reich möge seine Verhältnisse gestalten wie es will. Wir sind gewillt, vorbehaltlos und in aller Freundschaft mit der deutschen Regierung zusammenzuarbeiten, unsererseits wird diese Beziehung nie durch eine Parteibrille gefärbt sein. Und obwohl von anderen christlichsozialen Eliten als obsolet bezeichnet, für Dollfuß blieb der alte Feind noch immer der Hauptfeind. Unser Kampf gilt in erster Linie der Niederringung des Marxismus. Wir kämpfen nicht gegen den einzelnen Menschen in diesen Reihen. Im Gegenteil, wir hoffen, dass vielen unter ihnen die Augen aufgehen werden und dass sie den Weg wieder zurückfinden werden zur christlichen, zur sozialen Gemeinschaft in Österreich. [...] Wir wollen weder den internationalen Sozialismus noch den braunen Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung.)<sup>271</sup>*

In der nächsten Ausgabe des BVB kam erneut der Bundeskanzler zu Wort, die Unabhängigkeit Österreichs und das Österreichbewusstsein waren zu behandeln. *Gut christlich, gut deutsch, gut österreichisch*, hieß es etwa.<sup>272</sup> Es blieb vaterländisch, auch in der nächsten Ausgabe: *Das Vaterland vor allem!* Die Badener lasen über eine vaterländische Kundgebung in den Sophiensälen vom 19. Mai 1933. Prof. Krasser war der Überzeugung, *dass die Österreicher einen auf Autorität gegründeten, freien, christlichen Staat wünschen, in dem die Freiheitsrechte aller Teile des Volkes verfassungsgemäß und tatsächlich sichergestellt sind. Die Christlichsozialen werden dafür sorgen, dass in Österreich nicht eine Gewaltherrschaft einer Partei aufgerichtet werden kann. Wir haben kein Verlangen nach einer sogenannten Befreiung mit Konzentrationslagern, Fememord, Schutzhaft und Gleichschaltungsterror.*<sup>273</sup> Das österreichische Regime war um Aufklärungsarbeit bemüht.

## „Normale“ Stadtpolitik abseits der Diktatur

Während Österreich unaufhaltsam Richtung Diktatur schlitterte, beschäftigten die Badener Medien auch Stadt- und Bezirksskandale. Die Führung der Brennerengenossenschaft Baden, vor allem der christlichsoziale Vizebürgermeister Karl Gleichweit, weckte das Interesse der BW. Angeblich fehlten Beträge von bis zu 70.000 Schilling, die offiziellen Stellen schwiegen, typisch für die CSP, so die BW. Das Kreisgericht Wr. Neustadt wurde eingeschaltet, Karl Gleichweit nahm den Hut. Dennoch fehlte in den Augen der BW jegliche Aufklärung.<sup>274</sup> Dieser Skandal beschäftigte die BW in noch weiteren Ausgaben. Dass der Skandal totgeschwiegen wurde, wurde auch der BZ angekreidet, weil sie sich dazu nicht geäußert hatte. Somit suggerierte die BW, dass die BZ offenbar mit der CSP und dem BVB paktiere.<sup>275</sup> Die Reaktion des BVB: Die BW soll sich nicht so aufregen, denn man könnte genauso unzählige rote Bürgermeister nennen, die wegen Veruntreuung in den Kerker gewandert sind.<sup>276</sup>

Der nächste Skandal betraf die Gewerbliche Krankenkasse Baden, in der ebenso Geld verschwunden war. Die BW verlangt Aufklärung. *Wird sich die Staatsanwaltschaft um diesen christlichsozialen Misthaufen kümmern? Oder ist sie vielleicht allzusehr mit anderen Dingen überlastet – Waffensuchen, Zeitungsbeschlagnahmungen, Aufmarschverbot – dass ihr dafür keine Zeit bleibt.*<sup>277</sup> Das BVB warf der BW daraufhin vor, zwar über die Krankenkasse in Baden zu berichten, aber über einen ähnlichen Skandal in der Wr. Neustädter Krankenkasse zu schweigen, was nicht verwundere, schließlich sei sie von der SDAP dominiert.<sup>278</sup> Auch dieser Skandal führte zu weiteren Artikeln in BW und BVB.

Den Gemeinderat beschäftigte hingegen die Spielbank. Die CSP drängte auf die Umsetzung, die Spielbank würde das Prestige der Stadt heben, die BW blieb skeptisch. Zwar könne dadurch der Fremdenverkehr gehoben werden, stimmte die BW zu, aber nicht der heilbringende Kuraspekt. Hier bedürfe es weiterer Investitionen in Bäder, die immer noch von der christlichsozialen Stadtverwaltung vernachlässigt würden. Außerdem, in einer Zeit wirtschaftlicher Not, habe ohnehin niemand Geld, um dem Glücksspiel zu frönen.<sup>279</sup>

<sup>271</sup> BVB Nr. 18 v. 06.05.1933, S.2.

<sup>272</sup> BVB Nr.19 v. 13.05.1933, S.1.

<sup>273</sup> BVB Nr.21 v. 27.05.1933, S.1.

<sup>274</sup> Vgl. BW Nr.18 v. 05.05.1933, S.5.

<sup>275</sup> Vgl. BW Nr.23 v. 09.06.1933, S.3.

<sup>276</sup> Vgl. BVB Nr.20 v. 20.05.1933, S.3.

<sup>277</sup> Vgl. BW Nr.20 v. 19.05.1933, S.3.

<sup>278</sup> Vgl. BVB Nr.31 v. 05.08.1933, S.2.

<sup>279</sup> Vgl. BW Nr.24 v. 16.06.1933, S.3.

Seine Zustimmung zu einer „Spielhöhle“ konnte der Nationalsozialist Franz Schmid aus moralischen Gründen nicht erteilen. Die involvierten Personen kamen ihm suspekt vor, er äußerte seine Bedenken in der Gemeinderatssitzung vom 7. Juni 1933: *Wir wissen, dass Konzessionsgesuche verschiedene Leute bereits eingereicht haben, ein Dr. Sprenger, ein Wolf, ein Cohn und wie diese ‚Cohnsorten‘ alle heißen. Wer hinter diesen Leuten steht ist nicht klar, jedenfalls wird es eine Rasse sein.*<sup>280</sup> Auch von der sittlichen Gesinnung der Spieler war Schmid alles andere als angetan.

Da Kollmann die Spielbank befürwortete, meldete sich Trenner zur Wort und las einen Text aus dem Gemeindeausschuss aus dem Jahre 1913 vor, als er (Trenner) Bürgermeister war und ebenfalls ein Casino in Baden errichten wollte (damals war Kollmann in der Opposition). Damals habe Kollmann dagegen gewettert, Baden würde als Kurort deklassiert, Menschen würden zu Verbrechern, Familien würden wegziehen, ein Casino sei ein Weg ins Verderben. Nachdem der Altbürgermeister den Text aus dem Jahre 1913 verlesen hatte, fügte er an: *Ich bin nicht rachsüchtig, aber eine gewisse Freude habe ich heute doch (Gelächter). In Bezug auf das Spielen sind wir, um ein gegenwärtig stark im Gang befindliches Wort zu gebrauchen, gleichgeschaltet.*<sup>281</sup>

Kollmann musste reagieren, an seiner persönlichen Anschauung habe sich nichts geändert, bekräftigte er. *Wenn ich heute hier bin und für die Spielbank spreche, dann ist dies nur aus dem einzigen Grund, weil aus Wirtschaftskreisen so stark danach begehrt wird, weil diese glauben, wenn sie die Spielbank erhalten, werden sie wieder durchkommen. Ich teile vollkommen die Anschauung des Herrn Vbgm. Schulz, der sagt, wenn wir soweit sind, dass wir sie entbehren können, dann weg damit. Verhungern ist auch unmoralisch.* Einen realpolitischen Aspekt fügte er hinzu: *Wenn aber in der gegenwärtigen Zeit ein anderer Kurort eine solche Konzession bekommt und ich mich nicht umsehen würde, dass die Spielbank nach Baden kommt, ja den Fluch von ganz Baden hätte ich dann. (GR.Dr. Trenner: Selbstverständlich).*<sup>282</sup> Als das Thema in der Gemeinderatssitzung vom 14. Juni 1933 zur Abstimmung kam, wurde die Spielbank durch Schmid verhindert, der mit einem extra im Protokoll vermerkten, stark betonten Nein das Projekt zum Scheitern brachte. Zuvor versuchte Schmid noch eine Erklärung abzugeben. Es wurde ihm gestattet, doch nach nur wenigen Worten wurde er durch Glockengeläute unterbrochen; da seine Ausführung am Thema vorbei gehe, dürfe er sie erst nach der Abstimmung vortragen, was er allerdings nicht anerkannte, weshalb er mehrmals erfolglos versuchte zu referieren. Nach der Abstimmung verlas Schmid seine Erklärung, dass er gegen die willkürliche Verfolgung und Einkerkerung zahlreicher NSDAP-Funktionäre protestiere. Er wollte fortfahren, doch Kollmann ließ die Wortmeldung abermals nicht zu, da es nicht zum Aufgabenbereich des Gemeinderates zähle, sich dieser Thematik anzunehmen.<sup>283</sup> Es war der letzte offizielle Auftritt Schmidts vor dem Anschluss 1938, da zur nächsten Gemeinderatssitzung die NSDAP-Mandatare nicht mehr eingeladen wurden.

Trotz Schmidts Radikalisierung ab 1932 gehörte er zu jenen in der NSDAP, die eine Zusammenarbeit mit der Regierung nicht vollkommen ausschlossen. Diese Minderheit innerhalb der NSDAP pochte auf ein eigenes Referat in der VF, wo nationale Interessen artikuliert werden sollten. Zudem standen Schmid und seine Gleichgesinnten dem terroristischen Kurs der eigenen Partei kritisch gegenüber. Mit seinem Vorhaben vom eigenen Referat scheiterte Schmid nicht nur an seiner eigenen Partei sondern auch an der Heimwehr. Nach dem Betätigungsverbot der Partei (Juni 1933) blieb er illegaler Landesleiter der NSDAP.<sup>284</sup>

## Aktionen gegen die NSDAP

Was 1932 seinen Anfang nahm, radikalisierte sich zusehends – die NSDAP und ihre Anhänger pochten auf Macht, Machtzuwachs, Machtwechsel. Obwohl die NSDAP immer gewalttätiger agierte und gegen Marxismus und Katholizismus gleichermaßen ankämpfte, führte dies zu keinem wirklichen Zusammenschluss des sozialistischen und des christlichsozialen Lagers. Die Fronten zwischen SDAP und CSP, auch wenn es Ausnahmen gab, blieben verhärtet, das Misstrauen dominierte. Man beschuldigte sich gegenseitig, insgeheim mit der NSDAP zusammenzuarbeiten. Besonders die Medien taten sich hervor. Zugleich erschienen regelmäßig Berichte über Verbrechen der Nationalsozialisten in Deutschland. Neben Gewalt gegen politisch Andersdenkende schrieb die BW über Vergewaltigung und Kindesmissbrauch durch Mitglieder und Sympathisanten der NSDAP.<sup>285</sup> In einer Artikelserie „Briefe aus Deutschland“ wurde die bedrohliche Situation der Sozialdemokraten im Nachbarland thematisiert.<sup>286</sup>

<sup>280</sup> StA B, GB/3f/13, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28. Dez. 1933, S.88.

<sup>281</sup> Ebd. S.96.

<sup>282</sup> Ebd. S.99.

<sup>283</sup> Vgl. ebd. S.113-117.

<sup>284</sup> Vgl. Christian KLÖSCH, Das „nationale Lager“ in Niederösterreich 1918-1938 und 1945-1996. In: Stefan EMINGER, Ernst LANGTHALER (Hgg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien 2008), S. 565 – 601, hier 585f.

<sup>285</sup> Vgl. BW Nr.27 v. 07.07.1933, S.3.

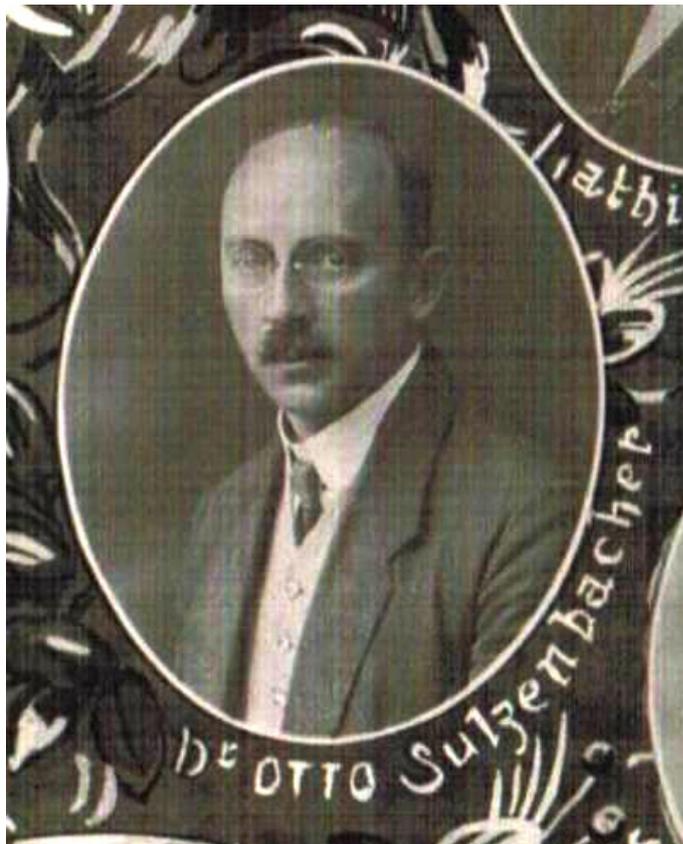
<sup>286</sup> Vgl. BW Nr.9 v. 03.05.1933, S.1.

Das BVB setzte seinen Schwerpunkt auf die Religions- und Kirchenfeindlichkeit der NSDAP, und gebetsmühlenartig wurden Katholiken gewarnt und gemahnt, dem Nationalsozialismus abzuschwören.<sup>287</sup> In Bezug auf Baden fand hingegen der bekannte Vorwurf der Ordnungs- und Ruhestörung durchgehend Anwendung. Als wieder einmal Hakenkreuze sichtbar angebracht wurden, bezeichnete das BVB es als beschämend und niederträchtig, dass junge Leute so etwas anstellten und dass die NSDAP sie dazu anstifte und ermuntere.<sup>288</sup>

Dass vermehrt junge Menschen als Täter ausfindig gemacht werden konnten, beweist die Anziehungskraft des Nationalsozialismus und den jugendlichen Charakter dieser Bewegung. Ein Gärtnergehilfe, Karl Ratzenberger (20), und ein Hilfsarbeiter, Konrad Haslinger (18), brachten unzählige Hakenkreuzplakate im Kurpark an.<sup>289</sup> Ratzenberger galt als bekannter Nationalsozialist, bei einer Leibesvisitation und einer darauffolgenden Hausdurchsuchung konnten Patronen und Schlagwaffen sichergestellt werden.<sup>290</sup> Schüler der letzten Klasse Mittelschule taten es den beiden gleich und verstießen zudem gegen das Uniformverbot. Die Namen wurden in den Medien nicht erwähnt, weil sie



Karl Gleichweit (1881 – 1937) war von 1919 bis 1933 christlichsozialer Gemeinderat und zwischendurch Vizebürgermeister. Im Jahre 1927 wurde er zum Vizepräsidenten der Landes-Landwirtschaftskammer gewählt, er war auch Obmann der Bezirksbauernkammer und Mitglied weiterer Körperschaften der Hauer- und Kellereigenossenschaft. Er trug den Titel Ökonomierat. 1933 trat er von sämtlichen Ämtern zurück (Vgl. StA B, Biographisches Archiv; Foto: StA B).



Dr. Otto Sulzenbacher (1881 – 1966) wurde 1913 Lehrer am Badener Gymnasium Biondegasse, von 1915 bis 1918 war er am südlichen Kriegsschauplatz eingesetzt, rüstete 1918 als Leutnant ab und nahm seinen Lehrberuf wieder auf. Er war von 1923 bis 1934 Gemeinderat, von 1934 bis 1938 Mitglied des Bundeskulturrates und Zweiter stellvertretender Vorsitzender des Bundeskulturrates. Von 1925 bis 1938 war er Direktor des Badener Gymnasiums Biondegasse, zudem war er Bezirksschulrat, führendes Mitglied im Verband Österreichischer Mittelschullehrer und Mitglied des Landesschulrates. Während des Nationalsozialismus wurde er 1938 und erneut 1944 verhaftet (nach dem misslungenen Staufenberg-Attentat). Von 1945 bis 1949 war er erneut Gymnasialdirektor (Vgl. Gertrude ENDERLE-BURCEL unter Mitarbeit von Johannes Kraus, Christlich-Ständisch-Autoritär. Mandatare im Ständestaat 1934 – 1938 (Wien 1991), S.240f, und StA B, Biographisches Archiv; Foto: StA B).

<sup>287</sup> Vgl. BVB Nr.16 v. 22.04.1933, S.3.

<sup>288</sup> Vgl. BVB Nr.16 v. 22.04.1933, S.2.

<sup>289</sup> Vgl. BVB Nr.29 v. 16.07.1932, S.3.

<sup>290</sup> Vgl. Clemens ANDREASCH, Illegale politische Aktivitäten in Stadt und Bezirk Baden 1933 – 1938 (Katalogblätter des Rollett-Museums Nr.94, Baden 2014), S.14.

ehrbare Eltern hatten, die mit dem Treiben ihrer Kinder nicht einverstanden waren – selbstverständlich waren diese von Anderen politisch verhetzt worden.<sup>291</sup> Vier weitere Burschen (17-19) verstießen am Josefsplatz gegen das Uniformverbot.<sup>292</sup> Und in einem weiteren Fall hatte der neunzehnjährige Robert Nemetz ohne die Erlaubnis seines Vaters, des etablierten Kaufmanns (extra angefügt) Hans Nemetz, Österreich Richtung Deutschland verlassen. Der Vater hatte am 12. August 1933 einen Brief erhalten, dass dem Sohn die Flucht gelungen sei.<sup>293</sup>

Neben der Aufhetzung und Indoktrinierung der Jugend durch Nationalsozialisten spielte der jugendliche Leichtsinn eine nicht unwesentliche Rolle. Mutproben sowie pubertäres Gehabe gepaart mit Alkohol waren keine Seltenheit. Generationskonflikte kamen ebenso zum Vorschein. Nicht immer musste demnach die politische Identifikation mit dem Nationalsozialismus ausschlaggebend sein, dass Jugendliche zu Gewaltakten oder Sachbeschädigungen anspornt werden konnten.

Aufgrund zunehmender nationalsozialistischer Agitation im Kurpark drängte das BVB auf eine Sperre des Parks, um den Kurbetrieb nicht zu schädigen.<sup>294</sup> Diesem Wunsch wurde jedoch nicht entsprochen, bei einer Kurkommissionssitzung wurde diese Maßnahme als nicht erforderlich bezeichnet. Ferner wurde die „Tausend-Mark-Sperre“ besprochen, wobei nach diversen Zahlenspielen, so absurd es auch klingen mag, letzten Endes sogar ein Plus an Einnahmen konstatiert wurde.<sup>295</sup> Schadenfreude bewies das BVB, als Kolporteurs der nationalsozialistischen Zeitung der „Kampftruf“ am Hauptplatz das Blatt erfolglos an den Mann bringen wollten. Trotz Gebrülls konnte man kein einziges Exemplar loswerden, weil sich das Badener Publikum von solch *unwürdigem und faxenhaftem, unernstem und reklamehaftem* Benehmen abgestoßen fühlte, so das BVB.<sup>296</sup> Das christlichsoziale Medium berichtete nun immer mehr über die Umtriebe der Nationalsozialisten, die Anklageliste war lang.



Franz Schmid als Bürgermeister von Baden 1938 bis 1945 (Foto: StA B).

<sup>291</sup> Vgl. BVB Nr.16 v. 22.04.1933, S.4.

<sup>292</sup> Vgl. BVB Nr.16 v. 22.04.1933, S.4.

<sup>293</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.13. Abgängig war der Genannte seit dem 3. August 1933. Vgl. ANDREASCH, Illegale Aktivitäten, 2014, S.23.

<sup>294</sup> Vgl. BVB Nr.19 v. 13.05.1933, S.1.

<sup>295</sup> Vgl. BVB Nr.23 v. 10.06.1933, S.2.

<sup>296</sup> Vgl. BVB Nr.19 v. 13.05.1933, S.3.



(Foto: StA B)

Die nationalsozialistischen Kolporteure seien Totengräber für den Kurort, wie all ihre Anhänger – gefördert durch die Badener Nationalsozialisten im „Braunen Haus“ in der Spiegelgasse.<sup>297</sup> Ihre Presse betreibe systematisch Rufmord. Gerüchte, wonach Frauen im Kurpark vergewaltigt worden seien, kursierten.<sup>298</sup> Die Forderung, hart durchzugreifen, war oftmals zu lesen, und für den 31. Mai 1933 war eine Hausdurchsuchung bei mehreren führenden Badener Nationalsozialisten vorgesehen. Allerdings wurden laut BVB die Verdächtigen von einem Beamten im Ministerium gewarnt.<sup>299</sup>

Zu der Infiltration staatlicher Institutionen kam die öffentliche Präsenz der Nationalsozialisten hinzu, die Werbetrommel wurde eifrig gerührt. Auch wenn die NSDAP weder das sozialistische noch das christlichsoziale Lager „bekehren“ konnte – der Nationalsozialismus wusste sich in Szene zu setzen. Als der siebzehnjährige Nationalsozialist und Spenglergehilfe Robert Havel an einer typhösen Krankheit verstarb, kam es in der Stadt zu einem großen Leichenbegängnis. Die BZ schrieb von über 600 Nationalsozialisten aus Baden und Umgebung, die sich in einem langen Trauerzug zusammenfanden. Uniformiert, trotz Uniformverbot, worüber sich die BZ erstaunt zeigte. Offenbar konnte das Uniformverbot über Trauerfeierlichkeiten umgangen werden, so die Annahme der liberalen Zeitung.<sup>300</sup>

Am 19. Juni 1933 wurde ein Betätigungsverbot über die NSDAP ausgesprochen. Dabei handelte es sich formal nicht um ein Verbot oder eine Auflösung der Partei. Verboten bzw. aufgelöst wurden SS und SA. Trotz dieser Maßnahme sowie internen Führungsstreitigkeiten – die legale Handlungsfähigkeit der NSDAP war lahmgelegt – blieben die Nationalsozialisten ein wesentlicher Faktor, der direkt und indirekt die Politik des Ständestaates massiv mitbestimmte.<sup>301</sup> Nach dem Betätigungsverbot begann die Säuberung des politischen Systems. Sämtliche Nationalsozialisten sollten entfernt werden. Die Machthaber verlangten einen loyalen Staatsapparat. In einem Runderlass an alle Bürgermeister durch die BH Baden („Betätigungsverbot der NSDAP“), wurde mitgeteilt, dass nationalsozialistische Mandatare nicht mehr einzuladen seien, und sollten sie dennoch erscheinen, sei ihnen der Zutritt zu verwehren. Betroffen waren ebenso *Gemeindemitglieder, welche zwar nicht auf Grund von Wahlvorschlägen der NSDAP (Hitlerbewegung) gewählt wurden, sich aber zu dieser Arbeit bekennen [...]*.<sup>302</sup>

In der Gemeinderatssitzung vom 7. Juli 1933 wurde das Betätigungsverbot umgesetzt. Das Mandat Schmidts war erloschen. Es gab keinen Ersatzmann, und bis zur nächsten Wahl mussten 38 Gemeinderäte ausreichen. Kommentarlos folgte der nächste Tagesordnungspunkt, er betraf die Aufstellung eines Wetterschutzschirmes, eine Erfindung Friedrich Krickls, die Hagel- und Wolkenbildung bereits im Entstehen verhindern könne. Der Antrag wurde genehmigt.<sup>303</sup>

Am 24. Juli 1933 schrieb die BH Baden erneut an alle Bürgermeister, dass alle Angestellten niederösterreichischer Gemeinden keine Mitglieder der NSDAP oder des Steirischen Heimatschutzes sein dürften. Ein Diensteid wurde eingefordert. Bereits im Ruhestand befindliche Personen mussten ebenfalls eine Erklärung abgeben, dass sie sich bei Zuwiderhandeln strafbar machten.<sup>304</sup> Kollmann bestätigte die Aufforderung am 31. Juli 1933, fast alle Angestellten seien der Anweisung nachgekommen, nur jene nicht, die verhindert oder auf Urlaub seien.<sup>305</sup>

<sup>297</sup> Vgl. BVB Nr.22 v. 03.06.1933, S.2.

<sup>298</sup> Vgl. BVB Nr.22 v. 03.06.1933, S.3.

<sup>299</sup> Vgl. BVB Nr.22 v. 03.06.1933, S.1.

<sup>300</sup> Vgl. BZ Nr.32 v. 22.04.1933,S.4.

<sup>301</sup> Vgl. Winfried R. GARSCHA, Nationalsozialisten in Österreich 1933 – 1938. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage Wien 2012), S. 100-120, hier 100.

<sup>302</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.7.

<sup>303</sup> Vgl. StA B, GB/3f/13, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28 Dez. 1933, S.122-125.

<sup>304</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.9.

<sup>305</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.11.



Begräbnis von Robert Havel (Fotos: StA B)

Am 10. August 1933 wandte sich die BH Baden wiederum an Kollmann, diesmal ging es explizit um die niederösterreichischen Gemeindeärzte, denen die Zugehörigkeit zur NSDAP oder dem Steirischen Heimatschutz untersagt war. Kollmann wurde aufgefordert, unverzüglich eine Beeidigung bzw. Angelobung vorzunehmen.<sup>306</sup> Am 25. September 1933 die gleiche Aufforderung, es solle ihr ehestens entsprochen werden.<sup>307</sup> Offenbar geschah nichts, da ein weiteres Schreiben gleichen Inhalts vom 2. Oktober vorliegt, und noch eines vom 19. Oktober 1933 – diesmal sollte unverzüglich dem Erlass vom 10. August 1933 (das Datum ist zweimal rot unterstrichen) entsprochen werden.<sup>308</sup> Kollmann antwortete erst am 31. Oktober 1933 (fast drei Monate später), dass die generelle Bestellung eines Gemeindearztes noch nicht erfolgt sei, der Erlass aber in Vormerkung verbleibe.<sup>309</sup>

Das Betätigungsverbot der NSDAP ließ in der BW Hoffnung aufkeimen, endlich würde man gegen Deutschland Farbe bekennen.<sup>310</sup> Auch das BVB frohlockte, endlich seien die Badener Naziführer hinter Schloss und Riegel. Zu ihnen zählte das BVB den ehemaligen Eisenbahnbeauftragten Josef Stockhammer, den sich selbst Ingenieur nennenden Heinrich Sieber und den Postbeamten Fritz Jahnel. Franz Schmid wurde ebenfalls vorgeladen, dann wieder freigelassen.<sup>311</sup> Endlich sei es zu Ende, schrieb das BVB erleichtert, doch die Gewalttaten waren nicht vergessen. *Die Verantwortung für alles, was dazwischen liegt, trifft die Ortsführung, den Pensionisten Franz Schmid, den arbeitslosen Sieber, den seine Schwiegereltern erhalten müssen, den arbeitslosen Pensionisten Stockhammer und den vom Staate versorgten Jahnel, als die Sichtbaren. Aber eine ganze Reihe von anderen Menschen sind die ‚unsichtbaren‘ Hetzer.*<sup>312</sup>

Als pure Heuchelei empfand das christlichsoziale Blatt, dass die Nationalsozialisten aus moralischen Gründen gegen die Spielbank opponierten, auf der anderen Seite jedoch nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn Bomben und Granaten geworfen würden.<sup>313</sup> Abgerechnet wurde in einem Atemzug mit der Badener GDVP. Trenner kam erneut unter Beschuss, noch sei er großdeutsch, so das BVB, aber er hege Sympathien für die NSDAP und warte offenbar nur auf den richtigen Moment, *an dem der Übergang ohne großes Geräusch erfolgen kann. Da kam aber der Schlag: Die nationalsozialistische Partei wird verboten und Dr. Trenner braucht den Übergang nicht finden. Schon rückt die Großdeutsche Partei von den Nazi ab, um wieder zu ihrer einstigen großdeutschen Kleinheit zu kommen.* Kleinheit auf der einen Seite, Größenwahn auf der anderen. Das BVB belächelte die Aussagen einiger Nationalsozialisten, wonach der „Waffenring“, die Landsmannschaft „Herulia“, der „Turnverein 1862“ und weitere nationale Vereine sich der NSDAP angeschlossen hätten – stattdessen hätten jene Vereine den Nationalsozialisten eine Absage erteilt. Im Siegestaumel ließ sich das BVB zu einer leichtsinnigen Prognose hinreißen: *Denn so wie das Hakenkreuz aufgetaucht ist, wird es wieder verschwinden, in den Köpfen eine brummige Stimmung zurücklassend, als ein Gespenst aus einer unruhigen Zeit, genährt und gefördert von Kranken und – Halbnarren.*<sup>314</sup>

Doch bereits eine Ausgabe später berichtete das BVB über die Gleichschaltung des „Turnvereines 1862“ – nun fielen die Masken, hieß es weiter.<sup>315</sup> In derselben Ausgabe titelte das BVB „Schmidts Glück und Sturz“ und lieferte einen Abriss seines Werdeganges: *Als einfacher Mensch mit ungenügender Vorbildung hatte er das Glück, bei der Post unterzukommen und später auch definitiv zu werden.* Das BVB attestierte ihm in seinen Anfangsjahren durchaus einen Willen zur Zusammenarbeit und Sachlichkeit, doch dann habe ihn der „Bazillus Größenwahnsinn“ befallen und er habe sich zum „Beseitiger aller Parteien“ erhoben, jemand, der das „morsche Gebilde“ zum Einstürzen bringen wollte. Letztendlich wären die „Großmauligen“ gestürzt, und es sollte ihnen eine Lehre sein.<sup>316</sup>

Der 19. Juni 1933 (Betätigungsverbot der NSDAP) war nicht nur ein Freudentag für BW und BVB. Dieser Tag verdeutlichte gleichzeitig, dass die NSDAP in Baden über zahlreiche Sympathisanten verfügte und diese zu mobilisieren vermochte. Die am 13. Juni 1933 verhafteten und am 19. Juni 1933 wieder entlassenen Badener Nationalsozialisten Heinrich Sieber, Friedrich Jahnel und Josef Stockhammer konnten sich an jenem Tag eines triumphalen Empfanges am Bahnhof erfreuen. Die Bezirkshauptmannschaft wurde durch das Stadtpolizeiamt Baden von diesem Spektakel unterrichtet.

<sup>306</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.12.

<sup>307</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.18.

<sup>308</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.21.

<sup>309</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.22.

<sup>310</sup> Vgl. BW Nr.26 v. 30.06.1933, S.1.

<sup>311</sup> Vgl. BVB Nr.24 v. 17.06.1933, S.2.

<sup>312</sup> BVB Nr.25 v. 24.06.1933, S.2.

<sup>313</sup> Vgl. BVB Nr.25 v. 24.06.1933, S.2.

<sup>314</sup> BVB Nr.25 v. 24.06.1933, S.2.

<sup>315</sup> Vgl. BVB Nr.26 v. 01.07.1933, S.2.

<sup>316</sup> BVB Nr.26 v. 01.07.1933, S.2.



Unermüdlich warnte die BW vor etwaigen Anschlusswünschen. Sie hob die Gewalttätigkeit des Dritten Reiches hervor und prangerte das gesamte Unrechtsregime an (Oben: BW Nr.9 v. 03.03.1933, S.12. Unten: BW Nr.20 v. 19.05.1933, S.12).

Der Empfang nahm seinen Anfang am Bahnhof, organisiert durch den Badener Elektriker Josef Brandstetter<sup>317</sup>. Mit mehreren Taxis des Taxiunternehmers Franz Födinger, eskortiert von mehreren Motorrädern, ging es im Schrittempo in die Breyerstraße 4 zum „Bürgerhof“, wo sich das Bezirkssekretariat der NSDAP befand.<sup>318</sup> Dabei kam es zu zahlreichen „Heil Hitler“- und „Sieg Heil“-Rufen. Aufgehetzt wurde die Menge, die Polizei schreibt von ca. 400 bis 500 Personen, durch Karl Czezelits<sup>319</sup> und Otto Barocka (geb. 1894).<sup>320</sup> Bedenkt man das Wahlergebnis der niederösterreichischen Landtagswahl 1932, bei der die NSDAP in der Stadt Baden 2.268 Stimmen erhielt, so ist es ungefähr ein Fünftel der Wählerschaft, die mobilisiert werden konnte (wobei anzunehmen ist, dass auch Personen von auswärts anwesend waren). Im Restaurant „Bürgerhof“ (Breyerstraße 4) trafen die Freigelassenen mit ihren Familien zusammen, Franz Schmid trat als Redner auf. Die Freigelassenen bezeichnet er als Märtyrer, es wurde das Horst Wessel-Lied gesungen.

Verwunderung ruft die Äußerung des Polizeibeamten Karl Reder hervor, dass die Menge von 400 bis 500 Personen anfänglich von nur 5 Personen überwacht werden sollte. Erst später kam Verstärkung hinzu, wobei nur zwei



Unter dem Namen Heinrich Sieber finden sich zwei Personen bzw. zwei Fotos auf einer Fotocollage der alten NSDAP-Parteigenossen. Beide Siebers gehörten demnach der NSDAP an, deswegen auch zwei unterschiedliche Geburtsdaten – 1890 und 1892. Zu einem der beiden lässt sich folgendes sagen: Er war zu diesem Zeitpunkt (1933) bereits mehrfach vorbestraft. Weiters konnte er sich 1934 in die Schweiz und dann nach München absetzen, dort trat er der „Österreichischen Legion“ bei (Vgl. Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Anhalte-Datenbank, erstellt von Kurt Bauer, und ANDREASCH, Illegale Aktivitäten, 2014, S.6; Foto: StA B).

Namen erwähnt werden, der Rest, wie viele es auch immer waren, wird nicht angegeben. Dass die vor Ort wirkenden Sicherheitsorgane ihrer Aufgabe niemals ordnungsgemäß hätten nachkommen können, steht außer Frage. Weder konnten die Beamten die Menge auseinander treiben, noch die Fahrer der Taxis dazu bringen, schneller zu fahren. Die Straßen konnten nicht ordentlich abgesperrt werden, es kam zu Handgreiflichkeiten. Einer der Beamten zog sogar seine Dienstwaffe und drohte, jeden der näher komme, zu erschießen. Verwunderlich ist ebenso, dass die Polizei die meisten Angreifer nicht identifizieren konnte.<sup>321</sup> Daraus könnte man schließen, dass zahlreiche Teilnehmer des Aufmarsches von außerhalb anreisten. Andererseits war die Badener Polizei durch Nationalsozialisten unterwandert. Möglicherweise konnte oder wollte man deswegen nur die wenigsten Teilnehmer erkennen.

Im Zuge dieses Empfanges kam es zu mehreren Verhaftungen und Anzeigen. Meist handelte es sich um die Nichtbefolgung einer gesetzlichen Aufforderung. Die Angeklagten nahmen es gelassen, schließlich hatten sie ihre Gründe. So gab z.B. Josef G. an: *Durch meine Weltanschauung bin ich überzeugt, dass ich einer gesetzlichen Aufforderung nicht folgen muss, deshalb habe ich mich auch widersetzt den Platz zu verlassen. Ich bin bei keiner Partei organisiert, stehe jedoch der NSDAP sehr nahe.*<sup>322</sup>

Mit dem Betätigungsverbot der NSDAP kehrte die so ersehnte Ruhe und Ordnung nicht ein. Die Gewaltbereitschaft der NSDAP glich anfänglich jener der anderen Wehrformationen, die sich in Straßen- und Saalschlachten manifestierte. Allerdings nahm die Gewaltanwendung der NSDAP an Intensität und Quantität deutlich zu. Die Methoden wurden immer brutaler, und 1932 war an 90% aller politischen Gewalttätigkeiten die NSDAP beteiligt. Besonders nach der Machtübernahme der NSDAP in Deutschland (März 1933) nahm der Terror zu. Neben der Konfrontation auf der Straße kam es zu Anschlägen auf öffentliche Einrichtungen sowie zu gezielten Angriffen auf Einzelpersonen.

<sup>317</sup> Josef Brandstetter (1893 – 1972) war Parteimitglied seit 1931, 1931-1933 Bezirksführer des Gewerberinges, 1932-1933 Bezirksinspekteur und Stellvertreter des Bezirksleiters, 1935-1936 Kreishilfswerksleiter, 1937-1938 Bezirksleiter des NS-Hilfswerks, seit 1938 Hauptstellenleiter für Handwerk und Handel in der Kreisleitung Baden. Vgl. ANDREASCH, Illegale Aktivitäten, 2014, S.20.

<sup>318</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.11.

<sup>319</sup> Czezelits (geb. 1907) trat der NSDAP 1930 bei, wurde jedoch 1940 ausgeschlossen. Vgl. ANDREASCH, Illegale Aktivitäten, 2014, S.20.

<sup>320</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.12.

<sup>321</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.20.

<sup>322</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.8. Für denselben Tag erging aber auch eine Warnung, wonach für den 19. November 1933 im Zusammenhang mit den deutschen Reichstagswahlen Gewalttaten und Anschläge der Nationalsozialisten zu erwarten sind. In größeren Orten seien Bahnhöfe, Kasernen und Telegraphenämter besonders zu observieren. Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.32.

nen.<sup>323</sup> Überrepräsentiert waren die unter dreißigjährigen städtischen und großstädtischen Jugendlichen und Männer. Darunter besonders jene, die nicht bzw. noch nicht in ein Berufsleben integriert waren, u.a. Heimkehrer, Arbeitslose, Schüler und Studenten – diese hatten auch die „Freizeit“, sich solchen Aktionen hinzugeben. Die Statistiken belegen, dass diese Personen eine Art „Stellvertreterkrieg“ führten. Studenten und Schüler für freiberufliche Akademiker und Beamte, Söhne von Bauern für ihre Väter, Hilfsarbeiter und Lehrlinge für ihre Meister.<sup>324</sup>

Der sichtbare Zuspruch eines Teils der Badener Bevölkerung motivierte die NSDAP und ihre Sympathisanten zu weiteren Aktionen. Sie reichten von Vandalismus bis zu terroristischen Anschlägen. Trotz Betätigungsverbot agierte Heinrich Sieber seelenruhig weiter und wurde deswegen zu 14 Tagen Arrest verurteilt, informierte das BVB seine Leser.<sup>325</sup> Für Nazischmierereien am Beethoventempel wurde der Hilfsarbeiter Anton Freisinger verantwortlich gemacht.<sup>326</sup> Bei einer Schlägerei in einem Badener Heurigen, bei dem laut BVB Nationalsozialisten eine Gruppe Frontkämpfer provoziert hatten, wurden Franz Merschitz (geb. 1914), Ignaz Koller und Franz Andre angezeigt. Die beiden Erstgenannten erhielten in einem „abgekürzten Verfahren“ 3 Wochen Arrest. Es erging die Warnung an die Intelligenz, die sich dem Nationalsozialismus verschrieben hatte und somit Hochverrat beging, dass der Spaß nun ein Ende habe.<sup>327</sup>

Außerdem verurteilt wurden die Nationalsozialisten Karl Czezelits/Czecsclits (illegale Demonstrationsteilnahme Teilnahme) zu 24 Stunden Arrest, Otto Barocka zu 24 Stunden Arrest wegen Heil Hitler-Rufe (ehemaliger Kassier der NSDAP), Josef Brandstetter wegen Uniformtragens 24 Stunden Arrest und wegen der Organisation des Empfanges 4 Tage Arrest, die Handelsschüler Kamil Kamper, Julius Uhl<sup>328</sup>, Rudolf Schabl (womöglich Rechtschreibfehler des BVB, und es könnte sich um Rudolf Schwabl oder Schwabel handeln – beide waren Nationalsozialisten) zu 24



V. l. n. r.: Franz Schmid, Hans Lang und im weißen Mantel Josef Brandstetter (Foto: StA B).

<sup>323</sup> Vgl. GARSCHA, Nationalsozialisten 1933 – 1938, 2012, S. 104.

<sup>324</sup> Vgl. Gerhard BOTZ, Gewaltkonjunkturen, Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Krisen. Formen politischer Gewalt und Gewaltstrategien in der Ersten Republik. In: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHANER (Hgg.): Das Werden der Ersten Republik – Band 1. ...der Rest ist Österreich (Wien 2008), S. 339-362, hier 348.

<sup>325</sup> Vgl. BVB Nr.29 v. 22.07.1933, S.4.

<sup>326</sup> Vgl. BVB Nr.33 v. 19.08.1933, S.5. Anton Freisinger (geb. 1901) war von 24. Juni – 30. Nov. 1934 im Anhaltelager Wöllersdorf interniert. Eine Untersuchung wegen Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag wurde mangels Beweisen eingestellt. Vgl. Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Anhalte-Datenbank, erstellt von Kurt Bauer. Außerdem war Freisinger an mehreren Aktionen beteiligt, an denen ein Hakenkreuz angezündet wurde. Des Weiteren wurde er der Zuhälterei und Erpressung beschuldigt. Vgl. ANDREASCH, Illegale Aktivitäten, 2014, S.25f

<sup>327</sup> Vgl. BVB Nr.30 v. 29.07.1933, S.2.

<sup>328</sup> Julius Uhl (geb. 1900) geriet bei dem Empfang der Badener Nationalisten am Bahnhof 1933 in eine Auseinandersetzung mit Oberkommissär Alois Klinger. Uhl war seit 1931 Partei- und SA-Mitglied, Ortgruppenleiter und Versammlungsredner. Vgl. ANDREASCH, Illegale Aktivitäten, 2014, S.6.

Stunden Arrest, und der Letztgenannte noch zu 21 Schilling Strafe, allesamt wegen Uniformtragens.<sup>329</sup> Ausgeforscht wegen Nazischmierereien im Helenental<sup>330</sup> wurde Leopold Magerl, ebenso der arbeitslose Rudolf Huber, weil er Hakenkreuze im Kurpark angebracht hatte. Weiters wegen Schmierereien und dem Verteilen von Flugzetteln der Hausdiener Michael Stenzenberger (25) zu zehn Wochen Arrest, der Anstreicherhilfe Karl Grüner (20) zu sechs Wochen Arrest, der Tennislehrer Otmar Gottesheim (35) zu sechs Wochen Arrest und die Hausgehilfin Mathilde Fekete zu acht Tagen Arrest.<sup>331</sup> Hart wirkt die Bestrafung der Weinbauertochter Leopoldine Festi, weil sie sich abfällig und beleidigend über die österreichische Regierung geäußert hatte – vier Wochen Arrest.<sup>332</sup>

Für BW und BVB waren es dankbare Schlagzeilen. Die Berichterstattung der BZ über nationalsozialistische Aktivitäten war hingegen anderer Natur. Es scheint, als würden mehr Sachlichkeit und weniger Emotionen vorherrschen. Gleichzeitig wurden Taten verharmlost, ignoriert oder verkürzt dargestellt. Wenn BVB und BW von Ausschreitungen berichten, zeigt sich die BZ eher unbeeindruckt – Jugendliche von auswärts (also nicht unsere) hätten einen Wirbel verursacht, doch habe die Polizei alles fest im Griff.<sup>333</sup> Als dem Polizeioberkommissär Klinger ein Hakenkreuz an die Tür und ein Galgen auf den Gehsteig geschmiert wurde, handelte es sich nach der Meinung der BZ um einen Bubenstreich,<sup>334</sup> und als der Beethoventempel mit brauner Farbe beschmiert wurde, seien Lausbuben am Werk gewesen.<sup>335</sup> Während also für die BZ Lausbuben Bubenstreiche vollführten, waren es für BVB und BW Terroranschläge von Terroristen. Sowohl BW als auch BVB berichteten über die Hetze aus Deutschland und über die Zustände in den KZ-Lagern.<sup>336</sup> Wieso diese Unterschiede in der Berichterstattung?

Die beiden Parteizeitungen hatten gute Gründe, den politischen Gegner, wo es nur möglich war, als Feind der Ruhe und Ordnung darzustellen, auch auf die Gefahr hin, dass der Ruf des Kurortes leiden könnte, weil Baden nicht mehr als sicher gelten könnte. Die BZ hingegen, als Lokalzeitung ohne wirkliche politische Klientel, hatte andere Schwerpunkte und sah sich womöglich als Werbeplattform für einen ruhigen Kurort – als Medium, das auch von Kurgästen gelesen wurde. Ein weiterer Grund: *Voraussichtlich wollte man der illegalen Bewegung keine ‚kostenlose‘ Propaganda zukommen lassen, sodass man sich auf die Erfolge der heimischen Exekutive und Justiz bzw. die spektakulärsten Aktionen beschränkte.*<sup>337</sup> Und die BZ machte kein Geheimnis daraus, dass sie Baden als Insel der Seligen betrachtete – anders als Industriestädte, diese wären anfällig für Radau und politische Exzesse, aber Baden nicht! Die BZ bediente sich in ihrer Argumentation auch gern der „guten alten Zeit“, schon die römischen Legionen hätten hier Erholung gefunden, ein Eiland in Weltstürmen. Deshalb: *So war es, so ist es und so soll es bleiben.*<sup>338</sup>

Dass dieses Motto nicht durchgehend eingehalten werden konnte, beweist ein tatsächlich terroristischer Akt, der Sprengstoffanschlag auf die Badener Bahn (Wiener Lokalbahn). Am 28. Juni 1933 um 1.05 Uhr vernahm eine Radpatrouille eine laute Detonation bei der Station Trabrennplatz.<sup>339</sup> Ausgeheckt wurde das Attentat im Gasthaus „Grausam“ in der Einöde. Als Haupttäter des Anschlags (wie auch der Anschläge auf eine Starkstromleitung in Pottenstein und weiterer Sprengstoffanschläge in der Region) wurden der Badener Student Theodor Kalla/Kahla sowie der Kameradschaftsführer der HJ in Baden Karl Ratzenberger verhaftet, die als Mittäter den Perchtoldsdorfer Johann Gazda<sup>340</sup> verrieten. Sprengstoff hatten sie von einem Schüler der 8. Klasse und Mitglied des Nationalsozialistischen Schülerbundes, Ernst Natter, erhalten. Involviert waren noch weitere Schüler und Lehrer aus der Bundeserziehungsanstalt Traiskirchen und dem Realgymnasium Berndorf sowie Mädchen des BDM aus Baden. Der Auftrag und der Sprengstoff waren auf Umwegen aus Deutschland gekommen.<sup>341</sup> Wie eingangs erwähnt, fochten Schüler und Studenten einen Kampf für ihre Lehrer und Professoren, die im Hintergrund agierten.

<sup>329</sup> Vgl. BVB Nr. 31 v. 05.08.1933, S.3.

<sup>330</sup> Vgl. BVB Nr.33 v. 19.08.1933, S.5.

<sup>331</sup> Vgl. BVB Nr.37 v. 16.09.1933, S.4.

<sup>332</sup> Vgl. BVB Nr.38 v. 23.09.1933, S.4. Dass die Höhe der Strafen nicht immer nachvollziehbar war und Willkür vorherrschte, beweisen auch Beispiele aus Wien. Vier Wochen Arrest und 28 Schilling Strafe wegen Sammeln für das „Rote Kreuz“ für Kommunisten, sechs Tag Arrest und acht Schilling wegen Streuen von kommunistischen Flugzetteln, wegen „Hoch Bela Kun“-Rufen drei Monate Arrest und 90 Schilling, Aufsteigenlassen von Luftballons mit Hakenkreuzen fünf Wochen Arrest und 35 Schilling, Heil Hitler-Rufe sieben Tage Arrest und sieben Schilling, Abhalten sozialdemokratischer Versammlungen sechs Wochen Arrest und 42 Schilling, das Singen der Internationale 28 Tage Arrest und 28 Schilling. Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.274.

<sup>333</sup> Vgl. BZ Nr.37 v. 10.05.1933, S.4.

<sup>334</sup> Vgl. BZ Nr.42 v. 27.05.1933, S.4.

<sup>335</sup> Vgl. BZ Nr.83 v. 18.10.1933, S.4.

<sup>336</sup> Vgl. BVB Nr.32 v. 12.08.1933, S.4.

<sup>337</sup> Christoph WIESER, Badens braune Vergangenheit. Der Weg zur Macht (Baden 2004), S.28.

<sup>338</sup> BZ Nr.29 v. 12.04.1933, S.1.

<sup>339</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.32.

<sup>340</sup> Johann Gazda (geb. 1915) war auch an diversen Klebe- und Malaktionen beteiligt. Vgl. ANDREASCH, Illegale Aktivitäten, 2014, S.19.

<sup>341</sup> Vgl. BVB Nr.29 v. 22.06.1933, S.1.



Da man der Regierung nicht zutraute, adäquat gegen die Nationalsozialisten vorzugehen, stellte sich die Sozialdemokratie als das alleinige Bollwerk gegen den Nationalsozialismus dar. Die Regierung wurde als zu schwach empfunden, obendrein prangerte die BW die Anbiederung an die NSDAP an. Trotz Bombenterror werben die CSP und die Heimwehren um die Gunst der Nationalsozialisten (Oben: BW Nr.32 v. 05.08.1932, S.12. Unten: BW Nr.45 v. 17.11.1933, S.12).

Vom Staatsanwalt betont wurde die Hetzkampagne eines Standartenführers Kaaserer, der selbst nach Deutschland geflohen war. Jene, die nicht fliehen konnten, wurden zu mehrmonatigen oder sogar mehrjährigen Strafen verurteilt. So Ernst Natter zu zwei Jahren, Karl Zeiser (19), an der Beschaffung des Sprengstoffs beteiligt, zu 22 Monaten schweren Kerkers.<sup>342</sup>

Wie dilettantisch die Planung vor sich gegangen war, bezeugt die Aussage eines Leopold Fosl, getätigt am 4. Juli 1933, der eine Gruppe Nationalsozialisten beim Vorübergehen am Kirchenplatz in Tribuswinkel belauscht hatte. Unter anderem hatte er gehört, wie ein Jakob Wirobisch sich mit einer anderen Person über den bevorstehenden Anschlag auf die Badener Bahn unterhalten hatte. Als er wissen wollte, was sie vorhätten, hätten sie geantwortet, sie wollten bloß essen gehen.<sup>343</sup> Warnungen gab es bereits am Tag vor dem Anschlag. Kollmann wurde am 27. Juni 1933 durch einen alten Parteimann, der sich dem Bürgermeister verpflichtet fühlte, mitgeteilt, dass die Nazis in der kommenden Woche es zum Äußersten kommen lassen wollten, auf Biegen und Brechen.<sup>344</sup>

Dem Regime boten sich nicht nur Geld- und Haftstrafen an, um die „verhetzte“ Jugend zu disziplinieren. Dem neuen Staat sollten ausschließlich loyale Staatsbürger angehören. Man ging dazu über, missliebige Personen auszubürgern oder Verdächtigen die Einbürgerung zu verwehren. Von Ausbürgerungen waren vor allem Personen betroffen, die sich ein „österreichfeindliches Verhalten“ zu Schulden hatten kommen lassen und in Exilländern untergetaucht waren. Für die Linken waren es unter anderem die ČSR und UdSSR, für die Rechten das Deutsche Reich.<sup>345</sup> In der Zeit zwischen 1933 und 1938 kam es österreichweit zu 12.250 bis 12.500 Ausbürgerungen. Das Vermögen dieser Personen wurde beschlagnahmt und in Sicherheitsverwahrung genommen, besonders wenn Gefahr bestand, dass die Person es „veruntreuen“ könnte.<sup>346</sup> Auch in Baden kam es zu Ausbürgerungen. Das BVB nennt: Margot Jäger und deren Schwester Nora (Hirtenberg), Marie Cafourek (geb. 1917), Emilie Duchan (geb. 1918) und Eduard Brunner (Baden), Johanna Jahn (Wien).<sup>347</sup> Sie alle wurden mit dem Anschlag auf die Badener Bahn in Zusammenhang gebracht. Den Ermittlungen entzogen sie sich mit der Flucht nach Deutschland. Damit verloren solche Personen zahlreiche Ansprüche auf Sozialleistungen (Pensionsansprüche, usw.), was besonders nach dem Krieg schlagend wurde, als einige von ihnen zurückkehren wollten.

Eine weitere Art des Ausschlusses aus der „ständestaatlichen“ Stadtgemeinschaft fußte auf dem Ausweisungsrecht der Gemeinde für „Auswärtige“, sprich Personen, die keine Gemeindemitglieder waren.<sup>348</sup> Ein gutes Beispiel dafür bietet der Ausweisungsakt des Dr. Hermann Kissling.<sup>349</sup> Ein von Kollmann am 13. Juli 1933 abgesandtes Schreiben an die Bezirkshauptmannschaft teilt den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Juli 1933 mit, dass Kissling der Aufenthalt in der Gemeinde verweigert werde, die Gemeinde berief sich auf den § 12 der Niederösterreichischen Gemeindeordnung<sup>350</sup>. Begründet wurde dies damit, dass der Genannte Sturmbannarzt der NSDAP war und erwiesenermaßen an vertraulichen Sitzungen der Partei am 5. März, 16. März und 7. Juni teilgenommen hatte. Auch hatte er eine Veranstaltung des Heimatschutzverbandes am 31. März im Hotel „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16) gestört und durch das Singen des Horst Wessel-Liedes provoziert. Ebenso war Kissling im Zuge der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes und der darauf folgenden Demonstration der Sozialdemokraten am 1. April 1933 am Hauptplatz an den Ausschreitungen maßgeblich beteiligt. Nur einen Tag später trat Kissling erneut in Erscheinung, als ca. 50 bis 60 Uniformierte der SA und SS samt einem gewaltigen Anhang in der Innenstadt stundenlang demonstrierten. Am 20. April sang Kissling wieder einmal das Horst Wessel-Lied bei offenem Fenster, vor dem sich wiederum 50 bis 60 Per-

<sup>342</sup> Vgl. WIESER, *Badens braune Vergangenheit*, 2004, S.30, und BZ Nr.87 v. 01.11.1933, S.4.

<sup>343</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.37.

<sup>344</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.27.

<sup>345</sup> Vgl. Ilse REITER-ZATLOUKAL, *Verwaltungs- und justizgeschichtliche Forschungsdesiderate 1933 – 1938*. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes* (Wien 2013), S. 429-447, hier 430.

<sup>346</sup> Vgl. Ilse REITER-ZATLOUKAL, *Repressivpolitik und Vermögenskonfiskation*. In: Ilse REITER-ZATLOUKAL, Christiane ROTHLÄNDER et. al. (Hgg.): *Österreich 1933 – 1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg Regime* (Wien 2012), S.61-76, hier S.69.

<sup>347</sup> Vgl. BVB Nr.46 v. 18.11.1933, S.3.

<sup>348</sup> Gemeindemitglieder teilten sich in zwei Gruppen. Gemeindeangehörige und Gemeindegewerbetreibende. Erstere waren Personen, die in der Gemeinde heimatberechtigt waren. Letztere waren Personen, die ohne heimatberechtigt zu sein Haus oder Grundbesitz innerhalb der Gemeinde hatten, ein selbstständiges Gewerbe betrieben, der Gemeinde eine direkte Steuer entrichteten oder in der Gemeinde wohnend ein sonstiges Einkommen versteuerten. Vgl. Gemeindeordnung für Niederösterreich 1929, § 6.

<sup>349</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.5.

<sup>350</sup> Das Ausweisungsrecht bestand seit 1863, wurde nach dem Anschluss 1938 aufgehoben und 1945 nicht mehr eingeführt. Vgl. Georg PRADER, *N.ö. Gemeindeordnung samt einschlägigen Grundgesetzen, Nebengesetzen, Verordnungen und Erlässen mit erläuternden Anmerkungen nach dem Stande der Gesetzgebung vom 9. Juni 1952* (Wien, 1952), S.59f.

sonen zusammenfanden – am 10. Juni 1933 das gleiche Szenario. Am 19. Juni nahm Kissling an der Demonstration teil, die für die Rückkehr der entlassenen Nationalsozialisten Sieber, Stockhammer und Janel veranstaltet wurde. Am 28. Juni beschimpften Kissling und seine Tochter Passanten im Kurpark, und sein Neffe, Johann Gazda (geb. 1915, Student), war außerdem (damals noch eine Vermutung) am Anschlag auf die Badener Bahn beteiligt. In dieser Sache wurde Kissling vom 29. Juni 1933 bis zum 5. Juli 1933 im Kreisgericht Wr. Neustadt befragt. Für Kollmann war Kissling nicht mehr unbescholten, und sein Verhalten schädigte den Kurort.

Kissling legte Berufung ein, er wurde vom Rechtsanwalt Dr. Fritz Blosch aus Wien vertreten. Daraufhin verfasste Vizebürgermeister Hahn am 28. Juli 1933 ein weiteres Schreiben an die Bezirkshauptmannschaft. Darin gab er jene Anschuldigungen wieder, die bereits Kollmann ausführlich niedergeschrieben hatte. Hahn merkte zusätzlich an, dass Baden keine Industriestadt sei, sondern ein Kurort, und dass damit das Wohl der Kurgäste oberste Priorität genieße. *Für Baden ist daher unbedingt Ruhe und Ordnung und Anständigkeit gegenüber allen Fremden jedweder Konfession und Nation erste Voraussetzung seiner Lebensmöglichkeit.* Somit sei Kissling eine Persona non grata!

Der Bescheid der BH Baden erfolgte am 19. August 1933, der Ausweisung wurde zugestimmt. Auch die BH Baden begründete sie mit der nicht unbescholtenen Lebensweise des Auszuweisenden, sein Benehmen habe für Tadel und Ärgernis gesorgt, was besonders für einen internationalen Kurort nicht tragbar sei.<sup>351</sup>

In der Vertraulichen Sitzung vom 7. Juli 1933 hatte Kollmann dieselben Argumente für die Ausweisungen vorgelegt. *Ich halte dies für den Kurort nicht für wünschenswert. Es wäre zweckmäßiger, wenn er nicht hier wäre.*<sup>352</sup> Sein Antrag wurde genehmigt. Kollmann merkte noch an, dass die Ausweisung nur Kissling betreffe, nicht seine Tochter. Bedenken äußerte nur Sulzenbacher: Man solle zuerst mit der Ausweisung drohen, woraufhin Kollmann auf das Recht des Einspruches verwies. Als Sulzenbacher dann noch: *Er ist doch schließlich Arzt hier*, einwarf, entgegnete Kollmann kurz: *Der Beschluss ist schon gefasst.*<sup>353</sup>

Das Vorgehen der Behörden gegen die NSDAP wurde durch Hinweise aus der Bevölkerung unterstützt. Ein anonymes Schreiben, datiert 30. Juni 1933, gezeichnet mit „Einer von der Vaterländischen Front“, das auf den nationalsozialistischen Griechen Sarabia<sup>354</sup> in der Hansy-Mühle aufmerksam machte, war keine Ausnahme. Laut dem Anonymus war der Grieche der Hauptthetzer der Nazis.<sup>355</sup> *Ein treuer vaterländischer Österreicher* warnte Kollmann Juni 1933, dass Josef Brandstetter sich mit dem Traiskirchner Nazi Prof. S. (Schön) regelmäßig treffe und sie die *schönsten Verrätereien* auskochen.<sup>356</sup> Die Anstalt Traiskirchen wurde als ein wahres Nazinest bezeichnet, und ein weiteres anonymes Schreiben nannte als Anführer einen Wilhelm Reichert, dessen Vater ein Professor in Wien sei. Beide stammten aus Galizien und nähmen dennoch alle österreichischen Begünstigungen in Anspruch.<sup>357</sup>

Im Badener Stadtarchiv findet sich auch eine Warnung des Bundesministers für Heereswesen, adressiert an einen *Lieben Freund* in Baden, vom 26. Juni 1933. Nach dem Betätigungsverbot der NSDAP habe die Ortsgruppe Baden alles aus dem „Braunen Haus“ hinausgeschleppt und zu Dr. Kissling verfrachtet. Auch in der Einöde im Gasthaus „Grausam“ kämen sie regelmäßig zusammen.<sup>358</sup>

Dass den Hinweisen aus der Bevölkerung tatsächlich nachgegangen wurde und sie nicht in den Aktenschränken verschwanden, zeigt ein Schriftstück vom 7. Juli 1933. Der Sicherheitsdirektor für Niederösterreich, Karwinsky, wandte sich an die BH Baden. Der Herausgeber und verantwortliche Schriftleiter der Südbahnkorrespondenz, Aron Weiss (Wassergasse 23), gab an, dass der in Baden wohnhafte Admiral i. R. Alfons Wilfant/Wilfan, geboren 1872, immer wieder junge Nazis am Josefsplatz erwarte, zudem im „Bürgerhof“ (Breyerstraße 4) verkehre, wo geheime Versammlungen abgehalten würden. Auch der Opersänger Karl Pollhammer/Bollhammer verteile Nazi-Propaganda, fahre täglich mit der Badener Bahn nach Wien und prahle, dass er mit Vizekanzler Winkler verkehre und deswegen bestens informiert sei.<sup>359</sup> Die Erhebung (auf der Rückseite vermerkt) bestätigte einen Teil der Anschuldigungen, doch sei nichts Verbotenes dabei. Mit der Badener Bahn zu fahren sei keine Straftat, auch das Prahlen nicht, und auch wenn

<sup>351</sup> Hierbei handelte es sich um eine Gemeindeangelegenheit, zwischen Gemeinde Baden, dem Auszuweisenden, und als „Oberinstanz“ fungierte die Bezirkshauptmannschaft. Durch die Mai-Verfassung 1934 oblag die „Oberinstanz“ dann wieder dem Land und nicht mehr der Bezirkshauptmannschaft. Vgl. Merkbuch u. Ratgeber für Bürgermeister und Gemeindevertreter. Die n.ö. Gemeindeordnung unter Berücksichtigung der Verfassung 1934 und des Übergangsgesetzes mit Erläuterungen und Entscheidungen bearbeitet von Mag. Direktor Dr. Otto Kernstock (Wien o.J.), S.8.

<sup>352</sup> StA B, GB/3g/12, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28 Dez. 1933, S.34.

<sup>353</sup> Ebd. S.35.

<sup>354</sup> Heinrich Josef Pirro Sarabia (geb.1886 in Liverpool/GB), war seit 1933 Parteimitglied. Vgl. ANDREASCH, Illegale Aktivitäten, 2014, S.22.

<sup>355</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.33.

<sup>356</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.38.

<sup>357</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.42.

<sup>358</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.26.

<sup>359</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1933, f.43.

der emeritierte Admiral Anhänger der deutschnationalen Partei sei und möglicherweise mit der NSDAP sympathisiere, so habe er sich bis jetzt nichts zu Schulden kommen lassen. Es gab auch sehr unkonkrete Warnungen, wonach sich zwei Personen am 26. Juni 1933 in der Antonsgasse unterhielten, einer davon ein Nazi. Dabei sei die Äußerung gefallen, dass Österreich nur noch zwei Stunden bestehen werde.<sup>360</sup>

Neben Warnungen erreichten die Gemeinde, allen voran Kollmann, Droh- und Schmähbriefe. Kollmann ließ es kalt, solche Briefe seien jetzt Mode und wanderten kurzerhand in den Müll, ließ er durch das BVB mitteilen.<sup>361</sup> Das wurde offenbar umgesetzt, in den Akten des Badener Stadtarchivs findet sich nichts dergleichen. Kollmann musste allerlei Hinweisen nachgehen. So wollte die BH Baden die unverbürgte Nachricht überprüft wissen, ob es tatsächlich zu Massenausweisungen österreichischer Arbeiter und Angestellter aus Deutschland komme. Kollmann sollte das innerhalb seines Rayons eruieren.<sup>362</sup> In einem anderen Fall informierte die BH Baden den Bürgermeister am 12. September 1933, dass das neue Erkennungszeichen der NSDAP aus einer Stecknadel mit weißem Kopf bestehe. Diejenigen Parteimitglieder, die Arreststrafen verbüßt haben, sollten kleine Vorhängeschlösschen bei sich tragen. Offenbar schufen solche Anfragen massenweise Makulatur, sodass extra unterstrichen wurde, dass Fehlberichte nicht zu erstatten seien.<sup>363</sup> Am 8. Oktober 1933 erging die Meldung, es gebe wieder ein neues Abzeichen, und drei Tage später warnte man Kollmann, dass während der Zeichnung der österreichischen Anleihe die NSDAP Protestaktionen vorzunehmen beabsichtige.<sup>364</sup> Am 8. Februar 1934 wurde Kollmann durch den Bezirkshauptmann Pilz auf die neue nationalsozialistische Propagandataktik aufmerksam gemacht. Ein Schreiben der NSDAP besagte nämlich, dass die tatsächliche Stimmung der *überwiegend Deutsch-gesinnten Bevölkerung* Österreichs offenbart werden müsse, die durch *Missbrauch des Katholizismus und der Judenhörigkeit* verunsichert sei. Ferner heißt es, dass besonders Frauen und Jugendliche in diesen Kampf eingebunden werden müssten. *Sämtliche Skifahrer haben bei ihren Touren an gut sichtbaren Stellen unermüdlich dutzende von Hackenkreuzen in den Schnee einzuzeichnen [...]. Bei Vorführungen der vaterländischen Wochenschau in den Kinos hat beim Erscheinen von Regierungsmitgliedern ein lautes vielsagendes Husten, Schnäuzen, mit den Füßen scharren und Lachen einzusetzen. Sämtliche dieser Maßnahmen sind in höchst möglichen Ausmaßen durchzuführen, je rücksichtsloser, je fanatischer wir diesen Kleinkrieg führen, desto besser werden wir zum bald kommenden Großen Schlag gerüstet sein.*<sup>365</sup>

## Vaterländische und Ständische Propaganda im „Heiligen Jahr“ 1933

Wir schreiben noch das Jahr 1933. Noch wissen viele bzw. die allermeisten nicht, was nun dieser Ständestaat sein soll und wie er den Alltag prägen wird! Deshalb gilt es, das Vaterländische und Ständische dem Bürger schmackhaft zu machen. Am Fronleichnamstag, dem 15. Juni 1933, sollte im Saale des Gesellenhauses bei einer vaterländischen Veranstaltung die christliche Jugend auf die vaterländische Idee eingeschworen werden, um die *geschichtliche Sendung Österreichs als der Ostmark deutschen Volkstums zu erkennen [...]*, um das Vaterland wieder zu dem werden zu lassen, was es war: *Ostmark des deutschen Volkstums und Hort der christlichen Kultur*. Das erfordere das *begeisterte Bekenntnis zum katholischen Jung-Österreich, dem Wahrer und Hüter der echten großen Reichsidee*.<sup>366</sup>

Bereits kurz nach der Gründung der VF im Mai 1933 wurden Wehrverbände umworben, die Frontkämpfer-Vereinigung wurde aufgefordert, der VF beizutreten, um eine gemeinsame Front aufzubauen. Anmeldungen erfolgten beim Vizebürgermeister Hahn (Kaiser Karl-Platz 3) und Rudolf Stricker, Schlossermeister (Annagasse 12).<sup>367</sup> Das BVB warb eifrig für das Vaterländische und Ständische, doch zugleich musste Basisarbeit geleistet werden. Denn was bringt all das Vaterländische und Ständische, wenn der österreichische Patriotismus so brach liegt? Berichtet wurde von einer Kundgebung vom 4. Juli 1933. Dabei ging es wie so oft um die Legitimation, Österreicher zu sein bzw. für ein selbstständiges Österreich einzutreten. *Ja, wir haben nie und nimmer zu lernen, wie man deutsch lebt, deutsch blutet, deutsch stirbt, weil unsere Geschichte den Beweis dafür erbringt, dass unsere Vorfahren es verstanden haben, die deutsche Mission dieses Landes zu ehren und zu erfüllen.*<sup>368</sup> Es darf nicht vergessen werden, dass die meisten Österreicher sich als Deutsche fühlten bzw. als deutsche Österreicher.

<sup>360</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.14.

<sup>361</sup> Vgl. BVB Nr.29 v. 22.07.1933, S.1.

<sup>362</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.15.

<sup>363</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.16.

<sup>364</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.20.

<sup>365</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.36.

<sup>366</sup> BVB Nr.25 v. 24.06.1933, S.3.

<sup>367</sup> Vgl. BVB Nr.25 v. 24.06.1933, S.3f.

<sup>368</sup> BVB Nr.27 v. 08.07.1933, S.1.

Das Jahr 1933 war ein Datum, das mehrere Jubiläen verband und sich damit exzellent gebrauchen ließ. 1900 Jahre nach dem Kreuzestod Christi, 500 Jahre Stephansdom, 250 Jahre Türkenabwehr. Es war nicht nur ein episkopales Feiertag, zugleich konnte es eine Legitimationsgrundlage für den christlichen Ständestaat bilden – Politik und Religion bedienten einander.<sup>369</sup> Der Katholikentag 1933 folgte in seiner Inszenierung einem prächtigen barocken, imperialen Katholizismus, der mit Anlehnung an Gegenreformation, Kreuzzug und Mission ausgelegt war, sich jedoch nicht vornehmlich gegen die Evangelischen Kirchen richtete, sondern gegen Säkularismus und Austromarxismus. Die „Türkenfeier“, die der Belagerung Wiens 1683 gedachte, hob Österreich nicht nur als Bollwerk gegen den Osten hervor. Die „Österreich-Ideologie“, die Missionierung/Zivilisierung des Ostraumes, passte vortrefflich in das propagierte Geschichtsbild.<sup>370</sup> Das „Heilige Jahr“ 1933 gab in Baden Anlass, den Kirchturm zu renovieren, die Blechverkleidung sollte erneuert werden. Und die Appelle blieben nicht vergeblich: Nach Schätzungen der Geistlichkeit hatten ca. 30% der erwachsenen Badener an den Feierlichkeiten teilgenommen.<sup>371</sup>

In diesem Zusammenhang soll auf die Katholische Kirche als Stütze des Regimes sowie ihre Stellung in Baden etwas näher eingegangen werden. Dem Wunsch der Katholischen Kirche nach einem traditionellen Ständestaat lagen konkrete Gründe vor. Es herrschte ein Unbehagen gegenüber der raschen Modernisierung. Besorgniserregend waren die Entfremdungserscheinungen und Vermassungstendenzen in einer industriekapitalistischen Gesellschaft. Dagegen boten die Stände des Ständestaates – der obendrein noch das Charakteristikum „christlich“ trug – Ordnung, Struktur und ein Zugehörigkeitsgefühl. *Anstelle des sozialdarwinistischen Struggle for life sollte die natürliche, harmonische, organische Gesellschaft treten. Organische, naturrechtliche Gesellschaft heißt: dass die soziale Hierarchie geachtet, die prinzipiellen sozialen Schichtungslinien akzeptiert, kurz: dass der Herr Herr und der Knecht Knecht sei; wie im Himmel so auf Erden.*<sup>372</sup>

Der Episkopat stellte sich ganz hinter die neue Regierung.<sup>373</sup> Am 30. November erfolgte der Rückzug aller Priester aus politischen Funktionen. Ein Treubekennntnis zum neuen politischen System und gleichzeitig eine Schwächung der CSP, wiederum ganz im Sinne des Regimes (die CSP verlor wichtige Funktionäre).<sup>374</sup> Die Vereinheitlichung und „Faschisierung“ der Gesellschaft sollte das vorwiegend demokratisch organisierte katholische Vereinswesen betreffen. Die Selbstständigkeit der katholischen Vereine war nicht nur den Austrofaschisten suspekt, auch die Katholische Kirche strebte nach einer Vereinheitlichung und Bindung an eine von ihr geführte Dachorganisation – die



(StA B, Plakatsammlung/Mappe 1930-1934)

<sup>369</sup> Vgl. Katharina EBNER, Politische Katholizismen in Österreich 1933-1938. Aspekte und Desiderate der Forschungslage. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien 2013), S. 159-221, hier 167.

<sup>370</sup> Vgl. HANISCH, Politischer Katholizismus, 2012, S. 76.

<sup>371</sup> Vgl. MAURER Rudolf, Baden St. Stephan 1312-2012. 700 Jahre Stadtgeschichte (Baden 2012), S.333.

<sup>372</sup> HANISCH, Politischer Katholizismus, 2012, S. 82.

<sup>373</sup> Auch hier darf nicht von DER Katholischen Kirche gesprochen werden. So wie überall herrschten verschiedene Strömungen vor, und wir begegnen typischen Interessensgegensätzen wie denen des niederen Klerus gegenüber dem hohen Klerus. Und auch der politische Katholizismus bestand aus der Hierarchie der Katholischen Kirche, dem katholischen Vereinswesen sowie der CSP und war somit ein heterogenes Gebilde. Dieses umfasste neben der traditionellen Klientel wie der bäuerlichen Bevölkerung das städtische Kleinbürgertum sowie einen Großteil der ehemaligen Aristokratie, dazu einen schmalen linken Flügel, den der religiösen Sozialisten – die katholische Arbeiterschaft. Daneben gab es noch das rechte Spektrum, das betont katholisch-national auftrat, gruppiert um Persönlichkeiten wie Ignaz Seipel, Engelbert Dollfuß, Kurt Schuschnigg oder den Wiener Bürgermeister Richard Schmitz, der auch Kontakte zu den Heimwehren aufrecht erhielt. Vgl. ebd. S.70.

<sup>374</sup> Vgl. TALOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.242f.

„Katholische Aktion“. Nicht Organisation und Verwaltung „von unten“, sondern „von oben“ sollte den christlichen Vereinen in Zukunft winken. Hier wiederum tat sich ein Konfliktfeld zwischen Ständestaat und Katholischer Kirche auf. Zwar waren beide daran interessiert, den Zugriff auf die Vereine zu stärken, aber jeder für seine Zwecke.<sup>375</sup> Ein Grundproblem war, dass die Katholische Kirche bereits einen „Führer“ im Himmel und einen Stellvertreter auf Erden vorweisen konnte und deswegen an einem weiteren Führer (im Sinne des faschistischen Führerkultes der VF) nicht interessiert war. Anders und vereinfacht ausgedrückt, war die Haltung der Katholischen Kirche gegenüber dem neuen politischen System: Ständestaat: Ja – Austrofaschismus: Nein!

„Die“ Katholische Kirche war allerdings nicht durch und durch politisch. Der Badener Pfarrer von St. Stephan, Josef Stoiber (Pfarrer von 1931 bis 1954), galt als unpolitisch. Trotzdem freute er sich über die Ausschaltung des Parlaments. Stoiber war froh darüber, dass der „Revolutionsschutz“ endlich weggeräumt wurde. Seit 1919 waren 500 Personen aus der Pfarre St. Stephan ausgetreten (2,5 % der Katholiken in Baden), klagte er bitter, doch dank der Volksmission und der christlichen Regierung war etwa die Hälfte wieder eingetreten.<sup>376</sup> Er begrüßte den Ständestaat, da sich dessen Gesetzgebung positiv auf das kirchliche Leben auswirkte.

Ansonsten galt Stoiber als ein politisch nicht auftretender Geistlicher, jedenfalls zeugt das Memorabilienbuch von keinen nennenswerten politischen Ambitionen. Vielmehr widmete sich Stoiber der Seelsorge und der Entwicklung der Badener Kirche.<sup>377</sup> Tatsächlich fanden immer mehr verirrte Schäfchen zurück zum Hirten. Die Zunahme an Teilnehmern bei christlichen Prozessionen, die nicht nur einen sakralen Charakter aufwiesen, sondern gleichzeitig



Josef Stoiber (1871 – 1957) hatte sich in seiner Amtszeit sieben Punkte zum Ziel gesetzt. Von der Vollendung der Friedhofshalle, dem Bau einer Leichenhalle über die Schaffung einer Pfarrkartothek, allesamt weltliche Themen, förderte er ebenso die Volksmission (Vgl. MAURER, Baden St. Stephan, 2012, S.370f; Foto: StA B).

eine Machtdemonstration der Katholischen Kirche/ des christlichsozialen Lagers darstellten, scheinen es zu bestätigen. Die Auferstehungsprozession 1934 wurde als famos bezeichnet. Denn nun konnten laut dem BVB die Roten den Kindern nicht mehr verbieten, an der Prozession teilzunehmen. Dank dem Bürgermeister und der christlichsozialen Gemeinderatsmehrheit war Baden, pries das BVB, eine Insel im *brandenden roten Industrieviertel an der Südbahn, wo der sozialdemokratische Terror sich nicht hemmungslos auswirken konnte, [...] wo auch unter sozialdemokratischem Joch seufzende Mütter es wagen konnten, ihre Kinder an der göttlichen Gnade teilnehmen zu lassen und den Kleinen die Freude bereiten konnten, an dem kirchlichen Umzug teilzunehmen.*<sup>378</sup>

Doch bei aller Euphorie für Österreich und den Ständestaat, die CSP, die das neue Regime am stärksten mittrug, drohte ins Abseits zu geraten. Deshalb kam die Aufforderung, öffentlich stärker aufzutreten. Da am 30. September 1933 das verschärfte Aufmarsch- und Versammlungsverbot endete, konnte man endlich gegen die in letzter Zeit aufgekommenen Verleumdungen und Beschimpfungen vorgehen.<sup>379</sup> Bei einem Bezirkstreffen, Kollmann und Leutgeb traten als Redner auf, wurde um neue Mitglieder geworben, man sprach die „Freunde unserer Weltanschauung“ an. *Die christlichsoziale Partei hat das heutige gute Regime geschaffen, die christlichsoziale Partei hat Österreich den Bundeskanzler Dr. Dollfuss gegeben, die christlichsoziale Partei muss als der stärkste und verlässlichste Teil der Vaterländischen Front das Fundament bilden und schaffen, auf dem Dollfuss sicher weiterbauen kann.*<sup>380</sup>

<sup>375</sup> Vgl. EBNER, Politische Katholizismen, 2013, S.182f.

<sup>376</sup> Vgl. MAURER, Baden St. Stephan, 2012, S.343.

<sup>377</sup> Vgl. ebd. S.371.

<sup>378</sup> BVB Nr.14 v. 07.04.1934, S.2.

<sup>379</sup> Vgl. BVB Nr.39 v. 30.09.1933, S.2.

<sup>380</sup> BVB Nr.40 v. 07.10.1933, S.3.

Propagandistische Einigkeit – doch die Realität sah anders aus. Es wurde bereits erwähnt, die Kompromissbereiten wie Kollmann oder Leopold Kunschak oder der niederösterreichische christlichsoziale Landeshauptmann Josef Reither hielten immer eine Verständigung mit der SDAP für notwendig. Auf Seiten der SDAP war es Heinrich Schneidmadl, der stets mit der CSP korrespondierte. Der kompromissbereite Flügel der CSP hielt zur Diktatur Distanz. Das Engagement ließ allerdings bald nach, und man arrangierte sich mit Dollfuß und seinen Mitstreitern. Auch wenn man deren Treiben nicht guthieß, man blieb eine loyale Opposition.

Der Kollmann-Biograf Meissner bietet eine treffende Analyse: *Angesichts des bekannten ständestaatlichen und proitalienischen Kurses der Regierung Dollfuss schloss er [Kollmann] sich mit Überzeugung jenen an, die innerhalb seiner Partei eine Opposition bildeten; eine Opposition freilich, die an der selbstaufgelegten Schweigepflicht und damit an der Krankheit des Selbstzweifels zugrundegehen musste; die deswegen nicht öffentlich auftrat, weil sie dem Kanzler in seinem Kampf um die österreichische Staatlichkeit letzten Endes weder in den Rücken fallen konnte noch wollte.*<sup>381</sup>



Die strahlende Volksmission 1933 – besonders bei Nacht effektiv in Szene gesetzt (Fotos: StA B, Memorabilienbuch der Pfarre St. Stephan).

<sup>381</sup> Vgl. MEISSNER, Josef Kollmann, 2000, S.181.



Nicht ohne Schadensfreude berichtete die BW über die Schwächung der CSP, durch den „Rückzug“ des Episkopats aus der Politik (BW Nr.50 v. 15.12.1933, S.12).

## Jahreswechsel und das endgültige Aus der Badener Wacht

Deutlich geschwächt, aber nicht besiegt, warb die SDAP um die Stimmen der österreichischen Bevölkerung. Über zehntausend neue Mitglieder konnten im Zeitraum Juni/Juli niederösterreichweit rekrutiert werden, 989 waren es in Baden, verkündete die BW. Zehntausend hatte man sich zum Ziel gesetzt, nun waren es 11.226 neue Mitglieder. Für die Sozialdemokraten war das der Beweis: *Eine Bewegung, die solche Anziehungskraft auch noch in den Tagen der Unterdrückung und der Knebelung ihrer Freiheit ausübt, ist nicht tot, wie es die Gegner schon gesehen haben. Die Bewegung lebt, sie schreitet vorwärts, sie wird siegen.*<sup>382</sup>

Trotz Zensur schaffte es die BW weiterhin, Kritik an der Regierung zu üben, auch wenn sie dabei sehr subtil vorgehen musste. Unter dem Titel „*Faschismus oder Ständestaat*“, erörterte die BW die innere Zerrissenheit der tonangebenden Elite. Die regierende Minderheit wisse offenbar selbst nicht, was sie wolle, suggerierte das sozialistische Medium. So wurden Dollfuß und Starhemberg zitiert: Während der erste den Ständestaat propagiere, wolle der andere den Faschismus. Zugleich betonen beide, sie seien eins, wobei Dollfuß öffentlich verkündet, der Ständestaat sei mit dem Faschismus nicht vereinbar. Neben der Vaterländischen Front, fuhr die BW fort, gebe es noch die Ständische Front, die sowohl den Bolschewismus als auch den Austrofaschismus bekämpfe, während Starhemberg wiederum vehement den Austrofaschismus vertrete.<sup>383</sup> Lediglich diktatorisch und antidemokratisch müsse das System sein, darin wenigstens seien sie sich beide einig.

Die BW beschäftigte sich mit dem Ständestaat bisweilen auch ohne jegliche Polemik. Das neue System wurde unter die Lupe genommen und als anachronistisch entlarvt. Mit Faschismus wurde der Ständestaat allerdings nicht

<sup>382</sup> BW Nr.31 v. 04.08.1933, S.1.

<sup>383</sup> Vgl. BW Nr.38 v. 22.09.1933, S.1.

gleichgesetzt. Dennoch betonte man die arbeiterfeindliche und antidemokratische Ausrichtung.<sup>384</sup> Es wurde zudem gewitzelt, dass der verhasste Parlamentarismus durch den viel effektiveren Ständestaat ersetzt werden solle, doch weshalb, so fragte die BW, würde der Termin für den Übergang vom Parlamentarismus zum Ständestaat immer wieder verschoben? Wo bleibe die Effektivität?<sup>385</sup>

In der letzten Ausgabe der BW im Jahre 1933 stand geschrieben: *Also aussprechen was ist!* Es folgte ein Resümee – es war ein Verlustjahr für die Demokratie gewesen. Besorgt und entsetzt blickte man nach Deutschland. Trotzdem sprach man dem Leser Mut zu – man schrieb vom sieghaften Sozialismus, vom Jahr des Kampfes und der Arbeit, und dass, um einen Sieg davon zu tragen, Geduld gefragt sei.<sup>386</sup> Als ein entscheidendes Jahr betrachtete es der Abgeordnete Kislinger und verglich es mit 1914 und 1918. Er äußerte sich zur Außen- und Innenpolitik, warnte und lobte und wünschte: *Das neue Jahr soll neues Leben bringen. Wohlan! Gegen Krieg und Faschismus, für den Weltfrieden, die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, alles kann erreicht werden im Zusammenwirken aller, die es um die Wohlfahrt der Menschheit meinen.*<sup>387</sup> Dass nichts davon eintraf und eher das Gegenteil passierte, wer sollte das 1933 schon wissen? Ironischerweise war es ausgerechnet die Satire der letzten Seite, die es treffend formulierte: *Mit an Aug lach i, weil i des grausliche alte Jahr begrab 'n hab, mit 'n ander 'n wan i, weil nix besseres nachkummt!*<sup>388</sup>

Neues Jahr, alte Probleme! Das BVB thematisierte die Opfer des Nationalsozialismus, dazu gehörten auch jene, die durch die nationalsozialistische Propaganda verführt wurden. Zwei Fälle aus Baden wurden erwähnt, ein Student des Gymnasiums und ein Universitätshörer kurz vor dem Doktor. Beide hätten ihre Karrieren weggeworfen, aufgehetzt durch Professoren, Lehrer und Akademiker. Aber auch die bodenständigen Weinbauer, die sich den Nazis angeschlossen hätten, würden nicht ungestraft davon kommen – Konzessionen könnten nicht mehr ausgestellt bzw. verlängert werden, gab das BVB zu bedenken.<sup>389</sup> Ein noch schärferes Vorgehen gegenüber der „braunen Pest“ wurde gefordert, und das BVB nahm sich nicht zum ersten Mal Franz Schmid zur Brust – der eine volle Pension bekomme und dennoch an illegalen Treffen teilnehme und somit mitverantwortlich für den Naziterror sei – auch seine Frau und seine Mutter bezögen eine glänzende Pension, der Familie mangle es an gar nichts. Als verachtenswert und abscheulich betrachtete es das BVB, dass solche Leute vom Staat bezahlt würden, von jenem Staat, den sie stürzen und dem Deutschen Reich als Kolonie verkaufen wollten, *denn gerade diese stillen Anbeter machen sich zu Mitschuldigen an dem geübten Vaterlandsverrat.*<sup>390</sup>

Das harte Durchgreifen trug offenbar Früchte, bereits in der nächsten Ausgabe posaunte das BVB stolz, dass eine Nazizentrale ausgehoben wurde. Verhaftet wurden die üblichen Verdächtigen, Heinrich Sieber (zehn Wochen Arrest), Franz Schmid, der arbeitslose Konditorgehilfe Rudolf Schwabl und der arbeitslose Rudolf Stauder jun. Wegen Böllerwerfen wurden erneut Schwabl und Erwin Ofel verhaftet (früher Heimwehrführer, jetzt Nazi), beide kamen nach Kaisersteinbruch bei Bruck-Neudorf. Und dann noch der aus der Bukowina zugewanderte Stephan Katzer, drei Wochen Arrest.<sup>391</sup>

Obwohl der Terror um die Jahreswende 1933/34 wieder zunahm, versuchte das österreichische Regime, weiterhin einen Ausgleich mit der NSDAP zu finden. Die NSDAP deutete das als Zeichen der Schwäche und orakelte, dass der baldige Zusammenbruch der österreichischen Diktatur bevorstehe. Neben Gewaltanwendung setzte eine verstärkte Propaganda ein. Hitler wurde als Erlöser gepriesen, die Befreiung Österreichs sei nahe!<sup>392</sup> Im Badener Gemeinderat rückten CSP und SDAP wieder etwas enger zusammen. Langsam aber doch erkannten einige (bei weitem noch immer nicht alle), dass der Nationalsozialismus die wirkliche Gefahr war, und nicht der Marxismus oder Katholizismus. Am 7. Februar 1934, nachdem die Tagesordnungspunkte abgearbeitet und der Voranschlag besprochen worden war, meldete sich der Sozialdemokrat Franz Schulz zu Wort. Einstimmig wurde der Rechnungsabschluss beschlossen und Schulz erinnerte an die stürmischen Debatten der letzten 15 Jahre. Er betonte jedoch, dass stets objektiv gestritten worden sei, und wenn die SDAP gegen den Voranschlag gestimmt habe, dann stets aus sachlichen Gründen. Ihm sei bewusst, dass seine Partei, die nun ohne wenn und aber für den Voranschlag stimme, sich der Kritik aussetze, „Steigbügelhalter“ der CSP zu sein. Doch die wirtschaftliche und politische Lage in Österreich erfordere diesen Schritt. *Wir dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen, wenn wieder ein Meuchelmord erfolgt ist. Wir dürfen nicht*

<sup>384</sup> Vgl. BW Nr.38 v. 22.09.1933, S.3.

<sup>385</sup> Vgl. BW Nr.42 v. 20.10.1933, S.3.

<sup>386</sup> Vgl. BW Nr.52 v. 29.12.1933, S.1.

<sup>387</sup> BW Nr.52 v. 29.12.1933, S.5.

<sup>388</sup> BW Nr.52 v. 29.12.1933, S.12.

<sup>389</sup> Vgl. BVB Nr.3 v. 20.01.1934, S.2.

<sup>390</sup> BVB Nr.4 v. 27.01.1934, S.1f.

<sup>391</sup> Vgl. BVB Nr.5 v. 03.02.1934, S.1.

<sup>392</sup> Vgl. GARSCHA, Nationalsozialisten 1933 – 1938, 2012, S. 106.

*länger zusehen, wie alles Ansehen der Menschen in den Kot gezerzt wird, wie die Sicherheit der einzelnen Menschen zu Grunde gerichtet wird. Solche Kampfmittel dürfen nicht platzgreifen! Davor muss Österreich, davor muss Baden bewahrt werden! (Beifall) [...] Wollen wir aber, dass diese Methoden nicht platzgreifen, dann dürfen wir nicht den Teufel durch den Beelzebub austreiben [...] Eine Diktatur ist nicht zu verhindern durch eine andere Diktatur.*<sup>393</sup>

Schulz hob aber den Zusammenhalt hervor, die SDAP werde auch in Zeiten höchster Not nicht von Bord gehen. Als nächster Redner trat Kollmann auf. Er sprach über die für den Kurort schädlichen nationalsozialistischen Aktivitäten. *Ich anerkenne das Recht einer anderen politischen Überzeugung, aber ich kann eine Partei nicht verstehen, deren Tätigkeit dahin geht, dass man das Wirtschaftsleben zugrundet richtet oder wenigstens durch eine unverantwortliche, unbedachte Propaganda zu der Zugrunderichtung desselben beiträgt.*<sup>394</sup> Es müsse endlich Ruhe und Ordnung einkehren, dass der Tourismus und die Kur nicht weiter litten. Bezüglich des Anpöbelns jüdischer Kurgäste fügte Kollmann an: *Wessen Religion jemand ist, ist für uns einerlei. Der Gast ist bei uns Gast!*<sup>395</sup> Der Bürgermeister bat um Mitarbeit und versicherte, alles in seiner Macht zu tun, um diesem schändlichen Treiben endlich ein Ende zu bereiten. Angesprochen wurde auch das Thema Diktatur. Kollmann sprach sich für eine freie Gemeinde aus: Die Bevölkerung solle selbst ihre Vertreter wählen, die nicht von irgendwem ernannt werden dürften. *Ich bin mir nicht bewusst, dass die Bevölkerung von Baden den Wunsch haben sollte, dass irgend jemand – sei es wer immer – einfach jene Personen ernennt, die dann das Recht haben, die Stadt zu verwalten!*<sup>396</sup> Dieser Aspekt wurde später schlagend, als durch die VF acht neue Gemeinderäte in den Badener Gemeinderat ernannt wurden. Ebenso appellierte Kollmann, alles von der Kurstadt fernzuhalten, was ihren Ruf gefährden könnte. *Es muss alles vermieden werden, was den auswärtigen Blättern den Anlass zur Verbreitung wilder Gerüchte geben könnte. Jeder kleinste Vorfall wird in ungarischen und tschechischen Blättern sofort ungemein breit aufgemacht. Das schadet uns, denn aus diesen Ländern kommt die Mehrzahl unserer auswärtigen Gäste.*<sup>397</sup>

Diese Sitzung fand am 7. Februar 1934 statt. Fünf Tage später brachen die Februarkämpfe aus.



Seitenhiebe auf die Katholische Kirche durften in der BW nicht fehlen. Hier soll der Kontrast aufgezeigt werden zwischen der reichen und damit heuchlerischen Katholischen Kirche und den obdachlosen Menschen, den Hungernden, Frierenden und Bedürftigen (BW Nr.37 v. 15.09.1933, S.12).

<sup>393</sup> StA B, GB/3f/14, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 7. Feber 1934 – 27. Dez. 1934, S.28. Schulzes gesamtes Referat, S.25-33.

<sup>394</sup> Ebd. S.33-39.

<sup>395</sup> Ebd. S.36.

<sup>396</sup> StA B, GB/3f/14, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 7. Feber 1934 – 27. Dez. 1934, S.36.

<sup>397</sup> Ebd. S.38.



## Wir waren in Baden in guter Hut – Baden und die Februarkämpfe

Am 12. Februar 1934 erhielt Kollmann von Bezirkshauptmann Pilz den Auftrag, die Wiener Wasserleitung (Aquädukt), das Wasserreservoir, das Elektrizitätswerk und das Gaswerk, das Postamt sowie die Telefonkabel und die Molkerei zu sichern. Ferner sollten sofort 20 Gendarmeriebeamte im Hildegardheim untergebracht werden.<sup>398</sup> Am 14. Februar 1934 erging die Mitteilung, dass im Antonshof (Antonsgasse 13-15) Zusammenkünfte von Sozialdemokraten wahrgenommen worden seien.<sup>399</sup> Am selben Tag verkündete die BH Baden die Amnestie des Bundeskanzlers Dollfuß, wonach jeder, der sich bis zum 15. Februar vormittags stellen würde, auf Pardon rechnen könne (ausgenommen die verantwortlichen Führer).<sup>400</sup>

Nach den Februarkämpfen wurden von den 7823 verhafteten Personen 1023 im Anhaltelager Wöllersdorf interniert, darunter 49 Gemeinderäte.<sup>401</sup> Bereits am 12. Februar 1934, am ersten Tag der Februarkämpfe, wurde das Standrecht auf Aufruhr und Sprengstoffdelikte ausgeweitet. Eine Aufhebung der Todesstrafe auf Aufruhr erfolgte am 21. Februar 1934. Bis dahin hatte das Regime neun Todesurteile vollstreckt.<sup>402</sup> Zugleich zerbrachen jegliche Aussöhnungsversuche zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Der diktatorisch-ständestaatliche Kurs wurde von den zuvor noch verständigungsbereiten CSP-Eliten wie Kollmann oder Reither nun vollends mitgetragen.<sup>403</sup> Für so manchen war er schlicht das geringere Übel. Eine ständisch gegliederte Gesellschaft schien attraktiver als eine instabile parlamentarische Demokratie, als der Sozialismus/Kommunismus oder der Nationalsozialismus. Obendrein versprach ein Ständestaat auch die Eindämmung des Liberalismus und des Kapitalismus.

*Der Marxismus hat eine neue furchtbare Blutschuld auf sich geladen, von der er sich nie und nimmer wird reinwaschen können.* So begann das BVB seine Berichterstattung am 17. Februar 1934. Zwar wurde der Marxismus als Ganzes gebrandmarkt, aber bezüglich des sozialistischen Lagers gab es eine vorsichtige Differenzierung. *Der rote Machtapparat begann von innen her zu faulen. Nach der Vernichtung der Linksparteien in Deutschland und den Misserfolgen der Sozialisten in Frankreich rieten viele Austromarxisten zu Verständigung. Die ultraradikalen Theoretiker, vorweg die jüdischer Abstammung, hetzten aber nach wie vor zum Bürgerkrieg.* Feigheit warf das BVB den „roten Bonzen“ vor, die ins Ausland geflüchtet waren, denn *Barrikaden sind eben ungemütlich – und nur für Proleten da; die Führer bevorzugen kugelsichere Exile.*<sup>404</sup> Auf der Titelseite waren Regierungserklärungen abgedruckt – was geschehen war, wie es begann, und dass die Staatsgewalt wieder alles unter Kontrolle habe. Es folgten Berichte über die Auflösung der SDAP, des Wiener Gemeinderates, das Verbot sozialdemokratischer Vereine, die Kämpfe allgemein usw.

In der Badener Rubrik fanden die Februarkämpfe noch keine Erwähnung. Stattdessen wurde über den Tod einer stadtbekanntem Persönlichkeit, des pensionierten Militäroberlehrers Ignaz Hofmann, informiert; es folgten Berichte über das Kurkonzert, über die konstituierende Generalversammlung des Rasse-Kaninchen-Züchterklubs in Baden oder den Sturz einer Frau auf Glatteis. Erst in der nächsten Ausgabe wurden die „Badener Februarkämpfe“ behandelt. *Schwere Gewitterwolken sind in der vergangenen Woche über den Himmel von Baden hinweg gezogen, jeden Moment konnte ein Blitz aus heiterem Himmel auf unser schönes Baden herabfahren und unendlichen Schaden unserer Bevölkerung zufügen. [...] es ist noch nicht allzu lange her, dass rote Horden aus dem Triestingtal unsere Geschäftsläden, Caféhäuser usw. zerschlagen und ausgeplündert haben. [...] Doch dieser Schrecken hielt diesmal nicht lange an, als die Badener sahen, wie sich ihre eigene Jugend wie ein Mann unter der Führung bewährter Männer aus der Bevölkerung erhob, zu den Waffen griff und den Schutz von Baden übernahm.*<sup>405</sup> Die Wehrformationen rückten aus, insgesamt sprach das BVB von 179 Mann (15 vom Heimatschutz unter dem Kommando von Oberleutnant Wilhelm Dollinger, 40 Christlich-deutsche Turner unter dem Befehl Michalskys, 38 vom Freiheitsbund unter der Führung von Oberleutnant Paul Karger und zu guter Letzt 86 Mann der Frontkämpfervereinigung, angeführt von Vizebürgermeister Hahn). Kein einziger Schuss fiel, niemand wurde verletzt.

<sup>398</sup> Vgl. StA B. GB 051a/1933-38, f.37.

<sup>399</sup> Vgl. StA B. GB 051a/1933-38, f.38.

<sup>400</sup> Vgl. StA B. GB 051a/1933-38, f.39.

<sup>401</sup> Vgl. Wolfgang NEUGEBAUER, Repressionsapparat und –maßnahmen 1933 – 1938. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage Wien 2012), S. 298-321, hier 314.

<sup>402</sup> Vgl. ebd. S.302f.

<sup>403</sup> Vgl. LANGTHALER, EMINGER, Niederösterreich, 2013, S.84f.

<sup>404</sup> BVB Nr.7 v. 17.02.1934, S.1.

<sup>405</sup> BVB Nr.8 v. 24.02.1934, S.3.

Interessanterweise findet sich am Badener Stadtfriedhof ein Grab mit folgender Aufschrift: „Opfer der Februarrevolte 1934“. Dabei handelt es sich um den Gendarmeriemeister Karl Jankowitsch (1897-1939). Nach telefonischer Rücksprache mit der Familie, erlitt der in Baden wohnhafte Betroffene einen Lungendurchschuss und konnte seinen Dienst anschließend nicht mehr versehen.

Blickt man in die BZ, zeigt sich wieder einmal das bekannte Motto, große Politik interessiere einen nicht. Am 14. Februar 1934 wurde verlautbart, dass das Standrecht galt und welche Sonderrechte die Sicherheitskräfte für sich beanspruchen konnten – Ordnung und Sicherheit sollten gewahrt werden.<sup>406</sup> In den Tagesberichten aus der Stadt Baden betraf der erste Artikel den Regierungsoberbaurat Ing. Paul Hanakamp, der in den Ruhestand versetzt wurde.<sup>407</sup> In der folgenden Ausgabe vom 17. Februar 1934 widmet sich die Titelseite einer Delogierung in der Erzherzog Eugen-Villa, und in der Stadtrubrik wird als erstes der evangelische Gottesdienst angekündigt: 18. dieses Monats um 10 Uhr.<sup>408</sup> Erst am 21. Februar 1934 folgt eine Rekapitulation der Februarkämpfe. Es wird der Einsatz der Exekutive gelobt, ihre Opfer geehrt und ihrer gedacht. Die Organisation der Badener Ordnungskräfte wird positiv hervorgehoben, ebenso das Verhalten Kollmanns und des Polizeipräsidenten Alois Klingner. Die BZ erwähnt, dass sich 60 Mann Heimatschutz in Baden befinden, unter dem Befehl des Gaukommandanten Oberleutnant a.D. Führer und dem Ortskommandanten Oberstleutnant a.D. Dollinger, untergebracht im Hildegardheim. Zu Kämpfen kam es in Mödling und in Möllersdorf. Es folgten Verhaftungen, die Gerichte waren bald überfüllt, deswegen stellte die Stadtgemeinde das „Strasserngebäude“ als Zusatzgerichtsgebäude zur Verfügung. Baden selbst blieb, bis auf eine mehrstündige Unterbrechung der Elektrizitätsversorgung, friedlich. *Das Straßenbild hat sich nicht wesentlich geändert. Das Kruckenkreuz auf dem Arbeiterheim und die Doppelpatrouillen der Schutzkorps in den Straßen und vor einzelnen Gebäuden, weiters gelegentliche Transporte von Häftlingen zu Fuß oder im Autobus sind so ziemlich das einzig Auffallende. Wir waren in Baden in guter Hut.*<sup>409</sup> Bei einem Gedächtnis- und Dankgottesdienst für die Gefallenen der Exekutive in der Pfarrkirche und dem darauffolgenden Aufmarsch im Kurpark erschienen laut BZ 500 Mann der bewaffneten Wehrformationen.<sup>410</sup> Über die Beteiligung der Badener an der Niederschlagung der Februarkämpfe berichtete die BZ (sie beruft sich auf die Bezirksstelle der VF-Fahrkorps), dass sich in Baden mehr als 15 Automobilbesitzer und mehr als 20 Motorradbesitzer gemeldet und ihre Fahrzeuge der Exekutive zur Verfügung gestellt hätten.<sup>411</sup>

Die erste Gemeinderatssitzung nach den Februarkämpfen erfolgte am 28. März 1934. Kollmann erklärte die SDAP-Mandate für erloschen<sup>412</sup>. Die Beschlussfähigkeit blieb mit 23 Mandataren bestehen (in der vorherigen Sitzung am 7. Februar 1934 waren es noch 38 Gemeinderäte) Ersatzmänner waren noch keine vorgesehen.<sup>413</sup> Allerdings mussten mehrere Ausschüsse neu besetzt werden. Der sozialdemokratische GR Franz Schefzig (Schulaufseher in der Helenenschule) wurde durch Josef Beer ersetzt (Besitzer eines Cafés in Baden, Weilburgstraße 3, und Mitglied des Heimatschutzes).<sup>414</sup> In der Vertraulichen Sitzung wurden weitere Ergänzungen vorgenommen, Kommerzialrat Sukfüll bekam Leopold Amon als Stellvertreter an seine Seite. Für Hugo Leitner (SDAP) kam Georg Gehrler und für Alexander Berka (SDAP) kam Karl Kohlert.<sup>415</sup>

Folgende 15 SDAP-Gemeinderäte wurden entfernt: Franz Schulz (geb. 1891, Bundesbeamter), Vilma Balzarek (geb. 1876, Bürgerschullehrerin), Ludwig Brunner (geb. 1877, Bäckergehilfe), Fritz Döhler (geb. 1888, Oberkellner), Franz Klingner (geb. 1893, Bauarbeitersekretär), Hugo Leitner (geb. 1874, Kaufmann), Franz Meixner (geb. 1891, Trafikant), Franz Schefzig (geb. 1878, Krankenkassenbeamter), Anton Schwarz (geb. 1865, Tischler), Franz Spörk (geb. 1880, Weinbauer), Ludwig Werba (geb. 1884, Musikdirektor), Alexander Berka (geb. 1872, Beamter), Dr. Siegfried Justitz (geb. 1865, Arzt), Georg Wohlfahrt (geb. 1882, Zugrevisor) und Marie Jagenbrein (1873, Schneiderin).<sup>416</sup>

Am 4. März 1934 kam es im Kurhaus zur ersten vaterländischen Kundgebung zu Ehren der autoritären Machtübernahme der Regierung Dollfuß. Die Politik der SDAP wurde scharf kritisiert: Sie habe einfache Anhänger in die Schlacht geworfen, wohingegen die Führer sich absetzten. Malaniuk führte aus, dass das neue System jetzt im Aufbau sei.

<sup>406</sup> Vgl. BZ Nr.13 v. 14.02.1934, S.1f.

<sup>407</sup> Vgl. BZ Nr.13 v. 14.02.1934, S.3.

<sup>408</sup> Vgl. BZ Nr.14 v. 17.02.1934, S.1f.

<sup>409</sup> BZ Nr.15 v. 21.02.1934, S.2.

<sup>410</sup> Vgl. BZ Nr.17 v. 28.02.1934, S.2.

<sup>411</sup> Vgl. BZ Nr.18 v. 03.03.1934, S.3.

<sup>412</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.41.

<sup>413</sup> Vgl. StA B, GB/3f/14, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 7. Feber 1934 – 27. Dez. 1934, S.54f.

<sup>414</sup> Vgl. ebd. S.59

<sup>415</sup> Vgl. StA B, GB/3g/13, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 7. Feber 1934 – 12. Dez. 1934, S.15f.

<sup>416</sup> Berufe und Geburtsdaten der Wahlkundmachung von 1929 entnommen (StA B, Plakatsammlung/Mappe Kundmachungen 1920-1955).

*Der autoritäre Kurs, der es ermöglicht, unter der Ausschaltung der Rücksichtnahme auf Popularität zielstrebige Politik zum Wohle des Volkes zu machen, garantiert, gestützt auf die Exekutive und die militanten Formationen, dass Ruhe und Ordnung, mögen sie auch von welcher Seite immer gestört werden, aufrechterhalten bleiben.* Der Redner schloss mit den Worten, wenn die Badener Bezirksleitung der VF vor den Bundeskanzler trete, könne sie stolz verkünden: *In deinem Lager steht Baden, steht Österreich!*<sup>417</sup>

Die Zahl der „Werbeveranstaltungen“ für das neue politische System nahm nun deutlich zu. Mit den niedergeschlagenen Februarkämpfen begann ein Veranstaltungsmarathon der VF im Bezirk Baden: 4. März Baden und Berndorf<sup>418</sup>, 10. März Baden und Pfaffstätten, 11. März Kottlingbrunn, 17. März Blumau-Neurißhof, 18. März Schönau an der Triesting und Teesdorf<sup>419</sup>, 22. März Gainfarn, 25. März Heiligenkreuz und Alland.<sup>420</sup> Unter den Vortragenden fanden sich immer wieder dieselben Personen: Bezirkswerbeleiter Malaniuk, Bezirksleiter Woisetschläger, Hauptgruppenleiter Hahn, Bezirksleiter Kammersekretär Leopold Fischer und Leopold Leutgeb.

Der Ständestaat präsentierte sich inklusiv, jeder sollte dazugehören können, wenn er nur wollte. Das oppositionelle Milieu sollte mit eingebunden werden. Die Interessen der Arbeiterschaft würden weiterhin vertreten, versicherte das BVB und zwar *nicht so, wie manche Sozialreaktionäre denken, dass hierbei die Unternehmer diktieren und die Arbeiter schweigen.* Allerdings, soll *das Unternehmen funktionieren, darf es nicht ein „Parlament“ sein.* Sprich, Gewerkschaften in der bisherigen Form wird es nicht mehr geben, das wurde als unausweichlich bezeichnet. Angestrebt wurde eine *Erneuerungsbewegung, die Überwindung der Formen reinen Parteilebens in diesem Staate.* Der Bundeskanzler persönlich bekräftigte auf der ersten Seite des BVB, *niemals hat mein Kampf den Arbeitern gegolten, aber immer dem Marxismus und dem Sozialismus jeder Färbung.*<sup>421</sup>

## Die endgültige Ausschaltung der Linken Parteien nach den Februarkämpfen

Wenn die KPÖ in der Ersten Republik politisch weitgehend irrelevant war, wandelte sich diese Situation mit dem Bedeutungsverlust der SDAP während der Etablierung des Ständestaates. Die Attraktivität der KPÖ im linken Spektrum nahm zu, Tausende ehemalige Sozialdemokraten wechselten 1934 zur verbotenen KPÖ und schufen dadurch ein neues Kräfteverhältnis.<sup>422</sup> Die Arbeit im Untergrund bestand wie bei so vielen Vereinigungen im illegalen Drucken und Verbreiten von Medien. Trotzdem ist die Quellenlage für die Aktivitäten der KPÖ, explizit auf die Stadt Baden ausgerichtet, (derzeit) mehr als dürftig und man ist auf wenige Zeitungsartikel und Polizeiberichte beschränkt. Ende der 20er- und Anfang der 30er-Jahre griff z.B. die BW die KPÖ an, weil diese das sozialistische Lager spalte und eine linke Diktatur einführen wolle. Von Seiten des BVB erfährt man, dass für den 25. April 1933 ein Marsch geplant war und dass immer dieselben Leute, deren Haupterwerb *Empfang der Arbeitslosenunterstützung, Winterhilfe und Unruhestillung [...] sei*, teilnahmen.<sup>423</sup> Am 1. Mai 1933 wurden der Tribuswinkler Elektriker Johann Mayer und der Badener Maurergehilfe Johann Merschitz wegen Verteilung kommunistischer Flugschriften angezeigt.<sup>424</sup> Am 3. Mai 1933 wurden der Hilfsarbeiter Ernst Leeb, der Eisengießer Josef Maier, der Mechaniker Moritz Maier und ein Pfaffstättner namens Knotzer wegen kommunistischer Umtriebe verhaftet – bei einer Hausdurchsuchung wurde kommunistisches Propagandamaterial gefunden.<sup>425</sup> Am 26. Mai 1933 wurde die KPÖ verboten und im August 1933 berichtete das BVB von einer Kommunisten-Razzia. Mehrere KP-Führer aus Baden, Bad Vöslau und dem Triestingtal waren betroffen. Belastendes Propagandamaterial wurde sichergestellt, und am 31. Juli 1933 wurden in der Pfarrgasse Flugzettel verstreut.<sup>426</sup> Im Jahre 1936 erfährt der BVB-Leser von kommunistischen Geheimbündlern, zwei Leobersdorfer und ein Kottlingbrunner wurden zu mehrmonatigen Arreststrafen verurteilt, weil sie Personen für die revolutionären Sozialisten anwarben und sozialistische Druckmaterialien verbreiteten.<sup>427</sup> Im Jahre 1935 wurden zehn Personen aus

<sup>417</sup> BVB Nr.10 v. 10.03.1934, S.2.

<sup>418</sup> Vgl. ebd. S.3.

<sup>419</sup> Vgl. BVB Nr.11 v. 17.03.1934, S.2.

<sup>420</sup> Vgl. BVB Nr.12 v. 24.03.1934, S.2.

<sup>421</sup> BVB Nr.10 v. 10.03.1934, S.1.

<sup>422</sup> Vgl. Manfred MUGRAUER, Die KPÖ im Kampf gegen die austrofaschistische Diktatur. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien 2013), S. 41-68, hier 43. Weiters bestand die Hoffnung, dass es unter der Führung der KPÖ zur Verschmelzung aller Linksgruppierungen kommen würde, was auch zum Teil der Fall war. Die KPÖ sollte die gescheiterte SDAP beerben. Es kam zu Kooperationen, jedoch der Wunsch einer vollkommenen Einheitsfront misslang. S.49.

<sup>423</sup> BVB Nr.16 v. 22.04.1933, S.3.

<sup>424</sup> Vgl. BVB Nr.18 v. 06.05.1933, S.4.

<sup>425</sup> Vgl. BVB Nr.18 v. 06.05.1933, S.3.

<sup>426</sup> Vgl. BVB Nr.31 v. 05.08.1933, S.3.

<sup>427</sup> Vgl. BVB Nr.16 v. 20.04.1935, S.9.

Baden: Franz Zagler, Josef Kragler, Karl Harter, Franz Slavicek, Josef Berger, Elisabeth Gall und Leopold Vogel<sup>428</sup> (in der Sekundärliteratur nur sieben Namen erwähnt) durch das Kreisgericht Wr. Neustadt zu mehrmonatigen und mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, weil sie linksgerichtetes Material verbreitet hatten. Einige der Personen werden als Anhänger der Sozialdemokraten beschrieben, seien allerdings mehr kommunistisch eingestellt.<sup>429</sup>

Stellenweise finden sich Kommunisten in den Polizeiakten im Badener Stadtarchiv wieder. Zumeist wurden sie aufgrund regimefeindlicher Aussagen zu mehrtägigen Arreststrafen verurteilt – nach dem Verlassen einer monarchistischen Veranstaltung schrie ein Beschuldiger „Heil Moskau“ und fasste dafür 14 Tage Arrest aus,<sup>430</sup> während ein anderer zu fünf Wochen Arrest verurteilt wurde, weil er auf offener Straße verkündet hatte, dass er Kommunist sei.<sup>431</sup> Vom 10. Juni 1934 liegt ein Bericht vor, der von der illegalen Gründung einer Kommunistischen Organisation zeugt. 10 Groschen pro Woche kostete der Mitgliedsbeitrag, die Mitglieder wurden mit geballter Faust sowie dem Gruß „Rot-Front“ willkommen geheißen. Sechs Personen sollen der Jugendorganisation angehört haben. Organisiert war man in Fünfergruppen. Die einzelnen Gruppen kannten einander nicht, um bei einer Verhaftung nicht alle verraten zu können.<sup>432</sup> Es folgen noch weitere Polizeiberichte über illegale Streuaktionen oder den Besitz von verbotenen Materialien.

Danach verschwindet die KPÖ weitgehend aus der Badener Berichterstattung. Sie taucht indirekt dann auf, wenn man den Teufel an die Wand malte und von „roten Horden“ aus dem Triestingtal schrieb. Die KPÖ und die ihr unterstellten Organisationen gingen dazu über, bestehende Institutionen zu unterwandern. Sie gründeten sogenannte Zellen und operierten nicht nur in Betrieben, sondern auch in staatlichen Institutionen wie Polizei, Militär usw.<sup>433</sup> Dabei war die „Rote Gewerkschaftsopposition“ (RGO) innerhalb der Betriebe tätig, blieb aber stets Minderheit, auch wenn sie nach 1933/34 Zulauf bekam. Größeren Einfluss besaß die RGO neben Wien und der Obersteiermark auch in einigen Industriebetrieben in Niederösterreich (Industrieviertel).<sup>434</sup>



(Foto: StA B)

<sup>428</sup> Ein Leopold Vogel findet sich von 1945 bis 1950 als KPÖ-Gemeinderat in Baden. Vgl. WALLNER, *Russen*, 1995, S.69.

<sup>429</sup> Vgl. Veronika OELLER, „Raum Baden zwischen 1933 und März 1938. Fallbeispiele Baden und Traiskirchen (Möllersdorf)“ (Diplomarbeit ungedruckt, Wien 2011), S.69, hier nach: Winfried R. GARSCHA, *Kommunisten*. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): *Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934 – 1945*, Band 1 (Wien 1987), S.160.

<sup>430</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.3.

<sup>431</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.37.

<sup>432</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.12.

<sup>433</sup> Vgl. MUGRAUER, *KPÖ*, 2013, S. 63.

<sup>434</sup> Vgl. Brigitte PELLAR, *Kampf um „die Arbeiterschaft“*. Forschungsstand und offene Forschungsfelder zu Politik und Ideologie von Regierungslager und illegaler Opposition 1933 – 1938. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes* (Wien 2013), S. 257-294, hier 260.

Auch über die noch legalen Aktivitäten der SDAP vor den Februarkämpfen ist wenig (bzw. weniger als im Vergleich zu den Nationalsozialisten) in Erfahrung zu bringen. Am 23. September 1933 sollten sozialdemokratische Flugzettel beschlagnahmt werden, die zum Boykott reichsdeutscher Waren aufforderten.<sup>435</sup> Gegen die SDAP gerichtet war das Verbot der Republikfeier durch die BH Baden am 8. November 1933. Geplant war sie für den 12. November 1933 im Arbeiterheim – eine Festversammlung mit dem Arbeiter-Gesangsverein sowie der Arbeiterbühne. Die Berufung gegen diesen Bescheid wurde unter Berufung auf das öffentliche Wohl aufgehoben. Am selben Tag erging ein Schreiben an Kollmann: Sollte es dennoch zu einer Veranstaltung kommen, wäre dies unbedingt zu verhindern.<sup>436</sup>

Hausdurchsuchungen brachten das Übliche – verbotenes Propagandamaterial. Manche Polizeiberichte muten geradezu skurril an. Am 12. Februar 1935 z.B. wurde ein „radikaler Sozialist“ (so sieht es die Polizei) aufgefordert, in der Wachstube Rede und Antwort zu stehen, weshalb er eine schwarze Krawatte trage! Er entgegnete, er könne tragen was er wolle, außerdem habe er diese Krawatte schon zwei Tage lang an. Da konterte die Obrigkeit, dass er noch nie mit einer schwarzen Krawatte gesehen worden sei. Er wurde aufgefordert, die Krawatte abzunehmen, eine Anzeige folgte. Man unterstellte ihm, es sei eine politische Demonstration, die schwarze Krawatte als Erinnerung an die Februarkämpfe.<sup>437</sup> Die illegale Tätigkeit der SDAP manifestierte sich in den „Revolutionären Sozialisten“ (RS). Im Hintergrund auftretend und bestehende Organisationen infiltrierend, versuchten die RS Widerstand zu leisten, besonders dort, wo sozialistische Klientel vorhanden war. Städte wie Wr. Neustadt, Neunkirchen, Hirtenberg, Schwechat usw. taten sich besonders hervor.<sup>438</sup> Doch tauchen immer wieder auch Badener vor Gericht auf. Bei einer Festnahme von Bezirks- und Ortsleitern der RS 1935 findet sich der Badener Ferdinand Haidner.<sup>439</sup> Am 13. April 1934 wurde Karl Kogler (21) wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch das Kreisgericht Wr. Neustadt zu mehrmonatiger Haftstrafe verurteilt. Zwei Jahre später klagte dasselbe Gericht am 23. Juni 1936 acht Badener an – sie seien Mitglieder der RS, hätten illegale Treffen organisiert und verbotenes Propagandamaterial verbreitet. Bei den Angeklagten handelte es sich um Robert und Karl Baczik, Franz Dobner, Michael Maier, Franz Slovacek<sup>440</sup>, Rudolf Winter<sup>441</sup>, Friedrich Schallmayer und Alois Hüttner.<sup>442</sup>

Generell kann gesagt werden, dass es der Badener Linken an politischer Radikalität fehlte. Im Falle der SDAP kam es eher zur Zusammenarbeit, die innerparteilich gelegentlich sogar als Anbiederung bezeichnet wurde. Die Hinweise aus der bürgerlichen Presse oder durch Aussagen von christlichsozialen Gemeinderäten, wonach die Badener Sozialdemokraten gemäßiger und kooperativer agierten als ihre Kollegen aus dem Triestingtal oder auf Bundesebene, waren hie und da zu lesen. Der Wunsch nach kurörtlicher Ruhe und Ordnung schien die Gemüter aller Lager zu einer gewissen Zurückhaltung zu bewegen. Der Jahresbericht der Bezirksleitung 1935 sah es ähnlich. *Die politische Lage hat sich hinsichtlich der ehemaligen Sozialdemokraten sehr gebessert. Die Arbeiterschaft ist in allen Ortsgruppen zu 70% erfasst und es haben auch Zusammenkünfte verdächtiger sozialdemokratischer Funktionäre aufgehört. Und was die Kommunisten anbelangte, so ist wohl eine gewisse Tätigkeit in Möllersdorf zu beobachten, ist aber im Verhältnis zu den Nationalsozialisten vollkommen bedeutungslos und sind die übrigen Gerüchte, Ausstreuungen und Mitteilungen vollkommen aus der Luft gegriffen.*<sup>443</sup>

Mit dem Verbot der SDAP nach den Februarkämpfen 1934 erfolgte die Auflösung zahlreicher sozialistischer Vereine. Der Willkür war dabei Tür und Tor geöffnet. Betroffen waren auch Vereine, die selbst keine Gefahr für das Regime darstellten, deren Mitglieder sich jedoch einer Straftat schuldig gemacht hatten.<sup>444</sup> In Baden liegt ein Schreiben der Sicherheitsdirektion NÖ vom 16. Februar 1934 vor, das an SDAP-Gemeinderat Dr. Siegfried Justitz adressiert ist, wonach der Verein „Arbeiterheim Baden“ aufgelöst werden müsse.<sup>445</sup> Der Auflösung folgte die Beschlagnahmung des Vereinsvermögens. Die Vermögenskonfiskation basierte zuerst auf dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz

<sup>435</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.17.

<sup>436</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.28.

<sup>437</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.45.

<sup>438</sup> Vgl. Martin MÜLLER, Die niederösterreichische Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. In: Stefan EMINGER, Ernst LANGTHALER (Hgg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien 2008), S. 473- 515, hier 485.

<sup>439</sup> Vgl. ebd. S.487.

<sup>440</sup> Unter diesem Namen finden sich drei Personen. Bei einer von ihnen wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen und das Gedicht „So stirbt ein Rebell“, gewidmet Georg Weisel, sichergestellt. Vgl. ANDREASCH, Illegale Aktivitäten, 2014, S.15. Ebenso ist ein Franz Slovacek von 1945 bis 1970 SPÖ-Gemeinderat. Vgl. WALLNER, Russen, 1995, S.69f.

<sup>441</sup> Rudolf Winter (25), bei ihm wurden dasselbe Gedicht sowie weitere verbotene Flugzettel sichergestellt. Vgl. ANDREASCH, Illegale Aktivitäten, S.9.

<sup>442</sup> Vgl. OELLER, Raum Baden 2011, S.69, hier nach: Gertrud GERHARTL, Sozialisten. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934 – 1945, Band 1 (Wien, 1987), S.79-87.

<sup>443</sup> NÖLA, VFNÖ 286, S.208.

<sup>444</sup> Vgl. Ilse REITER-ZATLOUKAL, Repressivpolitik und Vermögenskonfiskation, 2012, S.62.

<sup>445</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.40.

von 1917, ergänzt durch Regierungsgesetze, die mittels des Ermächtigungsgesetzes von 1934 erlassen wurden, deren Normenvielfalt erst 1937 verringert wurde.<sup>446</sup> Für die Durchführung waren die Bezirksbehörden zuständig, denen zugleich die Verwahrung und Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens oblag. Die dabei verursachten Kosten wurden aus dem zu beschlagnahmenden Vermögen oder dessen Erträgen finanziert. Kam nach sechs Monaten kein Einspruch, so ging das Beschlagnahmte in den Staatsschatz über.<sup>447</sup>

Auflösungen erforderten allerdings Neugründungen, denn der Ständestaat wollte die Arbeiterschaft schließlich integrieren und sie nicht in den Untergrund drängen. Der Bezirkssportreferent machte jedoch aufmerksam, dass die neugegründeten Vereine ebenso Sammelbecken für Oppositionelle werden könnten. Er erwähnte die ehemaligen „Naturfreunde“, ein sozialdemokratischer Tourismusverein. Nunmehr hießen sie „Bergfreunde“ und sollten nicht nur mit ehemaligen „Naturfreunden“ besetzt werden, sondern auch mit Personen aus dem bürgerlichen Milieu, um dadurch „entpolitisiert“ zu werden.<sup>448</sup> Wie wirksam die Methoden waren, zeigte sich alsbald, als die jeweiligen Neugründungen ideale Bühnen für oppositionelle Tätigkeiten darboten – manchmal auch ganz ungeniert unter den Argusaugen der Obrigkeit. Dass solche Vereine eigentlich erneut aufgelöst werden müssten, davor schreckte man zurück. Der Bezirkssportreferent gab zu bedenken, man würde sich dadurch lächerlich machen, wenn man die nun regimekonformen Neugründungen wiederum auflösen müsste.<sup>449</sup>

Behördliche Eingriffe trafen nicht nur ehemals oppositionelle Vereine. Bürgerliche Vereine, die die Bezeichnung vaterländisch in ihrem Vereinsnamen trugen, wurden aufgefordert, das zu ändern, selbst wenn sie sich bereits vor der Gründung des Ständestaates oder der VF als vaterländisch bezeichnet hatten. Der Begriff vaterländisch durfte nicht inflationär gebraucht werden, er galt als eine Auszeichnung. Im Bezirk waren drei Vereine betroffen, jeweils einer aus Blumau, Traiskirchen und Pfaffstätten.<sup>450</sup>

Neben dem Vermögen wurden auch sozialdemokratische Immobilien beschlagnahmt. Meist geschah dies auf „wilde“ Weise, regimefreundliche Vereine oder Wehrverbände besetzten kurzerhand sozialdemokratische oder nach dem Juliputsch 1934 nationalsozialistische Immobilien. Mitte April 1934 standen österreichweit 449 Mietobjekte zur Verteilung bereit. Wehrverbände, die Vaterländische Front und katholische Vereine sowie Pfarrämter waren die Hauptnutznießer bei der Neuverteilung.<sup>451</sup> So diente das ehemalige Arbeiterheim in Baden, Conrad v. Hötzendorfplatz 12, nun der VF und ihren Referaten sowie den Badener Wehrverbänden als Büros. Die Beschlagnahmung von Vermögenswerten konnte ins Absurde driften und als reine Schikane angesehen werden, auch wenn es vielleicht nur Dienst nach Vorschrift war. So kam es, dass Unterhosen, Hüte, Nägel, Bretter beschlagnahmt wurden, und sollten diese Objekte nicht auffindbar sein, drohte ein weiteres Strafverfahren.<sup>452</sup>

Die Behörden agierten zeitweise planlos und chaotisch. Es kam zu zahlreichen Widersprüchen, die zuständigen Stellen waren überfordert, Erlässe mussten des Öfteren widerrufen werden und kosteten kostbare Ressourcen.<sup>453</sup>

Auch in Baden gibt es dafür Beispiele. Die BH Baden beabsichtigte, am 19. März 1934 das Vermögen des Arbeiter-Sängerbundes zu beschlagnahmen. Vereinsobmann Franz Wlasak gab an, dass das Vermögen sich beim Kassier Franz Dobner in der Vöslauerstraße 70 befand, jedoch bereits im Februar beschlagnahmt worden sei. Davon hatten die Behörden keine Ahnung. Durch die mangelnde Absprache wusste Oberkommissär Alois Klinger nicht einmal, wer damals für die Beschlagnahmung zuständig gewesen war. Vielleicht wurde sie sogar „wild“, sprich illegal, durchgeführt?

Ein weiteres Beispiel für mangelnde Absprache bzw. das Chaos in der VF zeigt ein Schreiben des Bezirksreferenten der D.O., Alfred Metlicska, an die Landesführung der VF, die ihn persönlich damit beauftragt hatte, die Mitgliedsbeiträge der VF Baden zu kontrollieren, ob alle Mitglieder auch pünktlich einzahlten. Metlicska antwortete am 2. November 1934, dass er dazu nicht im Stande sei, da ihm schlicht die Zahlen nicht zur Verfügung stünden und eigentlich die Landesleitung selbst für diese Kontrolle zuständig sei.<sup>454</sup>

Die Schlamperei von Seiten der Behörden war nicht zu übersehen. Ablenkung war angesagt. Medial kam es nun zu einer verstärkten Abrechnung mit roten Gemeinden. Neben Freunderl- und Misswirtschaft sowie Schlamperei

<sup>446</sup> Vgl. Ilse REITER-ZATLOUKAL, *Repressivpolitik und Vermögenskonfiskation*, 2012, S.61.

<sup>447</sup> Vgl. ebd. S.67,

<sup>448</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.119.

<sup>449</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.34.

<sup>450</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.170.

<sup>451</sup> Vgl. Christiane ROTHLÄNDER, *Die Durchführungspraxis des politisch motivierten Vermögensentzugs in Wien 1933-1938*. In: Ilse REITER-ZATLOUKAL Christiane ROTHLÄNDER et al. (Hgg.): *Österreich 1933 – 1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime* (Wien 2012), S. 77-93, hier 83.

<sup>452</sup> Vgl. ebd. S.86.

<sup>453</sup> Vgl. ebd. S.92f.

<sup>454</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.43.

fielen Ausdrücke wie Steuersadismus, Schikane, Unfähigkeit – das BVB war in seinem Element. Den ehemals roten Gemeinden wurde alles Erdenkliche an den Kopf geworfen. Jedoch spendete das BVB auch Trost, denn die *Zeiten innerer und äußerer Gesundung brechen an*.<sup>455</sup>

Diese Gesundung ließ aber noch auf sich warten. Die Lage blieb weiterhin angespannt. Eine Anweisung der BH vom 22. Februar 1934 befahl im Auftrag der NÖ. Landesregierung, bis auf weiteres auf jedwede Beflaggung der öffentlichen Gebäude zu verzichten.<sup>456</sup> Erst am 28. April 1934 verkündete die BH Baden die Beflaggungsordnung der Landesregierung. Es durften auf öffentlichen Gebäuden nur Farben des Staates, des Landes oder der Gemeinde ausgehängt werden. Ausgenommen waren Gebäude, in denen das Schutzkorps untergebracht war.<sup>457</sup> Explizit erhielt auch Kollmann eine Beflaggungsvorschrift für den 24. März 1934 (Heimatschutz-Kundgebung). Auf der Rückseite des Blattes stand eine etwas kryptische Meldung. Das Haus Habsburgerstraße 16 (Besitzer Funder, Chefredakteur der Reichspost) ist zu überwachen. Gezeichnet Insp. Weiss und Insp. Hübl. Der Volksbewegung sollte besonderes Augenmerk gewidmet werden.<sup>458</sup>

Betrachtet man den Schriftverkehr zwischen Gemeinde und BH, eröffnet sich ein weiteres Konfliktfeld. Die BH drängte die Gemeinde, den Druck gegenüber der Opposition aufrecht zu erhalten (offenbar hatte er abgenommen). Bezirkshauptmann Pilz forderte am 10. März 1934, Hausdurchsuchungen nicht abzustellen. Zudem schlug er Prämien vor für jene, die Staatsfeinde an die Behörden verrieten.<sup>459</sup> Am 23. März 1934 forderte Pilz Kollmann erneut auf, gegen illegale nationalsozialistische Versammlungen vorzugehen. Zwar wisse er, dass diese Zusammenkünfte aufgrund der politischen Situation nicht völlig aus der Welt zu schaffen seien, aber man dürfe es dem politischen Gegner nicht zu bequem machen – mehr Patrouillen wurden verlangt.<sup>460</sup> Das Drängen der BH, gegen die Oppositionellen schärfer vorzugehen, stand nicht immer im Einklang mit der Politik der Gemeinde. Wie so oft konnte nicht alles umgesetzt werden. Entweder musste die Gemeinde Kompromisse eingehen oder es fehlte ihr schlicht an Ressourcen. Es war ein typisches Konfliktfeld zwischen theoretischen Anweisungen und praktischer Umsetzung.

Trotzdem, der verstärkte Einsatz der Sicherheitsbehörden schien sich auszuzahlen, denn das BVB berichtet (rückblickend bis in den November 1933), dass zahlreiche Täter und Hintermänner ausgeforscht werden konnten. Rudolf Bachheimer, Wilhelm Stumpf, Anton Traumüller, Josef Buchbart, Heinrich Billigmann, Eduard Kainz, Walter Drescher, allesamt aus Baden. Aus Pfaffstätten Walter Hofmann, Rudolf Mahr, Johann Wolf, Leopold Anton, Johann Baumgartner sowie Karl, Johann und Leopold Strasser, und aus Traiskirchen wird ein Erwin Fenz erwähnt.<sup>461</sup>

Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung verlangte nicht nur nach einer härteren Vorgehensweise gegenüber Regimegegnern, sondern auch die verstärkte Präsenz von Sicherheitskräften, waren es nun staatliche Sicherheitsorgane oder Angehörige der Wehrverbände. Der Bezirksbefehl Nr. 1 der Sturmschärler vom 10. April 1934 signalisierte jederzeitige Bereitschaft. Für den Landesappell am 13. Mai 1934 wurden Uniformen bereitgestellt. Geldmangel oder Arbeitslosigkeit sollten kein Hindernis darstellen. Als Generalprobe wurde die vaterländische Kundgebung in Baden vom 6. April 1934 herangezogen, auf der auch Dollfuß erscheinen sollte (passierte aber nicht). Eine Werbebroschüre der Zeitschrift „*Sturm über Österreich*“ war dem Bezirksbefehl beigelegt, unterschrieben von Leopold Fischer, Kreisführerstellvertreter, Hans Jukel, Bezirkssekretär, Josef Hauer, Bezirksführer.<sup>462</sup>

In Baden kam es währenddessen zu weiteren Einquartierungen des Schutzkorps als Verstärkung der Exekutive. Kollmann war alles andere als begeistert. Der Abteilungskommandant teilte am 13. April 1934 der Stadt Baden mit, dass das Schutzkorps in Baden weiterhin bestehen würde – zugesagt durch das Landesgendarmierkommando NÖ. Die Einquartierung ging zurück auf die Rücksprache mit Kollmann vom 24. März 1934. Wenn die Stadt die bestehende Unterkunft, das Hildegardheim, ab dem 1. Mai (Kursaison) benötige, so müsse ein Ersatz für 65 Mann bereitgestellt werden.<sup>463</sup> Kollmann antwortete am 18. April 1934, er brauche das Hildegardheim für Kurgäste, und fügte hinzu, dass Baden *zu allen Zeiten* während der Saison von jeder Einquartierung befreit sei. *Wir legen Wert darauf, am 1. Mai unsere für Kurzwecke dienenden Räume im ‚Hildegardheim‘ frei zu bekommen*.<sup>464</sup> Die Stadt habe außerdem keine Möglichkeit, 65 Mann ein adäquates Quartier anzubieten. Kollmann verweist auf den Bund, dieser solle dem Schutzkorps ein Quartier zu Verfügung stellen. Er schlägt den Peterhof vor, der schließlich 500 Betten aufbieten könne. Dass sich Baden/Kollmann gegen Einquartierungen jeglicher Art sträubte, begegnet uns immer wieder. Die Militarisierung, die eine Komponente der österreichischen Diktatur darstellte, stieß auf wenig Gegenliebe.

<sup>455</sup> BVB Nr.14 v. 07.04.1934, S.1.

<sup>456</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.42.

<sup>457</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.53.

<sup>458</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.44.

<sup>459</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.43.

<sup>460</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.45.

<sup>461</sup> Vgl. BVB Nr.14 v. 07.04.1934, S.4.

<sup>462</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.48.

<sup>463</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.50.

<sup>464</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.52.

# Antisemitismus im Ständestaat

Für die österreichische Geschichte des 20. Jahrhunderts ist Antisemitismus eine zentrale Konstante und bildet oftmals ein eigenes Kapitel in der Geschichtsdarstellung; so auch im Ständestaat. *Wenn auch der Antisemitismus während des austrofaschistischen Regimes nicht staatlich normiert und von der Regierung Dollfuß und Schuschnigg auch nicht offen als politisches Instrument eingesetzt wurde, so war der noch aus der Monarchie tradierte, aus konfessionellen, wirtschaftlichen und auch rassistischen Komponenten geprägte österreichische Antisemitismus auch im Ständestaat wirksam.*<sup>465</sup>

So wundert es nicht, wenn im Jahre 1936 das BVB selbstsicher von sich gibt, dass 5 % der Österreicher Juden seien, doch sie benähmen sich, als wären sie 50 % der Österreicher. Die „Argumentation“ war folgendermaßen: *Ist es übertrieben, wenn wir behaupten, dass das Judentum in Österreich in erschreckender Weise noch immer die wichtigsten Positionen innehat? [...] die Verhältnisse in der großen Presse sind nur zu gut bekannt; die Zusammensetzung der Hochfinanz und Großindustrie ist notorisch, wenngleich nicht verschwiegen werden soll, dass zum Beispiel das österreichische Bankenwesen nach so viel unheilvollen Erfahrungen zum Teil gereinigt ist.* Doch das BVB wollte nicht alle Juden über einen Kamm scheren. Nach dem Motto: Jude ist nicht gleich Jude, es gebe ja auch „die Anständigen“. *Ein großer, ja überwiegender Teil des österreichischen Judentums ist praktisch religionslos und damit – leider muss es gesagt werden – morallos.* Eines wird jedoch klargestellt: *Wir predigen weder das Pogrom, noch sprechen wir dem Radauantisemitismus das Wort.*<sup>466</sup> Für das BVB war diese Art der Berichterstattung kein Antisemitismus, sondern Aufklärung. Mit dem BVB besaßen die Badener einen typischen christlichsozialen Vertreter des Antisemitismus der Zwischenkriegszeit.

Betrachtet man die Entwicklung des Antisemitismus zwischen 1933 und 1938, stechen einem einige Widersprüche ins Auge. Einerseits verlor der Antisemitismus im Vergleich zur Ersten Republik seine Wirksamkeit in der politischen Agitation, Wahlkämpfe fielen schließlich weg. Der Ständestaat bestätigte Juden sämtliche Bürgerrechte (auf dem Papier), man wollte den Eindruck vermeiden, man beuge sich dem nationalsozialistischen Druck aus Deutschland. Andererseits lief man Gefahr, bei einer zu „judenfreundlichen“ Politik Anhänger an die NSDAP zu verlieren. Antisemitische Agitation sollte deswegen nicht restlos verboten werden, die staatliche Presse dosierte allerdings Umfang und Intensität. Antisemiten sollten ein „zu Hause“ in der Vaterländischen Front bzw. dem Ständestaat vorfinden. Abermals kam die Devise von einem „moderaten“ und „wissenschaftlichen“ Antisemitismus auf, einem „praktischen“ und dadurch „besseren“ und „wertvolleren“, als dem „radikalen Wortantisemitismus“ der Nationalsozialisten.<sup>467</sup>

Direkte Angriffe blieben weitgehend aus. Doch benachteiligende und diskriminierende Vorgehensweisen wurden toleriert. Betroffen war zum Beispiel der wirtschaftliche Sektor. Aufrufe, zu Weihnachten bei Juden nicht einzukaufen, oder das Verbot des Kundenbesuchs waren weiterhin üblich. Davon waren vor allem ostjüdische Kleinhändler betroffen, ihre Existenzgrundlage war damit entzogen. Das Regime reagierte zudem nicht, wenn Vereine oder sonstige Vereinigungen Arierparagrafen einführten.<sup>468</sup> Als die Badener Schlaraffia Ende 1937 den Arierparagrafen verabschiedete und von 40 Mitgliedern 11 ausgeschlossen wurden – sie schlossen sich der Prager Schlaraffia an –, war das dem BVB nur eine schmale Notiz ohne Kommentar wert.<sup>469</sup>

Der Ständestaat wollte „alles“ sein, für jeden sollte etwas dabei sein, und deswegen galt es, Dinge miteinander zu kombinieren, die nicht zusammenpassen konnten. *Der Ständestaat kultivierte sowohl die katholisch-jüdische Moderne als auch die vaterländische Blut-und-Boden-Ideologie. Er gab vor, sowohl deutsch als auch europäisch zu sein.*<sup>470</sup>

<sup>465</sup> STAUDINGER, „Österreich“ Ideologie, 2012, S.44.

<sup>466</sup> BVB Nr.35 v. 28.11.1936, S.3.

<sup>467</sup> Vgl. Angelika KÖNIGSEDER, Antisemitismus 1933 – 1938. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage Wien 2012), S. 54-65, hier 55.

<sup>468</sup> Vgl. ebd. S. 56f

<sup>469</sup> Vgl. BVB Nr.49 v. 04.12.1937, S.2

<sup>470</sup> Malachi Haim HACOEN, Kosmopoliten in einer ethnonationalen Zeit? Juden und Österreicher in der Ersten Republik. In: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHANER (Hgg.): Das Werden der Ersten Republik – Band 1. ...der Rest ist Österreich (Wien 2008), S. 281-316, hier 298.

# Sakenkreuz und Judengeld.

**Die Presse der Sakenkreuzler nimmt von Juden Geld!  
Die Sakenkreuz-Presse hat sich gleich der Judenpresse von der Kreditanstalt  
bestechen lassen!**

**Aus dem Bestechungsfond der  
Kreditanstalt**

**haben bekommen:**

das Parteiblatt der Sakenkreuzler, die  
„Deutschösterreichische Tageszeitung“ . S 700  
ein Redakteur desselben Blattes . . . . . S 800  
die satirische „Freiheit“ des Expressers  
Gandor Weiss . . . . . S 1000  
der Chefredakteur-Stellvertreter des „Neuen  
Wiener Journals“, Nagelstock . . . . . S 5000  
der gewesene Pressechef der Heimwehr: . . . S 500  
und so fort mit Grazie, die ganze antimargittische Presse  
hat sich von der Kreditanstalt bestechen lassen.

**So sehen sie aus, des deutschen Volkes  
rasse-reine Erneuerer:**

**sie lassen sich von Juden be-  
stechen!**

**Sie nennen sich bodenständige Christen  
und Heimatschützer**

**und nehmen Geld vom  
Rothschild!**

**Sie schreien über die „Korruption“ der  
politischen Parteien**

**und können nicht genug Juden-  
geld in ihren Sack bekommen!**

**Bestechliches Gefindel, Lumpen, käuf-  
liche Subjekte, die sich auf die Kletter  
von Volk und Heimat hinauspielen!**

**Die Heuchlerbande, diese  
Pharisäer sind die Lieb-  
linge des Herrn Seipel!**

**Alle zusammen sind sie  
wirtschaftliche und politische**

**Beutemacher,**

**die dem Teufel zu schlecht sind!**

Auf Seiten der Sozialdemokratie spielte antisemitische Hetze (wie sie der bürgerliche Block betrieb) keine Rolle, allerdings wurde der Antisemitismus dennoch instrumentalisiert. Im Zuge der Wahlkämpfe 1932 und 1933 bediente man sich immer wieder der antisemitischen Stereotype vom reichen und mächtigen Juden/Judentum – man schrieb von Judengeld und Judenpresse. Zwar waren es keine direkten Angriffe auf Juden, vielmehr sollte die Heuchelei der Nationalsozialisten hervorgehoben werden. Doch diese Vorgehensweise bekräftigte nur die vorhandenen Vorurteile (BW Nr.7 v. 12.02.1932, S.12).

Ob sich Juden nun integrieren, assimilieren oder isolieren wollten, war das eine, verbindend war ihnen der Wunsch nach Ruhe und Ordnung. Der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde Baden wollte aufgrund zahlreicher Anfragen von Kollmann wissen, ob es in so stürmischen Zeiten für jüdische Kurgäste ein sicheres Baden gebe. Kollmann antwortete laut BZ einfach und klar, man solle keine Angst haben, weil *in unserer Stadt keinerlei widerwärtige Verhältnisse sich einnisten könnten und würden. Er sei überzeugt, dass Baden auch heuer das gewöhnliche, normale Bild bieten werde.*<sup>471</sup> Kollmann trat in jenen Jahren als besonnener Politiker auf, dessen Politik stets deeskalierend wirkte. „Gast ist in Baden Gast, egal welcher Religion“, war seine Meinung, und wenn es um die jüdischen Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges ging, pries er die staatsstreuen Juden und würdigte ihre „Leistungen vor dem Feind.“ Zwischen Kollmann und den Badener Juden herrschte eitel Wonne – doch das war nicht immer so. Als Kollmann noch nicht Bürgermeister war, trat er als treuer Anhänger Luegers ganz anders auf. Bis 1919 waren für ihn Juden nur Gelderpresser und Wucherer, die sich überall breit gemacht hatten – von der Offiziersstube bis zum Pressebüro.<sup>472</sup>

<sup>471</sup> BZ Nr.33 v. 26.04.1933, S.3.

<sup>472</sup> Vgl. ZGIERSKI, Jesus, Marx und Nibelungen, 2013, S.31, und Thomas E. SCHÄRF, Jüdisches Leben in Baden. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Wien 2005), S.160.

Das Regime gewährte Juden „Schutz“, nicht Integration. Letztendlich entschieden sich jüdische Gemeinschaften (mit Ausnahme der politisch links ausgerichteten Juden), die Regierung zu unterstützen. Für sie war sie tatsächlich das letzte Bollwerk gegenüber dem Nationalsozialismus.<sup>473</sup> Dennoch, der christlich-deutsche Ständestaat *konnte Obdach für eine Nacht bieten, aber keine richtige Heimat. Der Beziehung zum Ständestaat waren Grenzen gesetzt.*<sup>474</sup>

Dass Ruhe und Ordnung in Baden hochgehalten wurden, bestätigt ein Ansuchen des Antisemitenbundes in Baden. Kreisführer Hans Zisser schrieb an den Bundesführer Karl Peter, dass er am 14. Dezember 1937 die BH Baden wegen einer Anmeldung als Geschäftsführer aufgesucht habe. Laut dem Vereinsgesetz war dies gleichzusetzen mit der Gründung einer Ortsgruppe. Der zuständige Beamte, Karl Huber, der Zisser nicht unbekannt war (Anmerkung Zisser), äußerte zwar Bedenken wegen der Veranstaltungen des Antisemitenbundes, doch Zisser konnte ihn beruhigen und ihn von der Disziplin seines Bundes überzeugen. Den Vorentwurf eines Plakates „Kauft nicht bei Juden ein“ legte er auch gleich vor. Laut Zisser wurde dieser anstandslos für den Druck bewilligt. Er war generell zuversichtlich, dass er Baden zu einer Festung des Antisemitenbundes ausbauen könne.<sup>475</sup> Am nächsten Tag kam die ernüchternde Antwort aus den eigenen Reihen. Die Gründung einer Ortsgruppe komme nicht in Frage, weil es in keinem Bundesland dazu gekommen sei. Die Eröffnung einer Geschäftsstelle in Baden war nach dem Gesetz gar nicht meldepflichtig, da sie über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfügte.<sup>476</sup>

Eine weitere Hiobsbotschaft folgte sogleich, der Beamte Karl Huber ruderte zurück, das Flugblatt wurde doch nicht genehmigt. Erfolglos war auch Zissers Bemühung, sein Anliegen an Woisetschläger heranzutragen.<sup>477</sup> Die Bundesführung des Antisemitenbundes wurde von diesem Fehlschlag informiert. Zwar habe er (Zisser) das *Interesse des bodenständigen arisch-christlichen Geschäftsmannes [...] selbstverständlich schärfstens vertreten*, doch leider habe nichts gefruchtet.<sup>478</sup>

Die Veranstaltungen des Antisemitenbundes waren den Behörden nicht ganz geheuer, sie standen unter Beobachtung. Zusammenkünfte im Antonshof (Antonsgasse 10-12) am 13. November oder dem 8. Dezember 1937 sollten observiert werden. Der Antisemitenbund agierte durchaus vorsichtig. Er selbst schlug vor, sollten seine Veranstaltungen mit denen der VF terminlich kollidieren, so würden die eigenen Veranstaltungen ohne Probleme verschoben werden.<sup>479</sup>

War es christliche Nächstenliebe des christlichen Ständestaates, die den Antisemitenbund in die Schranken wies? Oder einfach nur Pragmatismus, da man eine Störung der Ruhe und Ordnung fürchtete und Nationalsozialisten keine Plattform geben wollte?

Es ist anzunehmen, dass der propagierte Antisemitismus des Antisemitenbundes nicht dem Antisemitismus der VF entsprach, dem „moderaten“ und dadurch „besseren“, nicht so „aufdringlichen“ und deswegen „diskreteren“ Antisemitismus – bemerkbar auch am Verhalten des Bezirksführers Woisetschläger. Obwohl er Zisser abblitzen ließ, hatte er auf der anderen Seite keine Bedenken, einen Kandidaten für den Tabakhauptverlag deswegen abzulehnen, weil er Jude war.<sup>480</sup>

Die Katholische Kirche ging in Bezug auf Antisemitismus mit dem Ständestaat d'accord. Die Positionen waren breit gefächert. Ein bezeichnendes Bild entwirft der Hirtenbrief des Linzer Bischofs Johannes Gföllner. Er verurteilte den radikalen rassistischen Antisemitismus der Nationalsozialisten, hielt ihn für unmenschlich, unchristlich und mit dem Christentum nicht vereinbar. Gleichzeitig mahnte er vor dem schändlichen jüdischen Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, dem bewusst entgegengetreten werden müsse. Verfolgung und Vertreibung seien zwar abzulehnen, allerdings müsse man den jüdischen Einfluss vehement bekämpfen und mittels Gesetzgebung zurückdrängen.<sup>481</sup>

Diese Ambivalenz beweist auch das BVB: *Heute Juden-, morgen Christenverfolgung*. Das BVB plädiert für die Solidarität der Bekenner des einen Gottes gegen das Neuheidentum aus Nazideutschland. Die Juden werden als eine mit *besonderer Grausamkeit* verfolgte Minderheit bezeichnet, die für die *Überkompensierung nationaler Minderwertigkeitskomplexe des deutschen Reiches* erhalten müsse.<sup>482</sup> Solidarität wurde auch am Weltkongress der jüdischen Frontkämpfer in Baden am 29. Juni 1936 propagiert. 300 Teilnehmer kamen an jenem Tag zur Kranzniederlegung

<sup>473</sup> Vgl. HACOHN, Kosmopoliten in einer ethnonationalen Zeit, 2008, S.299. Auch gab es Kritik, dass die illegalen Sozialisten die Macht Schuschniggs untergruben. Denn dieser sei nicht das Problem, Hitler schon. Die Kritik stammt unter anderem von Karl Popper und Ernst Gombrich. Vgl. ebd. S.289.

<sup>474</sup> Ebd. S.300.

<sup>475</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/AB, f.15.

<sup>476</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/AB, f.16.

<sup>477</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/AB, f.18.

<sup>478</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/AB, f.20.

<sup>479</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 518, S.36 und S.43.

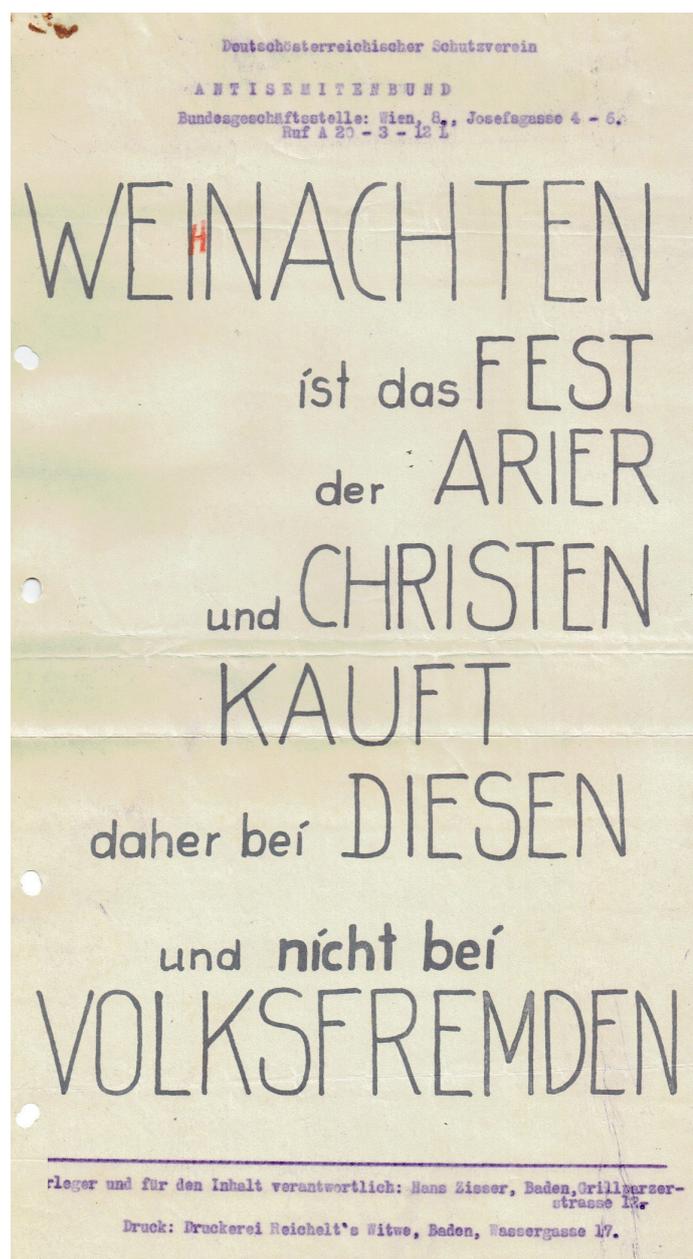
<sup>480</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.304.

<sup>481</sup> Vgl. KÖNIGSEDER, Antisemitismus, 2012, S. 58.

<sup>482</sup> Vgl. BVB Nr.2 v. 11.04.1936, S.3.

zum Kriegerdenkmal. Bürgermeisterstellvertreter Hahn schwärmte von seinem Militärdienst in einem polnischen Regiment, wo Juden genauso in restloser Pflichterfüllung ihren Dienst ausgeführt hätten. *In einer Zeit des gegenseitigen Misstrauens müsse es Aufgabe der Frontsoldaten aller Länder sein, die Voraussetzungen zu einer Einigung aller Völker zu schaffen und dem Frieden in der Welt wieder Wege zu bahnen.*<sup>483</sup>

Während im BVB Stimmen laut werden, Christen und Juden seien Verbündete, fragten zugleich andere, wo nun die Vertreibung der Juden aus Deutschland bleibe? Wir schreiben das Jahr 1938. Das BVB sah sich bemüht, auf diese zentrale Forderung der Nationalsozialisten einzugehen. Diese Forderung galt dem BVB als eines der stärksten Motive für die Wahl der NSDAP. „Wurde sie umgesetzt?“, so fragte sich das christlichsoziale Blatt. Es meinte sogar, dass es den Juden im Deutschen Reich nun noch besser gehe als zuvor. Man wollte damit die Unfähigkeit und die Heuchelei der Nationalsozialisten sichtbar machen.<sup>484</sup>



Das nicht zugelassene Plakat des Antisemitenbundes (StA B, GB 234/AB).

Auf diese scheinbare Unfähigkeit der Nationalsozialisten einzugehen, war nicht neu. Bereits 1933 gab Leopold Leutgeb, der ebenso den Nationalsozialismus als heuchlerisch bezeichnete, von sich: *Und siehe, es geht ihnen gut, es ist ihnen nichts geschehen, es fällt auch Hitler gar nicht ein, den Juden irgendwie nahezutreten.*<sup>485</sup> Er sprach eine Veranstaltung an, bei der sich ausländische Journalisten bei Hitler nach dem Wohl der Juden erkundigt hatten.

Gute zwei Wochen vor dem Anschluss quälte sich das BVB immer noch mit der „Judenfrage“. *Wir wissen, dass für Österreich keine überstürzten oder gar un gerechten Maßnahmen zu erwarten sind. Auch nicht gegen Juden.* Um dem Nationalsozialismus den antisemitischen Wind aus den Segeln nehmen, empfahl das BVB einen verfeinerten Antisemitismus. *Andererseits ist uns klar, dass die Judenfrage für den Christen mehr ist als die Aufforderung zu wirtschaftlichem, gesetzlichem und gesellschaftlichem Boykott – sie ist für uns eine alte religiöse Aufgabe.* Um das „schwierige“ Unterfangen zu veranschaulichen, heißt es weiter: *Seit Christus und Paulus sind an dieser Aufgabe die besten Geister des Christentums gescheitert.*<sup>486</sup>

Generell ist zu sagen, dass das BVB dem Thema Judentum/Antisemitismus kaum Aufmerksamkeit schenkte, explizite Berichterstattung war Mangelware. Doch die wenigen Artikel bieten ein treffliches Beispiel für die Ambivalenz des Ständestaats in seiner Einstellung zum Antisemitismus.

<sup>483</sup> Vgl. BZ Nr.54 v. 04.07.1936, S.4.

<sup>484</sup> Vgl. BVB Nr.5 v. 29.01.1938, S.7.

<sup>485</sup> BVB Nr.13 v. 01.04.1933, S.2f.

<sup>486</sup> BVB Nr.9 v. 26.02.1938, S.5.

# *Wir wollen die Unabhängigkeit Österreichs, wir wollen den Kaiser!*

## Legitimismus in der Kaiserstadt Baden

Unter Legitimismus versteht man die Lehre von der Unabsetzbarkeit eines Herrscherhauses, im Falle Österreichs des Hauses Habsburg-Lothringen. Demnach sind Kaiser Karl I. bzw. seine Nachfolger noch immer legitime Herrscher Österreichs, bis heute. Dass der Legitimismus in den 30er-Jahren keine bloße Habsburgernostalgie darstellte, beweist die prominente Anhängerschaft politischer Größen des christlichsozialen Lagers und in der Folge des Ständestaates. Bundeskanzler Kurt Schuschnigg gehörte ebenso dazu wie mehrere Minister und Staatssekretäre.<sup>487</sup> Neben Politikern waren Unternehmer, Militärs und, wenig überraschend, der Adel in etlichen legitimistischen Organisationen eingebunden. Im Laufe der 30er-Jahre konnte zudem ein Teil der Arbeiterschaft erreicht werden.<sup>488</sup>

In Baden kam es zwischen 1933 und 1938 zu zahlreichen legitimistischen Veranstaltungen. Unter den Initiatoren dominierten der „Reichsbund der Österreicher“ (gegründet 1921, zuvor „Bund der Österreicher“, gegründet 1920) sowie die Österreichische Jugend- und Volksbewegung „Ottonia“, die beide im „Eisernen Ring“ (gegründet 1930) vertreten waren, einem Dachverband, dem um die 50 legitimistische Verbände angehörten. Die Veranstaltungen fanden in verschiedenen Lokalitäten statt. Dabei spielte vermutlich die Größe der Räumlichkeiten eine Rolle und nicht unbedingt die monarchistische Gesinnung der Betreiber.<sup>489</sup> Unter den Rednern fanden sich immer wieder dieselben Personen: Reichsführer Dr. Arthur Graf Polzer-Hoditz und sein Adjutant, der Badener Franz Schwanke, Oberleutnant Richard von Kiefhaber-Marzloff, der niederösterreichische Landesleiter der Ottonia, Reichsverbandsabgeordneter Adolf Hunca, oder der Badener Obmann der Ottonia, Johann Dorner.

Zu den „Stargästen“ zählten, um nur einige zu nennen, Ernst Freiherr von Klopp-Vogelsang<sup>490</sup>, Baron Popper-Podharagy,<sup>491</sup> der wirkliche geheime Rat Minister a.D. Freiherr Homann von Herimberg, Fürst Karl Emil Fürstenberg<sup>492</sup>, Oberst Baron Härtlein, Hans Karl Freiherr von Zeßner-Spitzenberg,<sup>493</sup> Fürst Schönburg-Hartenstein<sup>494</sup> und viele mehr. Auch das Haus Habsburg ließ sich blicken, Erzherzog Anton samt Gemahlin<sup>495</sup> sowie Erzherzog Georg.<sup>496</sup> Als „medialer Träger“ der monarchistischen Idee kann indirekt die BZ bezeichnet werden. Gestützt auf ein alt- und deutschliberales Erbe, berichtete die BZ regelmäßig über legitimistische Veranstaltungen. Die Berichterstattung war im Vergleich zum BVB ausführlicher. Zudem kamen blaublütige Autoren in der BZ öfter zum Einsatz. Aufsätze, Kolumnen und Rezensionen von Polzer-Hoditz über Kaiser Karl I.<sup>497</sup> oder von Feldmarschallleutnant Weihs-Tihanyi v. Mainprugg<sup>498</sup> bilden keine Seltenheit. Dem Buch „Otto von Habsburg. Ein ungelöstes europäisches Problem“ wird breiter Raum gewidmet, *weil das Buch nicht nur für überzeugte Monarchisten lesenswert ist und weil wir der Ansicht sind, dass die Äußerungen eines ehrlichen Vertreters einer bestimmten politischen Gesinnung auch für seine ehrlichen Gegner von Interesse sein müssen, da sie aus solchen Publikationen neue Gegenargumente schmieden können.*<sup>499</sup> Mit der Etablierung des Ständestaates stieg die Hoffnung sämtlicher Legitimisten auf die Restauration der Habsburger. Für die BZ sah es so aus, als würde der Weg geebnet, denn es wurden Bemühungen der Legitimisten und ihrer Organisationen propagiert.<sup>500</sup>

<sup>487</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.263.

<sup>488</sup> Vgl. Johannes THALER, Legitimismus – Ein unterschätzter Baustein des autoritären Österreich. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien 2013), S. 69-85, hier 69.

<sup>489</sup> Zu den am häufigsten genutzten Lokalitäten der Monarchisten zählten der „Badener Hof“ (Wassergasse 26), das Hotel „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16), das Restaurant „Brandner“ (Wassergasse 31), das „Batzenhäusl“ (Theaterplatz), das Hotel „Brusatti“ (Kaiser Franz Josef-Ring 15), das Restaurant „Schwanke“ (Palffygassee 27), der „Antonshof“ Antonsgasse 10-12, das Restaurant „Wichl“ (Jägerhausgasse 7), das Hotel „Schwarzer Bock“ (Pergerstraße 12), Gasthaus „Müller“/„zur Südbahn“ (Conrad v. Hötzendorfplatz 12a/13), ehemaliges Arbeiterheim, oder man traf sich bei den Schulschwestern in der Mariengasse bzw. im Gesellenhaus in der Valeriestraße 10.

<sup>490</sup> Vgl. BZ Nr.71 v. 06.09.1933, S.4.

<sup>491</sup> Vgl. BZ Nr.34 v. 28.04.1934, S.4.

<sup>492</sup> Vgl. BZ Nr.87/88 v. 01.11.1935, S.2.

<sup>493</sup> Vgl. BZ Nr.90 v. 09.11.1935, S.3.

<sup>494</sup> Vgl. BZ Nr.39 v. 15.05.1935, S.3.

<sup>495</sup> Vgl. BVB Nr.32 v. 07.11.1936, S.6.

<sup>496</sup> Vgl. BVB Nr.36 v. 05.12.1936, S.5.

<sup>497</sup> Vgl. BZ Nr.66 v. 19.08.1933, S.1.

<sup>498</sup> Vgl. BZ Nr.72 v. 09.09.1933, S.1.

<sup>499</sup> BZ Nr.3 v. 13.01.1932, S.2.

<sup>500</sup> Vgl. BZ Nr.26/27 v. 31.03.1934, S.2.



Auch wenn ideologische Überlappungen zwischen Monarchisten, Ständestaat und Austrofaschismus bestanden, die Sozialdemokratie konnte sich alles andere als für den Restaurationsgedanken erwärmen. Obwohl beide (SDAP und Monarchisten) antinationalsozialistisch eingestellt waren, war in der Zwischenkriegszeit der Feind meines Feindes nicht automatisch mein Freund – alte Feindschaften blieben aufrecht (BW Nr.35 v. 01.09.1933, S.12).

Laut BZ nahm die monarchistische Idee in Baden 1932 ihren Anfang. Anfänglich versammelten sich um die 30 Personen im „Batzenhäusel“, doch schon bald wurde der Saal zu klein. Wenig später strömten bereits um die 500 Personen ins Hotel „Brusatti“ (Kaiser Franz Josef-Ring 15)<sup>501</sup>, in allen Räumen mussten Lautsprecher aufgestellt werden, auch am 6. Februar 1936 im Hotel „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16) zeichnete sich dasselbe Bild. Neben Erzherzog Anton samt Gemahlin drängten sich Arbeiter in das überfüllte Hotel, äußerte sich die BZ überrascht und erfreut.<sup>502</sup> Vor dem Hotel marschierte unter der Führung von Leutnant Torowsky eine Ehrenkompanie der OSS im Stahlhelm auf, die schwarzgelbe Fahne wurde gehisst, und um acht Uhr schritt Erzherzog Anton die Front ab. Zweck dieser Veranstaltung war es, *die Herrlichkeit der Vergangenheit und den Weg in die Zukunft zu zeigen, den Weg für das neue Österreich, das letzte Stück des wahren Abendlandes zur Sicherung des Friedens und der Freiheit des Vaterlandes.*<sup>503</sup> Grundsätzlich bestand eine Zusammenarbeit legitimistischer Kreise mit den Christlichsozialen, aber auch mit den Heimwehren und dem Ständestaat, was die autoritäre Sichtweise weiter Teile der Aristokratie widerspiegelte. Zudem trug der Ständestaat zahlreiche Wesenszüge, die der Monarchie entsprachen – es war eine Überlappung der Ideologien.<sup>504</sup> Das aristokratische Auserwähltsein spielte eine große Rolle, der Adel als natürlicher Führer des Volkes – jedoch nicht nur um zu herrschen, sondern um zu schützen und zwar das Volk vor sich selbst bzw. vor der Demokratie.

<sup>501</sup> Der Redner Herzog Dr. Max von Hohenberg war damals überzeugt, dass das geschichtsträchtige Baden schon immer im Zeichen des Legitimus gestanden wäre. Er versicherte außerdem, dass die Legitimisten keine reaktionären Umstürzler seien, aber Österreich nur gesunden könne, wenn das angestrebte Programm erfüllt werde. Vgl. BVB Nr.10 v. 09.03.1935, S.2 und BZ Nr.19 v. 06.03.1935, S.4.

<sup>502</sup> Vgl. BZ Nr.12 v. 08.02.1936, S.2.

<sup>503</sup> BZ Nr.13 v. 12.02.1936, S.1.

<sup>504</sup> Die Wiedereinführung des Doppeladlers im Staatswappen oder die Streichung der Habsburgergesetze der Ersten Republik. Im Jahre 1937 kam es auch zur Gründung des „Referat für Traditionspflege“, das die legitimistischen Kreise in das neue System mit einbeziehen sollte. Vgl. THALER, Legitimus, 2013, S.71.

Denn *in der Demokratie drängt der innere Mechanismus der Führerbestellung dahin, dass der radikalere Führer den gemäßigten, der auf niederen Instinkten der Menge fußende Führer den auf Einsicht und Gedanken fußenden Führer verdrängt.*<sup>505</sup>

Der autoritäre Kurs des Regimes erfuhr dahingehend Zustimmung, dass innerhalb der legitimistischen Gruppierungen eine Straffung der Organisation angestrebt wurde. Am 24. März 1934 kündigte Polzer-Hoditz im „Badener Hof“ (Wassergasse 26) bei einer Veranstaltung der Ottonia an: *Es wird nun nicht mehr beraten, gewählt und abgestimmt, sondern ernannt, enthoben und angeordnet*, denn mit der alten Vereinsmeierei sollte nun Schluss gemacht werden.<sup>506</sup>

Ein weiteres Anliegen war die Bündelung der legitimistischen Kräfte. Zu diesem Zweck wurden die Badener „Ottoschützen“ dem „Reichsbund der Österreicher“ unterstellt und damit in den „Eisernen Ring“ aufgenommen. Die Ortsführung hatte provisorisch Franz Schwanke übernommen, und im Restaurant „Schwanke“ (Palfygassee 27-29) fanden allwöchentliche Zusammenkünfte statt.<sup>507</sup> Ein Jahr später ging die Ortsgruppenführung an den Architekten Willi Kieslinger über, während Franz Schwanke zum Bezirksleiter ernannt wurde, mit den Agenden eines Kreisleiterstellvertreters.<sup>508</sup>

## Eine geduldete und loyale Opposition

Die Situation der Legitimisten war zwiespältig. Man hatte einflussreiche Prominenz aufzuweisen und wurde als öffentlicher Kritiker des „deutschen Kurses“ der Regierung Schuschnigg zugelassen.<sup>509</sup> Das Juliabkommen wurde offen kritisiert, der Einfluss des Deutschen Reiches und des Nationalsozialismus angeprangert. Allerdings nutzte es wenig, die Regierung ließ sich nicht umstimmen, und mit dem Juliabkommen verloren die Legitimisten zusehends an Einfluss. Auch das zentrale Anliegen, die Wiedererrichtung der Monarchie, wurde von der Regierung nicht weiterverfolgt. In den Augen Schuschniggs war es inaktuell, aber nicht grundsätzlich vom Tisch. Erst wenn Österreich konsolidiert sei und es die außenpolitischen Gegebenheiten zuließen, würde die Restauration der Monarchie auf die Agenda kommen.<sup>510</sup>

Wie so oft gaben die Medien ein anderes Bild wieder. Am 11. November 1936 berichtete die BZ über eine überfüllte legitimistische Veranstaltung im Hotel „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16) und betonte, dass klassenübergreifendes Interesse und Begeisterung vorherrschten. Neben dem Adel fanden sich Arbeiter und Arbeitslose ein, die die Restaurierung der Habsburger unterstützen wollten.<sup>511</sup> Hier gingen die Meinungen weit auseinander, denn den Sitzungsprotokollen der Badener Hauptgruppe der VF ist zu entnehmen, dass die Menschen an Themen wie der Wiedereinführung der Monarchie wenig Interesse zeigten, stattdessen lag der Fokus auf der Lösung wirtschaftlicher Probleme.<sup>512</sup> Das BVB schrieb wiederum, dass die Legitimisten an Zulauf gewannen. So wurde für die Veranstaltung vom 3. Dezember 1937 (unter dem Vorsitz Prinz Johanns von und zu Liechtenstein) empfohlen, sich aufgrund möglichen Platzmangels früh einzufinden.<sup>513</sup>

Dass der Zusammenarbeit zwischen Legitimisten und der VF Grenzen gesetzt waren, wurde im Juli 1936 bei einem Bezirksappell deutlich. Im Landesbefehl Nr. 6 vom 11. Mai 1936 hieß es: *Die Übernahme von Funktionen im „Eisernen Ring“ durch Amtswalter der Vaterländischen Front ist nicht erwünscht, wenn die Bestellung lediglich deshalb erfolgen soll, weil die Erwählten bei ihrer Tätigkeit innerhalb der Vaterländischen Front eine größere Werbetätigkeit für den ‚Eisernen Ring‘ entfalten könnten, als ob der Werbeapparat der Vaterländischen Front und der des ‚Eisernen Ringes‘ identisch seien.*<sup>514</sup>

Ein Kritikpunkt der Legitimisten war das Fehlen einer eigenen Vertretung innerhalb der VF, während die „betont Nationalen“ über ein eigenes Referat verfügten. Erst 1937 kam es zur Schaffung des Traditionsreferates, als dessen politischer Vertreter Friedrich Ritter von Wiesner auftrat.<sup>515</sup> Das Referat sollte altösterreichische und vaterländische Traditionen propagieren/kombinieren, das Alte mit dem Neuen verbinden. In der Realpolitik blieb das Re-

<sup>505</sup> SPANN, Der wahre Staat, 1972, S.126.

<sup>506</sup> BZ Nr.26/27 v. 31.03.1934, S.5f.

<sup>507</sup> Vgl. BZ Nr.12 v. 09.02.1935, S.3.

<sup>508</sup> Vgl. BZ Nr.20 v. 07.03.1936, S.3.

<sup>509</sup> Vgl. PRINZ, Politische Herrschaft in Niederösterreich, 2008, S. 71.

<sup>510</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.267f.

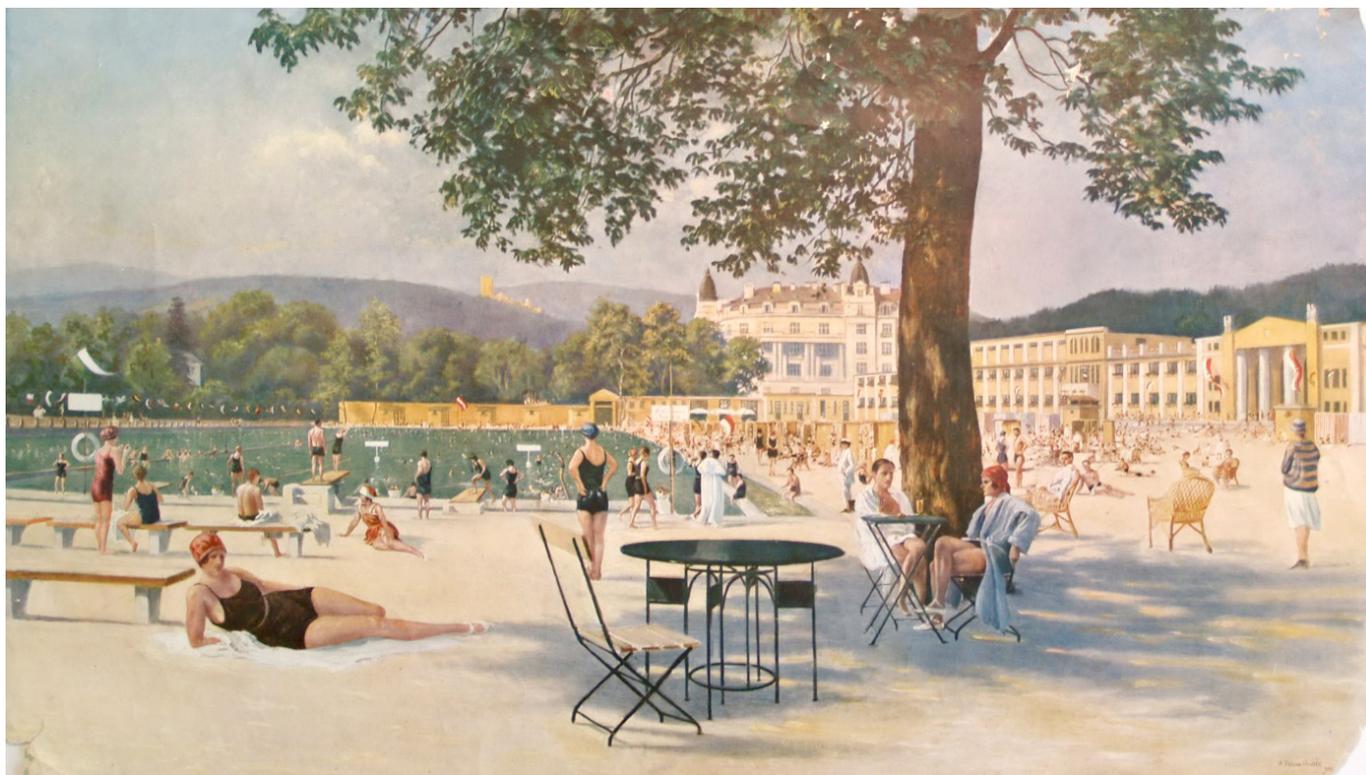
<sup>511</sup> Vgl. BZ Nr.90 v. 07.11.1936, S.2

<sup>512</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147, S.32.

<sup>513</sup> BZ Nr.97 v. 08.12.1937, S.2.

<sup>514</sup> BZ Nr.55 v. 08.07.1936, S.2.

<sup>515</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.263.



ferat allerdings bedeutungslos, der Aufbau ging schleppend voran. Zeßner-Spitzenberg, der mit der Leitung betraut wurde, machte daraus kein Hehl.<sup>516</sup> Das führte bei den Legitimisten zu weiterem Frust, der ohnehin bereits groß war. Das Entgegenkommen der Regierung gegenüber dem Nationalsozialismus sorgte in legitimistischen Kreisen für Enttäuschung, Empörung und Wut. Am 3. Dezember 1937 sprach sich der Propagandachef des „Reichsbundes der Österreicher“ und letzte Sekretär Kaiser Karls I., Hauptmann a.D. Karl Freiherr von Werkmann, für die Wiedereinführung der Monarchie aus, um damit Österreich innen- wie außenpolitisch zu stärken. Er verurteilte die modernen Diktaturen – nur die Habsburger könnten die Zukunft mit der glorreichen Vergangenheit vereinen und den Nationalsozialisten Paroli bieten. Der Jugendführer cand. jur. August Lovrek sprach von Austronazis, die die Gehirne etlicher Mitbürger verwirrt hätten, und verlangte, dass Österreich österreichische Politik betreiben und österreichische Methoden anwenden sollte. Der politische Führer der Monarchisten, Minister a.D. Friedrich Ritter v. Wiesner, betonte die Verbundenheit zu Seipel und Dollfuß; die Legitimisten stünden hinter der VF und ihren vaterländischen Ideen, sie pflegten aber zusätzlich den Restaurationsgedanken.<sup>517</sup> Und weil die Legitimisten zu hundert Prozent aus Österreichern bestünden, könnten sie auch sachliche Kritik an dem System üben: *Ich möchte hier gleich von diesem Recht Gebrauch machen und dagegen Verwahrung einlegen, dass in Österreich Hitlers Buch ‚Mein Kampf‘ freigegeben wurde, dagegen aber die Anti-Hitler-Literatur in Österreich verboten wurde.*<sup>518</sup>



Dr. Arthur Graf Polzer-Hoditz (1870 – 1945) war in Baden ein engagierter Vertreter des Legitimus. Bekannt wurde er nicht nur als Militär und Politiker, sondern auch als Maler, zumindest für das Badener Publikum. Eines seiner Werke zeigt das Strandbad bei seiner Eröffnung 1926. Gestorben ist Polzer-Hoditz in Baden (Foto: StA B).

<sup>516</sup> Vgl. ebd. S.167.

<sup>517</sup> Vgl. BVB Nr.50 v. 11.12.1937, S.1.

<sup>518</sup> BZ Nr.97 v. 08.12.1937, S.2.



Hauptplatz von Baden. Zweites Haus von rechts, Hotel „Stadt Wien“. Dort fanden unabhängig von der politischen Ideologie zahlreiche Veranstaltungen statt – Sozialisten, Monarchisten, Großdeutsche, Christlichsoziale und Nationalsozialisten gingen hier ein und aus (Foto: StA B).

Die wahrscheinlich letzte große legitimistische Veranstaltung in Baden fand am 11. Jänner 1938 im „Müller“ (ehemaliges Arbeiterheim) statt, an der auch Hahn, Woisetschläger und Doblhoff teilnahmen. Pfarrer Sieber (Brunn) sah die Zukunft Österreichs ausschließlich unter dem Zepter der Habsburger denkbar und klagte über das Unrecht, das Kaiser Karl angetan wurde. Kreisleiter Oberleutnant v. Kiefhaber-Marzloff erklärte, dass unter den Legitimisten einige der besten und treuesten Österreicher seien, und forderte die Treue der VF zum Vaterland. Man wolle kein Geld aus Moskau oder Berlin, und auch verkappte Nazis und Kommunisten sollten aus der VF entfernt werden; und bezüglich der Restaurierung der Habsburger: *Tragen sie den völkerversöhnenden, völkerverbindenden Kaisergedanken tief in das Herz des Volkes, umso mehr, als die Habsburgeridee kein Politikum, sondern eine Frage des Anstandes und der Vernunft ist.*<sup>519</sup> Die Veranstaltung verlief laut BVB würdevoll, auch wenn es zu nationalsozialistischen Störaktionen kam. Das BVB war zufrieden und stellte fest, dass der Kaisergedanke tief sitze und die Massen ergriffen habe. Ins gleiche Horn stieß die BZ. Die Versammlung wurde mit den Rufen geschlossen: *Wir wollen die Unabhängigkeit Österreichs, wir wollen den Kaiser!*<sup>520</sup>

<sup>519</sup> BVB Nr.3 v. 15.01.1938, S.3.

<sup>520</sup> Vgl. BZ Nr.5 v. 15.01.1938, S.3.

# Die versuchte Etablierung eines Ständestaates. Maiverfassung 1934 – Juliabkommen 1936

*Demokratie gleicht dem Urgemenge vor der Erschaffung der Welt,  
ständische Gliederung gleicht der Harmonie und Ordnung nach ihrer Vollendung.*<sup>521</sup>

Othmar Spann, Der wahre Staat

Am 1. Mai 1934 war es endlich so weit, die neue Verfassung wurde publik gemacht, der Ständestaat war kodifiziert – Aufbruchsstimmung in ein neues Zeitalter. Doch es dauerte nicht lange, und Enttäuschung machte sich breit. Die Verwirklichung des Ständestaates, die Stände, das neue Österreich blieben größtenteils in Ansätzen stecken, die Theorie dominierte, die praktische Umsetzung hinkte weitgehend nach.

Die Legitimierung des Ständestaates sollte nicht vom Volk ausgehen. Die hierarchische Struktur sah keine Partizipation des Staatsbürgers vor. Seine Interessen wurden „von oben“ gewahrt. Einfluss und Gestaltungsmöglichkeit sollte der Staatsbürger nur in und durch die Berufsstände haben.<sup>522</sup> Doch selbst dieser Einfluss auf die Gesetzgebung war theoretisch, die Stände und die Räte hatten nur beratende Funktion, die Musik machte die Regierung. Zwischen 1934 und 1938 wurden von 713 Bundesgesetzen nur 165 nach der ordentlichen Gesetzgebung beschlossen, während man bei den restlichen 538 das Selbstermächtigungsgesetz heranzog, durch das eine Kooperation mit den beratenden Institutionen nicht nötig war.<sup>523</sup> Die faktische Machtlosigkeit der Stände fußte unter anderem auch auf unklaren und vagen Formulierungen der Mai-Verfassung 1934. Die nebulösen und sich teilweise widersprechenden Formulierungen machten es der ohnehin rückwärtsgewandten und konstruierten Ständegesellschaft unmöglich Realität zu werden. Es herrschte eine weite Kluft zwischen Theorie und Praxis, durch etliche Aussagen führender Protagonisten belegt. Beliebte Sprüche waren: „Wir sind noch nicht dort, wo wir sein sollten!“

Währenddessen wuchs die reale Macht des Nationalsozialismus. Beinahe täglich kam es zu Terroranschlägen, und der Juliputsch 1934 tötete Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. Es folgte eine kurze Zeit der Entspannung, die im Juliabkommen 1936 mit dem Deutschen Reich mündete. Das Abkommen wurde der österreichischen Bevölkerung als ein Meilenstein in der Beziehung der beiden „Bruderstaaten“ verkauft, als der lang ersehnte Frieden zwischen zwei deutschen Staaten. In Wirklichkeit war es nur ein weiterer Schritt zur Zersetzung des ohnehin unfertigen Ständestaates. Allerdings nicht mehr mit Bomben und Böllern, sondern durch subtile, aber augenscheinliche Unterwanderung durch nationalsozialistische Kräfte.

Diese gesamtstaatliche Entwicklung wird auch in Baden sichtbar. Enthusiasmus am Anfang, gefolgt von Skepsis, dann die immer lauter werdende Kritik aus den eigenen Reihen sowie der nicht aufgehörende Terror der NSDAP. Doch zuerst galt es, den Ständestaat auf die unterste Verwaltungsebene zu transferieren.

## **Aus dem Gemeinderat wird der Gemeindetag.**

### **Umgestaltungen, Ergänzungen, personelle Veränderungen in der Gemeinde**

Wie so viele Diktaturen hatte es sich der Ständestaat zur Aufgabe gemacht, das Rad neu zu erfinden. Bestehende Institutionen erhielten einen neuen Namen, Aufgabenbereiche wurden verändert, Kompetenzen verschoben, neue geschaffen, Schaltstellen eingefügt, Funktionen umbenannt. Auf Gemeindeebene stechen die Namensänderungen ins Auge. So lesen wir in der Verfassung des Bundesstaates Österreich vom 24. April / 1. Mai 1934:

Artikel 126. (1): *Die Organe der Ortsgemeinden sind der Gemeindetag und der Bürgermeister. Durch Landesgesetze kann dem Bürgermeister ein Gemeinderat an die Seite gestellt werden, der aus höchstens fünf Mitgliedern (Gemeinderäten) bestehen darf. Die Gemeinderäte (Stadträte) werden vom Gemeindetag aus den Mitgliedern (Gemeindevertretern) gewählt. Ihr Wirkungsbereich wird durch Landesgesetze bestimmt.*

<sup>521</sup> SPANN, Der wahre Staat, 1972, S.314.

<sup>522</sup> Vgl. TÁLOS, MANOSCHEK, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus, 2012, S. 126.

<sup>523</sup> Vgl. ebd. S. 133.



Alois Beck (1886 – 1974) war von 1921 bis 1934 christlichsozialer Gemeinderat, dann bis 1938 Gemeindevertreter, zwischen 1933 und 1938 B.O. Bezirksleiter. Nach 1945 Bundesinnsensmeister der Dachdecker 1947 bis 1962 und Präsident der internationalen Dachdeckerföderation 1962 bis 1966 (StA B, Biographisches Archiv).

tiv wirkte sich die Kontinuität aus, der „schwarze“ Gemeinderat blieb eine loyale Stütze der neuen und zugleich alten Machthaber. Andererseits konnte in den zuvor „roten“ Gemeinden, in denen die gesamte Stadtführung ausgetauscht werden musste, die neue Stadtverwaltung im ständischen Sinne beschickt werden. Das war in Baden nicht der Fall. Hier blieben die alten christlichsozialen Eliten (23 Personen) im Amt. Ihnen sollten erst später acht Vertreter der „ständestaatlichen Ordnung“ gegenüberstehen.

Es kam nur zu einer Ergänzungswahl in der Vertraulichen Gemeinderatssitzung vom 30. Juni 1934 – der Disziplinarausschuss musste ergänzt werden. Neun Mitglieder wurden gebraucht. Schon dabei waren Julius Hahn, Friedrich Bernhofer, Rudolf Woisetschläger, Richard Kurtics. Neu hinzu kamen: Georg Gehrler, Alois Berger, Otto Sulzenbacher, Alois Beck und Robert Schmidt. Ersatzmitglieder waren: Karl Höld, Karl Pazeller, Rudolf Stricker, Adalbert Seyk, Franz Schwabl und Johann Buchhart.<sup>525</sup>

Erst in der Gemeinderatssitzung vom 24. Juli 1934 verlas Kollmann das Bundesverfassungsgesetz betreffend die Neubesetzung fehlender Gemeindevertreter durch den Landeshauptmann sowie die am Anfang des Kapitels erwähnten Namensänderungen (obwohl seit dem 1. Mai drei Gemeinderatssitzungen stattgefunden hatten). So wurde der Gemeinderat (Körperschaft) zum Gemeindetag, die Geschäftsführenden Gemeinderäte zu „nur“ Gemeinderäten, die ehemaligen Gemeinderäte zu Gemeindevertretern und der Vizebürgermeister zum Bürgermeisterstellvertreter, nur der Bürgermeister blieb Bürgermeister.<sup>526</sup>

<sup>524</sup> Vgl. Helmut WOHNOUT, Die Verfassung 1934 im Widerstreit der unterschiedlichen Kräfte im Regierungslager. In: Ilse REITER-ZATLOUKAL Christiane ROTHLÄNDER et al. (Hgg.): Österreich 1933 – 1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime (Wien 2012), S. 17-30, hier 26.

<sup>525</sup> Vgl. StA B, GB/3g/13, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 7. Feber 1934 – 12. Dez. 1934, S.49.

<sup>526</sup> Vgl. StA B, GB/3f/14, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 7. Feber 1934 – 27. Dez. 1934, S.119.

In unserem Fall ist auch die Stellung des Bürgermeisters von Interesse, da Kollmann in der Badener Zwischenkriegszeit eine zentrale Figur darstellt.

Artikel 130. (1) *Der Gemeindetag wählt den Bürgermeister. Er ist bei der Wahl nicht auf seine Mitglieder beschränkt, kann aber nur eine Person wählen, die zum Gemeindetag entsendbar ist und das 26. Lebensjahr vollendet hat [...].*

Durch die neue Verfassung wählte nun der Gemeindetag den Bürgermeister, der vom Bezirkshauptmann bestätigt werden musste (in Statutarstädten durch den Landeshauptmann). Ein weiteres Novum bestand darin, dass der Bundespräsident, nach einem Dreivorschlag der Bundesversammlung, durch die Bürgermeister Österreichs gewählt wurde. Die Amtsperiode betrug sieben Jahre.<sup>524</sup>

Anders als in Wien und in anderen SDAP-dominierten Gemeinden, wo im Februar 1934 die gesamte Stadtführung ausgetauscht werden musste, befand sich die Badener Stadtverwaltung größtenteils in christlichsozialer/bürgerlicher Hand. Eine Ergänzungswahl für den Badener Gemeinderat, aufgrund des Ausscheidens der SDAP-Mandatare, war daher nicht notwendig, auch musste kein Verwaltungskommissar eingesetzt werden (wie in einigen „roten“ Gemeinden), da die Beschlussfähigkeit noch immer gegeben war. Mit der Verabschiedung der Mai-Verfassung hielten sich die Veränderungen im Badener Gemeinderat noch einigermaßen in Grenzen.

Das hatte für die Etablierung des neuen politischen Systems positive und negative Begleiterscheinungen. Positiv



Leopold Breinschmidt (1905 – 1980) war in seiner Jugend Mitglied des Reichsbundes der katholisch-deutschen Jugend, der Christlich-deutschen Turner und zugleich tätig in mehreren Organisationen, die sich den Interessen der Bauern und Hauer widmeten (Bauernbund, Wintergenossenschaft). Er war Gemeindevertreter von 1935 bis 1938. Nach dem Anschluss wurde er aller seiner Funktionen enthoben, 1941 zwangsrekrutiert und am 23. Juni 1943 in Russland schwer verwundet (Lungendurchschuss). Von 1945 bis 1960 ÖVP-Gemeinderat, davon 1950 bis 1960 Vizebürgermeister, Bundesrat von 1945 bis 1948 (Vgl. StA B, Biographisches Archiv; Foto: Privatarchiv Fam. Märzweiler).

Richard Kurtics (geb. 1885, Direktor), Wladimir Mikunda (1904, Elektrizitätsarbeiter), Dr. Wilhelm Malaniuk (geb. 1906, Jurist), Karl Pazeller (geb. 1899, Fachlehrer), Josef Prechtl (geb. 1875, Weinbauer), Richard Putz (geb. 1892, Gastwirt), Vilma Schlick-Bolfras (geb. 1879, Private), Franz Schwabl (geb. 1881, Weinbauer), Franz Schreiber (unter diesem Namen finden sich im Stadtarchiv Baden drei Personen – eindeutige Zuordnung nicht möglich), Rudolf Stricker (geb. 1882, Schlossermeister), Dr. Franz Trenner (geb. 1864, Arzt), Rudolf Woisetschläger (geb. 1886, Bundesbeamter)<sup>529</sup>

In den Gemeindegtag geladen wurden die neuen Gemeindevertreter für die Sitzung vom 9. Jänner 1935. Kollmann begrüßte sie wärmstens und forderte sie zur Mitarbeit auf.<sup>530</sup> Der Badener Gemeindegtag bestand von nun an aus 31 Gemeindevertretern und zwei Schriftführern, bei der letzten Gemeinderatswahl 1929 waren es noch 39 gewesen. Die Konstituierung des neuen Gemeindegtages beschrieb die BZ im Jänner 1935 wie folgt: *Damals wurde gerne die politische Zugehörigkeit betont, die einzelnen Fraktionen suchten untereinander wenig persönliche Berührung. Diesmal*

<sup>527</sup> Vgl. ebd. S.162. Im BVB waren die Namen der acht neuen Gemeindegmitglieder bereits im Oktober 1934 aufgelistet, und im November wurden die neuen Rechte und Pflichten der Gemeinde erläutert. Vgl. BVB Nr.42 v. 20.10.1934, S.2, und BVB Nr.44 v. 03.11.1934, S.1.

<sup>528</sup> Richard Putz (1892 – 1956) war Hotelier und Pensionsbesitzer, Gemeindevertreter von 1934 bis 1938, dann ÖVP-Gemeinderat und Stadtrat von 1945 bis zu seinem unerwarteten Tod 1956. Vgl. StA B, Biographisches Archiv.

<sup>529</sup> Berufe und Geburtsdaten sind teilweise der Wahlkundmachung von 1929 entnommen. Das Durchschnittsalter der Gemeindegmitglieder lag bei ungefähr 52 Jahren. Der Jüngste war 29, der Älteste 71. Vgl. StA B, Plakatsammlung/Mappe Kundmachungen 1920-1955.

<sup>530</sup> Vgl. StA B, GB/3f/15, Öffentliche Gemeindegratsprotokolle 9. Jänner 1935 – 19. Dez. 1935, S.2.

Die Ergänzung des Gemeindegrates im ständestaatlichen Sinn verlas Kollmann in der Gemeindegratsitzung vom 27. Dezember 1934<sup>527</sup> (fünf Monate nach Inkrafttreten der Mai-Verfassung). Ernannt wurden:

Leopold Breinschmidt (Weinbauer), Stand: Land- und Forstwirtschaft

Baron Dr. Heinrich Doblhoff-Dier (Gutsbesitzer), Stand: Land- und Forstwirtschaft

Dr. Franz Eckert (Rechtsanwalt), Stand: Freie Berufe

Dr. Wilhelm Malaniuk (Bezirksrichter), Stand: öffentliche Dienste

Franz Schreiber (Maurer), Stand: Gewerbe

Alexander Eisler (Nachtportier), Stand: Gewerbe

Julius Janisch (Anstreicher), Stand: Gewerbe

Richard Putz<sup>528</sup> (Gastwirt), Stand: Gewerbe

Damit ergab sich folgende Zusammensetzung des Gemeindegtages:

Bürgermeister: Josef Kollmann (geb. 1868, Kaufmann)  
Bürgermeisterstellvertreter: Dr. Julius Hahn (geb. 1890, Rechtsanwalt)

Gemeindegmitglieder: Dr. Otto Sulzenbacher (geb. 1881, Gymnasialdirektor), Alois Berger (geb. 1865, Verwalter), Alois Beck (geb. 1885, Dachdeckermeister), Georg Gehr (geb. 1884, Fuhrwerker), Robert Schmidt (geb. 1878, Baumeister), Adalbert Seyk (geb. 1874, Baumeister), Anton Schilcher (geb. 1872, Kaufmann)

Gemeindegvertreter: Friedrich Bernhofer (geb. 1876, Finanzkommissär), Johann Buchhart (geb. 1870, Postangestellter), Leopold Breinschmidt (geb. 1905, Weinbauer), Dr. Heinrich Doblhoff-Dier (geb. 1894, Gutsbesitzer), Louise Ecker (geb. 1888, Näherin), Alexander Eisler (geb. 1889, Nachtportier), Dr. Franz Eckert (geb. 1895, Jurist), Leopold Fahnler (unter diesem Namen finden sich im Stadtarchiv Baden drei Personen – eindeutige Zuordnung nicht möglich), Dr. Karl Höld (geb. 1879, Arzt), Julius Janisch (geb. 1900, Anstreicher),

standen die Gemeinderäte in Gruppen plaudernd beisammen, schlossen untereinander Bekanntschaften. [...] Die Scheidung in „Rechts“ und „Links“, Mehrheit und Minderheit, Zustimmung und Oppositionelle fällt weg [...] Die Galerie ist gut besucht. Allerdings, es fehlt die erregende Spannung, die in den von politischen und oft auch persönlichen Gegensätzen erfüllten früheren Jahren so häufig bis in den Badener Gemeinderatssaal drang.<sup>531</sup>

Mit anderen Worten, wir finden eine harmonische Langeweile vor. Doch für Zündstoff war gesorgt. Der Badener Historiker Hans Meissner äußert sich über die Neuen im Gemeindegtag: *Die neuen Vertreter waren, was Sachfragen anbelangt, erwartungsgemäß konformistisch, dafür als Persönlichkeiten zu ausgeprägt, um nur passiv dazusitzen und gelegentlich mit Ja abzustimmen.*<sup>532</sup> Eigenwilligkeit und Polemik waren diesen Persönlichkeiten nicht unbekannt, sie traten auch für „berufsständische“ Interessen ein. Aber auch Kollmann war eine eigenwillige Persönlichkeit. Obendrein hatte er in der letzten Gemeinderatssitzung der Ersten Republik verkündet, dass sowohl er als auch die Badener dagegen seien, dass irgendwer von außerhalb eingesetzt werde.

Mit den Veränderungen auf politischer Ebene erfolgten Eingriffe in die staatliche Verwaltung. Die Justiz, der Sicherheitsapparat, die Lehrerschaft usw. wurden von unzuverlässigen Beamten gesäubert.

Im Falle der Bezirkshauptmannschaft Baden kam es im Jahre 1934 zu einer personellen Veränderung an der Spitze, doch handelte es sich in dem Fall um keine Säuberung, sondern um eine Beförderung: Bezirkshauptmann Dr. Adolf Pilz wurde 1934 in den Bundesgerichtshof berufen. Vom 3. November 1936 bis zum 16. Februar 1938 war er sogar Justizminister.<sup>533</sup> Ein Beispiel für politisch systemübergreifende Kontinuität bewies sein Nachfolger, Baron und wirkl. Hofrat Carl Rupprecht von Virtsolog. Geboren wurde er am 5. August 1888 in Baden, trat 1913 in den Verwaltungsdienst der Österreichisch-Ungarischen Monarchie ein. Seine Stationen waren Wien, Wr. Neustadt, Neunkirchen. In der Ersten Republik war er in Mödling und ab 1924 in Baden tätig. Sein Aufgabenbereich umfasste das Gewerbe- und Sozialversicherungsreferat, er war Aufsichtskommissar der Gebietskrankenkasse Baden und Anwalt der Bezirkslehrer-Disziplinarcommission.<sup>534</sup> Bezirkshauptmann blieb er bis zum Ende des Ständestaates 1938. Es folgte der Ruhestand mit zwei Dritteln seiner Bezüge.



Dr. Franz Eckert (1895 – 1954) war Rechtsanwalt und vertrat im Badener Gemeinderat von 1935 bis 1938 den Berufsstand Freie Berufe. Er trat außerdem als Rechtsreferent des N.Ö. Heimatschutzes auf und hatte mehrere Funktionen der Badener VF auf Bezirksleitungsebene: Werbeleitung, Fahrkorpsreferent sowie Pressereferent (Foto: Privatarhiv Fam. Eckert).

<sup>531</sup> BZ Nr.4 v. 12.01.1935, S.3.

<sup>532</sup> Vgl. MEISSNER, Josef Kollmann, 2000, S.188.

<sup>533</sup> Vgl. BZ Nr.90 v. 07.11.1936, S.1.

<sup>534</sup> Vgl. BZ Nr.68 v. 25.08.1934, S.3.

Etwaige Beschuldigungen gegen ihn konnten jedoch nicht aufrecht erhalten werden. Er wurde wieder eingestellt und der Reichsstatthalterei Niederdonau zugewiesen. Am 14. April 1945 wurde er von den sowjetischen Streitkräften zum provisorischen Bezirkshauptmann bestellt, bis er dann 1946 bis 1953 „tatsächlicher“ Bezirkshauptmann wurde.<sup>535</sup> Somit diente dieser Mann der Monarchie, der Ersten Republik, dem Ständestaat, den Nationalsozialisten, der sowjetischen Besatzungsmacht und schließlich der Zweiten Republik.

Im Bereich der Polizei bzw. des gesamten Sicherheitsapparates wurde die Länderkompetenz zurückgedrängt, eine Zentralisierung wurde angestrebt. Nach dem März 1933 und vor allem 1934 gipfelte diese Entwicklung darin, dass die Bundespolizeibehörden unmittelbar dem Kanzler unterstellt wurden (eine für eine Diktatur typische Entwicklung).<sup>536</sup> Es kam zu einer Disziplinierung der Polizei, nicht ohne Grund, wie sich herausstellen sollte. Schätzungen gehen davon aus, dass unter den Offizieren 40 bis 50 Prozent und im Gesamten etwa 10 – 20 Prozent der Polizei Sympathisanten der NSDAP waren.<sup>537</sup>

Nicht anders sah es in Baden aus. Der Wachmann Josef Heitzer war 1919 der Polizei beigetreten, ab dem Jahre 1935 war er illegales Mitglied der NSDAP und der SS. Mit drei weiteren Polizeikameraden unterwanderte er die Badener Sicherheitsbehörden, zahlreiche Polizeiaktionen gegen Nationalsozialisten wurden verraten.<sup>538</sup> Dem gegenüber stand Alois Klinger. Geboren 1875 in Tattenitz (Mähren), wurde er 1907 Bezirksgendarmerie-Kommandant von Baden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er am 1. Dezember 1919 Kommandant der Stadtpolizei Baden. Die Jahre 1933/34 führten zu keinerlei Änderung, erst 1938 wurde er in den Ruhestand unter Entfall seiner Ruhebezüge entlassen.<sup>539</sup>



Carl Rupprecht von Virtsilog (1888 – 1958, (Foto: Viktor WALLNER, *Russen, Bäder und Casinos. Baden von 1945 bis 1995* (Baden 1995), Bildteil).



Alois Klinger (1875 – 1964) (Foto: Privatarchiv Fam. Prokopp).



Josef Heitzer (Foto: StA B).

<sup>535</sup> Vgl. Bezirkshauptmannschaft Baden. Festschrift zur Eröffnung des neuen Amtsgebäudes (Baden 1964), S.20, und StA B, Biographisches Archiv.

<sup>536</sup> Vgl. TÁLOS, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem*, 2013, S.231.

<sup>537</sup> Vgl. ebd. S.237f.

<sup>538</sup> Vgl. Rudolf MAURER, *Die Badener Stadtpolizei von 1811 bis 1955*. In: *200 Jahre Stadtpolizei Baden 1811-2011*, Festschrift, S.42.

<sup>539</sup> Vgl. ebd. S.46.

## ***Verehrter Gemeindegast! Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß ist nicht mehr.*** **Terroristische Aktivitäten der Nationalsozialisten zwischen 1934 und 1936 in Baden**

Trotz Zensur und repressiven Maßnahmen gegenüber Regimegegnern konnte österreichweit, wie auch in Baden, der nationalsozialistische Terror nicht eingedämmt werden. Warnungen der BH Baden, adressiert an Kollmann, belegen dies deutlich. Am 9. Juni 1934 wurden aufgrund der Verhaftung nationalsozialistischer Parteigänger Vergeltungsmaßnahmen der NSDAP befürchtet. Ins Visier sollten öffentliche Gebäude kommen, als Drahtzieher dieser Aktionen galt ein nationalsozialistischer Führer namens Rauter aus Wien.<sup>540</sup> Ein Hinweis vom 14. Juni 1934 machte auf den 18. und 19. Juni 1934 aufmerksam, Jahrestag des NSDAP-Verbotestages – Terroranschläge wurden vermutet.<sup>541</sup> Zwei Tage später informierte die BH Baden Kollmann, dass am 19. Juni 1934 die NSDAP vorhabe, Hakenkreuze in den Fenstern aufzustellen, Klebe- und Malaktionen durchzuführen, in ganz Österreich das Licht auszuschalten sowie die Gräber der verstorbenen Anhänger zu schmücken und zu besuchen.<sup>542</sup> Zugleich wurde die Bewachung des Sanatoriums „Esplanade“ von 20.30 bis 1.30 Uhr angeordnet. Es kam zu Klagen, dass Motorräder und Autos, obwohl verboten, um das Haus herum fahren und dadurch die Nachtruhe der ausländischen Kurgäste stören würden, was wiederum ein schlechtes Licht auf den gesamten Kurort werfen würde.<sup>543</sup> Kollmann als der Hauptadressat solcher Schreiben erhielt auch Informationen von einem gewissen Wilhelm Steiner, der in Wöllersdorf interniert war: Er unterrichtete den Badener Bürgermeister über die Aktivitäten der Nationalsozialisten im Anhaltelager Wöllersdorf.<sup>544</sup> Die nicht unberechtigte „Terror- bzw. Anschlagsneurose“ der damaligen Zeit führte zu skurrilen Verdächtigungen, Überwachungen und Nachforschungen. Am 16. April 1934 sagte der Hellseher „To Rhama“ (Louis Rosenstein) im Beethovenkino einen Anschlag voraus. Er schilderte, dass am 22. Juni 1934 im Kurpark ein Schuss oder eine Detonation zu hören sein würde. Weiters erschienen ihm ein im Rasen kriechender Mann sowie eine Frau, ca. 35 Jahre alt, mit langem blauem Mantel und schwarzem Hut mit einem Reiher.<sup>545</sup> Tatsächlich wurden Nachforschungen angestellt! Verdächtig war auch das Treiben eines gewissen Löntzinger, der durch ein Fenster der Klosettanlage im Rathaus mit den dort inhaftierten Nationalsozialisten Kontakt aufgenommen hatte – Spionagealarm!<sup>546</sup>

Die Terroraktionen der NSDAP in Baden waren größtenteils Böllerwürfe, Sprengungen, Malaktionen und das Ausstreuen von Flugzetteln. Publikumswirksam war am 8. Juni 1934 um halb 10 abends das Abbrennen eines 4 x 4 Meter großen Holzhakenkreuzes in der Nähe der Faberhöhe, was vom Rainerring aus gut zu sehen war. Zwei Tage später wurde im Helenental, oberhalb der Gutmann'schen Besitzungen, beim Eipeldauerkreuz ein Hakenkreuz entzündet, diesmal ein kleineres, 1 Meter Durchmesser, gepaart mit einer heftigen Detonation. Dabei handelte es sich um keinen einfachen Böller, man ging von Dynamit aus.<sup>547</sup> Am 11. Juni 1934 kurz vor zehn Uhr wurde eine Parkbank im Kurpark beim Promenadenweg (vom Lanner-Strauß-Denkmal zum Beethoventempel) in die Luft gesprengt. Aufgrund des milden Wetters befanden sich Personen vor Ort, verletzt wurde niemand.<sup>548</sup>

Bereits vor dem Juliputsch finden sich in den Badener Polizeiakten zahlreiche Anzeigen und Verurteilungen von Nationalsozialisten. Großteils sind es Vergehen wie Heil Hitler-Rufe oder das Pfeifen des Horst Wessel-Liedes. In solchen Fällen wird oftmals eine alkoholische Beeinträchtigung angeführt, was Strafminderung nach sich ziehen konnte.<sup>549</sup> In anderen Fällen wurde der Beschuldigte zu 48 Stunden Arrest verurteilt.<sup>550</sup> Immer noch aktuell waren Hausdurchsuchungen. Illegale Zeitschriften<sup>551</sup> oder Material zur Herstellung von Sprengkörpern<sup>552</sup> fielen den Behörden immer wieder in die Hände.

Die nicht enden wollende Terrortätigkeit der NSDAP verlangte nach einem Ortsschutz. Der Landesbefehl Nr. 13 vom 13. Juni 1934 informierte die zuständigen Personen.<sup>553</sup> Für den Ortsschutz war ein Mindestalter von 18 Jahren erforderlich, konnte aber unterschritten werden – blickt man in die Richtlinien für die Aufstellung eines Ortsschutzes<sup>554</sup>,

<sup>540</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.58.

<sup>541</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.61.

<sup>542</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.62.

<sup>543</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.67.

<sup>544</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.20.

<sup>545</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1934, f.2.

<sup>546</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.24.

<sup>547</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1934, f.4.

<sup>548</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1934, f.8.

<sup>549</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.4.

<sup>550</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.16.

<sup>551</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.8 und 9.

<sup>552</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.18.

<sup>553</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.59.

<sup>554</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.60.

ist diese Bestimmung nicht enthalten. Der Dienst mit der Waffe ist sogar erst mit 21 erlaubt. Die Ortsgruppenleiter der VF sollen sich dafür mit den zuständigen Sicherheitsbehörden und dem Bürgermeister zusammensetzen. Der Dienst geschieht in Zivil, die Bewaffnung besteht aus: Handfeuerwaffen, Stock, Ochsenziemer; Seitengewehre sind verboten. Das Kommando obliegt dem Gendarmeriekommandanten. Sollte es keinen geben, so bestimmen Bezirkshauptmann und Bürgermeister einen verlässlichen Mann.

## Vom Bundeskanzler zum verewigten Heldenkanzler – der Juliputsch und seine Folgen in Baden

*Entsetzliches ist geschehen. Bundeskanzler Dr. Dollfuß ist am Mittwochnachmittag einem gegen ihn geführten mörderischen Anschlag erlegen. Nationalsozialistische Abenteurer sind die Täter [...] Im Tode ist der Mund des geliebten Kanzlers verstummt, aber seine Parole klingt fort: Österreich über alles, wenn es nur will! Und wir wollen!*<sup>555</sup>

*Verehrter Gemeindetag! Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß ist nicht mehr. – Er ist das Opfer eines schweren Verbrechens geworden. Es ist nicht unsere Aufgabe anzuklagen, es ist nicht unsere Aufgabe zu richten. Eine Erwartung können wir aussprechen: Die Berufenen mögen dieser Tat die gerechte Sühne bringen.*<sup>556</sup>

Das erste Zitat konnten die Badener dem BVB am 28. Juli 1934 entnehmen. Das zweite stammt von Kollmann, bei einer Trauersitzung im Badener Gemeinderat am 30. Juli 1934. Der Nachruf der BZ am 28. Juli 1934 beginnt mit dem Hinweis, dass die Badener nur einmal die Gelegenheit hatten, ihn (Dollfuß) zu sehen. Das war im Herbst 1930 bei einer christlichsozialen Versammlung im Kurhaussaal. Der Beginn wirkt nicht gerade so, als würde man einen großen Führer beschreiben. *Wer die kleine unbedeutende Erscheinung auf der Tribüne gesehen hatte, war in den ersten Minuten von dem neuen Bundesbahnpräsidenten enttäuscht gewesen und hatte sich darüber gewundert, dass die gewichtigen Politiker, welche die Werbeveranstaltung einberufen hatten, sich mit einem so wenig imposanten Rhetor begnügten.* Die Anspielung auf die geringe Körpergröße des Kanzlers (Dollfuß war im Erwachsenenalter 1,53 m groß) passte eigentlich so gar nicht in das Bild einer faschistischen Diktatur und ihres Führermythos. Weder der italienische Faschismus noch der deutsche Nationalsozialismus würden ihre Führer auf diese Art porträtieren. Anders der Austrofaschismus: Dollfuß sollte nicht als martialischer Krieger mythisiert werden, sondern als Opfer (im christlichem Sinne), der für uns sein Blut vergoss (er verblutete auf einem Sofa) und sich trotz seiner geringen Körpergröße stets durchsetzen konnte.<sup>557</sup>

Und deswegen stellte Dollfuß durch seine Person alle anderen in den Schatten, und die BZ schildert eine Bilderbuchkarriere, an deren Spitze die Einigung Österreichs stand. Sein gewaltsamer Tod wurde von *mächtigen Faktoren außerhalb des Landes unterstützt, vielleicht heimlich von einzelnen kaltgestellten österreichischen Politikern geführt, hat die nationale Gruppe eine Katastrophenpolitik betrieben, die zu dem grauenhaften Ende geführt hat, das hier nicht weiter erörtert werden muss.* Im Vergleich zum BVB war die BZ um eine gewisse Sachlichkeit bemüht. Die Verbindung heimischer Politiker mit dem Juliputsch wird mit „vielleicht“ beschrieben, eine voreilige Verurteilung wird vermieden. Trotzdem fehlt das übliche Pathos nicht: *Wie tief der Schmerz über den Verlust des ehrlich geliebten Führers uns alle ergriffen hat, wissen wir, denn jedem ist es doch so zumute, als ob ihm einer seiner Nächsten gestorben wäre.*

Im Anschluss schildert die BZ den Verlauf des Juliputsches in Baden. Am 25. Juli 1934 wurde um 4 Uhr nachmittags der Alarm ausgelöst. Die Exekutive und die Wehrverbände, hier wird der Freiheitsbund hervorgehoben, besetzten umgehend alle öffentlichen Objekte. Nirgends kam es zu Ausschreitungen. Die Staatstrauer erforderte das Aushängen schwarzer Flaggen, das Verbot bis zum Begräbnis des Kanzlers Kurmusik zu spielen, zudem mussten Theatervorstellungen verschoben werden.<sup>558</sup> Es folgte eine Anweisung der BH Baden, obendrein alle öffentlichen Veranstaltungen zu verbieten, dazu gehörten auch der Spielbankbetrieb, Heurigenmusik und Kinovorstellungen. Extra angeführt wurde der Deutsche Turnverein, dessen Tätigkeit bis auf weiteres untersagt wurde.<sup>559</sup>

Im Bezirk fanden sich laut BVB 360 Mann der Sturmsharen bereit, dem Kanzler zu helfen. Man sandte einen Teil zur Bewachung in das Landhaus nach Wien, ein anderer Teil bewachte zum einen die inhaftierten Putschisten bei

<sup>555</sup> BVB Nr.30 v. 28.07.1934, S.1.

<sup>556</sup> StA B, GB/3f/14, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 7. Feber 1934 – 27. Dez. 1934, S.125f.

<sup>557</sup> Vgl. Lucile DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen (Wien Köln Weimar 2014), S.101 und S.114.

<sup>558</sup> Vgl. BZ Nr.60 v. 28.06.1934, S.1.

<sup>559</sup> Vgl. GB 051a/1933-38, f.68a.

ihrem Transport nach Mödling und zum anderen sonstige Straßen und Gebäude im Bezirk Baden.<sup>560</sup> Die BZ erwähnt ein Bataillon Nr.92 (Bezirk Baden), das in der Steiermark eingesetzt wurde. Am 26. Juli trafen sie in Leoben ein und kämpften beim Massenbergraben – kein Badener ist bei den Kampfhandlungen gefallen.<sup>561</sup> Bezüglich des bewaffneten Einsatzes der Wehrverbände forderte die BH Baden Kollmann auf, sich für die Männer des Schutzkorps einzusetzen. Es bestand die Gefahr, durch die Tätigkeit in den Kampfgebieten den Arbeitsplatz zu verlieren.<sup>562</sup> Kollmann versprach sein möglichstes zu tun, allerdings könne die Gemeinde nichts unternehmen, wenn sie von etwaigen Kündigungen nichts erfahre.<sup>563</sup> Am 11. April 1935 begrüßte die Gemeinde die Verlängerung der Arbeitsschutzverordnung für das Schutzkorps<sup>564</sup> und teilte mit, dass sie niemanden entlassen würde, selbst wenn die Arbeitsschutzverordnung ausläufe.<sup>565</sup>

Die offizielle Trauerkundgebung der VF Baden für die Gefallenen des Juliputsches, insbesondere für den Bundeskanzler, fand am 28. Juli 1934 am Leopoldplatz (Brusattiplatz) statt. Namhafte Politprominenz aus Stadt und Bezirk war anwesend, außer Kollmann, er ließ sich durch Hahn vertreten. Gekennzeichnet war die Veranstaltung von pathetischen Reden und der Bestätigung, den bisherigen „Dollfußkurs“ nicht zu verlassen.<sup>566</sup> Der Trauergottesdienst in der Stadtpfarrkirche wurde am 30. Juli abgehalten, einen Tag zuvor hatte man ihn in der Frauenkirche gefeiert, und am 31. Juli fand eine Trauersitzung des Badener Gewerbes im Rathaus-Sitzungssaal statt. Auch waren in zahlreichen Fenstern brennende Kerzen zu sehen, es wurde jedoch angemerkt, dass einige leer geblieben waren, trotz Anwesenheit der Bewohner. Ebenso kam es am 29. Juli zu einer Trauersitzung des israelitischen Kultusausschusses und am 30. Juli zum Trauergottesdienst im israelitischen Tempel, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, wie die BZ vermerkte.<sup>567</sup> In der Trauerrede mischte sich, wie nicht anders zu erwarten war, ein Pathos aus Trauer, Heroisierung und Sakralisierung. Als 1933 der erste Anschlag auf den Kanzler misslang, *weinte das österreichische Volk Tränen der Freude*, doch heute: *Nur zögernd und schwer entringt sich den bebenden Lippen das Wort, als könnten wir es immer noch nicht fassen: Kanzler Dollfuß war, er ist nicht mehr. [...] Gefallen ist die Krone, der Stolz unseres Hauptes.* Dollfuß wurde zum Kanzler der Volksgunst und Volksachtung, der Österreich auf dem Pfad des Rechtes, der Kultur und Gottesfurcht durch den Terror von links und rechts führen wollte, und er *verschonte unser Land vor der Welle des Antisemitismus, des wilden und verblendeten Rassenhasses.* Eine Geschichte aus dem Talmud wurde erzählt, sie handelte von einer nicht vergehenden Blutlache im Tempel zu Jerusalem – ein großer Mann Israels wurde dort erschlagen. Immer wieder wurde die Blutmetapher angewendet und verband sich vortrefflich mit der christlichen Blut-Mystik, die um den Dollfuß-Kult gesponnen wurde, wonach der Kanzler für uns sein Blut vergossen hatte. *Du Märtyrer des Leidens, Gott wird dein Blut sehen und es sühnen [...]*, fuhr Oberrabbiner Dr. Hartwig Carlebach fort, sprach ein Gebet und bat um Segen für den Bundespräsidenten, den neuen Kanzler und die Behörden der Stadt Baden.<sup>568</sup>

Noch während um den Bundeskanzler getrauert wurde, erging am 29. Juli 1934 die Radio-Depesche Nr.300 an alle Gendarmerie- und Grenzkontrollstellen, wonach die verdächtigen Kriminalbeamten Konrad Rotter und Johann Kaiblinger zu verhaften seien, und am 30. Juli explizit an den Gendarmerieposten Baden, dass der Privatbeamte Mark Günther wegen Sprengstoffbesitzes zu verhaften sei.<sup>569</sup> Unter demselben Datum erging an alle niederösterreichischen Bürgermeister das „sehr vertrauliche“ und „sehr dringliche“ Schreiben (Betreff: Gemeindeangestellte, Ausscheidung und Enthebung unverlässlicher Elemente). *Die Ereignisse der jüngsten Zeit verlangen gebieterisch die sofortige Säuberung des öffentlichen Dienstes von allen politisch unzuverlässigen Angestellten.*<sup>570</sup> Sympathisanten bis hin zu Staatsfeinden sollten ausgeforscht und auf Listen vermerkt werden. Bei schweren Fällen wurde eine Enthebung vom Dienst angeordnet, bei leichten Fällen genügte eine Bezugskürzung. Die Listen mussten der Landeshauptmannschaft bis spätestens 15. August 1934 vorgelegt werden. Die Anspannung war groß, Eile war geboten, und bereits am folgenden Tag wurden sämtliche Bürgermeister an die Frist erinnert, die unbedingt eingehalten werden musste – dafür

<sup>560</sup> Vgl. BVB Nr.31 v. 04.08.1934, S.2.

<sup>561</sup> Vgl. BZ Nr.62 v. 04.08.1934, S.2.

<sup>562</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.72.

<sup>563</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.76.

<sup>564</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.110.

<sup>565</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.111.

<sup>566</sup> Vgl. BVB Nr.31 v. 04.08.1934, S.1.

<sup>567</sup> Vgl. BZ Nr.61 v. 01.08.1934, S.2.

<sup>568</sup> Vgl. Trauerrede auf den verewigten Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß s.A. gehalten in der Synagoge zu Baden bei Wien am Montag den 30. Juli 1934 von Oberrabb. Dr. Hartwig Carlebach. StA B, Bibliothek/Einblattdrucke.

<sup>569</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.69.

<sup>570</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.71.

trugen die Bürgermeister persönlich die Verantwortung.<sup>571</sup> Ein mit Datum 4. August 1934 ausgestelltes Schreiben, in dem Landeshauptmannstellvertreter Dr. Barsch einen Runderlass von Bundeskanzler Schuschnigg vom 31. Juli an alle Landeshauptmannschaften weiterleitet, fordert, die Bezüge von Verdächtigen unverzüglich zurückzuhalten (Sperrung der Bezüge für öffentliche Angestellte) und bereits am 6. August erfolgt eine Erinnerung an die Frist (15. August).<sup>572</sup> Ein Schreiben vom 10. August fordert Berichte, wie es um die Loyalität der Badener Gemeindeärzte bestellt ist; Frist: 20. August 1934.<sup>573</sup>

Loyalitätsbeweise der Badener Dienststellen trudelten am 10. und 11. August ein.<sup>574</sup> Sechzehn Dienststellen meldeten sich zu Wort, zumeist kurze Statements: „Die Erhebung, ob jemand verdächtig ist, fällt leer aus“, „Von den Angestellten ist und war niemand bei der NSDAP.“ Manchmal wurde auch angegeben, dass alle bei der VF oder bei einem Wehrverband Mitglied seien und an den Kämpfen Februar und Juli 1934 teilgenommen hätten. Überzeugt von der Loyalität der Angestellten war das Gas- und Stromverrechnungsbüro, da in den letzten 13 Jahren nie Grund bestanden habe, die Zuverlässigkeit des Personals zu beanstanden. Andererseits sei man nicht imstande, in das Privatleben der Mitarbeiter zu blicken. Die Stadtgardendirektion äußerte nur zaghaft Bedenken wegen eines August Reichl, der verdächtigt wurde, bei der Bölleraffäre in der Grabengasse 8 beteiligt gewesen zu sein. Man glaube aber nicht, dass er mit der Partei in Verbindung stehe, nach Rücksprache mit Oberkommissär Alois Klinger wurde das bestätigt.

Fristgerecht antwortet Kollmann am 14. August 1934. Im ersten Fall, betreffend die Ausscheidung und Enthebung unverlässlicher Elemente, schreibt er, *dass hier kein einziger Fall vorliegt, der Anlass zu einem Einschreiten bietet.*<sup>575</sup> Bezüglich der Sperrung der Bezüge für öffentliche Angestellte, *dass hier kein einziger Fall vorliegt, der Anlass zur Sperrung des Bezuges bilden würde.*<sup>576</sup> Und schließlich, was die Loyalität der Ärzte anbelangte, wurde ebenso berichtet, dass die Erhebung leer ausgefallen sei, keine Verdächtigen in Sicht – verfasst am 18. August, abgesandt am 21. August 1934.<sup>577</sup>

Die Sicherheitslage erforderte wieder einmal ein verstärktes Maß an exekutiver Präsenz, es folgte eine ähnliche Prozedur wie nach den Februarkämpfen. Ordnung und Ruhe mussten wieder hergestellt werden. Kollmann blieb auch diesmal zurückhaltend – zu viele Uniformierte könnten ebenso verunsichern und kosteten zudem Geld. Das Bundesministerium für Landesverteidigung ließ am 23. September 1934 nachfragen, welche Gemeinden die Einrichtung einer Garnison anstrebten.<sup>578</sup> Bei Kollmann läuteten die Alarmglocken. Die Gemeinde könne die Barackengründe anbieten (ehem. Doblhoffgründe), sie sei aber nicht imstande, eigene Objekte zu überlassen. Zur Unterbringung der Garnison würden sich der Sauerhof und der Peterhof eignen.<sup>579</sup> Doch Kollmanns Widerwillen gegen weitere Einquartierungen waren Grenzen gesetzt, die Präsenz bewaffneter Personen war nicht zu umgehen. So erfuhr man anhand eines Schreibens des Gendarmerieabteilungskommandos Baden am 8. August 1934, dass im Zuge der Verminderung des Schutzkorps in Baden vom 25. Juli 1934 neben dem alten Aufgebot des Freiheitsbundes 50 Mann Heimatschutz und 50 Mann christlich-deutsche Turner aufgeboten blieben.<sup>580</sup>

Dass die Zügel nun enger angezogen wurden, wurde auch in der Gemeinderatssitzung vom 29. August 1934 deutlich. Bürgermeisterstellvertreter Hahn hatte aufgrund des Verbotes staatsfeindlicher Parteien und der damit geschaffenen neuen Entlassungsgründe einen eigenen Kanon an Disziplinarvorschriften ausgearbeitet, die in die Badener Dienstpragmatik eingearbeitet werden sollten. Die Disziplinarvorschriften betrafen den Verlust sämtlicher im Dienst erworbener Rechte und Pensionsansprüche. Dies sollte dann in Kraft treten, wenn Angestellte einer staatsfeindlichen Partei nach deren Verbot angehörten oder angehört hatten. Dem folgten typisch diktatorische, willkürliche Maßnahmen. Der Verlust von Rechten konnte ebenso eintreten, wenn Verdächtige *durch ihre Handlungen den Beweis erbringen, dass sie mit dieser Partei sympathisieren und ihre Bestrebungen unterstützen* und (für Angehörige des Wachkorps) *wenn der Betreffende im Dienste oder außer Dienst durch sein Verhalten erkennen lässt, dass er dem Bestande einer verbotenen Partei keine Schwierigkeiten bereiten will oder dieser durch Duldung eine Unterstützung*

<sup>571</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.73.

<sup>572</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.74.

<sup>573</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.78.

<sup>574</sup> Kurorchester, Theaterabteilung, Stadtgardendirektion, Straßenverwaltung, Wirtschaftshof, Kläranlage, Steinbruch, Präsidial- und Konskriptionsamt, Bestattungsanstalt, Kurkommission, Ziegelwerk, Städtisches Meldeamt, Gas und Stromverrechnungsbüros, Krankenhaus, Städtisches Hotel Herzoghof, Freibank der Stadt Baden (Walterdorferstraße 32), Stadtbauamt, Marktamt, Gas- und Elektrizitätswerk, Verwaltung der Städtischen Bäder. Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.79-95.

<sup>575</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.97.

<sup>576</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.98.

<sup>577</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.103.

<sup>578</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.107.

<sup>579</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.108.

<sup>580</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.77.

*verleiht*.<sup>581</sup> Wie diese Handlungen oder das Verhalten definiert waren, wurde nicht erläutert. Hahns Fassung bedurfte einer Abstimmung, ohne Diskussion wurde sie angenommen.<sup>582</sup> Die gerichtliche Verfolgung der Putschisten zeigte eines deutlich auf: Die mangelnde Verankerung des Regimes innerhalb der Gesellschaft und das Misstrauen des Regimes gegenüber einem Teil der Gesellschaft. Für die Verurteilten Februarkämpfer waren noch die ordentlichen Gerichte bzw. Standgerichte zuständig, während bei den Juliputschisten die Militärgerichtshöfe zum Zuge kamen. Diese Entscheidung fußte auf dem mangelnden Vertrauen des Regimes gegenüber dem mehrheitlich deutschnational ausgerichteten Justizapparat – man traute ihm nicht zu, die nationalsozialistischen Putschisten ordnungsgemäß zu verurteilen. Zwölf Todesurteile wurden dennoch vollstreckt. Beide Gerichtsfälle (Februarkämpfer/Juliputschisten) gestalteten sich tendenziös und entsprachen nicht einem unabhängigen Gerichtsverfahren.<sup>583</sup>

Im Zusammenhang mit dem Juliputsch und der Stadt Baden sei noch erwähnt, dass der als Nachfolger Dollfuß' vorgesehene steirische Landeshauptmann Anton Rintelen am 23. Juli mit der Südbahn von Graz nach Wien unterwegs war, mit ihm weitere Personen, die in den Putsch involviert waren. In Baden stieg Generalmajor Karl Wagner zu, ehemaliger Präsident der Österreichischen Luftverkehre AG (Oelag), dann leitender Funktionär der Kasino AG.<sup>584</sup> Eine weitere „Verbindung“ zum Bezirk bietet der Ingenieur Fritz Hamburger, namhafter Industrieller, 65 Jahre alt, der in den Jahren 1933/34 eine obskure Rolle spielte. Er vollzog Waffenschiebereien zwischen Wien und München, denn als Chef der Berndorfer Metallfabrik und leitender Verwaltungsrat der Steyr-Werke war es für ihn ein leichtes, zwischen Wien und München hin und her zu pendeln. Überdies war er ein Spitzel, der Parteigenossen ausspionierte, und er wurde auserkoren, den in Niederösterreich geplanten SA-Putsch mit umzusetzen.<sup>585</sup>



Unbekannte Veranstaltung. Engelbert Dollfuß, rechts davon der Badener Gemeinderat Karl Gleichweit, zweite Person von links Josef Kollmann (Foto: StA B).

<sup>581</sup> StA B, GB/3f/14, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 7. Feber 1934 – 27. Dez. 1934, S.133.

<sup>582</sup> Österreichweit waren von solchen disziplinären Maßnahmen nach dem Juliputsch bis Ende des Monats August 1321 Personen betroffen. Bis Ende 1937 belief sich die Zahl auf 2.260 Personen. Strafandrohungen betrafen nicht nur den Verlust des Arbeitsplatzes, genauso konnten Mietverträge gekündigt werden. Es kam zu Vermögenskonfiskationen ganzer Parteien, Vereine oder einzelner Personen und Unternehmen. Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013 S.296-299.

<sup>583</sup> Vgl. Hans SCHAFRANEK, Österreichische Nationalsozialisten in der Illegalität 1933-1938. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien 2013), S. 105-137, hier 110.

<sup>584</sup> Vgl. BAUER, Hitlers zweiter Putsch, 2014, S.34.

<sup>585</sup> Vgl. ebd. S.203f.

Die härtere Gangart gegenüber den Nationalsozialisten nach dem Juliputsch führte jedoch nicht zur ersehnten Ruhe und Ordnung. Abermals waren es Heil Hitler-Rufe, die die Gemüter erregten. Sieben Tage Arrest wurden ausgesprochen, wobei der Verurteilte angab, sie nur spaßhalber von sich gegeben zu haben; der anwesende Polizist sah es erwartungsgemäß anders.<sup>586</sup> Für das gleiche Delikt konnte man auch zu einer Geldstrafe von 20 Schilling verurteilt werden.<sup>587</sup> Die Willkür war offensichtlich – von einer Abmahnung bis zu 6 Wochen Arrest war alles möglich. Drei Monate Arrest gab es für das Sammeln von Geldern, die bedürftigen NSDAP-Mitgliedern zugutekommen sollten.<sup>588</sup> Und für das Beleidigen der Regierung – *Blöd auf die Welt gekommen und nichts dazugelernt* – konnten 6 Wochen Arrest ausgefasst werden.<sup>589</sup>

Dass es nicht nur zu verbalen Vergehen kam, illustriert eine Auflistung der Sprengstoffanschläge aus den Jahren 1934, 1935 und 1936. Nach einer mündlichen Aufforderung der BH Baden vom 2. Jänner 1936 erstellte die Stadtpolizei Baden eine umfangreiche Auflistung (siehe Anhang).<sup>590</sup> Aus dem Jahre 1934 wurden 18 Aktionen gemeldet, sieben im Juni, zehn im Juli und eine im August. Im Jahre 1935 waren es neun, eine im Jänner, drei im Mai, zwei im Juni und drei im Dezember (hier wiederum spielten sich zwei am 31. Dezember ab, es ist möglich, dass es zwei Silvester-Feuerwerkskörper waren). Und für das Jahr 1936 sind 28 Aktionen vermerkt. 13 im Jänner, zwölf im Februar und drei im März. Im Jahresbericht der Bezirksleitung der VF 1935 zeigte man sich besorgt. *Die Stadt Baden genießt den Ruf, die einzige Stadt zu sein, in welcher seit Juni 1935 in kurzen Intervallen Papierböller und Explosionskörper gestreut und auch zur Explosion gebracht werden.*<sup>591</sup>

Zu den Verdächtigen zählten überwiegend junge Männer. Einige hatten bereits die Flucht nach Deutschland angetreten. Die Badener Stadtpolizei arbeitete mit den Bezirks- und Landesstellen eng zusammen. Sprengstoffe wurden verglichen,<sup>592</sup> Informationen wurden ausgetauscht. Aussagen mussten überprüft werden wie in den Fällen Anton Freisinger, Gustav Terzer, Josef Verosta<sup>593</sup>, Theodor Nachtnebel<sup>594</sup> und Otto Nowotny<sup>595</sup>. Ihnen wurden Böllerwerfen, das Hissen von Hakenkreuzflaggen, Schmierereien am Beethoventempel und am Aquädukt vorgeworfen. Das Kreisgericht Wr. Neustadt wandte sich an die Polizei Baden. Die Verdächtigen gaben zumeist an, politisch nicht organisiert und interessiert zu sein. Betrachtet man den Verdächtigen Anton Freisinger, so ergibt sich ein nicht untypisches Bild. Zerrüttete Familienverhältnisse waren eine „gute Basis“, um solch einen Weg einzuschlagen. Er gab weiters an, zwei Jahre lang bei der SDAP Mitglied gewesen zu sein (die SDAP bestritt es), dann war er bei der Heimwehr gewesen, flog dort hinaus, sympathisierte anschließend mit der NSDAP und verkehrte mit SS-Männern wie Leopold Mayerl. Er suchte immer wieder die Lokalitäten der NSDAP auf, den „Bürgerhof“ (Breyerstraße 4, geführt von den Schwestern Marie und Aloisia Hütter/Hutter<sup>596</sup>) oder das Hotel „Zum goldenen Hirschen“ (Grabengasse 17).<sup>597</sup>

Die Akten des Stadtarchivs Baden zur Verfolgung und Verurteilung von illegalen Aktivitäten zwischen 1933 und 1938 wurden 2014 von Clemens Andreasch gesichtet. Vier Faszikel mit Polizeiakten stehen zur Verfügung – 233 relevante Fälle konnten eruiert werden, davon waren 105 keiner politischen Gruppierung eindeutig zuzuordnen, 104 gingen auf das Konto von Nationalsozialisten, 13 betrafen Kommunisten, vier die Sozialdemokraten, sechs waren unpolitisch und ein Fall galt als antimonarchistische Aktion. Zu diesen 233 Fällen gibt es 50 Urteile, 39 entfallen auf Nationalsozialisten, sieben auf Kommunisten, drei auf Sozialdemokraten und eines auf einen Antimonarchisten. Es ist noch einmal zu betonen, dass diese Zahlen nur auf den Akten des Badener Stadtarchivs beruhen, etwaige Akten des Kreisgerichtes Wr. Neustadt wurden nicht mit einbezogen.<sup>598</sup>

<sup>586</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.36.

<sup>587</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.50.

<sup>588</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.39.

<sup>589</sup> Vgl. StA B, GB 234/1933-1940, f.48.

<sup>590</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.3.

<sup>591</sup> NÖLA, VFNÖ 286, S.208.

<sup>592</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1934, f.12.

<sup>593</sup> Josef Verosta (geb.1913) war vorbestraft, war immer wieder bei verbotenen nationalsozialistischen Aktionen beteiligt. Vgl. ANDREASCH, *Illegale Aktivitäten*, 2014, S.18. Vom 24. Juni bis zum 1. Dezember 1934 war er in Wöllersdorf interniert. Vgl. Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Anhalte-Datenbank, erstellt von Kurt Bauer.

<sup>594</sup> Theodor Nachtnebel (geb.1909) war seit 1932 NSDAP-Mitglied, seit 1933 bei der SA, dann bei der Österreichischen Legion. Vgl. ANDREASCH, *Illegale Aktivitäten*, 2014, S.26.

<sup>595</sup> Auch er war vom 29. Juni bis zum 1. Dezember 1934 in Wöllersdorf interniert. Vgl. Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Anhalte-Datenbank, erstellt von Kurt Bauer.

<sup>596</sup> Bei Marie (geb.1899) und Aloisia Hütter/Hutter (geb.1908) wurde auch eine ergebnislose Hausdurchsuchung durchgeführt, da in ihrer Wohnung immer wieder Nationalsozialisten verkehrten. Vgl. ANDREASCH, *Illegale Aktivitäten*, 2014, S.27.

<sup>597</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1934, f.20.

<sup>598</sup> Vgl. ANDREASCH, *Illegale Aktivitäten*, 2014, S.33f.

In den allermeisten Fällen konnten keine Täter ausgeforscht werden. Zum einen waren die Täter, als die Exekutive am Ort des Geschehens ankam, längst weg, und andererseits darf die Unterwanderung der Badener Sicherheitsbehörden durch NSDAP-Mitglieder/Sympathisanten nicht vergessen werden. Bisweilen konnte nicht einmal angegeben werden, wo die Sprengungen erfolgt waren, da an vermeintlichen Tatorten keine Spuren sichergestellt werden konnten. Detonationen im Wald oder inmitten der Nacht sollten eher ein Gefühl der Verunsicherung erzeugen, als dass gezielt Sachschaden angestrebt wurde. Gleichzeitig kam es zu gezielten Anschlägen auf Repräsentanten des Ständestaates oder Störungen von Veranstaltungen. Über solche Aktionen wurde mit der Zeit immer weniger berichtet. Selbst das BVB nahm sich immer mehr zurück.<sup>599</sup>

Eine Antwort, warum dies so war, bietet die vertrauliche Gemeinderatssitzung vom 12. März 1936. Dort erklärte Kollmann, dass durch die Terroraktionen die Ausgaben gestiegen seien, ein Nachtragskredit von 4.250 Schilling stehe an. Kollmann bat Finanzminister Ludwig Draxler, nichts an die Presse weiterzugeben; so geschah es dann auch – man wollte keine schlechte Publicity. Kosten verursachten weitere Beamten im Hildegardheim, die im Rath'schen Krankenhaus gepflegt werden mussten. Kollmann erwähnte zwei Böllerwerfer, die jeweils zu einer Strafe von 100 Schilling verurteilt wurden. Im Zuge dessen wurden auch eine Handgranate und mehrere Böller an den Prüfungsleiter von Wöllersdorf übergeben. Kollmann klärte die Gemeindevertreter über die Festnahme auf. Zuerst wurde nur ein Verdächtiger festgenommen und mehrere Tage verhört. Er wurde mit „größter Liebeshwürdigkeit“ einvernommen und behandelt – auch mitten in der Nacht. Die weiteren Verdächtigen hießen Josef Petsche<sup>600</sup>, Gumpinger und Andreas Kratochwill<sup>601</sup>. Kollmann bat um Diskretion.<sup>602</sup> Es war das einzige Mal, dass so ein Fall im Gemeinderat erwähnt wurde.

Der von Kollmann angesprochenen gestiegenen Ausgaben (Unterbringung von zusätzlichen Sicherheitsbeamten) versuchte das Regime mittels Ersatzkostenvorschreibung Herr zu werden. Zur Kasse sollten Personen gebeten werden, die für gegnerische Propaganda verantwortlich waren. Im öffentlichen Raum galt das für Flugzettel, Graffiti, das Aushängen von Flaggen usw. Diese Aktionen gefährdeten in den Augen des Regimes das Zusammenleben und die Wirtschaft und schädigten dadurch den Kultur- und Tourismusbetrieb. Gerichtsverfahren sollten beschleunigt werden, Kostenersätze wurden mit Zwangsvollstreckungen eingehoben. Davon waren nicht nur unmittelbar die Ausführenden betroffen, sondern auch Vereine (denen diese Personen angehörten), Personen, die die Taten begünstigt und sogar Personen, die die Taten womöglich erst nachträglich gut geheißt hatten. Ähnlich gestaltete es sich bei Terroranschlägen (Bombenanschläge, Brandstiftung), wo ebenso nicht nur die unmittelbar Beteiligten, sondern auch Sympathisanten haftbar waren. Damit sollten die geistigen Väter solcher Aktionen herangezogen werden, jene im Hintergrund: ob sie jetzt direkt daran beteiligt waren oder nicht, spielte keine Rolle – ideologisch waren sie dafür verantwortlich.<sup>603</sup> Eine pragmatische Schlagseite hatte diese Verordnung auch. Da es sich bei den unmittelbaren Bombenlegern meist um einfache „Parteisoldaten“ (Arbeitslose, Schüler, Studenten) handelte, die zumeist finanziell schwach waren, konnte dadurch auf die finanzkräftigeren Hintermänner zurückgegriffen werden.

Das Regime hatte zwischen 1933 und 1938 um die 12.000 bis 14.000 Personen inhaftiert. Davon gehörten ungefähr drei Viertel der NSDAP an, während der Rest der SDAP und der KPÖ nahestand. Im Rahmen eines Forschungsprojektes, durchgeführt von dem Historiker Kurt Bauer, konnten von rund 11.500 Häftlingen personenbezogene Daten erfasst werden. Aus Baden wurden 31 Personen inhaftiert. Dabei hatten 19 Personen nationalsozialistischen und zwölf sozialdemokratischen bzw. kommunistischen Hintergrund. Dabei handelt es sich nur um Personen, die Baden als Wohnort angaben, nicht Personen, die in Baden geboren oder zuständig waren. Bauer selbst schreibt, dass aus der Stadt Baden relativ wenige Inhaftierungen vorliegen, anders sieht es im Bezirk Baden aus. Hier war es wegen der vielen Industrieorte vor allem die Linke, die zum Handkuss kam.<sup>604</sup>

<sup>599</sup> Die BZ schreibt weitgehend von Lausbubenstreichen. In einer Wohnanlage werden seit Mai 1933 Vandalenakte durchgeführt, Dachrinnen und Fenster zerschlagen, Fensterrahmen zerkratzt, bespuckt, mit Zetteln beklebt, Rosensträucher beschädigt. Vgl. BZ Nr.11 v. 07.02.1934, S.4.

<sup>600</sup> Josef Petsche (geb.1892) wurde für mehrere Sprengstoffanschläge verantwortlich gemacht. Seit 1932 war er SA-Mitglied. 1933 trat er der NSDAP bei. Vgl. ANDREASCH, *Illegale Aktivitäten*, 2014, S.28.

<sup>601</sup> Andreas Kratochwill gab selbst an, für acht Sprengstoffanschläge verantwortlich zu sein. Vgl. ebd. S.4.

<sup>602</sup> Vgl. StA B, GB/3g/15, *Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 12. Jänner 1936 – 10. Dez. 1936*, S.3f.

<sup>603</sup> Vgl. REITER-ZATLOUKAL, *Repressivpolitik und Vermögenskonfiskation*, 2012, S.72-74.

<sup>604</sup> Vgl. Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, *Anhalte-Datenbank*, erstellt von Kurt Bauer.



Links: Eine Zeitungsseite „Deutschösterreichische Volkspresse“ vom 2. April 1938, aufgezogen auf Leinen, erinnert an die Inhaftierung von Nationalsozialisten in Wöllersdorf. Beschriftung: „Hunderte Pgs. aus allen Gauen Österreichs, die das System im Jahre 1934 in der Baracke 236 in Wöllersdorf gefangen hielt, haben hier ihre Unterschriften zu einer nie verstummten Anklage gegen das fluchbeladene System vereinigt. Unsere Leser werden manchen Freund und Bekannten darunter finden. Die Urkunde wurde, in kleine Streifen geschnitten, aus dem Konzentrationslager hinausgebracht und so dem Zugriff der Schergen des Systems entzogen.“ Es finden sich zwei Namen mit dem Zusatz Baden darauf: Anton Freisinger und Otto Novotny (Vgl. StA B, Plakatsammlung/Mappe 1930-1934).

## Der Ständestaat in Baden zwischen Theorie und Praxis: Legitimierung, Identifikation, Heldengedenken und Opferkult

Mit der Niederschlagung des Juliputsches kam es erneut zu einem Veranstaltungsmarathon der VF. Dicht gedrängt traten die altbekannten Protagonisten im Oktober und November 1934 auf die Rednerbühne. Der Fokus lag auf den einzelnen Sprengelgruppen.<sup>605</sup>

Gruppen VI und VII am 6. Oktober um acht Uhr im Gasthaus „Resch“ (Vöslauerstraße 19),  
Vortragende: Hahn, Malaniuk.

Gruppen I, II, V, IX am 13. Oktober um acht Uhr, Gasthaus „Brandner“ (Wassergasse 31),  
Vortragende: Malaniuk, Hahn.

Gruppen IV, XI am 13. Oktober um acht Uhr, Gasthaus „Müller“/„zur Südbahn“ (ehemaliges Arbeiterheim, Conrad v. Hötzendorfplatz 12a/13), Vortragende: Woisetschläger, Hahn.<sup>606</sup>

Gruppe III am 20. Oktober um acht Uhr, Gasthaus „Südbahn“, Vortragende: Leutgeb, Malaniuk.

Gruppe VIII am 20. Oktober um acht Uhr, Gasthaus „Wiechl“ (Jägerhausgasse 7),  
Vortragende: Woisetschläger, Fischer.

Gruppe XI am 27. Oktober um acht Uhr, Gasthaus „Kromy“ (Waltersdorferstr. 57),  
Vortragende: Woisetschläger, Leutgeb.

Gruppe XII am 10. November um acht Uhr, Gastwirtschaft „Schießstätte“, Vortragende: Leutgeb, Hahn.

Trotz Verfassung – dem „von oben“ inthronisierten Ständestaat fehlte es an gesellschaftlicher Verankerung. Weder der kleine Mann noch weite Kreise der Eliten konnten sich damit identifizieren. Erschwerend kam hinzu, dass ein Österreichbewusstsein, ein österreichischer Patriotismus bei weitem noch nicht ausgebildet war. Ein nicht unerheblicher Teil der Österreicher empfand sich mehr deutsch als österreichisch – ein Anschluss an das Deutsche Reich wurde schließlich sowohl vom sozialistischen (bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten) als auch vom nationalen Lager propagiert. So sah sich der Bürgermeisterstellvertreter Hahn veranlasst, bei einer vaterländischen Kundgebung am 6. Oktober 1934 im Gasthaus „Resch“ (Vöslauerstraße 19) den Patriotismus der Badener zu wecken. Dabei musste offenbar Grundlegendes festgestellt werden. *Es ist keine Schande, Österreicher zu sein [...].* In diesem Zusammenhang fanden Personen wie Schwarzenberg, Tegetthoff, Walter von der Vogelweide, Haydn, Mozart oder Schubert Erwähnung, Österreicher, auf die man stolz sein durfte. Malaniuk referierte anschließend über die Errungenschaften Österreichs. Er verurteilte die Nationalsozialisten und beschwor Ruhe und Ordnung, beides brauche Österreich *zu seiner Aufwärtsentwicklung und es ist (auch) bereit, allen versöhnend die Hand entgegen zu strecken.* Der versöhnliche Ton wurde beibehalten: *In der allumfassenden Bewegung der Vaterländischen Front haben auch die Sozialdemokraten Platz, denn wir bekämpfen nicht den Irrenden, sondern den Irrtum [...]. Es ist auch unrichtig, wenn von gehässiger Seite behauptet wird, die Regierung hätte Diktaturgelüste. Österreich wird der Verfassungsstaat bleiben [...].* Weiters wurde die „nationale Opposition“ angesprochen: *Es kann nur der ein guter Deutscher sein, der sein Vaterland liebt und es lieben gelernt hat. Die nationale Gesinnung beinhalte daher nichts Trennendes, sondern etwas Verbindendes.*<sup>607</sup> Ausschlaggebend war dennoch die Mitgliedschaft in der VF. Bei einer weiteren Versammlung führte Woisetschläger aus, dass im Bezirk Baden in sämtlichen Betrieben mit allen Direktoren vereinbart worden war, keinen Arbeiter einzustellen, der nicht Mitglied der VF sei. Zufrieden hob er hervor, dass die Werkgemeinschaften bereits organisiert waren.<sup>608</sup>

<sup>605</sup> Vgl. BZ Nr.78 v. 29.09.1934, S.4.

<sup>606</sup> Wegen Terminkollision mit einer Heimatschutzkundgebung auf den 27. Oktober verschoben. Vgl. BVB Nr.42 v. 20.10.1934, S.2.

<sup>607</sup> BVB Nr.42 v. 20.10.1934, S.3.

<sup>608</sup> Vgl. BVB Nr.42 v. 20.10.1934, S.4.

Um die Verankerung in der Gesellschaft voranzutreiben, bediente sich das Regime üblicher Vorgehensweisen. Dem Führerkult entsprechend kam es am 28. Oktober 1934 zu einer Heldengedenkfeier zu Ehren des Heldenkanzlers. Die Festivität begann am Leopoldplatz (heute Brusattiplatz) und endete am Friedhof. Die Wehrverbände, der „Bund Jüdischer Frontsoldaten“ und auch die „Ottonia“ waren beteiligt. Bezirksleiterstellvertreter Gendarmeriegeneral Hugo Strauß, Finanzreferent Major Ludwig Gersthof, der Wehrreferent Oberstleutnant Führer usw. waren anwesend, als Organisator traten Bürgermeisterstellvertreter Hahn sowie Rudolf J. Toropsky (Frontkämpfervereinigung Baden) auf. Es sollte aller Helden gedacht werden, aber laut Hahn war *ein Held unter den Helden*, gemeint war Dollfuß. Und was sein „Opfer“ anbelangt: *Aus dem Grabmale Dr. Dollfuß ist der österreichische Gedanke erst recht erstanden und hat seinen Siegeszug in allen Gemarkungen Österreichs angetreten.*<sup>609</sup>

Die Überhöhung und Sinngebung des „Kriegertodes“ erleichterte in Baden die Vollendung eines bereits in der Ersten Republik immer wiederkehrenden Themas, des Kriegerdenkmales. In der Debatte um das Projekt veranschaulichten sich die unterschiedlichen Erinnerungskulturen der damaligen politischen Lager. Aus sozialistischer Sicht sollten die Schrecken des Krieges, das Leid der Hinterbliebenen und die Sinnlosigkeit des Krieges im Mittelpunkt stehen, während von bürgerlicher Seite im Gegensatz dazu dem Tod der Gefallenen ein Sinn gegeben werden sollte – der Schlachtentod sollte nicht umsonst gewesen sein. Die Ehre steht hier im Mittelpunkt, nicht das Leid. Das Kriegerdenkmal sollte nicht nur die Gefallenen ehren, das geschehe bereits am Friedhof. Die neue Aufgabe des Kriegerdenkmales in Baden sei es, die Gefallenen und die überlebenden Helden zu ehren, die Kämpfer des Hinterlandes, die Mütter, die ihre Söhne verloren, und die Frauen, die ihre Familien bewahrt hatten. *Der Ausschuss wollte daher an unserem Denkmal nicht den sterbenden Krieger sehen. Unsere Helden sind nicht ins Feld gezogen, um zu sterben, sondern um zu kämpfen und zu siegen.* Die Darstellung des sterbenden Kriegers sei zwar legitim, *weil sie unter dem schweren seelischen Druck des Zusammenbruches und seiner die gesellschaftliche Ordnung zerrüttenden Folgen stand. Wir haben diese Darstellung überwunden. Neu regt sich Vaterlandsliebe und Opferwille.* Durch den Paradigmenwechsel entschied man sich für die himmelwärts strebende Figur, bekräftigt durch die Inschrift: *Vater, ich rufe Dich! Die Stellung der Figur ist fein abgestimmt, dem Leben entnommen und doch voll monumentaler Ruhe [...] Es ist nicht irgendein Jüngling, der da die Arme gegen den Himmel hebt und betend seinen Gott anruft, sondern es ist ein Bildnis für alle, die in dem schweren Ringen gestanden, die tiefe seelische Erschütterungen miterleben mussten und aus diesen Erlebnissen heraus das ‚Vater, ich rufe Dich!‘ schätzen gelernt haben.*<sup>610</sup>

Kultische Verehrung sollte nicht nur Dollfuß erfahren, auch sein Nachfolger Schuschnigg sollte zum Führer hochstilisiert werden. Im BVB wandte man dieselben Methoden wie bei Dollfuß an, prominent auf der Titelseite wurden die Reden des neuen Kanzlers publiziert. Schuschnigg äußerte sich zu Themen wie Arbeitslosigkeit,<sup>611</sup> oder das BVB gab Bundestagsreden ungekürzt wieder. Als historisch bezeichnete das BVB die Rede vom 29. Mai 1935: *Für Österreichs Freiheit und Recht* – eine Extrabeilage war angefügt.<sup>612</sup> Nicht vorenthalten wurden die Kanzlerworte zum Jahreswechsel. Friede, Wirtschaft und ein unabhängiges Österreich wurden angesprochen, und man sei in diesem Land *jederzeit bereit, zuzuhören jedem und zu reden mit jedermann, dem es wirklich darum zu tun ist, eine sachliche Debatte zu führen.*<sup>613</sup>

Das alte Jahr zu rekapitulieren und über das kommende zu sinnieren, ließ sich auch Kollmann nicht nehmen. Eine sachliche Debatte war auch in seinem Interesse, Wohlstand und ein unabhängiges Österreich ebenso. Aber eines bekräftigte er immer wieder: das „Opfer“, das die CSP auf Wunsch beider Kanzler erbracht hatte, die Selbstauflösung der Partei. Tröstend und trotzig fügte er jedoch hinzu, dass die Mandatare weiterhin christlichsozial eingestellt blieben.<sup>614</sup>

<sup>609</sup> BVB Nr.44 v. 03.11.1934, S.3.

<sup>610</sup> BVB Nr.49 v. 09.12.1933, S.1. Enthüllung und Festakt siehe: BVB Nr.35 v. 01.09.1934, S.1, Vgl. BVB Nr.36 v. 08.09.1934, S.1.

<sup>611</sup> Vgl. BVB Nr.20 v. 18.05.1935, S.1.

<sup>612</sup> Vgl. BVB Nr.22 v. 01.06.1935, Extrabeilage.

<sup>613</sup> BVB Nr.1 v. 05.01.1935, S.1.

<sup>614</sup> Vgl. BVB Nr.52 v. 29.12.1934, S.1.

## Verfassungsrealität im Gemeinderat: Pragmatismus und Willkür

Die kritische bis ablehnende Haltung Kollmanns gegenüber dem neuen politischen System kam immer wieder zu Tage. Begünstigt wurde sie durch die mangelnde Umsetzung des Ständesystems. Dass die neue Verfassung nicht so richtig greifen wollte, auch nicht auf Gemeindeebene, unterstrich die Wahl zur Kurkommission in der Gemeindefestsetzung vom 10. April 1934 – gebraucht wurden zwölf Personen, d.h. zwölf Personen sollten ernannt werden. Doch anstelle des ihm zustehenden Ernennungsrechts, das Kollmann als autokratisch bezeichnete, veranstaltete er eine Wahl, die doch gesetzlich gar nicht vorgesehen war bzw., so argumentierte es Kollmann, man habe *für diese Art der Geschäftsführung keine entsprechende Vorschrift*.<sup>615</sup> Unverblümt verkündete er, dass die Mitglieder des Gemeindefestes auch damit zufrieden sein würden. Gewählt wurden: Julius Hahn, Friedrich Bernhofer, Alois Beck, Dr. Franz Eckert, Richard Kurtics, Georg Gehrler, Dr. Karl Höld, Wilhelm Malaniuk, Anton Schilcher, Robert Schmidt, Rudolf Stricker, Dr. Franz Trenner. Widerspruch zu der nicht vorgesehenen Wahl kam keiner auf.

In der Sitzung vom 9. Oktober 1935 agierte Kollmann, überspitzt formuliert, sogar über die Verfassung bzw. den ständestaatlichen Gedanken hinweg. Acht Männer für den Ortsschulrat plus acht Ersatzmänner waren vorzuschlagen. Es mussten nicht unbedingt Gemeindevertreter sein, doch in so einem Fall war die Zustimmung der VF einzuholen. Die Bestellung sollte nach den Grundsätzen der Stände erfolgen. Kollmann hingegen hatte im Einvernehmen mit seinem Stellvertreter Hahn (und den Wehrverbänden) eine Namensliste erstellt, die der Verfassung nicht entsprach. Hätte er verfassungstreu gehandelt, wären von den acht Ortsschulräten in Baden sieben der Industrie und einer der Intelligenz (darin fasste Kollmann alle zusammen, die nicht zu Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft zählen) zugefallen. Für Kollmann war das schlicht ungerecht und nicht repräsentativ für die Stadt. Bestellt wurden schließlich:

Leopold Breinschmidt (Landwirt), Ersatzmann: Gustav Dem, Christlich-Deutsche Turner  
Josef Dengler (Regierungskommissär) / Gustav Pillhofer, beide Freiheitsbund  
Dr. Heinrich Doblhoff-Dier / Dr. Ernst Bausek jun., beide Heimwehr  
Dr. Julius Hahn / Adalbert Seyk (1874-1947), beide VF  
Dr. Ernst Holler, Ersatzmann: Dr. Erich Christel, Professoren  
Richard Kurtics / Robert Tröber, beide Heimatschutz  
Dr. Wilhelm Malaniuk / Franz Schweighofer, beide Sturmsharen  
Josef Wolkersdorfer / Wilhelm Fleischberger jun., beide Gewerbe.<sup>616</sup>

Anschließend erfolgte Kollmanns Vorschlag für die Schulaufseher, die vom Bezirksschulrat/Bezirkshauptmann Rupprecht ernannt wurden:

Rudolf Woisetschläger (Postbeamter), Pfarrschule,  
Alois Beck (Dachdeckermeister), Schule in Leesdorf,  
Robert Schmidt (Baumeister), Valerieschule,  
Alois Berger (Friedhofsverwalter), Helenenschule.<sup>617</sup>

Ob Kollmann nun tatsächlich gegen den ständestaatlichen Gedanken verstoßen hat, ist schwer zu sagen. Für die Zusammensetzung des Gemeindefestes gab es im Artikel 127 (1) der Mai-Verfassung 1934 eine klare Regelung, dass unter anderem die Ständevertreter mit einbezogen werden müssten, allerdings nur in Ortsgemeinden, *in denen die Gliederung der Bevölkerung es zulässt [...]*. Somit relativierte sich der Artikel von selbst, denn Kollmann entschied nun nach Gutdünken, was zulässig sei oder nicht. Außerdem handelte es sich hier nicht um die Zusammensetzung des Gemeindefestes, sondern um den Ortsschulrat. Wie dem auch sei, Kollmanns Interpretationen des ständestaatlichen Gedankens schufen gemeindepolitische Tatsachen.

<sup>615</sup> StA B, GB/3f/15, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 9. Jänner 1935 – 19. Dez. 1935, S.75.

<sup>616</sup> Bei der Wahl 1930 gab es noch 12 Ortsschulräte, 7 stellte die CSP und 5 die SDAP; für die CSP wurde u.a. Hahn gewählt, für die SDAP Berka, Vilma Balzarek, Franz Klinger, Franz Schefzig und Ludwig Werba.

<sup>617</sup> Vgl. Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 9. Jänner 1935 – 19. Dez. 1935. Stadtarchiv Baden. S.135-138. Bei der Wahl zu Schulaufsehern am 15. April 1930 wurden ebenfalls Schmidt, Woisetschläger und Beck gewählt, einzig der SDAP-Vertreter Meixner wurde nun durch Alois Berger ersetzt. Vgl. StA B, GB/3f/10. Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 28. Jänner 1930 – 31. Dezember 1930, S.351f. Im Adressbuch 1933/34 wird als Schulaufseher der Helenenschule Franz Schefzig (SDAP) angeführt.

Obwohl die Verfassung für Verwirrung und Unmut sorgte, so war man doch froh, mit dem Systemwechsel einen gewichtigen Störfaktor beseitigt zu haben – die Opposition. Ersichtlich wurde dies Ende 1935 in der Gemeindetags-sitzung vom 19. Dezember 1935, als der Voranschlag präsentiert wurde. Bürgermeisterstellvertreter Hahn trat ans Rednerpult. *Die Zeiten haben sich geändert, ich brauche den Voranschlag nicht zu verteidigen wie früher, wo ich einer übelwollenden Opposition der Kritik ausgesetzt war und heruntergerissen wurde.*<sup>618</sup> Und auch Woisetschläger erinnerte daran, *dass die früher anlässlich der Budgetberatung von der Opposition oft stundenlang gehaltenen Reden nicht der Aufklärung, sondern eher der Verwirrung gedient hätten.*<sup>619</sup> Die neuen und besseren Zeiten beschwor nachfolgend Malaniuk. Er war nicht nur vom Voranschlag begeistert, sondern auch das Wirken des Bürgermeisters ließ ihn unbekümmert in die Zukunft blicken. Kollmann bedankte sich für die Komplimente, bat jedoch *die zukünftigen Redner, davon Abstand zu nehmen.*<sup>620</sup>

Der Wegfall der Opposition sorgte für weniger Wortmeldungen. Weniger Debatten bedeuteten kürzere Sitzungen. Zumindest sank die Seitenanzahl der Gemeinderatsprotokolle von 241 Seiten im Jahr 1932 auf 136 Seiten im Jahr 1936. Einen deutlichen Aufschwung gab es jedoch im Jahr 1937 bis zum Anschluss März 1938. Hier betrug die Seitenanzahl 340. Eine ähnliche Entwicklung fand auch auf Bundesebene statt. Die Intervalle wurden unregelmäßig, die Tage wechselten. Es fanden Verschiebungen statt, die Treffen wurden „geheimer“, immer weniger Entscheidungsträger nahmen daran teil. Die Berichterstattung gestaltete sich nebuloser.<sup>621</sup>

Die Politik „hinter verschlossenen Türen“ erregte Unmut. In Baden waren es die Lokalmedien sowie einzelne Gemeindevertreter im Gemeindetag, die diesen ansprachen. In Punkto Lokalmedien betraten zwei neue Akteure die Bühne, wobei der eine nicht wirklich neu war – es änderte sich nur der Finanzier im Hintergrund. Gemeint sind das neue BVB und die „Neuen Badener Nachrichten“ (NBN). Beide sollten als „Kritiker“ des Systems auftreten, beide jedoch mit unterschiedlichem Schwerpunkt.

## **Zwei neue mediale Akteure:**

### **Das Neue BVB und die „Neue Badener Nachrichten“ (NBN)**

#### **Kritik am Regime – Kritik an der Gemeindepolitik**

Anfang 1936 gab es plötzlich kein BVB mehr. Erst am 4. April 1936 erschien die erste Ausgabe des Jahres. Zum Geleit äußert sich zuerst Kardinal Innitzer, dann Kollmann und letztendlich die Schriftleitung (Rainerring 14). Interessant ist Kollmanns Ausführung: *Kanzler Dr. Engelbert Dollfuß hat eine neue Zeit geschaffen, hat politische Parteien verboten und politische Parteien, die immer staatsertreu und staatsstreu gewirkt haben, veranlasst, ihre politische Tätigkeit einzustellen. Dem Wunsche des Kanzlers hat die staatsertreue christlichsoziale Partei [...] Rechnung getragen. Rechnung getragen dem Gedanken, dem Bund den besten Dienst damit zu erweisen. Ich rede jetzt gar nicht darüber, welche Behandlung diese opferwilligen christlichsozialen Mandatäre und Anhänger allerorts ertragen haben und ertragen mussten, ich spreche nur darüber, dass eine Zeit kommt, der wir zu dienen die Aufgabe und Absicht haben.*<sup>622</sup> Kollmann spricht von den staatsertreuenden und den staatsstreuen Parteien – Plural! Hier werden eindeutig die SDAP und GDVP angesprochen. Erst dann geht er explizit auf die CSP und ihr „Opfer“ ein. Die Schriftleitung kommentiert Kollmanns Aussage vier Seiten später, Kollmann habe in seiner geraden und schlichten Art ausgesprochen, was ihm am Herzen liege.

Was war geschehen? Ende 1935 verkündete das BVB seine Einstellung. Die Auflösung der CSP beraubte das Blatt einer wichtigen finanziellen Stütze. Daher sprang auf Betreiben des Badener Pfarrers von St. Stephan, Josef Stoiber, der Katholische Volksbund ein. Das Badener Volksblatt erschien nun im neuen Cover. Neben der Beilage „Sonntags-Daheim“ konnte man der Überschrift entnehmen, dass es sich um ein Mitteilungsblatt der „Katholischen Aktion“ (KA) für die Bezirke Baden, Mödling, Wr. Neustadt Land und das Triesting- und Piestingtal handelte.<sup>623</sup> Nun war das BVB nicht mehr in der Hand der CSP, sondern der KA.

<sup>618</sup> StA B, GB/3f/15, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 9. Jänner 1935 – 19. Dez. 1935, S.166.

<sup>619</sup> Ebd. S.174.

<sup>620</sup> Ebd. S.167.

<sup>621</sup> Vgl. Gertrude ENDERLE-BURCEL Alexandra NEUBAUER-CZETTL, Staat im Umbruch – Forschungslücken zur Geschichte Österreichs der Jahre 1933 bis 1938. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien 2013), S. 413-427, hier 413.

<sup>622</sup> BVB Nr.1 v. 04.04.1936, S.1.

<sup>623</sup> Vgl. MAURER, Baden. St. Stephan, 2012, S.343.

Die Aussage Kollmanns, der alle Parteien von damals berücksichtigte und ihnen staatstragende Arbeit zusprach und dabei auch die opferwilligen CSP-Mandatare (über die er ja eigentlich nicht reden wollte) hervorhob, zeigt Kollmann abermals deutlich als einen Vertreter der alten CSP-Eliten, die zwar eine Stütze des Ständestaates darstellten, aber keine totale Identifikation an den Tag legten. Und auch das neue BVB übte Kritik, allerdings Kritik, wie sie eben in einer Diktatur möglich ist. *Was uns nicht gefällt*, titelte das Mitteilungsblatt der KA. Dies sei kein Nörgeln, sondern helfe dem Staat in seinem Kampf. Angeprangert wurde die Ordens- und Titelwut, überall lese man von Ehrungen und Ordensverleihungen, die Personalspalten in den Zeitungen würden immer länger – Jubiläumsfeiern nähmen überhand. Auch eine Finanzaffäre im Versicherungswesen wurde erwähnt. In diesem Fall sprach man von Vertuschung und Fehlinformation.<sup>624</sup>

Von der Empörung über Vertuschung und Fehlinformation war es nicht weit zur Kritik an der Medienzensur. In der parlamentarischen, demagogischen Zeit, schrieb das BVB, hätten die Parteien alles dafür getan, vor allem vor den Wahlen, um sich bei den Wählern beliebt zu machen. Nun komme der Spruch „Mut zur Unpopularität“ auf, um gegen die Volkstümllichkeit aufzutreten. Das BVB begrüßte diese Entwicklung. Allerdings sah sie es als gefährlich, wenn die öffentliche Meinung vollkommen außer Acht gelassen werde. Die Folgen seien Gerüchte und Misstrauen gegenüber dem neuen Österreich, und die Leser würden, selbst bei strengster Zensur, ohnehin einen Weg finden, um ihren Wissensdurst zu befriedigen. Der Leser werde *der zu farblos gewordenen Presse überdrüssig*, und er würde sich lieber den ausländischen Zeitungen oder gar den herumschwirrenden Sensationsgerüchten zuwenden. *Fordern wir also die Pressefreiheit? Ja und Nein*. Man wünschte sich keine hemmungslose Pressefreiheit wie nach dem Ersten Weltkrieg, dies zu fordern bezeichnet das BVB als lächerlich und als Zeichen eines bösen Willens. Vielmehr forderte man *eine sehr radikale Säuberung unseres Pressewesens*. Verwundert zeigte sich das BVB, dass, obwohl man die Gesinnung einiger Journalisten kenne, sie dennoch publizieren dürften – es seien hasserfüllte Geiferer, weder österreichisch noch katholisch oder sozial. „Braucht das neue Österreich diese Medien?“, fragte das BVB. *Wenn der österreichische Staatsgedanke auf die Schützenhilfe solch widerlicher Zeitungsschmucks angewiesen sein sollte, dann stünde es recht schlecht um ihn. Gott sei Dank ist das durchaus nicht der Fall. Dennoch sind diese Elemente die wahren Hindernisse einer Lockerung unserer Presseverhältnisse; sie müssen schonungslos entfernt werden!*<sup>625</sup>

Das war leichter gesagt als getan. Die Debatte um die Lockerung der Zensur zeigte nur allzu deutlich die Situation des Ständestaates. Lockerte man die Zensur, würde die Opposition vermehrt öffentlich auftreten können. Behielt man die straffe Handhabe bei, signalisierte man, dass man der Bevölkerung nicht traute, und die Menschen würden umso mehr zu ausländischen Medien greifen. Dass die staatliche Propaganda nur selten die Realität des Ständestaates wiederspiegelte, war schließlich augenscheinlich. Doch dass die meisten Österreicher sich mit dem Ständestaat nicht identifizieren konnten, bedeutete nicht, dass sie in Opposition zu ihm standen. Es war mehr das Desinteresse, das dem Regime zu schaffen machte, während der Nationalsozialismus für weite Kreise durchaus interessant war.

Für Kritik sorgte nicht nur die Zensur. Der unfertige Ständestaat wurde ebenso beanstandet. Dabei berief sich die Berichterstattung des neuen BVB auf ein Fundament der neuen Staatsidee, die Enzyklika „Quadragesimo anno“. Es sei viel darüber geredet und geschrieben worden und offenbar sollte die Enzyklika auch das Fundament des christlichen Ständestaates sein, urteilte das BVB, doch habe *der heutige Zustand in Österreich mit einem christlichen Ständestaat noch nichts zu tun [...]*.<sup>626</sup> Zwei Punkte führte das BVB an, die den wahren christlichen Ständestaat verhinderten: die ausufernde Bürokratie, gleichzusetzen mit einer leerlaufenden Maschinerie, sowie der wirtschaftliche Liberalismus und die dahinter stehenden geschickten Personen, die nur auf ihren persönlichen Vorteil aus seien und damit die angestrebte soziale Gerechtigkeit untergraben. Das neue BVB wandelte sich nun zum Befürworter des christlichen Ständestaates und kritisierte nicht mehr das System an sich, sondern die zögerliche Umsetzung. Dass die Christlichsozialen/Bürgerlichen die Staatsgewalt nun innehatten, war nur der erste Schritt, die Einführung der Stände sollte endlich die soziale Gerechtigkeit herbeischaffen. Damit trat das BVB in Gegensatz zu jenen Eliten, die sich mit der alleinigen politischen Macht begnügten und mit dem bisher Erreichten zufrieden waren. Wirtschaftseliten hatten mit der Ausschaltung der SDAP und den Gewerkschaften ihr Ziel erreicht. Das Bestehende sollte nun gesichert werden, auch gegen die aus ihrer Sicht utopischen ständestaatlichen Phantasien. Ihnen reichte eine „normale“ Diktatur vollkommen aus.

<sup>624</sup> Vgl. BVB Nr.1 v. 04.04.1936, S.3.

<sup>625</sup> BVB Nr.4 v. 25.04.1936, S.1.

<sup>626</sup> Vgl. BVB Nr.6 v. 09.05.1936, S.1.

Dass das neue BVB nun eher christlich im Sinne der KA und der Katholischen Kirche auftrat als christlichsozial im Sinne der CSP, zeigt sich an vermehrter Zuwendung zu explizit religiösen Thematiken. Die Debatte bezüglich der Feuerbestattungen kam wieder auf. *Wir fragen: Ist die ungehinderte Werbungsmöglichkeit der alten ‚Flamme‘ im christlichen Österreich eine unbedingte Notwendigkeit? Ist es sinngemäß, dass die Prospekte weiterhin die Gesinnungsbildung verschmieren, indem sie von ‚Freitod‘, von der ‚Zeremonie‘ bei der Verbrennung usw. sprechen?*<sup>627</sup> Diese ideologischen Gegensätze prägten das BVB in den Anfangsjahren und am Anfang der Ersten Republik. Danach traten sie in den Hintergrund. Mit dem neuen BVB kamen die religiösen Aspekte wieder zum Vorschein.

Neben dem neuausgerichteten BVB betraten 1936 auch die Neuen Badener Nachrichten (NBN) die lokalmediale Bühne. Die erste Ausgabe erschien am 14. März 1936, und das Blatt sollte jeden Samstag erscheinen. Die Geschäftsstelle Baden befand sich in der Frauengasse 10, die Hauptschriftleitung in Berndorf, Hainfelderstraße 73. Herausgeber und Hauptschriftleiter war Anton Rauch. Berichtet wurde über Baden Stadt und Bezirk, Berndorf, Bad Vöslau, das Triestingtal, ab 1937 auch vermehrt über Wr. Neustadt. Sport- und Weltnachrichten sowie die Politik der Bundesregierung gehörten ebenfalls zum Repertoire der NBN.

Im Geleitwort sahen sich die NBN als Schnittstelle zwischen Stadt und Bezirk, wendeten sich an alle Bevölkerungsschichten und strebten danach, die einzelnen Wirtschaftszweige zusammenfassen. *Unabhängig, frei von allen Vorurteilen, objektiv und gerecht, ohne einseitiger Richtung, nur auf das Wohl unseres Vaterlandes und seiner Bevölkerung bedacht, getragen vom dem Gedanken, der Allgemeinheit zu dienen, so wurde unser – nein – Euer Blatt – gegründet, so möge es sich erhalten.*<sup>628</sup>

Fragt man nach der politischen Ausrichtung, so sind die NBN im deutschnationalen Lager angesiedelt. Die nationale Ausrichtung wurde augenscheinlich, wenn der Herausgeber Anton Rauch sich als Opfer kirchlicher Verleumdung betrachtete. Von der Kanzel würden christliche Blätter propagiert, seines jedoch verpönt. Nachvollziehen konnte er das nicht, schließlich sei er stets vaterlandstreu gewesen; er nehme an, die Benachteiligung komme daher, dass er einen Kindesmissbrauch aufgedeckt oder über die Evangelische Kirche im Triestingtal vermehrt berichtet habe.<sup>629</sup> Entwicklungen in Deutschland wurden unreflektiert wiedergegeben, zumeist positiv konnotiert, wobei es zu keiner offenen Kritik am Ständestaat kam. Vielmehr berichtete man sachlich und unaufgeregt über die staatlichen Institutionen und deren Vorhaben. Polemik trat nur bei der Berichterstattung über Kommunisten und damit Russland sowie in Bezug auf Frankreich zu Tage.

Sachliche Kritik von Seiten der NBN müsse sich die Stadtgemeinde Baden gefallen lassen, aber nicht in der Art *eines Kampfes gegen einzelne Persönlichkeiten der Stadtverwaltung* – vielmehr bringe die Kritik der NBN *lebendige Anregungen zur Verbesserung der Situation für die schwergeprüften Geschäftsleute, Gast- und Kaffeehausbesitzer, Hotels, Pensionen [...]*.<sup>630</sup>

## **Verbales Aufbäumen vor dem Juliabkommen: Der Kanzler in Baden**

Schuschnigg als Bundeskanzler und als Führer der Vaterländischen Front machte der Stadt Baden am 26. April 1936 seine Aufwartung. Dieser Tag war für das BVB nicht nur ein gewöhnlicher großer Tag – ein Superlativ der ganz besonderen Art sollte es werden. Man spürte den *Stolz in der Brust jedes Badeners, Zeuge sein zu können eines Geschehens, das die Welt aufhorchen lässt*.<sup>631</sup> Baden lag demnach am 26. April 1936 im weltgeschichtlichen Brennpunkt. Selbstverständlich war ein Menschenmeer auf dem Pfarrplatz zusammen gekommen, und sämtliche Größen der Stadt und des Bezirkes waren erschienen, um im Antlitz des Kriegerdenkmals den Führer zu empfangen. Bis 16.20 Uhr musste man auf das Eintreffen des Bundeskanzlers warten.

Bereits in der Antonsgasse wurde Schuschnigg zugejubelt. Würdevoll schritt er zum Pfarrplatz, wo er die ergebensten Treuegrüße des Ortsführers der OSS Baden, Fachlehrer Franz Merzl, entgegennahm. Es folgten Ansprachen und Blumenüberreichungen, die Begrüßungsrede hielt Hauptgruppenleiter und Bürgermeisterstellvertreter Hahn. Die Einweihung der Dollfuß-Gedenkflagge der OSS Baden übernahm der Abt von Heiligenkreuz. Nun sollten Treue und Ergebenheit belohnt werden, Schuschnigg verteilte goldene Ehrenzeichen, unter den Empfängern war auch Kollmann. Anschließend begab er sich ins neue „Kanzler Kurt von Schuschnigg-Heim“ im Batzenhäusl. Dort huldigten ihm die

<sup>627</sup> BVB Nr.44 v. 30.10.1937, S.6.

<sup>628</sup> NBN Nr.1 v. 14.03.1936, S.1.

<sup>629</sup> Vgl. NBN Nr.42 v. 26.12.1936, S.3.

<sup>630</sup> NBN Nr.1 v. 14.03.1936, S.1.

<sup>631</sup> Vgl. BVB Nr.5 v. 02.05.1936, S.7.

einzelnen Wehrformationen. Schuschnigg sprach vom missionarischen Charakter des Hauses und befahl, *dass von diesen Räumen Missionäre und Apostel des wahren Vaterlandsgedankens hinausziehen in die schöne Heimat, um das hohe Lied des Vaterlandes zu singen und im Herzen aller Landsleute, insbesondere der Jungen, Verständnis für das Vaterland und seine Erfordernisse zu wecken.*<sup>632</sup>

Die große Zeremonie fand im Stadttheater statt. Der Eröffnungsrede Hahns folgte die große Kanzlerrede. Das Vaterland wurde beschworen, der eingeschlagene Kurs verteidigt. Dann wandte sich Schuschnigg einem neuen/alten Feind zu. Er sprach von der *in Österreich so beliebten und keineswegs tragisch zu nehmenden Raunzerei [...]*. Er mahnte in die Zukunft zu blicken, und in diesem Zusammenhang bezeichnete er den Ständestaat als modern. Erklärend fügt er hinzu, *man kann im Zeitalter des Autos nicht mehr mit der Postkutsche fahren [...]*, deshalb brauche es eine politische Ordnung auf ständischer Grundlage. Herausgehoben wurde die Sonderstellung Österreichs. Es sei weder faschistisch noch demokratisch, zwei Worte *die nicht auf österreichischem Boden gewachsen sind [...]*.<sup>633</sup> Für ihn sind beide Begriffe auch keine Schimpfworte, sofern sie ideal ausgeführt sind. Als Beispiele zählte er Italien (Faschismus) und England (Demokratie) auf und betonte, dass Österreich weder das eine noch das andere sei.

Die Begriffe Faschismus und Demokratie waren geeignete Schlagworte für das BVB, die kirchliche Position abermals zu erläutern. Der Katholischen Kirche sei das politische System gleichgültig, erklärte das BVB. Die Kirche bevorzuge weder das eine noch das andere. Deswegen sei der Sonderweg Österreichs eine erstrebenswerte Lösung. Österreich brauche keine Demokratie und auch keinen Austrofaschismus – der angegebene Grund wirkt äußerst banal: *Bei uns gilt es weder, einen ‚Faschismus‘ einzuführen, noch eine ‚Demokratie‘ zu retten. Wir haben andere Sorgen.*<sup>634</sup>

Zu diesen Sorgen zählte in Baden, dass die Vertreter der Stände sich über die Aufstellung während des Kanzlerbesuches nicht einigen konnten. Das Zeremoniell musste jedoch reibungslos über die Bühne gehen. In der Hauptgruppensitzung der VF setzte der Vorsitzende Hahn deswegen mehrere Vorbesprechungen an.<sup>635</sup>



V. l. n. r.: Josef Kollmann, Carl Rupprecht v. Virtsolog (links hinter Schuschnigg), Kurt Schuschnigg, Julius Hahn, Rudolf Woisetschläger.

<sup>632</sup> BZ Nr.36 v. 02.05.1936, S.1. Die BZ zählte 700 Mitglieder der OSS und 1000 Mitglieder der Ostmarkjugend. Der Heimatschutz stellte ein starke Abteilung des „Jung Vaterland“, und nicht fehlen durften die Christlich-deutschen Turner, der Freiheitsbund, die Post- und Telegraphenschutzwehr sowie weitere regimetreue Organisationen.

<sup>633</sup> BVB Nr.5 v. 02.05.1936, S.7.

<sup>634</sup> Vgl. BVB Nr.14 v. 04.07.1936, S.3.

<sup>635</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147, S.7.



Ankunft des Bundeskanzlers in der Antonsgasse, offizielle Begrüßung am Pfarrplatz (Fotos: Privataarchiv Fam. Merzl).

# *Das ist keine Plage mehr, das ist eine Seuche ...*

## Fürsorgepolitik und „Bettlerunwesen“ im Ständestaat

Unter der Budgetpolitik des Ständestaates, die primär darauf zielte, eine harte Währungspolitik zu betreiben sowie den Schuldenstand abzubauen, litt vor allem der Sozialsektor, der massiven Kürzungen ausgesetzt war. Dies wiederum wirkte sich negativ auf die Fürsorge- und Sozialpolitik der Länder und Kommunen aus, die das sogenannte „zweite soziale Netz“ bildeten. *Insgesamt stellte die restriktive staatliche Budget- und Finanzpolitik einen entscheidenden Faktor dar, der die materiellen Möglichkeiten der Kommunen, soziale Probleme auf der Grundlage ihres eigenen Budgets zu lösen, massiv einschränkte.*<sup>636</sup> Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken, bestanden darin, die Gemeindeumlagen (Grund- und Gebäudesteuer) zu erhöhen. Den Gemeinden blieb nichts anderes übrig, als den Sparkurs der Regierung nachzuahmen.

In Bezug auf die Wohlfahrt herrschte nach wie vor die katholisch-christliche Maxime jener Zeit: Private Wohlfahrtspflege war zu fördern und mit der staatlichen zu kombinieren. An vorderster Front standen ehrenamtliche Männer und Frauen, beseelt durch die christliche Nächstenliebe. Dabei spielte die Eigenverantwortung der Betroffenen (Armen) eine größere Rolle als in der Wohlfahrtspflege der Sozialdemokratie. Staat, Land und Gemeinde sollten erst eingreifen, wenn die Familie (Basis der Gesellschaft) ihren Fürsorgerechten, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr nachkommen konnte. Die Politik bevorzugte allerdings die bürgerliche Familie, während gegenüber Arbeiterfamilien Animositäten bestanden. Daraus ergab sich eine soziale Staffelung in der Fürsorgepolitik, nach der nicht alle Armen gleich waren.<sup>637</sup>

Diese Ungleichheit zeigte sich auch im Badener Gemeinderat, als in der Gemeinderatssitzung vom 22. März 1933 über die Winterhilfe debattiert wurde. Für die SDAP fiel die Unterstützung zu gering aus. Manche bekämen gar nichts und Kollmann agiere selbstherrlich, wurde von der SDAP beanstandet. *Es ist ein Gebrauch der Sitte, dass über alle Dinge, die man macht, Kritik geübt wird. Es wundert mich, dass diese nicht ärger ausgefallen ist,*<sup>638</sup> verteidigte sich Kollmann. Er erklärte, dass bei Personen, die behaupteten, nichts bekommen zu haben, nach längerem Nachfragen oder bei einer Überprüfung festgestellt werden konnte, dass es doch zu einer Zuteilung von Nahrungsmitteln oder Heizmaterial gekommen sei. Er versicherte, dass jeder Fall genau überprüft werde, und bat, nicht jene zu attackieren, die sich in der Winteraktion engagierten. In der folgenden vertraulichen Gemeinderatsitzung klang das Ganze schon anders. Zu der Liste mit den Namen jener Personen, die angeblich nichts erhalten hätten, äußerte sich Kollmann wie folgt: *Schon der erste Name, der mir in die Augen fällt, wenn ich die Liste aufschlage, ist ein Ausländer. Die Kinder bekommen bestimmt Ausspeisungen. Bei Kindern wird kein Unterschied gemacht, bei Erwachsenen ist dafür gesorgt, dass die Österreicher etwas bekommen.*<sup>639</sup> Dieser Aussage folgte kein Widerspruch, kein einziger SDAP-Mandatar wandte dagegen etwas ein, man ging zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Verknüpft mit der Fürsorgepolitik war das Heimatrecht. Denn nur jene Personen, die das Heimatrecht besaßen, konnten Zuschüsse durch ihre jeweiligen Gemeinden erwarten. Die bloße Niederlassung in einer bestimmten Gemeinde war nicht ausreichend. Reformen dieses Systems stießen zumeist auf taube Ohren, gleichzeitig fürchteten die Gemeinden, bei einer Lockerung einer Flut an Bedürftigen ausgesetzt zu sein. So ging man dazu über, nicht heimatberechtigte Personen auszuweisen.<sup>640</sup>

In der Heimatgesetznovelle von 1935 kam es zu einer Novellierung des Heimatrechtes. Man unterschied nun zwei Aufenthaltsgemeinden: die „dauernde“ und die „vorübergehende“ (Wanderarbeiter). *Heimatgemeinden waren nun bloß noch bezüglich Sachaufwendungen regresspflichtig, die eine andere Gemeinde für einen Fremdzuständigen mit nur vorübergehendem Aufenthalt in dieser Gemeinde geleistet hatte. Dabei durfte hilfesusuchenden ‚Fremdzuständigen‘ nur dann Unterstützung gewährt werden, wenn sie einen ‚Unterstützungsausweis‘ von der jeweiligen Heimatgemeinde vorweisen konnten.*<sup>641</sup>

<sup>636</sup> Gerhard MELINZ, Fürsorgepolitik(en). In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage Wien 2012), S. 238-252, hier 239.

<sup>637</sup> Vgl. ebd. S. 241.

<sup>638</sup> StA B, GB/3f/13, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28. Dez. 1933, S. 11.

<sup>639</sup> StA B, GB/3g/12, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28. Dez. 1933, S. 1f.

<sup>640</sup> Vgl. MELINZ, Fürsorgepolitik, 2012, S. 242.

<sup>641</sup> Ebd. S. 243.

Ob jetzt CSP oder SDAP, die Unterstützung Bedürftiger war an finanzielle Realitäten gekoppelt und erforderte Pragmatismus, der dem Sozialen im christlich-„Sozialen“ der CSP und im „Sozial“demokratischen der SDAP Grenzen setzte. Die Zahl der zu Unterstützenden nahm zu, während die finanziellen Gemeindemittel abnahmen. Immer mehr Badener konnten ihre Steuer- und Abgabepflichten nicht mehr erfüllen. Doch traf dies nicht nur einzelne Personen – selbst Institutionen wie das Stadttheater konnten auf einmal ihre Heizkosten nicht mehr decken.<sup>642</sup> In der Vertraulichen Sitzung vom 29. März 1933 wurde ein weiterer Aspekt der Armut aufgezeigt. Es betraf abermals jene Personen, die nichts erhalten haben sollten, und Kollmann erklärte: *Man muss immer eines nicht vergessen, dass arme Leute klagen und nicht sagen, wann und was sie bekommen haben, aus lauter Angst, dass sie nichts mehr kriegen. Ich mache nicht einen Vorwurf, denn das Schicksal des armen Menschen ist, zu versuchen, etwas mehr zu kriegen. Es besteht nicht der Wille hier, jemandem weh zu tun.*<sup>643</sup>

Die Wohlfahrtspolitik in den Bezirken wurde durch die Fürsorgeinstitute umgesetzt. Diese wurden von ehrenamtlichen, politisch ernannten Fürsorgeräten geführt. Zu ihren Aufgabenbereichen gehörte die Wahrung der „Fürsorgeordnung“, darauf zu achten, dass jeder das erhielt, was ihm vom Gesetz her zustand. Dadurch sollte Missbrauch vermieden und die Gemeindefürsorge mit privaten Initiativen kombiniert werden.<sup>644</sup> Für den Fürsorgeausschuss in Baden wurden in der Gemeindetagssitzung vom 9. Jänner 1935 folgende Personen genannt: Alois Beck, Leopold Fahnler, Karl Pazeller, Louise Ecker, Julius Hahn, Anton Schilcher, Alexander Eisler, Julius Janisch, Otto Sulzenbacher (Obmann) und Vilma Schlick-Bolfras (1879-1965) (Obmann-Stellvertreter).<sup>645</sup>

Am 25. Juni 1935 erfolgte die Neukonstituierung des Bezirksfürsorgerates. Die niederösterreichische Landeshauptmannschaft hatte aufgrund der Vorschläge der VF 13 Personen neu bestellt, in Summe handelte es sich um 20 Personen. Als Obmann fungierte Alois Beck (zugleich Verwalter des Bezirksaltersheims und Bezirkswaisenhauses), Ernst Huber (Traiskirchen) war sein Stellvertreter, Trudo Exner Kassier und Wilhelm Lang Kassierstellvertreter. Den Mitgliedern des Bezirksfürsorgerates wurde mit auf den Weg gegeben, ein *offenes Auge und ein warmfühlendes Herz für die Not der Armen zu bewahren*, aber auch *dass die Mittel für die Unterstützungen nicht unbegrenzt fließen*.<sup>646</sup> Mit dieser Neukonstituierung wurde in den Augen des BVB ein Unrecht wiedergutmacht: 1922 waren die im Altersheim tätigen Nonnen von der sozialistischen Verwaltung „davongejagt“ worden – jetzt wurde ihnen die Rückkehr gestattet. Erfreut war das BVB nicht nur wegen der Rückkehr an sich, sondern auch wegen der finanziellen Ersparnis. Schließlich arbeiteten Nonnen hauptsächlich für Gotteslohn, und dieser belastete die Gemeindekasse nicht.

## Bettler und Landstreicher

*Auch die Zigeunerbettelei nimmt trotz des Winters immer mehr zu. Man sieht immer dieselben verschmierten, dreieckigen Weiber, mit einem in einen Fetzen eingewickelten Säugling, irgendein Straßeneck gegen den Kurpark okkupierend, betteln, während ihre Sprösslinge, die schon selbstständig das ‚Gewerbe‘ ausüben, in den Nebengassen in der ihnen eigenen zigeunerhaft frechen Weise Passanten molestieren.*<sup>647</sup>

*Wie Schmarotzergewächse die Nährpflanze, so schädigen diese parasitären Existenzen die menschlichen Gemeinwesen, indem sie deren öffentliche Einrichtungen nutzen, ohne zu ihrer Erhaltung beizutragen. Nur zu leicht werden solch gesellschaftslose Menschen zu gesellschaftsfeindlichen, zu asozialen Verbrechern.*<sup>648</sup>

Das erste Zitat stammt aus dem christlichsozialen BVB, das zweite aus der liberalen BZ. Beide Artikel handeln von Bettlern bzw. von bettelnden „Zigeunern“. Die aggressive Sprache ist nicht zu überlesen. Man schreibt von Schädlingen und Parasiten und wundert sich, dass es trotz des Winters immer noch so viele gebe und sie, wie man es offenbar erwartete, nicht erfroren waren. Es wird hier deutlich, dass gewisse Menschengruppen außerhalb der Gesellschaft standen und man ihnen ohne weiteres das Menschsein absprechen konnte. Bei den zwei Zitaten, das darf nicht vergessen werden, handelte es sich nicht um nationalsozialistische Medien, sondern um ein christlichsoziales und ein liberales Blatt. Das Misstrauen bzw. der Hass gegenüber Roma und Sinti bzw. Bettlern war in jener Zeit nichts

<sup>642</sup> Vgl. OELLER, Raum Baden 2011, S.30-32.

<sup>643</sup> StA B, GB/3g/12, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28 Dez. 1933, S.23.

<sup>644</sup> Vgl. MELINZ, Fürsorgepolitik, 2012, S. 247.

<sup>645</sup> Vgl. StA B, GB/3f/15, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 9. Jänner 1935 – 19. Dez. 1935, S.2

<sup>646</sup> BVB Nr.27 v. 06.07.1935, S.1.

<sup>647</sup> BVB Nr.4 v. 26.01.1935, S.3.

<sup>648</sup> BZ Nr.6 v. 23.01.1932, S.1.

spezifisch Nationalsozialistisches oder generell Anstößiges, das hinter vorgehaltener Hand kommuniziert wurde. Obendrein wurden auch Leserbriefe verfasst, die vollkommen der Blattlinie entsprachen und das Spaziergehen durch Baden bzw. das Entlanggehen einer einzigen Straße zum Spießbrutenlauf dramatisieren – bis zu zwanzigmal soll man da angebettelt worden sein.<sup>649</sup> Die Leserschaft der beiden Medien stammt aus dem bürgerlichen Milieu, der Mitte der Gesellschaft – fleißig und sparsam, Theater- und Kirchengänger.

Verstärkt durch die Wirtschaftskrise und die dadurch hervorgerufenen Ressourcenmängel aller Art, war eine Entspannung nicht in Sicht. Um der „Bettlerplage“ Herr zu werden, bediente sich die Politik sicherheitspolitischer Aktionen – das war die Grundintention der Heimatgesetznovelle zur Bekämpfung der „Bettler- und Landstreicherplage“. Abschreckung und Bestrafung waren nicht unwesentliche Komponenten. Die Behörden griffen auf Maßnahmen zurück, die bereits in der Monarchie und der Ersten Republik angewendet worden waren. Es kam zu einer Wiederbelebung der „Armenpolizei“. Geldstrafen sowie Arrest waren die Folge und als weitere Zuspitzung die Zwangsinternierung in „Beschäftigungsanstalten“, in denen Obdachlose, Bettler, Arbeitslose etc. unterbezahlter Arbeit nachgingen, die ansonsten von Saisonarbeitern zum vollen Lohn verrichtet wurde.<sup>650</sup> In Baden wurde das Strasserngebäude als Notarrest benutzt. Für das Jahr 1933 waren 25.000 Personen als Bettler der gerichtlichen Behandlung zugeführt worden.<sup>651</sup>

Diesbezüglich wurde auch im Badener Gemeinderat eine verstärkte „law and order“-Politik gewünscht, und am 16. November 1933 wurde ein Hausierverbot für Gasthäuser und Heurigen beschlossen. Die CSP wollte die Polizeikontrollen verschärfen. Ein Punkt betraf die vielen Kinder, zum Teil halbwüchsige Mädchen, die zudringlich wurden, was auch moralisch bedenklich sei. Dem stimmte die SDAP zwar zu, doch wollte sie Unterschiede machen. Nicht alle Hausierer bettelten, und den Hiesigen sollte das Hausieren erlaubt sein, zumal sie damit die Wirtschaft ankurbelten, wenn sie in Baden produzierte Waren verkauften. Doch die CSP bestand auf einem Hausierverbot, betonte aber, dass dieses Verbot bereits bestehe und nur in Erinnerung gerufen werden müsse. Und wenn jemand etwas verkaufen wolle, solle er sich an den Gasthaus- oder Heurigenbesitzer wenden und nicht unmittelbar an die Gäste.<sup>652</sup>

Eine andere Methode war die Wiedereinführung des „Bettlergeldes“ bzw. der Wohltätigkeitsmarken. Diese konnten von Privaten oder Geschäftstreibenden erworben werden, in 50er-Blöcken zu zwei Groschen. Der Almosenempfänger erhielt bei Abgabe von 25 dieser Wohltätigkeitsmarken 50 Groschen als Gegenwert oder wurde in Essensrationen ausbezahlt. Erhältlich und einlösbar war das „Bettlergeld“ bei der Stadtpolizei, Eingang Rathausgasse. Laut BVB gab es innerhalb der Bevölkerung einen regen Zuspruch.<sup>653</sup>

In den 30er-Jahren änderten sich Form und Funktion der Fürsorge. Zuvor dominierten Personen, die aufgrund ihres Alters, ihrer Gebrechen etc. nicht arbeitsfähig waren und Fürsorge benötigten. Nun kamen in großer Zahl Menschen hinzu, die durchaus arbeiten konnten, aber keine Arbeit fanden. Ihre Arbeitskraft musste erhalten, eine weitere Verelendung vermieden werden. Zu der Geldunterstützung kamen Sachspenden hinzu.<sup>654</sup> In Baden legen die Hauptgruppenentscheidungsprotokolle der VF Zeugnis darüber ab, in denen oftmals die arbeitslosen VF-Mitglieder Thema waren. Auch in den Schreiben der BH Baden bzw. des Schutzkorps, adressiert an Kollmann, sich für arbeitslose Schutzkorps-Angehörige einzusetzen bzw. sie nicht zu kündigen, wird das Los der Arbeitslosen sichtbar.

Dass jetzt nicht nur gebrechliche und alte Menschen auf Hilfe angewiesen waren, sondern auch jene, die im Stande waren zu arbeiten, aber keine Arbeit hatten, konnte auch negativ ausgelegt werden. Das BVB schrieb von Berufsbettlern und/oder „Zigeunern“, wobei dies zumeist gleichgesetzt war mit Leuten, die von außerhalb anreisten, so zum Beispiel aus Möllersdorf, Traiskirchen, Tribuswinkel und sogar Wien. Das BVB sprach von kräftigen jungen Männern, die einer ehrlichen Arbeit durchaus nachgehen könnten, aber stattdessen bettelten sie, und manche verdienten bis zu 20 Schilling an einem Tag – von Armut also keine Rede. Es waren nicht nur die jungen und kräftigen Männer. Bettelnde Kinder waren genauso eine „Plage“, vor allem beim Heurigen, wo sie den ausgelassenen Alkoholkonsum störten und gleichzeitig Gewissensbisse erzeugten.<sup>655</sup> Gewissenlos wurde an dem hetzerischen Vokabular festgehalten: *Das ist keine Plage mehr, das ist eine Seuche, das gleicht an manchen Tagen schon einer Besetzung unserer Stadt durch Zigeunerbanden.*<sup>656</sup> Überall sollen die bettelnden Kinder eingedrungen sein, das BVB schrieb von einer Invasion. Auch Lösungsansätze hatte das christlichsoziale Blatt anzubieten. Als probates Mittel gegen die „Zigeunerplage“ empfahl es, „Zigeunerweiber“ einzufangen und ihnen die Haare zu scheren, da die Haare als Statussymbol angesehen würden und die betroffenen Frauen sich kahlgeschoren nicht mehr auf die Straße wagten. In anderen Gemeinden habe es geklappt.<sup>657</sup>

<sup>649</sup> Vgl. OELLER, Raum Baden, 2011, S.27.

<sup>650</sup> Vgl. MELINZ, Fürsorgepolitik, 2012, S. 245.

<sup>651</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.333.

<sup>652</sup> Vgl. StA B, GB/3f/13, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 22. März – 28 Dez. 1933, S.173-177.

<sup>653</sup> Vgl. BVB Nr.3 v. 19.01.1935, S.4.

<sup>654</sup> Vgl. MELINZ, Fürsorgepolitik, 2012, S. 249.

<sup>655</sup> Vgl. BVB Nr.4 v. 26.01.1935, S.3.

<sup>656</sup> BVB Nr.10 v. 09.03.1935, S.3.

<sup>657</sup> Vgl. BVB Nr.32 v. 11.08.1934, S.3.

Auch die liberale BZ hielt sich mit Vorschlägen nicht zurück. Man hielt fest, dass es bewusst arbeitsscheue Individuen gebe, die sich auch bewusst außerhalb des gesellschaftlichen Organismus hielten. So ergeht der Appell an die Badener, Bettelnden nichts zu geben, stattdessen *jede Spende einer organisierten Aktion* zuzuwenden, dann *kann man mit dem Verschwinden der Plage durch Gewohnheitsbettler und ähnliche Schädlinge rechnen*.<sup>658</sup>

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, der Massenarbeitslosigkeit, der rasch folgenden Verelendung und des sozialen Abstiegs lenkten die repressiven Maßnahmen des Regimes sowie die Unfähigkeit, eine angebrachte Sozialpolitik zu betreiben, den Blick der Betroffenen auf Nazideutschland. Der stets zunehmende Bedarf an Unterstützung stand einem stagnierenden, wenn nicht sogar zurückgehenden Sozialbudget gegenüber. Während die Erwachsenenfürsorge größtenteils aufrechterhalten werden konnte, mussten beträchtliche Abstriche bei der Gesundheitsfürsorge und vor allem der Jugendfürsorge getätigt werden.<sup>659</sup> Dies führte wiederum zu einem Wunsch nach einem Systemwechsel, besonders bei der Jugend, die durch die repressive Politik weder eine Perspektive angeboten bekam noch in den Ständestaat integriert werden konnte. Arbeitslosigkeit war unmittelbar jeden Tag zu sehen und untergrub die Legitimität des Ständestaates.<sup>660</sup> Prekär war die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit nicht wirklich gesenkt werden konnte – gesenkt wurde vielmehr die Arbeitslosenunterstützung. Im Jahre 1935 erhielt zudem nur jeder zweite Arbeitslose eine Unterstützung.<sup>661</sup> Es fehlte nicht an Klagen und Warnungen, die Folgen dieser Politik waren kein Geheimnis.

---

<sup>658</sup> BZ Nr.6 v. 23.01.1932, S.1.

<sup>659</sup> Vgl. MELINZ, Fürsorgepolitik, 2012, S. 251.

<sup>660</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.329.

<sup>661</sup> Vgl. ebd. S.331.

# *Wir brauchen Mütter, wirkliche Mütterlichkeit!*

## Das Frauenbild im Ständestaat

Die politische und gesellschaftliche Position der Frauen erfuhr im Ständestaat eine Verschlechterung. *Indem durch die Maiverfassung 1934 die Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz aufgehoben wurde, Frauen gegenüber Männern ein eingeschränktes politisches Mitspracherecht in den Berufsständen hatten und durch die Doppelverdienerverordnung verheiratete Frauen aus dem Bundesdienst entlassen wurden, machte die Politik auf einer formalen Ebene Frauen zu zweitklassigen Staatsbürgern.*<sup>662</sup>

Dass der Ständestaat ein christlicher Ständestaat war, spiegelte sich in den propagierten Geschlechterrollen, die, wenig überraschend, auf christlichen Grundsätzen fußen. Ein traditionelles Frauenbild trat in den Vordergrund, das politisch strukturiert werden musste – mehr Mutter, mehr Hausfrau.

Die „Mutterschutzwerke“ (Vorläufer fanden sich in der „Katholischen Frauenorganisation“ der 20er-Jahre) sollten die Interessen der Mütter vertreten und schützen, da die Mutter die „Schöpferin der zukünftigen Generation“ darstellte. Den Müttern musste die Bedeutung des Kinderbekommens im vaterländischen Sinne vermittelt werden. Sie hatten sozusagen eine Mission zu erfüllen. Mit dem Jahr 1936 sollten in allen Gemeinden Mutterschutzwerke aufgebaut werden, in denen es bisher noch keine gab. Die Arbeit sollte idealerweise von Frauen übernommen werden, die zuvor in katholischen Frauenvereinen eingebunden gewesen waren.<sup>663</sup> In Baden trat das Mutterschutzwerk am Muttertag 1935 zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Der Jahresbericht der VF-Bezirksleitung 1935 spricht von 50 bedürftigen Müttern, die mit reichlichen Lebensmittelpaketen beschenkt wurden. Finanziert wurde das Werk unter anderem durch Einnahmen aus diversen Veranstaltungen wie Sommerfesten oder Tombolas, was wiederum die Verteilung von 14 Säuglingsausstattungen zu Weihnachten erlaubte. Das Mutterschutzwerk der VF in Baden befand sich am Conrad von Hötzendorf-Platz 12a/13 im ersten Stock.<sup>664</sup> Der Jahresbericht 1935 berichtet noch von einer einwandfreien Finanzierung des Mutterschutzwerkes, alles schien gesichert. Zwei Jahre später war alles anders. Woisetschläger sah sich im April veranlasst, aufgrund finanzieller Engpässe Zuschüsse an das Mutterschutzwerk zu kürzen. Er schreibt, dass davon 60 Mütter und 120 Säuglinge betroffen seien. Im Mai 1937 schreibt er gar, dass die Zuschüsse überhaupt eingestellt würden und er gezwungen sei, die Kanzlei zu schließen.<sup>665</sup>

Als politische Vertretung der Frauen allgemein galt das Frauenreferat der VF. Etabliert wurde es Anfang 1934 von Fanny Starhemberg. An der Spitze stand die Bundesreferentin, dann die jeweiligen Landes-, Bezirks- und Ortsreferentinnen. Ziel war es, die Interessen der Frauen im öffentlichen Leben zu vertreten sowie innerhalb der VF Kontakte zu anderen Frauenorganisationen zu knüpfen.<sup>666</sup>

Die treibenden Kräfte in Baden waren u. a. die Gemeinderätin Vilma von Schlick geb. Baronin Bolfras, die Fachärztin für Kinderheilkunde Dr. Bertholda Plechl-Exner, in deren Händen das Frauenreferat seit November 1936 samt Bezirksführung lag,<sup>667</sup> sowie die Hauptgruppenreferentin Dr. Leopoldine Schmidt-Exner<sup>668</sup> und Adolfine Malcher von der „Gesellschaft für erweiterte Frauenbildung“.<sup>669</sup>

Der Ständestaat trachtete danach, dass Frauen zu politischen „Nicht-Wesen“ gemacht/erzogen werden sollten bzw. zu Akteurinnen sekundärer politischer Aspekte – repräsentative Aufgaben im karitativen Bereich.<sup>670</sup> Die frauenbildungspolitische Stoßrichtung zeigte sich ebenso an den angebotenen Kursen des Mutterschutzwerkes in Baden. Neben dem richtigen Umgang mit Säuglingen<sup>671</sup> sollte die richtige Kinderfürsorge und, in solch schwierigen Zeiten,

<sup>662</sup> Irene BANDHAUER-SCHÖFFMANN, *Der „Christliche Ständestaat“ als Männerstaat? Frauen- und Geschlechterpolitik im Austrofaschismus*. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938* (6. Auflage Wien 2012), S. 254-280, hier 254.

<sup>663</sup> Vgl. ebd. S. 263.

<sup>664</sup> Vgl. BZ Nr.76 v. 21.09.1935, S.3.

<sup>665</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 286, S.32f und S.25.

<sup>666</sup> Vgl. TÁLOS, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem*, 2013, S.386f.

<sup>667</sup> Vgl. BVB Nr.9 v. 27.02.1937, S.5.

<sup>668</sup> Vgl. BVB Nr.45 v. 06.11.1937, S.2.

<sup>669</sup> Vgl. BVB Nr.45 v. 06.11.1937, S.2.

<sup>670</sup> Vgl. Gabriella HAUCH, *Vom Androzentrismus in der Geschichtsschreibung. Geschlecht und Politik im autoritären christlichen Ständestaat/ „Austrofaschismus“ (1933/34-1938)*. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes* (Wien, 2013), S. 351-379, hier 353.

<sup>671</sup> Vgl. BZ Nr.92 v. 14.11.1936, S.4.



Vilma Schlick-Bolfras (1879 – 1965) war das sechste Kind von Generaloberst Arthur Freiherr von Bolfras. Er war Inhaber des Regiments 84, in dem zahlreiche Badener im Ersten Weltkrieg dienten, es war sozusagen das Badener „Stadtregiment“. Vilma Schlick war von 1921 bis 1938 christlichsoziale Gemeinderätin und wirkte außerdem in der Caritas, der Katholischen Frauenbewegung und dem Komitee der Badener Frauenkirche (Vgl. BZ Nr.18 v. 01.05.1965, S.2, Foto: StA B).

auch ein sparsames Haushalten gelehrt werden.<sup>672</sup> Bei einem Besuch der Fürstin Fanny Starhemberg am 30. Oktober 1937 werden Werkkurse für mittellose junge Frauen erwähnt sowie Näh- und Strickstuben, geführt von Felizitas Baronin Doblhoff und Lilly Rupprecht von Virtsolog.<sup>673</sup>

Gemäß der Ideologie des christlichen Ständestaates stellte die Mutterschaft eine zentrale Rolle dar. Die öffentliche und propagandistische Inszenierung wurde besonders an Muttertagen „ausgeschlachtet“. Die Frau als Mutter wurde zu einem leuchtenden Vorbild erhoben. Dabei ging es vordergründig nicht um eine gesellschaftliche Anerkennung der häuslichen Arbeit und der Kindererziehung, sondern um das ideologisch überhöhte Opfer, das im religiösen Kontext von den katholischen Müttern zu erbringen war. Für ein religiös überhöhtes Opfer brauchte es keine Anerkennung, es sollte in der Nachfolge Christi erbracht werden.<sup>674</sup> Maßgebend war der Kinderreichtum, wobei es Kriterien gab, denn bei der Auszeichnung von kinderreichen Müttern beim Muttertag 1935 in Wien wurde darauf geachtet, nur diejenigen zu prämiieren, die sich ‚ohne Inanspruchnahme der Fürsorge‘ durchgebracht hätten.<sup>675</sup> Demnach wurden nur die „ordentlichen“ Mütter geehrt, nicht solche Mütter, die Kinder *hemmungslos und verantwortungslos ins Leben setzen*.<sup>676</sup> In Baden wurden am 5. Mai 1935 zwei Frauen ausgezeichnet, Barbara Sticher und Josefine Spörk. Beide hatten in so schwierigen Zeiten, hob das BVB hervor, zehn Kinder großgezogen. Der Verleihung folgten Vorträge und Chöre, und das BVB empfand es als eine *würdige Verherrlichung der Mutterwürde*.<sup>677</sup> Andererseits, so das BVB, sollte nicht übertrieben werden. Das christliche Blatt mahnte vor zu teuren Geschenken, der Muttertag dürfe nicht allein die Konjunktur ankurbeln. *Wir brauchen Mütter, wirkliche Mütterlichkeit! Darum soll der kommende Sonntag nicht nur ein Ehrentag für die Mutter, sondern auch ein Tag der Einkehr sein, ein Tag, an dem sie sich Rechenschaft gibt, ob sie ihre verantwortungsvolle Aufgabe getreu erfüllt hat*.<sup>678</sup>

Diese Demut, der sittliche Ernst, Selbstverleugnung und Opfermut, die Hintanstellung ihrer Wünsche und sonstiger Neigungen sollten obendrein mit der großen Bürde kombiniert werden, dass die Frau als Rettungsanker gegen die Bedrohung des Geburtenrückganges und damit für das Nicht-Aussterben der Menschheit/des Österreichers verantwortlich sei.<sup>679</sup>

Der Ständestaat hatte die zweifelhafte Ehre, den linearen Aufstieg der Frauenbewegung in Österreich zu unterbrechen und umzukehren. Selbst Frauen, die christlich-katholische Werte lebten, mussten hinnehmen, dass sie zu Bürgern zweiter Klasse deklassiert wurden. Die Enttäuschung und Irritation der katholischen Frauenorganisation wurde

<sup>672</sup> Vgl. BZ Nr.48 v. 13.06.1936, S.4.

<sup>673</sup> Vgl. BVB Nr.45 v. 06.11.1937, S.2.

<sup>674</sup> BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Männerstaat, 2012, S. 271.

<sup>675</sup> HAUCH, Androzentrismus, 2013, S.361.

<sup>676</sup> HAUCH, Androzentrismus, 2013, S.361.

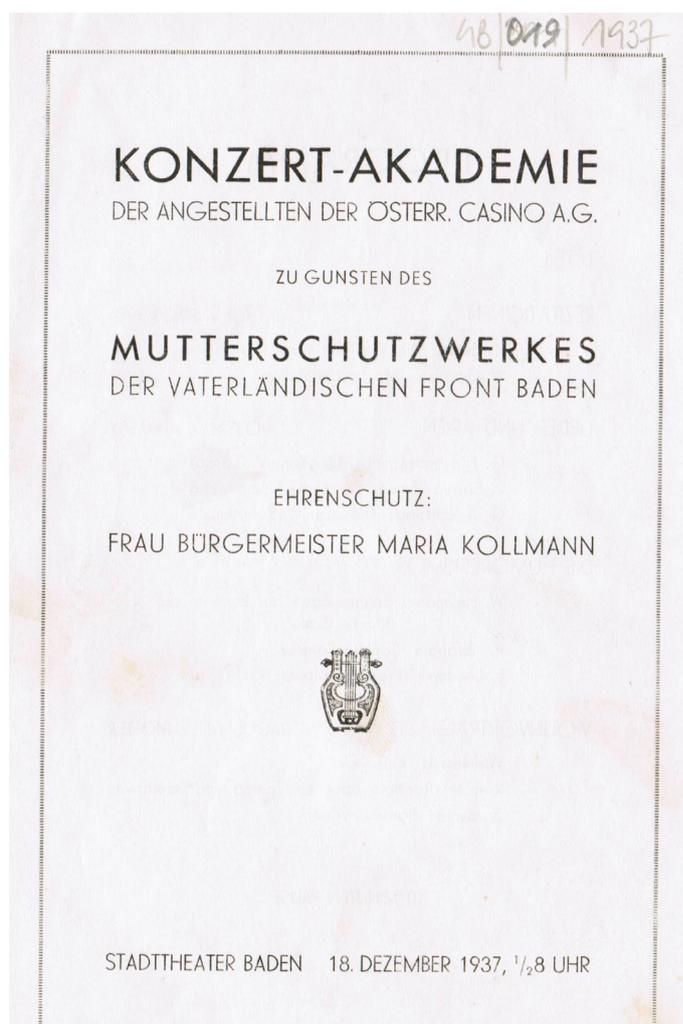
<sup>677</sup> BVB Nr.20 v. 18.05.1935, S.2.

<sup>678</sup> BVB Nr.19 v. 08.05.1937, S.1.

<sup>679</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, S.381f.

dadurch zusätzlich genährt, dass die Rückschritte in der Frauenpolitik des Ständestaates selbst der Enzyklika „Quadragesimo Anno“ widersprachen: Da dort die ‚Häuslichkeit‘ nur als ‚hauptsächliches‘ und nicht als ausschließliches ‚Arbeitsgebiet‘ der Familienmütter bezeichnet wurde, hatte der Papst der außerhäuslichen Frauenerwerbsarbeit seinen Segen gegeben.<sup>680</sup> Auf Seiten einiger Frauenverbände war Christlichsein weder männlich noch weiblich. Deswegen bestand die Hoffnung, dass in einem christlichen Ständestaat eine wahre Gleichheit der Geschlechter endlich umgesetzt werden könnte. Ganz anders sahen es die Vertreter des Ständestaates sowie der Episkopat, die nun ebenfalls die Möglichkeit der Einführung der wahren Geschlechtergleichheit in ihrem Sinne umzusetzen gedachten und damit den „widernatürlichen“ Bestrebungen der Ersten Republik („Revolutionsschutt“) entgegenwirken wollten.<sup>681</sup>

Eine dieser „widernatürlichen“ Errungenschaften der Ersten Republik war, dass Frauen ihr eigenes Geld verdienen und sich damit von der Familie/Haushalt, ihrem „natürlichen Habitat“, entfernen konnten. Auf dieser „Widernatürlichkeit“ basierte die Doppelverdienerordnung, wonach verheiratete Frauen ihren Arbeitsplatz verloren, wenn beide Ehepartner im Öffentlichen Dienst angestellt waren. Dieser Eingriff war massiv. Eine Heirat bedeutete nichts anderes als die Kündigung. Bedenkt man, dass die Eheschließung mit einem heiligen Sakrament verbunden ist, ergab sich für gläubige Menschen eine schwere Gewissensfrage. Auf der einen Seite die „heilige“ Ehe, auf der anderen Seite der Verlust des Einkommens. Gegen diese Gewissensfrage bot das BVB „Antwort“: *Ein Doppelverdienertum von kinderlosen Ehepaaren ist von jedem Gesichtspunkt aus als ungesunder Zustand zu betrachten.*<sup>682</sup> Nicht ganz so regimetreu sah es die BZ, die die Diskriminierung durchaus ansprach und mit Beispielen belegte. Kritisiert wurde nicht nur die Ungleichbehandlung der Frau, sondern dass die Doppelverdienerordnung obendrein unwirtschaftlich sei. Jene Frauen die ihren Posten verloren hätten, müssten nun deutlich sparsamer leben. Gleichzeitig wurden nicht wirklich neue Arbeitsplätze geschaffen, die freien Posten wurden nicht alle nachbesetzt.<sup>683</sup> Die diskriminierenden Maßnahmen waren bereits unzeitgemäß und verhinderten die Integrationsbereitschaft zahlreicher Frauen in die ständische Ordnung. Die Doppelverdienerverordnung musste in die Dienstpragmatik der Gemeinde aufgenommen werden. Es war Hahn, der sich dieser Angelegenheit annahm. Bei Verhehlung verlor eine bei der Gemeinde beschäftigte Frau nach sechs Monaten ihre Stelle. Außer der gesetzlichen Abfertigung war ihr die Stadtgemeinde nichts schuldig.<sup>684</sup> Die Ergänzung der Dienstpragmatik wurde erst in der letzten vertraulichen Gemeinderatssitzung vorgenommen, am 3. März 1938. Bedenkt man, dass die Doppelverdienerordnung bereits 1933 von der Regierung erlassen wurde, so wird einem wieder einmal die Schlamperei des Ständestaates bewusst. Fünf Jahre hatte es gebraucht (die Gründe sind noch unbekannt), um ein zentrales ideologisches Anliegen des Ständestaates, die „wahre“ Geschlechterrolle, auf Gemeindeebene zu fixieren.



(StA B, GB 019/1937)

<sup>680</sup> HAUCH, Androzentrismus, 2013, S. 363f.

<sup>681</sup> Vgl. HAUCH, Androzentrismus, 2013, S. 352.

<sup>682</sup> BVB Nr.48 v. 02.12.1933, S.1.

<sup>683</sup> Vgl. OELLER, Raum Baden, 2011, S.63, und BZ Nr.4 v. 13.01.1934, S.1.

<sup>684</sup> Vgl. StA B, GB/3g/16, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 17. März 1937 – 3. März 1938, S.64f.

Der Eingriff in das Private ging jedoch weiter. Eine Lebensgemeinschaft ohne Eheschließung wurde ebenso politisch geächtet, es drohte wiederum der Hinauswurf aus dem Öffentlichen Dienst, obendrein ohne Anspruch auf Abfertigung. Wer mit wem und wie zusammenlebte, war nicht im ersten Augenblick ersichtlich – Moralschnüffelei und Denunziation waren die Folgeerscheinungen.<sup>685</sup>

Ein Beispiel für ein „gesundes“ Zusammenleben bot der Kulturreferent der VF, Prof. Dr. Erich Christel (ab März 1937 wurde er Landesleiterstellvertreter für die Landesleitung für Mittelschulen und Fachschulen). Am 10. Mai 1936, dem Muttertag, hob er im „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16) die heimattreue Erziehung der Kinder zu tüchtigen Staatsbürgern hervor. Das obliege der Mutter, sie sei die Seele des kleinen Staates (Familie), die sanfte Seele, der Gegenpol zu der Seele des Mannes.<sup>686</sup> Genauso argumentierte am 3. Mai 1936 die Reichsführerin des Frauenringes der OSS, Frau Dr. Paunovic aus Wien, im Badener Sturmscharenheim, nach deren Meinung der Mann das politische System gestaltete und verteidigte, während die Frau es mit christlicher Liebe ausfüllte.<sup>687</sup>

Dass Frauen nicht nur Liebe ausstrahlten, davon musste sich der Ständestaat alsbald überzeugen. Die sanfte und harmlose weibliche Seele passte so gar nicht zu den Gewalttaten der weiblichen Nationalsozialisten. Die Nicht-Anerkennung der Frauen als politische Wesen ermöglichte jungen Nationalsozialistinnen, eine gewisse Zeit unbemerkt terroristisch aktiv zu bleiben,<sup>688</sup> wie Fälle aus Baden, im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Badener Bahn, aufzeigen.

---

<sup>685</sup> Vgl. HAUCH, Androzentrismus, 2013, S. 357f.

<sup>686</sup> Vgl. BZ Nr.39 v. 13.05.1936, S.2.

<sup>687</sup> Vgl. BZ Nr.40 v. 16.05.1936, S.2.

<sup>688</sup> Vgl. HAUCH, Androzentrismus, 2013, S. 367.

# Die christliche, sittliche und vaterländische Erziehung – Schul- und Jugendpolitik im Ständestaat

Ganz in der Tradition der Ersten Republik, in der die Schule zum Schlachtfeld der jeweiligen politischen Lager geworden war, ergriff der Ständestaat die Gelegenheit, Schulpolitik gemäß der eigenen Vorstellung bzw. der des christlichsozialen Lagers zu betreiben. Vor allem sozialistisch und national/nationalsozialistisch gesinnte Schüler und Lehrer mussten „diszipliniert“ und der „rote Revolutionsschutt“ entfernt werden. Es folgte eine Re-Christianisierung des Schulwesens: Schulgebete, regelmäßige Besuche des Gottesdienstes, ein Eid für neue Lehrer, die Kinder „bei Gott dem Allmächtigen“ christlich-sittlich zu erziehen, sowie das Erstellen neuer Schulbücher gehörten zu den ersten Schritten nach der Machtübernahme. In niederösterreichischen Schulbüchern wurde Niederösterreich zur Wiege der österreichischen Kultur hochstilisiert, zum Stammland Österreichs, von dem alles seinen Anfang genommen hatte.<sup>689</sup> Die Wiedereinführung des Religionsunterrichts und der Fokus auf einer christlich-sittlichen Erziehung sollten die Entpolitisierung der Kinder und Jugendlichen herbeiführen, die Überwindung des Klassenkampfes sowie des aggressiven Nationalismus der Nationalsozialisten.<sup>690</sup>

Dass religiös-sittliche und vaterländische Erziehung nun großgeschrieben wurde, belegen die Jahresberichte der Badener Gymnasien. Ziel war es, an die Vorkriegszeit anzuknüpfen, und frohen Mutes wurde verkündet, dass endlich religiöse Schulvorträge Einzug in die Klassenzimmer fanden.<sup>691</sup> 1933/34 war man froh darüber, dass dreimal im Laufe des Schuljahres die Schüler das Sakrament der Buße und des Altars empfangen. Geschlossen nahm das Gymnasium am Jugendsonntag, an der Fronleichnamspzession sowie an den Sonntagsgottesdiensten teil. Auch für die evangelischen Schüler war der Besuch verpflichtend – das wurde sogar überwacht.<sup>692</sup>

Besonderer Wert wurde auf eine vormilitärische Jugenderziehung gelegt, als wesentlicher Bestandteil der vaterländischen Gesinnung. Allerdings wurde betont, dass sie kein Ersatz für die militärische Ausbildung sei, *sondern in erster Linie erzieherisch wirksam zu sein hat, dass die jungen Leute wieder gehorchen, sich ein- und unterordnen lernen, dass Verantwortungsbewusstsein, Gemeinschaftsgeist und Liebe zum neuen Vaterland lebendig werden und die jungen Herzen ganz erfüllen.*<sup>693</sup>

Die Militarisierung sollte nicht nur Schüler betreffen. Im November 1935 wurde ein Gesetz erlassen, wonach nur Personen, die eine militärische Ausbildung absolviert haben, in den Gemeindedienst aufgenommen werden (galt auch für den Bund und das Land Niederösterreich). Davon war natürlich auch das Lehrpersonal betroffen, allerdings gab es einige Ausnahmen.<sup>694</sup>

Die Bemühungen des Regimes, seine Ziele umzusetzen, führten zum Verbot und zur Auflösung sozialdemokratischer und nationalsozialistischer Lehrervereine. Allerdings blieb der einflussreiche deutschnationale Lehrerverein unangetastet.<sup>695</sup> Dieses Zugeständnis wirkte sich, wie bereits in anderen Kapiteln dargestellt, kontraproduktiv aus. Die deutschnationalen Lehrer-, Schul- und Jugendvereine, die binnen kürzester Zeit durch Nationalsozialisten unterwandert wurden, boten fast ungehinderte Möglichkeiten, politischen Einfluss auszuüben.<sup>696</sup>

Dem BVB war zu entnehmen, was widerspenstige Lehrer zu erwarten hatten. *Lehrer, die sich nicht zu Österreich bekennen wollen, werden jungem, vaterlandstreuem Nachwuchs Platz machen müssen [...]. Auch solche Lehrpersonen, die in sittlich-religiöser Beziehung keine Gewähr bieten, werden zugunsten einwandfreier Junglehrer von ihrem verantwortungsvollen Posten weichen müssen.*<sup>697</sup> Am 12. Mai 1934 berichtete das BVB äußerst knapp über die letzte Sitzung der niederösterreichischen Landeslehrerernennungskommission: Für die Stadt Baden sind für die

<sup>689</sup> Vgl. PFEFFERLE, Politische Kultur in Niederösterreich, 2008, S. 356.

<sup>690</sup> Vgl. Herbert DACHS, „Austrofaschismus“ und Schule. Ein Instrumentalisierungsversuch. In: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage, Wien, 2012), S. 282-296 hier, 282-286.

<sup>691</sup> Jahresbericht 1933/34, Bundesgymnasium und Realschule, zweiklassige Städtische Handelsschule in Baden bei Wien, S.11.

<sup>692</sup> Jahresbericht 1934/35, Bundesgymnasium und Realschule, Städtische Kaufmännische Wirtschaftsschule in Baden bei Wien, S.9.

<sup>693</sup> Vgl. Jahresbericht 1935/36, Bundesgymnasium und Realschule, Städtische Kaufmännische Wirtschaftsschule in Baden bei Wien, S.9 u. 11.

<sup>694</sup> Vgl. Merkbuch u. Ratgeber für Bürgermeister und Gemeindevertreter. Die n.ö. Gemeindeordnung unter Berücksichtigung der Verfassung 1934 und des Übergangsgesetzes mit Erläuterungen und Entscheidungen bearbeitet von Mag. Direktor Dr. Otto Kernstock (Wien o.J.), S.98.

<sup>695</sup> Vgl. DACHS, Schule, 2012, S. 288.

<sup>696</sup> Hinzu kam, dass die propagierte „Österreich-Ideologie“, das diffuse, widersprüchliche und vor allem als unzeitgemäß empfundene politische System, weder bei den Lehrern noch bei den Schülern Begeisterung weckte – zumal sie dem deutschen Nationalsozialismus in keinsten Weise Paroli bieten konnte. Vgl. ebd. S. 296.

<sup>697</sup> BVB Nr.26 v. 30.06.1934, S.6.

Fachlehrerstellen Hilde Miklas und Margarete Parschalk ernannt worden.<sup>698</sup> Im Februar 1935 sind je zwei Lehrstellen in der Mädchen- und in der Knabenhauptschule in Baden ausgeschrieben. Im gesamten Bezirk sind es inkl. Baden 25 Stellen.<sup>699</sup>

Dies deckt sich in etwa mit der Lehrer-Abbauliste vom 20. Juli 1934, also fünf Tage vor Beginn des Juliputsches, wo 23 Namen aufgelistet sind. Diese Liste wird vom Vertreter der VF Bezirksleitung Leopold Fischer, im Sinne der VF erledigt. Woisetschläger bittet zudem, dass die Liste von der Landesabbaukommission ohne Änderung umgesetzt wird.<sup>700</sup> Folgende Namen sind darauf zu finden: Alois Chyna, Franz Pfluger, Rosa Kaulich, Eduard Goeth, Hermine Monser, Adele Duschek, Therese Ulrich, Kornelia Slanina, Mathilde Becker, Ernst Illchmann, Franz Skorpil, Josef Brueckl, Karl Reisner, Heinrich Steigl, Josef Grasl, Georg Zahradka, Alois Giesser, Rudolf Parsch, Adolf Schumann, Josef Seitz, Otto Kober, Ignaz Richter, Elfriede Just.

In den beiden Badener Gymnasien blieben die Direktorenposten unverändert. Im „Bundesgymnasium und Realschule und zugleich städtische Handelsschule/Städtische Kaufmännische Wirtschaftsschule“ (heute: BG Biondegasse) blieb Dr. Otto Sulzenbacher (CSP) von 1926 bis 1938 Direktor (dann wieder von 1945/46 bis 1949). Und auch im „Öffentlichen Realgymnasium für Mädchen der Gesellschaft für erweiterte Frauenbildung in Baden bei Wien“ (ab 1936/37 hieß es: „Öffentliches Oberlyzeum und Realgymnasium für Mädchen für erweiterte Frauenbildung in Baden bei Wien“, heute: BG Frauengasse) kam es beim Direktorenposten zu keiner Änderung, Hofrat Else Buberl blieb von 1919 bis 1937 Direktorin. Österreichweit dagegen waren im Jahre 1934 insgesamt 500 Schulleiter vom Dienst enthoben worden.<sup>701</sup>

Was die Lehrerschaft anbelangt, gibt es in den Jahren 1933/1934 eine gewisse Fluktuation, allerdings muss kein politischer Kontext bestehen. So ist im Jahresbericht der Biondegasse 1933/34 ein Hilfslehrer Dr. Roger Kerber vermerkt, der in jenem Schuljahr ausschied, es wird kein Grund angegeben.<sup>702</sup> Gleichzeitig ist auch ein Vikar Rudolf Güde aus dem Dienst ausgeschieden, es wird ebenso kein Grund angegeben, aber es ist unwahrscheinlich, dass es politische Gründe waren. Im Schuljahr 1934/1935 (hier würde der Juliputsch hineinfallen) kam es ebenso zu personellen Änderungen. Ein Indiz für eine Strafversetzung könnte eine Versetzung von Baden in ein städtisches Gymnasium in Tulln („zur Dienstleistung zugewiesen“) sein – dies betraf Dr. Wilhelm Choroba. Andere wiederum erhielten Lehrstellen in Wien oder Graz, was eher nach Beförderung als nach Strafversetzung aussieht.<sup>703</sup> In der Frauengasse finden sich zwei Namen, die jeweils 1933 ausschieden, wobei auch hier keine politischen Motive zwingend sind. Einzig ein Lehrer, Josef Langer, ist angeführt, der in der Frauengasse von 1926 bis 1934 und dann wieder von 1938 bis 1945 beschäftigt war, so dass mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass er 1934 aus politischen Gründen ausschied.<sup>704</sup> Ergänzend sei noch der Schulwartposten erwähnt, der im Schuljahr 1934/35 gewechselt wurde. Anton Kupferschmied hatte die Stelle seit 1927/28.<sup>705</sup> Vielleicht waren hier politische Motive ausschlaggebend?

Für die Volks- und Hauptschule ist die Quellenlage ebenso ungünstig. Im Zuge der Ortsschulratswahl 1935 wurden folgende Vertreter der Schulen aufgelistet (Angaben in Klammer aus dem Adressbuch 1933/34): Direktor der Knaben-Volksschule und Hauptschule: Georg Resnitschek seit 1. März 1933 (zuvor Otto Wimmer), Direktorin der Mädchen-Volks- und Hauptschule: Anna Ecker (zuvor Franz Martschini), Oberlehrer der Franz Josef-Schule: Raimund Dworak, Oberlehrer der Helenenschule: Viktor Schenk (auch zuvor), Oberlehrer der Valerieschule: Ferdinand Wohlschlager.<sup>706</sup> Als Vertreter der Franz Josef-Schule findet man in den Schulmatriken für das Schuljahr 1933/34 einen Oberlehrer Ernst Gutschreiter und für das Schuljahr 1934/35 einen Oberlehrer Franz Strobl als provisorischer Schulleiter. (Dieser ist auch im Adressbuch von 1929/30 als Leiter der Schule angeführt!) Raimund Dworak erscheint als Oberlehrer erst 1935/36.<sup>707</sup> Welche Motive dahinter auch immer stecken könnten, die Quellen schweigen noch!

<sup>698</sup> Vgl. BVB Nr.19 v. 12.05.1934, S.3.

<sup>699</sup> Vgl. BVB Nr.6 v. 09.02.1935, S.3.

<sup>700</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 165, S.10 und S.11.

<sup>701</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013,2013, S.310.

<sup>702</sup> Vgl. Jahresbericht 1933/34, Bundesgymnasium und Realschule, zweiklassige Städtische Handelsschule in Baden bei Wien, S.11.

<sup>703</sup> Vgl. Jahresbericht 1934/35, Bundesgymnasium und Realschule, Städtische Kaufmännische Wirtschaftsschule in Baden bei Wien, S.9.

<sup>704</sup> Vgl. Festschrift zur 50 Jahrfeier 1902-1952 des Mädchen-Realgymnasiums Baden, S.23-25.

<sup>705</sup> Vgl. Rudolf GAMAUF, Bitte, damals habe ich gefehlt! BG und BRG Baden, Biondegasse. Eine Schule im Zeitgeschehen von 1861 bis 1988 (Baden o.J.), S.13.

<sup>706</sup> Vgl. StA B, GB/3f/15, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 9. Jänner 1935 – 19. Dez. 1935, S.143f.

<sup>707</sup> Vgl. StA B, GB/7d/3/1933-35.

Ins Visier gerieten nicht nur Lehrer, auch das Vorgehen gegen Studenten und Schüler wurde immer restriktiver. Mit Erlass vom 10. Mai 1933 war es Schülern verboten, an politischen Kundgebungen teilzunehmen. Die Strafen wurden wie so oft, mehrmals verschärft und reichten bis zum Schulausschluss. Im Schuljahr 1933/34 wurden österreichweit 1.340 Schüler wegen nationalsozialistischer Betätigung bestraft und nur 49 wegen sozialdemokratischer bzw. kommunistischer Betätigung.<sup>708</sup>

Die gesamte Jugendpolitik des Ständestaates war wenig von Erfolg gekrönt. Eine an sich loyale Jugend war vorhanden, doch dafür war nicht die politische Elite des Ständestaates oder die „Österreich-Ideologie“ maßgebend, sondern die katholische Kirche. Die katholischen Jugendorganisationen hatten um die 100.000 Mitglieder, die Sozialdemokraten ca. 60.000, während das nationale Milieu ca. 68.000 Mitglieder aufwies (darunter 25.000 HJ). Der Versuch des Regimes, die Jugend zu integrieren, ging jedoch einher mit einem gleichzeitigen Misstrauen gegenüber der Jugend. An den Zahlen wird es ersichtlich, knapp 130.000 Jugendliche waren in den anderen beiden Lagern integriert und sozialisiert worden. Deswegen beruhten die ersten Maßnahmen der Diktatur nicht auf der Integration, sondern auf der Zerschlagung und Ausschließung regimfeindlicher Jugendorganisationen, ohne ihnen dabei eine schmackhafte Alternative anzubieten. Dem Regime machte vor allem die HJ Sorgen, denn, obwohl im Vergleich die zahlenmäßig schwächste Organisation, agierte sie aktiv und aggressiv und war besonders in höheren Schulen stark vertreten – obendrein konnte sie innerhalb des nationalen Milieus beinahe ungehindert operieren.<sup>709</sup>

Als Beispiel für die Unterwanderung deutschnationaler Vereinsstrukturen durch die Nationalsozialisten kann die missglückte Gründung einer HJ-Gruppe in Baden, die Anfang 1935 aufgedeckt wurde, herangezogen werden. Dem Polizeiakt ist zu entnehmen, dass die Zellenführer bereits bestimmt waren, aber aufgrund mangelnder Mitglieder noch keine Aktivierung stattgefunden hatte. Eine Zelle wies drei Mitglieder auf, drei Zellen bildeten eine Kameradschaft. Bei der Gründung führend waren der Standortführer Alfred Langer (geb. 1917), Elektrikerlehrling, und Franz Schmid, ebenso Elektrikerlehrling. Die Treffen fanden in der Wassergasse 2, dem Lokal des deutschnationalen Schulbundes „Südmark“, statt. Man benutzte den Südmarkbund gezielt als Tarnung. Den neuen Mitgliedern wurde zuerst der Südmarkgedanke mitgegeben, bevor nationalsozialistisches Gedankengut an die Reihe kam. Die illegale HJ fiel dadurch auf, dass sie Papierhakenkreuze verstreute und dabei erwischt wurde. Der Zeuge Ernst Radl, damals 14 Jahre alt, berichtet ausführlich über die Zusammenkünfte und seine Anheuerung. Der Mitgliedsbeitrag betrug im Monat einen halben Schilling. Ihm wurde klargemacht, dass eine Strafgruppe innerhalb der HJ bestehe und Verräter im Kurpark aufgehängt würden. Angeworben wurde er durch den Zellenführer Friedrich Kanzner oder Kazner; derselbe wollte auch den 14jährigen Johann Höfle anheuern, dieser lehnte jedoch ab. Dass es sich um eine getarnte NS-Organisation handelte, war von Anfang an klar. Friedrich Kanzner wiederum war von Franz Schmid im Jahre 1935 rekrutiert worden. Als jener dort eintraf, waren bereits 15 Burschen anwesend. Der Bruder Alfred Langers, Robert Langer (geb. 1919), wurde im Dezember 1934 rekrutiert, und auch damals wusste jeder um die Illegalität dieser Organisation. Robert Langer berichtet zudem über einen Vortrag von einem Kurt Hauptmann, Landesjugendführer des Südmarkbundes aus Wien; Thema war „Der Nationalsozialismus und die HJ“.

Zur Badener HJ wurde auch Kurt Hauptmann einvernommen, dann Josef Warta aus Leobersdorf, Unterbannführer des Bannes II für die Bezirke Baden und Mödling – er war in Kontakt mit Langer und Schmid. Der Kassier der Badener HJ war ein Johann Kroboth, Zuckerbäckerlehrling. Im Zuge der Vernehmung fielen noch weitere Namen. Alle diese Personen wurden angeklagt, teils wegen Hochverrat. Alfred Langer wurde zu 10 Wochen Arrest verurteilt, weil er aus eigener Initiative eine Ortsgruppe der verbotenen HJ in Baden errichtet und Veranstaltungen abgehalten hatte. Ebenso zehn Wochen erhielt Franz Schmid. Im Falle Schmid wandte sich die Mutter an die BH Baden und bat um Strafaufschub, sodass ihr Sohn seine Elektrikerlehre fertigmachen könnte. *Um das Vorwärtskommen meines jugendlichen Sohnes, der mehr aus Dummheit als aus politischer Überzeugung, die ja in dem derartigen Alter noch gar nicht vorhanden sein kann, sich zu unerlaubten Handlungen verleiten ließ [...].* Die Behörde äußerte keine Bedenken, dem Aufschub zuzustimmen.<sup>710</sup>

Trotz mancher behördlicher Erfolge gegen illegale Jugendorganisationen wurde das oberste Ziel des Regimes, eine tatsächliche systemtragende Mobilisierung der österreichischen Jugend, nicht erreicht, und auch die Integration der oppositionellen Jugend misslang. Weder HJ noch RSJ (Revolutionäre Sozialistische Jugend) noch KJV (Kommunistischer Jugendverband) konnten eingebunden werden – stattdessen operierten diese Organisationen im Untergrund, bedienten sich der Infiltration legaler Organisationen und griffen zu gewalttätigen Aktionen gegen das Regime.<sup>711</sup>

<sup>708</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, 2013, S.309.

<sup>709</sup> Vgl. Thomas PAMMER, Austrofaschismus und Jugend. In: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien 2013), S. 395-410, hier 398.

<sup>710</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.1.

<sup>711</sup> Vgl. PAMMER, Jugend, 2013, S. 405.

Die Absicht zur Vereinheitlichung der österreichischen Jugend war nicht aus der Luft gegriffen. Schließlich verfügten selbst die Stützen des Ständestaates jeweils über ihre eigenen Jugendorganisationen und sorgten damit für eine Zersplitterung. Der Heimatschutz hatte das „Jung-Vaterland“, die OSS die „Ostmarkjugend“, der Niederösterreichische Freiheitsbund den „Jung Freiheitsbund“, nicht zu vergessen die Katholische Kirche mit ihren zahlreichen Jugendorganisationen. Zusätzlich gab es etliche lokale Jugendorganisationen, wie den Badener Jugendbund „Rauhenstein“, der am 12. Oktober 1934 angelobt wurde.<sup>712</sup>

Interessensgegensätze standen an der Tagesordnung. Die Katholische Kirche pochte bezüglich der Kinder- und Jugendziehung auf ihren Einfluss. Eine faschistische Ausrichtung der Jugend, wie sie die VF anstrebte, war nicht im Sinne der Kirche. Der vaterländische Führerkult wurde skeptisch betrachtet, die katholischen Jugendorganisationen hatten schließlich genug eigene Führer. Misstrauen weckte die Militarisierung und die verstärkte sportliche Ertüchtigung. Zum einen fehlte dadurch Zeit für die Seelsorge und den Kirchenbesuch, zum anderen hegte die Kirche auch moralische Bedenken gegenüber zu intensiver sportlicher Betätigung.<sup>713</sup> Das BVB äußerte sich besorgt, dass die katholischen Jugendverbände von den staatlichen Jugendverbänden verdrängt werden könnten. Man schrieb von Ghettoisierung.<sup>714</sup>

Die Jugendformation des Heimatschutzes „Jung-Vaterland“ war auch in Baden aktiv. Die Weihe des „Jung Vaterland-Heimes“ erfolgte am 30. Juni 1935, der Eingang befand sich in der Valeriestraße bzw. Neustiftgasse 23.<sup>715</sup> Das Jungvaterlandheim bot Platz für 200 Kinder. Gegründet wurde es durch den Korvettenkapitän Kloß und seine Gattin, eine gebürtige Habsburgerin.<sup>716</sup>

In Baden organisierte das „Jung-Vaterland“ unter anderem Autoausflüge zum Semmering.<sup>717</sup> Als Veranstalter von „Jung-Vaterland“-Treffen fungierte der Gau Wienerwald des Heimatschutzverbandes.<sup>718</sup> Zumeist waren es sportliche Aktivitäten, gepaart mit vormilitärischer Ausbildung. Fahnen, Wimpel, Uniformen, Feldmesse, Gelöbnisse, all das gehörte zu solchen Festivitäten dazu. Pathetische Reden standen auf der Tagesordnung, man beschwor die glühende Vaterlandsliebe und den Gottesglauben der Jugend, und am Wimpel wurde das Kreuz angebracht. *Der Herrgott segne eure Wimpel, der Herrgott beschütze Jung-Vaterland! Amen.*<sup>719</sup> Nicht nur Gott wurde mit einbezogen, auch dem weltlichen Vertreter des „Jung-Vaterland“ wurde gehuldigt, es folgte die Meldung an den Bundesführer Starhemberg, dass der Gau Wienerwald unter seiner Führung stehe. Stürmische „Heil Starhemberg“-Rufe erklangen.

In einem war man sich jedoch einig, die Jugend war die Zukunft. Am Tag der Jugend am 27. Mai 1934 in Baden legte man ein „Weihevolltes Gelöbniß zum neuen Vaterland“ ab, Organisator war Otto Sulzenbacher. Man predigte die „Befreiung“ der Jugend, über *die Sünden, die antiösterreichische Parteipolitik an der Jugend verübt haben, ist viel gesagt worden. Mehr noch als in der Öffentlichkeit haben es tausendmal besorgte Eltern empfunden, dass mit verderblicher Politisierung der Jugend ein verheerendes Gift in die Seele der Kinder geträufelt wurde. Demagogen wussten, dass die leicht formbare und beeinflussbare Kinderseele jenes Gebiet sei, auf welchem am bequemsten Irrlehren, Verhetzung, Klassen- und Rassenfeindschaft gesät werden kann.*<sup>720</sup>

Im August 1936 kam es zur Gründung des „Österreichischen Jungvolks“ (ÖJV), eines Zusammenschlusses von regimetreuen bzw. vaterländisch gesinnten Jugendorganisationen außerhalb der Katholischen Kirche. Damit beauftragt waren die Jugendorganisationen des Heimatschutzes („Jung-Vaterland“) und des OSS („Ostmarkjugend“). Aufgrund der Zusammenschlüsse hatte das ÖJV bei einem Bezirksappell am 18. Oktober 1936 bereits 350.000 Teilnehmer, und im Juni 1937 zählte man in 263 Bezirken mit 18.000 Ortsgruppen 120.000 Jugendliche.<sup>721</sup> Die Zahlen sprechen zwar für sich, aber das Ziel, die Jugend vaterländisch zu prägen, konnte nicht erreicht werden. Zum einen wegen Geldmangels und politischer Konkurrenz, besonders von links und rechts (Unterwanderung), aber auch weil innerhalb des Regimes die kirchlichen Jugendorganisationen zwar nicht feindlich auftraten, aber doch distanziert und misstrauisch.<sup>722</sup>

<sup>712</sup> Vgl. BVB Nr.42 v. 20.10.1934, S.4.

<sup>713</sup> Vgl. EBNER, Katholizismen, 2013, S. 186.

<sup>714</sup> Vgl. BVB Nr.23 v. 05.09.1936, S.3.

<sup>715</sup> Vgl. BZ Nr.52 v. 29.06.1935, S.2.

<sup>716</sup> Vgl. BZ Nr.76 v. 21.09.1935, S.3.

<sup>717</sup> Vgl. BZ Nr.60 v. 27.07.1935, S.3.

<sup>718</sup> Vgl. BZ Nr.75 v. 18.09.1935, S.2.

<sup>719</sup> Vgl. BZ Nr.77 v. 25.09.1935, S.1.

<sup>720</sup> BVB Nr.22 v. 02.06.1934, S.1.

<sup>721</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.407f.

<sup>722</sup> Vgl. ebd. S.413.

Das VF-Werk ÖJV in Baden hatte am 10. März 1937 den ersten Führertag der Ortsjugendführung. Bezirksjugendführer Karl Fasching und die Bezirksleiterin der weiblichen Jugend, Direktorin Anne Egger, referierten über Ziele des Werkes und die vaterländische, sittliche, katholische Erziehung.<sup>723</sup> Ein weiteres Treffen des ÖJV fand am 22. und 23. Mai 1937 am Rudolfshof statt. Wettkämpfe, Messe, Ehrungen standen am Programm.<sup>724</sup> Etwa 150 männliche Jugendliche versammelten sich, ihre Kolleginnen feierten hingegen in der Hildegardgasse.<sup>725</sup>

Einblick in die inneren Verhältnisse des ÖJV der Ortsgruppe Baden bietet die Hauptgruppensitzung der VF vom 11. Jänner 1938. Die finanzielle Lage wird kurz und bündig als schlecht bezeichnet. Der Ortsgruppenführer Schenk bittet um Spenden. Unmissverständlich wird gesagt, dass man nur eine *Sammelvereinsaktion* sei und sonst nichts, und mit der politischen Willensbildung habe man überhaupt nichts zu tun.<sup>726</sup> Aber nicht nur der Ständestaat hatte Schwierigkeiten, die Jugend auf seine Seite zu ziehen. Auch die Sozialdemokratie konnte mit dem jugendlichen Faschismus nicht mitziehen, es war ein Generationsproblem der Partei. Die 20er- und 30er-Jahre waren dominiert von der Generation 1860 bis 1880. Die sozialdemokratischen Führungskräfte waren bei der Machtergreifung Dollfuß' größtenteils älter als 50. Die Attraktivität für die Jungen sank, womit der dynamisch wirkende Faschismus die anziehende Alternative darstellte.<sup>727</sup>

**Jung-Vaterland / Ortsgruppe Baden**

veranstaltet unter dem Ehrenschutz Sr. Durchlaucht des Herrn  
Bundesführers und Vizekanzlers  
**Ernst Rüdiger Fürsten Starhemberg**  
am **Samstag, den 19. Oktober 1935**, im  
**Stadttheater in Baden** einen

**Bunten Abend**

unter Mitwirkung von **Jung-Kameraden aus Alland** und  
der **Jung-Vaterland-Kapelle Siebenhirten**  
Der Reinertrag fließt dem Fonds zur Errichtung einer  
Dr. Engelbert Dollfuß-Anlage in Alland zu

**Kartenvorverkauf** im Heimatschutzheim, Baden, Neustiftgasse 23, von 8 bis 12 und 15 bis 19 Uhr,  
Samstag nur bis 12 Uhr, dann bei der Theater-Abendkasse ab 18<sup>30</sup> Uhr

**Preise der Plätze:** Orchesterstg 3 S, Parkett 2 S, Balkon 1<sup>50</sup> S, Parterre 1 S, Galerie 50 g, Stehplatz 30 g

**Anfang Punkt 19<sup>30</sup> Uhr** **Ende gegen 22 Uhr**

Gedruckt bei Rudolf W. Kasper, Baden.

(StA B, Plakatsammlung/Mappe 1935-1939)

<sup>723</sup> Vgl. BVB Nr.13 v. 27.03.1937, S.6.

<sup>724</sup> Vgl. BVB Nr.23 v. 05.06.1937, S.6.

<sup>725</sup> Vgl. BZ Nr.46 v. 12.06.1937, S.4.

<sup>726</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147, S.56.

<sup>727</sup> Vgl. DVORAK, Sozialdemokratie, 2013, S. 34.

# Der stetige Untergang eines unfertigen Gebildes. Vom Juliabkommen 1936 bis zum Anschluss März 1938

*Rechter Stand und rechtes Leben erstehen vor uns, wenn wir das Höhere hinaufheben über das Niedere, das Niedere beglücken durch die Anteilnahme am Höheren. [...] So will es das Wesen der Dinge, das da ist die göttliche Wahrheit.<sup>728</sup>*  
Othmar Spann, Der wahre Staat

Das Juliabkommen sollte die Beziehung zwischen Österreich und dem Deutschen Reich auf friedliche Bahnen lenken. Dem Hass und Terror, dem Misstrauen und der Missgunst sollte abgeschworen werden. Das Abkommen beinhaltete jedoch ein geheimes „Gentlemen’s Agreement“, wonach die vom Regime beschworene österreichische Souveränität eigentlich außer Kraft gesetzt wurde – zumal sich das österreichische Regime um eine Umsetzung bemühte, während das die Gegenseite nicht tat. In Österreich erfolgte die Zulassung von nationalsozialistischen Medien, es wurden Amnestiegesetze gegenüber inhaftierten Nationalsozialisten erlassen sowie die Einbindung der „betont Nationalen“ bzw. der „nationalen Opposition“ (die durch die Nationalsozialisten unterwandert war) in die Regierung forciert. Der Unterwanderung des gesamten Ständestaates wurde endgültig Tür und Tor geöffnet. Diese Entwicklung war für alle ersichtlich. Am 14. Februar 1937 kam es zur Gründung des „Volkspolitischen Referates“ innerhalb der VF, an dessen Gründung Personen wie Arthur Seyß-Inquart beteiligt waren. Das Referat sollte die „betont nationalen“ bzw. die „nationale Opposition“ in den Ständestaat integrieren, ihr eine legale Artikulationsplattform bieten – um sie nicht in die Illegalität zu drängen. Es war wieder einmal die versöhnlich nach rechts ausgestreckte Hand, wobei die Rechten an alles andere als an Versöhnung dachten. Das Volkspolitische Referat war bereits bei seiner Gründung mit Nationalsozialisten durchsetzt. Begriffe wie national und nationalsozialistisch, illegal und legal verschwammen vollkommen.<sup>729</sup>

Der Missmut und die Enttäuschung der Regimebefürworter nahm noch mehr zu. Fatal wirkte sich zudem die Tatsache aus, dass Kritik am Juliabkommen alles andere als gerne gesehen/gehört/gelesen wurde. Was nun folgen sollte, war ein ad absurdum-Führen des gesamten Ständestaates. Stützen der österreichischen Diktatur, die dem Nationalsozialismus weitgehend feindlich gesinnt waren, wie die Christliche Arbeiterschaft<sup>730</sup>, legitimistische Bewegungen, die Katholische Kirche, alte CSP-Politelite, wurden „mundtot“ gemacht, während jene, die den Ständestaat unterwanderten und ihn zerstören wollten, sich eines Zugeständnisses nach dem anderen erfreuen konnten.

## **Österreich verzeiht.**

### **Das Juliabkommen und die Reaktionen in Baden**

Dennoch musste das Juliabkommen als Erfolg verkauft werden. Die Presse schrieb von „Auftakt zum Frieden“. *Fürs erste hat die Verständigung der beiden Nachbarstaaten für den europäischen Frieden unendlich viel mehr getan als die Summe aller Völkerbundreden, Gedenkschriften und Beschlüsse der letzten zehn Jahre.* Doch es war nicht alles eitel Wonne – eine gewisse Skepsis war herauszulesen. Der Juliputsch 1934 war nicht vergessen. Das Abkommen wurde zwar gutgeheißen, man könne jetzt gemeinsam gegen den Bolschewismus vorgehen, doch das brüderlich harmonische Bild wurde durch die Verfolgung des christlichen Glaubens in Deutschland getrübt. Das BVB redete dem

<sup>728</sup> SPANN, Der wahre Staat, 1972, S.350.

<sup>729</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.522f.

<sup>730</sup> Die Christliche Arbeiterbewegung begrüßte mehrheitlich die Ausschaltung des Parlamentarismus (es gab auch einige Gegenstimmen). Innerhalb des Ständestaates verstand sie sich als Vertreter der Arbeiterschaft, sie war bemüht um die Integration der sozialistisch gesinnten Arbeiter, geriet zumeist in Konflikt mit der Führung wegen der Zurückdrängung der Arbeiterrechte. Antisemitisch eingestellt, stand sie dennoch in radikaler Opposition zu den Nationalsozialisten und kritisierte den ab dem Juliabkommen eingeschlagenen Kurs der Regierung – jedoch immer nur in dem dafür vorgesehenen Rahmen, d.h. als loyale Opposition. Vgl. ebd. S.258f.

neuen Verbündeten ins Gewissen, Deutschland müsse sich besinnen, denn letzten Endes sei es ein Weltanschauungskampf zwischen dem Christentum und dem Bolschewismus. Und eines durfte nicht fehlen, die Bekräftigung eines unabhängigen Österreich. *Österreich lebt als vollkommen gleichberechtigter Staat neben Deutschland, ebenso deutsches Land wie das Deutsche Reich. Es gibt zwei deutsche Staaten in Europa – daran wird künftig niemand rütteln.*<sup>731</sup> Bereits kurze Zeit später kam es zu den ersten Begnadigungen von Nationalsozialisten, die propagandistisch ausgeschlachtet wurden: „Österreich verzeiht“, titelte das BVB. Hoffnungsvoll wird eine neue Zeit eingeläutet, Österreich brauche niemanden mehr zu fürchten, der innere Kampf sei abgeschlossen. *Nur der setzt seinen Gegner und Feind wieder in Freiheit, der ihn nicht zu fürchten hat. Schwäche knebelt, Stärke gewährt Freiheit.*<sup>732</sup> Diesem Pathos konnte sich nicht jeder anschließen. Am 26. Oktober 1936 entgegnete Woisetschläger der Landesführung, dass auf der Amnestieliste Personen zu finden seien, die seinem Verständnis und dem der Sicherheitsdirektion nach keine Amnestie verdienten und das *solle gefälligst zur Kenntnis genommen werden*. Kurios mutet nur an, dass zwei Personen von der Amnestieliste Mitglieder der VF waren und erst ausgeschlossen werden mussten.<sup>733</sup>

Für die Medien hatte das Juliabkommen insofern Bedeutung, als die österreichischen und deutschen Machthaber ihrer Presse keine Weisungen erteilen durften, den jeweils anderen medial ins schlechte Licht zu rücken. Außerdem mussten es beide Länder ermöglichen, dass jeweils fünf fremde Zeitungen im jeweils eigenen Land erscheinen durften. Wie nicht anders zu erwarten, war dieses Abkommen vollkommen einseitig – kein österreichisches Medium erschien im Deutschen Reich, während fünf der größten nationalsozialistischen Zeitungen in Österreich legal verkauft werden durften. Bezeichnend für die Zeit ist das Paradoxon, dass österreichische Nationalsozialisten nun deutsche Nazizeitungen erwerben und lesen durften, allerdings nicht die österreichischen Nazizeitungen, da diese immer noch verboten waren und Zuwiderhandeln strafbar war.<sup>734</sup>

Es dauerte nicht lange, da zeigte sich das BVB empört, dass das Deutsche Reich mit seiner Literatur und Presse Österreich überschwemmte, *die zum Teil auch unserem kulturellen Geschmack nicht entspricht. [...] wir lassen uns geduldig und höflich, wie wir immer waren, monströse deutsche Propagandafilme nationalsozialistischer Tendenz aufdrängen, [...] historische Filme, die unsere glorreiche Geschichte unbedenklich verfälschen und unserer Vaterlandsliebe ins Gesicht schlagen*. Das BVB spricht die Tatsache offen aus, dass nationalsozialistische Propaganda in Österreich erlaubt ist, umgekehrt nicht. Wie wollte man darauf reagieren? Die Reaktion – hier nur des BVB – ist allerdings bezeichnend für die Realitätsverweigerung des gesamten Ständestaates. *Es wäre nun weit verfehlt und völlig unösterreichisch, wollten wir auf diese Methoden des Reiches einfach kurzweg mit den gleichen Methoden antworten, stattdessen müsse man das Deutsche Reich ersuchen, unser österreichisches Kulturgut, so wie es unserem österreichischen, kulturellen Geschmack entspricht, vorbehaltlos und offen aufzunehmen, wie wir das deutsche Kulturgut schon immer aufgenommen haben.*<sup>735</sup> Dachte man tatsächlich, das Deutsche Reich ließe sich dadurch bekehren? Kommt hier ein urchristliches Dogma der Feindesliebe zum Vorschein? Hatte man sich überlegt, was sich der Leser dieser Zeilen bloß denken würde? Die hier zur Schau gestellte himmelschreiende Naivität war kein Einzelfall. Diese Anbiederung an das Deutsche Reich (Schuschniggs Deutscher Kurs) stand von Anfang an, um mit den Worten der österreichischen Historikerin Lucile Dreidemy zu sprechen, *am Scheideweg zweier antagonistischer realpolitischer Interessen [...]: zwischen patriotischer Selbstbehauptung und strategischer Versöhnung. Dieses ambivalente Verhältnis wussten die Nationalsozialisten von Anfang an zu nutzen.*<sup>736</sup>

Die Unterwanderung des Ständestaates geschah nicht im Verborgenen, trotzdem mussten die Eliten gute Miene zum bösen Spiel machen – vorerst! Bei einem Bezirksappell der VF am 18. Juli 1936 im Gasthaus „zur Südbahn“ (Conrad v. Hötendorfplatz 12a/13) wandte sich Kollmann an die Skeptiker des Juliabkommens. *Immer galt das deutsche Wort als das Wort der Treue*. Er hoffte auf einen Handelsvertrag, und *es wird hoffentlich auch gelingen, das Schicksal jener jungen Leute zu bessern, die Österreich verlassen haben, und diesen Österreichern in ihrer Heimat eine Lebensmöglichkeit zu schaffen*. Pragmatisch wie er war, fügte er an: *Über das Vergangene zu sprechen hat keinen Zweck. Der Streit ist begraben, wir sind Freunde und es muss beiderseits alles geschehen, um vor der ganzen Welt zu beweisen, dass wir Freunde sind und bleiben.*<sup>737</sup>

<sup>731</sup> Vgl. Nr.8 v 18.06.1936, S.3.

<sup>732</sup> BVB Nr.18 v. 01.08.1936, S.2.

<sup>733</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 286, S.113 u. S.114.

<sup>734</sup> Vgl. DUCHKOWITSCH, „Schädlinge“, 2012, S.368.

<sup>735</sup> BVB Nr.11 v. 13.03.1937, S.3.

<sup>736</sup> DREIDEMY, Dollfuß-Mythos, 2014, S.156.

<sup>737</sup> BZ Nr.60 v. 25.07.1936, S.2.

Zu leiser Kritik und Skepsis und einer pragmatischen Herangehensweise wie der Kollmanns gesellte sich stellenweise Euphorie. Beim Bezirksappell der VF vom 22. November 1936 im Saale des Hotels „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16) äußerte sich der ehemalige Bezirkshauptmann Pilz zum Juliabkommen und meinte, *dass das Abkommen vom 11. Juli 1936 kein Papier, sondern Leben, gemeinsame Verbundenheit und Arbeit der beiden großen deutschen Stämme ist.* Auch Leutgeb blickte positiv in die Zukunft: *Von einer ‚braunen Gefahr‘ in Österreich wird man seit dem 11. Juli kaum mehr sprechen können. Und die ‚rote Gefahr‘ wird gebannt, wenn das große Wirtschaftsprogramm des kommenden Jahres verwirklicht wird.* Dann noch Ehre, wem Ehre gebührt: *Lieber Kanzler! Wir sind auch keine Freunde der Diktatur, aber wir lassen uns von Dir gerne führen! Wir kennen die Last, die auf Deinen Schultern liegt! Heil Schuschnigg, Heil Österreich!*<sup>738</sup>

## **Das Ende einer unsicheren Regimestütze Auflösung der Wehrverbände – Gründung der Frontmiliz**

Mit der Auflösung aller Wehrverbände im Jahr 1936 wurde die Frontmiliz geschaffen. Sie galt als bewaffneter Arm der VF. Es erfolgte der Befehl, dass alle Ortsgruppen mit der Frontmiliz eng zusammenarbeiten müssten. Wie auch immer die Zusammenarbeit aussehen sollte, die Frontmiliz hatte mit allerlei Problemen zu kämpfen. Unterfinanzierung sowie Uneinigkeit im Inneren (Führungsstreitigkeiten) erlaubten kein einheitliches und damit effektives Vorgehen. Die Streitereien waren darauf zurückzuführen, dass nun Personen aus Wehrverbänden in einem einzigen Verband zusammengelegt waren, deren vorheriges Verhältnis auf Feindseligkeiten beruhte (z.B. die Heimwehren gegen den Freiheitsbund und die OSS). Wir haben es zudem mit Personen zu tun, die in großer Zahl arbeitslos, frustriert, perspektivenlos, militärisch ausgebildet und obendrein bewaffnet waren.<sup>739</sup>

Der erste Frontmilizappell in Baden wurde am 13. November 1936 im „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16) veranstaltet. Bezirkskommandant war Oberleutnant Karl Führer, der den erschienenen Landesmilizkommandanten Major Rössel aufs Herzlichste begrüßte. Mit erhobenem Haupt wurde verkündet, dass man stolz auf die Frontmiliz sei und würdigte im selben Atemzug die Leistung der aufgelösten Wehrverbände! Dem Selbstverständnis nach war man kein Ersatz für das Bundesheer, sondern eine Unterstützung der Exekutive. Die beschworene Einigkeit erwies sich jedoch als trügerisch, Störaktionen aus den Kreisen des Heimatschutzes Baden vermiesteten die Veranstaltung. Für das BVB war es ein unqualifiziertes Benehmen.<sup>740</sup> Die Gegenwehr der Heimwehren beruhte nicht nur auf ihrer Auflösung, auch der „Deutsche Kurs“ der Regierung missfiel so manchem. Die Heimwehren sahen sich schließlich als Austrofaschisten, die sich die Unabhängigkeit Österreichs auf die Fahnen geschrieben hatten – diese war nun in Gefahr.<sup>741</sup> Abermals wird die Zerrissenheit des Regimes deutlich, und es mutet kurios an, dass Austrofaschisten sich gegen das eigene Regime stellten, um wiederum gegen den Nationalsozialismus zu opponieren.

Der erste Frontmilizaufmarsch folgte am 11. Juli 1937. Am Brusattiplatz marschierte das Jägerbataillon Nr.22 der 1. Division auf: 412 Mann unter dem Kommando des Oberstleutnants Robert Groß.<sup>742</sup> Das Bezirksmilizkommando wurde am 2. Juni 1936 in der Renngasse 1 eingerichtet. Dienststunden waren an Werktagen von 9 bis 12, Dienstag und Freitag auch von 18 bis 19 Uhr.<sup>743</sup> Ab dem 5. Oktober 1936 befand sich das Bezirksmilizkommando in der Grabengasse 26.<sup>744</sup> Dort erfolgte auch die Anmeldung für die militärische Ausbildung der Jahrgänge 1900 bis 1914.<sup>745</sup> Am 24. April 1937 findet sich das Bezirksmilizkommando am Conrad v. Hötzendorfplatz 12a im 1. Stock.<sup>746</sup>

Um Zucht und Ordnung aufrecht zu erhalten, kam es zu Inspektionen, so z.B. am 11. Mai 1937. Der Ausbildungsreferent des Landesmilizkommandos für Niederösterreich, Major Mack, inspizierte den Führervorbereitungskurs und die Chargenschule in Baden – empfangen wurde er vom Kurskommandanten Oberstleutnant Robert Groß und dem Bezirksmilizkommandanten Oberstleutnant Kaiser.<sup>747</sup> Zur Schlussprüfung des Führervorbereitungskurses am 17. Juni 1937 war ungefähr die Hälfte der Teilnehmer erschienen. Dennoch war der Bezirksmilizkommandant Kaiser mit dem recht guten Prüfungsergebnis zufrieden.<sup>748</sup>

<sup>738</sup> BZ Nr.96 v. 28.11.1936, S.1.

<sup>739</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.226.

<sup>740</sup> Vgl. BVB Nr.34 v. 21.11.1936, S.6, und BZ Nr.95 v. 25.11.1936, S.3.

<sup>741</sup> Vgl. DREIDEMY, Dollfuß-Mythos, 2014, S.169.

<sup>742</sup> Vgl. BVB Nr.29 v. 17.07.1937, S.5, und BZ Nr.55 v. 14.07.1937, S.2.

<sup>743</sup> Vgl. NBN Nr.15 v. 20.06.1936, S.1.

<sup>744</sup> Vgl. NBN Nr.32 v. 17.10.1936, S.3.

<sup>745</sup> Vgl. BVB Nr.38 v. 19.12.1936, S.5.

<sup>746</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.137.

<sup>747</sup> Vgl. BVB Nr.21 v. 22.05.1937, S.6.

<sup>748</sup> Vgl. BVB Nr.26 v. 26.06.1937, S.5.

Die im Stadtarchiv Baden vorliegende Evidenzliste<sup>749</sup> des Ortsmilizkommandos gibt Auskunft über die Zahl der Milizangehörigen. Die Frontmiliz bestand aus zwei Teilen, der allgemeinen Frontmiliz (Jäger- und Standmiliz) und der Sondermiliz (Kraftfahr-, Luftschutz-, Flieger- und Betriebsmiliz). Insgesamt finden sich 258 Angehörige der Frontmiliz, von denen 140 der allgemeine Sektion angehörten. Betrachtet man den Altersdurchschnitt der allg. Frontmiliz, so ergibt sich ein Wert von 43 Jahren (der Jüngste war 19, der Älteste 76). Bei der Sondermiliz betrug der Wert 32 Jahre (Jüngster 17, Ältester 57). In der Evidenzliste angeführt ist auch die Angehörigkeit zu einem früheren Wehrverband. Bei der Sondermiliz waren 53 beim Heimatschutz, 24 beim Freiheitsbund, 16 bei den OSS und 3 bei der Frontkämpfer-Vereinigung (FKV) gewesen. Bei der allg. Frontmiliz sah es etwas anders aus: 21 beim Heimatschutz, 9 beim Freiheitsbund, 3 bei den OSS, 20 bei der Frontkämpfer-Vereinigung; angeführt werden zudem noch das Schützenregiment 21 mit 11 und das Schützenregiment 24 mit 8 Mitgliedern. In beiden Sektionen fanden sich noch insgesamt 6 Personen, die bei zwei Wehrverbänden Mitglied gewesen waren. Somit waren 86 % der Sondermiliz zuvor bei anderen Wehrverbänden gewesen, während es bei der allg. Miliz nur 52 % waren.

Die zuvor angesprochene Unterfinanzierung brachte die Frontmiliz in finanzielle Abhängigkeit von der Gemeinde. So musste die Frontmiliz um Überlassung des Speisesaals im Hildegardheim für die Dauer des diesjährigen Chargenkurses am 29. Dezember 1937 bitten – bewilligt am 11. Jänner 1938.<sup>750</sup> Die Organisation bzw. die Unterbringung der Frontmiliz stellte für die Stadt eine finanzielle Belastung dar. Hinzu kam auch die Persönlichkeit Kollmanns, der, wie schon mehrmals sichtbar wurde, über die Einquartierung von Milizionären in „seiner“ Kurstadt alles andere als erfreut war. Sein ohnehin angespanntes Verhältnis zu jeglichen Wehrformationen war ebenso ein Grund, dass sein Engagement gegenüber solchen Projekten gering war.

Mangelnde Kooperation von Seiten Kollmanns gab es zum Beispiel bei einer abermaligen Schutzkorps-Einquartierung (nicht zu verwechseln mit der Frontmiliz). Das Gendarmeriekommando Baden berief sich am 22. Juli 1936 auf das Landesgendarmeriekommando und forderte von der Stadt Ersatzquartiere ein.<sup>751</sup> Gleichen Datums ist ein Schreiben der Landeshauptmannschaft Niederösterreich, in dem sich das Landesmilizkommando Niederösterreich beschwert, dass seine Bezirkskommandanten in ungeeigneten Lokalen untergebracht seien.<sup>752</sup> Kollmann antwortet dem Bundesministerium für Landesverteidigung am 27. Juli 1936 in einer zynischen Art: Zuerst fragt er nach (er gibt sich die Antworten zumeist selbst), wozu der eine Schutzkorpsmilizmann in Baden gebraucht werde – er gelte als Ordonanz beim Bezirksmilizkommando. Dann, wo jener derzeit untergebracht sei – in einem Werbelokal des Heimatschutzes Baden, Renngasse 1. Die VF habe ihm eine Unterkunft angeboten, er habe aber abgelehnt. Dann fragt Kollmann, wer dieser Schutzkorpsmilizmann eigentlich sei – Heimwehroffizier Führer, dessen Arbeitsplatz eigentlich in Grünbach am Schneeberg sei und der nur sporadisch in Baden auftauche. Und so resümiert Kollmann: *Ich stelle die ergebene Anfrage, ob unter diesen Voraussetzungen, wo das Kommando ohne Kommandanten ist, sich in einem, einem Privatvereine gehörigen Landeslokal befindet, die Beistellung eines Schukomilizmannes und Transenalquartieres durch die Stadtgemeinde Baden am Platze ist.*<sup>753</sup> Kollmanns Anfrage wurde an das zuständige Bundeskanzleramt weitergeleitet.<sup>754</sup> Eine Antwort liegt in Baden nicht vor.

Am 12. Jänner 1937 verlangte das Landesmilizkommando Niederösterreich von der Stadtgemeinde Baden, die Unterbringung des Stabsfeldwebels Paul Riemer den Einquartierungsbestimmungen entsprechend zu organisieren. Der Genannte hatte zuvor durch das Gendarmerie-Abteilungskommando Nr.9 Unterkunft erhalten, diese entfiel nun.<sup>755</sup>

Offenbar hat die Gemeinde dem Folge geleistet – oder auch nicht, denn der Stabsfeldwebel findet sich im Gasthaus „Stumvoll“ (Wienerstraße 26) wieder, was aber in einem Schreiben des Bezirksmilizkommandos an die Gemeinde am 15. Jänner 1937 als unmöglich bezeichnet wird, weil Riemer nun mit Leuten verkehren müsse, *die absolut nicht ganz einwandfrei erscheinen, Bettler und Straßensänger*, und dadurch erleide nicht nur das Ansehen Riemers, *sondern auch das Ansehen der Miliz einen bedeutenden Abbruch.*<sup>756</sup> Doch dem nicht genug. Am 22. Jänner 1937 beruft sich das Bezirksmilizkommando abermals auf Einquartierungsvorschriften und fordert Räumlichkeiten für 10 Mann Ausbildungskader an, wobei die Zahl auf 30 oder gar 70 Mann erhöht werden könne.<sup>757</sup>

Kollmann antwortete am 4. Februar 1937. Er erklärte, er habe den ganzen Fall an jene Stellen weitergeleitet, die dafür zuständig seien, das sei das Land Niederösterreich und nicht die Gemeinde Baden. Die Einquartierung sei ja

<sup>749</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.148.

<sup>750</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.143.

<sup>751</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.125.

<sup>752</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.126.

<sup>753</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.127.

<sup>754</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.128.

<sup>755</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.132.

<sup>756</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.133.

<sup>757</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.134.

nicht vorübergehend, sondern dauerhaft – dafür eigneten sich nur Kasernen, und für deren Bereitstellung sei das Land verantwortlich. In Baden komme eventuell die Schießstätte der Schützengesellschaft in Frage, und soweit die Gemeinde informiert sei, fänden zwischen Bezirksmiliz und Schützengesellschaft ohnehin Gespräche statt.<sup>758</sup> Die Sicherheitsdirektion antwortete am 10. März 1937 und erklärte, dass es sich nur um eine Prüfung gehandelt hätte, ob Quartiere überhaupt zur Verfügung stünden, und nicht um ein Ansuchen um Quartiere. Es sei ohnehin nicht geplant, in Baden Ausbildungskader unterzubringen, damit sei die Angelegenheit gegenstandslos.<sup>759</sup> Eilte hier Kollmann sein Ruf voraus?

Aufgrund der Machtlosigkeit der Frontmiliz brauchte es stets ein gutes Einvernehmen mit den örtlichen Politeliten, und so gingen am 28. April 1937 beschwichtigende Schreiben an alle Bürgermeister. Es wird aufgeklärt, dass die Ausbildung nur wenige Stunden im Monat in Anspruch nehme. Offenbar hatten einige Bürgermeister ihre Bedenken geäußert, dass durch den freiwilligen Dienst in der Frontmiliz ihre Gemeindemitarbeiter abhanden kommen könnten.<sup>760</sup>

## Kollmann und die Wehrformationen

*Ich hätte da noch eine Sache. Der Christlich-deutsche Turnverein und die Ortsführung der niederösterreichischen Sturmsharen quälen mich ununterbrochen um Überlassung eines Lokales im Batzenhäusel.<sup>761</sup>*

Diese Äußerung tat Kollmann in der vertraulichen Gemeinderatssitzung vom 9. Oktober 1935. Sein Unwille ist mehr als ersichtlich: er empfand es als quälend, den Anliegen der Wehrverbände nachzugehen. Bei dieser Kritik störte es ihn nicht, dass ihm gegenüber Gemeinderäte saßen, die führende Positionen in Wehrverbänden inne hatten. Letztendlich wurde das Problem so gelöst, dass die Christlich-deutschen Turner im Halbstock und die OSS im 1. Stock ein Quartier erhielten. 10 Schilling Anerkennungszins waren zu entrichten, Beleuchtung und Heizung kosteten extra. Das Verhältnis Kollmanns zu den Wehrformationen war ambivalent bzw., wie so vieles bei Kollmann, von Pragmatismus geprägt. In einer Rede im „Kurt von Schuschnigg-Heim“ begrüßte Kollmann die Entwaffnung und Entmilitarisierung der Wehrformationen, zuvor lobte er allerdings ihre bisherige Tätigkeit. *In einem geordneten Staat gibt es nur eines: einen obersten Willen, der durch die Regierung ausgeübt wird, und durch eine einzige bewaffnete Truppe, die Wehrmacht.* Das sei von Anfang an klar gewesen, aber, so Kollmann weiter, die Wehrformationen seien nicht überflüssig. *Wir brauchen die Wehrformationen, solange bis wir wieder einen Herren und ein Heer haben, wie in alten Zeiten.<sup>762</sup>*

Diese Rede löste einen Disput zwischen Kollmann und der Zeitung „Der Heimatschützer“ aus. Durch die Aussagen des Badener Bürgermeisters fühlten sich „die“ Wehrverbände verhöhnt und warfen Kollmann Undank vor. Denn nach der Meinung des „Heimatschützers“ waren es die nun zu entwaffnenden Wehrformationen, die Kollmann den Bürgermeistersessel sicherten und sogar sein Leben retteten. Das konnte Kollmann nicht auf sich sitzen lassen. Er stand mit seiner Meinung, dass es nur EINE militärische Macht im Staat geben dürfe, schließlich nicht allein da. Beim „Heimatschützer“, so Kollmann, habe die Phantasie überhandgenommen, denn anders könne er es nicht erklären, wie man aus seiner Rede Hohn und Undank herausinterpretieren könnte. Und was die Rettung seines Bürgermeisteramtes oder gar seines Lebens anbelangte, weder 1919 noch 1934 habe er die Wehrverbände gebraucht. Bezüglich 1934 *gab es für den Heimatschutz in Baden keine Aufgabe zu erfüllen, er hatte hier weder etwas verloren, noch etwas zu suchen. Für Ruhe und Ordnung sorgte damals ich!* Das wird wenige Zeilen später etwas relativiert. *Für Ruhe und Ordnung sorgte damals der gute Wille und staatsstreu Sinn der Badener Bevölkerung, der ich mit ganzem Herzen diene und als deren Beauftragter ich mich fühle.* Und sein Bürgermeisteramt verdanke er keinen *Bajonetten, sondern dem freien Willen der hiesigen Bevölkerung.<sup>763</sup>* Das wiederum konnte der „Heimatschützer“ nicht auf sich sitzen lassen. Das Blatt unterstellte Kollmann, während der Februarkämpfe gar nicht in Baden gewesen zu sein, sondern ein Nervenleiden in einer Kuranstalt in Sulz-Stangau kuriert zu haben. Seine Nerven habe er wohl bei der Päckerei mit Marxisten in Weißenbach verloren, so der Heimatschützer obendrein.

<sup>758</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.135.

<sup>759</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.136.

<sup>760</sup> Vgl. StA B, GB 051a 1933-38, f.138.

<sup>761</sup> StA B, GB/3g/14, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 29. Jänner 1935 – 11. Dez. 1935, S.67.

<sup>762</sup> BVB Nr.9 v. 30.05.1936, S.5.

<sup>763</sup> Vgl. BVB Nr.12 v. 20.06.1936, S.5.

Kollmanns Richtigstellung: Zynisch beschwört er anfangs seine gute Meinung über Zeitungsmacher, er nehme zuallererst an, der „Heimatschützer“ habe einfach Gerüchte unkontrolliert wiedergegeben und keine böswillige Absicht gehegt. Allerdings, bei so vielen journalistischen Schlampereien und Unwahrheiten *wird gegen mich der Vorwurf von Pflichtvergessenheit und Feigheit konstruiert. Mich zu diskreditieren war daher Absicht!* Dann schildert Kollmann minutiös, was er in den Tagen vom 12. bis zum 18. Februar trieb:

Am 12. war er in Wien, erfuhr dort von den Ereignissen in Linz, begab sich ins Parlament und von dort ins Landhaus. Um 12:30 ging er zum Präsidenten, um 13:30 fuhr er nach Baden, um 15:30 bat er die Frontkämpfer zu sich und ordnete einen verstärkten Wach- und Sicherheitsdienst an. Im Wachlokal machte er die ganze Nacht über (auch die folgenden Tage) Dienst.

Am 13. fuhr er wieder nach Wien ins Parlament, dann nahm er an einer Tagung der Heilbäder-Konferenz im Hotel „Astoria“ teil, am Nachmittag kam er wieder nach Baden, es herrschte Ruhe.

Am 14. war er morgens im Rathaus, dann wieder im Parlament, dann wieder in Baden.

Am 15. war er wieder morgens im Rathaus, dann erneut im Parlament, dann wieder in Baden.

Am 16. blieb er den ganzen Tag in Baden.

Am 17. auch, und am 18. besuchte er den Gottesdienst, dann versicherte er sich der Ruhe, traf gewisse Vorbereitungen, und erst dann fuhr er um 14:00 nach Sulz-Stangau.

Zum Schluss erwähnt er, dass der verlogene Artikel des „Heimatschützer“ zahlreiche Angriffsflächen biete, aber er unterlasse es, darauf einzugehen.<sup>764</sup>

## ***Wer hier nicht mitgeht, ist ein schwerer Schädling!***

### **Wahlen im Ständestaat**

Der österreichischen Diktatur, die sich nicht so richtig entscheiden konnte, ob sie nun mehr Ständestaat oder mehr Austrofaschismus oder doch nur autoritär sein wollte, fielen die Zügel immer mehr aus der Hand. Gesellschaftliche und politische Experimente waren fehl am Platz. Die Idee des Ständestaates musste zugunsten der inneren Konsolidierung immer mehr zurückgedrängt werden. Nicht nur der Nationalsozialismus ließ ständestaatliche Ideen und die damit verbundenen Wahlen nicht zu (wer wüsste schon, wen die Österreicher wählen würden), auch die etablierten Institutionen wie der Gewerkschaftsbund oder die Handelskammer, um nur zwei zu nennen, wollten ihre Macht nicht an irgendwelche Stände abgeben.<sup>765</sup> Vielleicht haben sie auch Othmar Spann beherzigt, der geschrieben hatte: *Wie damals muss auch heute der politische Wille derer, die abstimmen, erst vorher von jenen gebildet werden, die gewählt werden.*<sup>766</sup> Offenbar war die richtige Willensbildung noch nicht abgeschlossen.

Von den sieben Berufsständen wurden bis 1938 auch nur zwei eingerichtet: der Stand Land- und Forstwirtschaft sowie der Stand öffentliche Dienste (dabei handelte es sich um einen „unechten“ Berufsstand, da es nur Arbeitnehmer gab). Wahlen zu den Ständevertretern wurden nur beim Land- und Forstwirtschafts-Stand durchgeführt. In den meisten Fällen wurden die Funktionäre des Ständestaates „von oben“ ernannt und eingesetzt.<sup>767</sup>

Am 25. Oktober 1936 fanden die Wahlen für den Berufsstand Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich statt. Wähler und Wahlberechtigte mussten mindestens 24 Jahre alt sein, unbescholten und Mitglieder der VF. Die zu Wählenden mussten vaterländisch gesinnt sein, d.h. der VF angehören. Das Regime gab zu verstehen, man benötige Menschen, die mitarbeiten und nicht Oppositionspolitik betreiben.<sup>768</sup>

In Baden waren 18 Kandidaten für die Bauernschaft und 6 für die Landwirtschaft aufgestellt. Jeweils die Hälfte wurde gewählt. Die Wahl fand im Turnsaal der Pfarrschule statt. Wahlwerbung, Ansammlungen und das Tragen von Waffen waren am Wahltag verboten.<sup>769</sup> Über das Ergebnis zeigte sich das BVB sehr erfreut, in manchen Orten konnte eine Wahlbeteiligung über 90 % festgestellt werden – die Bauern seien nun einmal vorbildlich, was den ständestaatlichen Gedanken anbelange, freute sich das BVB. Doch dies betraf die Wahl im Ganzen, in Baden hingegen zeigte sich ein düsteres Bild. Von den 700 bis 800 Wahlberechtigten waren in den Wählerlisten nur 260 vermerkt, und von denen waren nur 165 bei der Wahl erschienen. Das BVB nahm an, dass die meisten Badener den Ständestaat noch immer nicht begriffen hatten. *In einem richtigen Ständestaate muss jeder Staatsangehörige in seinem Stand organisiert sein*

<sup>764</sup> Vgl. BVB Nr.15 v. 11.07.1936, S.6.

<sup>765</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.143.

<sup>766</sup> SPANN, Der wahre Staat, 1972, S.121.

<sup>767</sup> Vgl. ebd. S.136f.

<sup>768</sup> Vgl. ebd. S.139f.

<sup>769</sup> Vgl. BVB Nr.30 v. 24.10.1936, S.5.

und **jeder** hat die Verpflichtung zur Wahl zu kommen, wenn sein Stand zur Wahl ruft! (Worte auch im BVB hervorgehoben). Der Staat habe die Parteien abgeschafft und durch die Stände ersetzt, die nun als neue Interessensvertretung fungierten, erklärte das BVB abermals. **Wer hier nicht mitgeht, ist ein schwerer Schädling!** Für das BVB war es eine Schande und Peinlichkeit, nur wenige Orte hatten eine so niedrige Wahlbeteiligung. Und das BVB gab zu bedenken: *Die Badener mögen sich nur vorstellen, was zu diesem Wahlergebnis der Herr Landeshauptmann Minister a. D. Reither sagen wird, wenn sie in irgendeiner Sache einmal vorsprechen wollen.*<sup>770</sup>

Gewählte Ortsbauernräte der Bauernschaft Baden:

1. Leopold Breinschmidt, Hauer
2. Franz Schwabl, Hauer
3. Rudolf Rampl, Hauer
4. Ing. Josef Leuthner, Landwirt
5. Karl Habres, Hauer
6. Alois Berger, Grundbesitzer
7. Anton Schwingenschlögel, Wirtschaftstreibender
8. Karl Siegmund, Gärtner
9. Karl Gruber, Hauer

Gewählte Ortsbauernräte der  
Landwirtschaft Baden:

1. Rudolf Fischer, Verwalter
2. Ing. Erwin Roth, Betriebsleiter
3. Georg Scheiblaue, Verwalter i. P.

Für die Berufsstandswahlen Land- und Forstwirtschaft verlangte die BH Baden zuvor von allen Bürgermeistern am 15. Mai 1936 die Erhebung von Inhabern (Eigentümer, Pächter, Nutznießer) von landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betrieben mit einer Waldfläche von mindestens 200 Hektar.<sup>771</sup> Die Gemeinde antwortete am 20. Mai 1936, schickte zwei Verzeichnisse mit, leider ist nur eines erhalten, und dieses enthält 6 Namen: Dr. Heinrich Doblhoff-Dier, Ing. Jaro Hascha, Ing. Josef Leuthner, Franz Lorenz, das Stift Melk und Marie Winkler.<sup>772</sup>

## Wo bleibt der Ständestaat?

### Innenpolitische Querelen und administrative Ineffizienz – Erklärungsversuche und Beschwichtigungen der Machthaber – Beschwörung des vaterländischen Zusammenhaltes!

Die Arbeiter in den Betrieben seien entrechtet, klagte das Blatt der KA. Man betonte, dass der rücksichtslosen Herrschaft der Gewerkschaften keine Träne nachgeweint würde, aber die Rechte der Arbeiter, das könne niemand bestreiten, seien beschnitten. Empört war das BVB über das Vorgehen gewissenloser Vorstände, Namen wurden keine genannt. Der liberale Kapitalismus wuchere weiterhin, so das empörte Medium, der obendrein mit christlichem Ständestaat nicht zu vereinen sei. Die Kapitalismuskritik des BVB bzw. der ständestaatlichen Idee zeigt Gemeinsamkeiten mit der Sozialdemokratie auf.<sup>773</sup> So ist auch bei Othmar Spann zu lesen: *Kapitalismus, als die ungehemmt ausgenützte Möglichkeit des wirtschaftlich Stärkeren, den wirtschaftlich Schwächeren zu übertreffen, ist in der Tat (trotz größter wirtschaftlicher Vorteile) eine barbarische Lebensform, ist derselbe, brutale, blutrünstige Individualismus, der in der Renaissance mit Gift und Dolch auftrat.*<sup>774</sup>

Vor den fatalen Folgen des Kapitalismus wird gewarnt. Die Ausbeutung der Arbeiterschaft spiele nur den Nazis in die Hände. Diese warteten schon in ihren Startlöchern. Wo bleibe nun der Ständestaat?

Die Umsetzung der ständischen Ordnung ging langsamer voran als erhofft. Das BVB hatte einen Verdacht, es schob Personen die Schuld zu, die sich nicht an die Regeln hielten, sei es aus Unverständnis oder Boshaftigkeit. Das Blatt appellierte, „an den sozialen Geist der ständischen Ordnung zu denken“.<sup>775</sup> Auch im folgenden Jahr verstummten die kritischen und mahnenden Appelle nicht. Der christliche Ständestaat dürfe nicht untergraben werden, die Stände

<sup>770</sup> BVB Nr.31 v. 31.10.1936, S.5.

<sup>771</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.120.

<sup>772</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-38, f.121.

<sup>773</sup> Vgl. BVB Nr.22 v. 29.08.1936, S.2.

<sup>774</sup> SPANN, Der wahre Staat, 1972, S.132.

<sup>775</sup> Vgl. BVB Nr.26 v. 26.09.1936, S.3.

müssten als Interessensvertreter akzeptiert werden. Es gebe zu viele Institutionen und Apparate, die sich des Themas Wirtschaft annähmen und sich nur gegenseitig Arbeit machten.<sup>776</sup> Der Kompetenzwirrwarr des Ständestaates zeige sich hier allzu deutlich. Obwohl staatstreu, verlangte das BVB eine Lockerung der Zensur. Man erkannte, die Leserschaft kam abhanden. Zensur sollte gegen jene angewendet werden, die in ausländischen Zeitungen Unwahrheiten über Österreich verbreiteten.<sup>777</sup>

März 1937 zog das BVB Bilanz. Betrachte man die Sachlage, *dann erkennen wir, dass viele Teile des ursprünglich vorgezeichneten Planes ausgeführt sind, vieles aber auch noch im Rohbau vorliegt oder ganz unausgeführt geblieben ist.* Das BVB sah als Grundübel, dass viele das System noch immer nicht verstanden hätten oder es böswillig sabotierten, es wiederholte diese Formel gebetsmühlenartig. *Statt des Gemeinwohls, dem die berufsständische Ordnung Tür und Tor öffnen wollte, ist der Egoismus den verschiedenen Gruppen mächtig ins Kraut geschossen.*<sup>778</sup>

Das BVB der Katholischen Aktion mauserte sich zum Verfechter des christlich-ständestaatlichen Gedankens. Vorträge im katholischen Gesellenverein wie jener vom 4. Juni 1937 („Der Mann in der Katholischen Aktion“), drängten die Religiosität stärker in den Vordergrund. Sie sollte nicht nur in der Kirche gelebt werden, sondern auch im Privat- und im Arbeitsleben. Kritik ernteten manche Intelligenzkreise, die nur Falsches über die Katholische Kirche verbreiteten – sie hätten viel Schuld auf sich geladen, predigte das BVB. Auf der anderen Seite wurde auch die KA in die Pflicht genommen. Malaniuk forderte die KA auf, Missstände in ihren eigenen Reihen anzupacken und Funktionäre zu entfernen, die sich nur zum Schein katholisch gäben.<sup>779</sup> Der langjährige Bundesobmann des Reichsbundes der katholisch-deutschen Jugend Hans Melchart erhob die Umsetzung der ständischen Ordnung sogar zu einem welthistorischen „Alles oder Nichts“: *Gelingt daher in Österreich dieses Experiment, so wird die ganze Welt von den hier in die Tat umgesetzten Ideen befruchtet werden. Gelingt es nicht, so hat nicht nur Österreich, sondern die ganze katholische Welt einen ungeheuren, heute noch nicht abzuschätzenden Rückschlag erlitten.*<sup>780</sup> Für ihn bildeten die Katholiken die Speerspitze der christlich-ständischen Ordnung. Ferner beklagte er, dass in der VF mitunter Funktionäre saßen, die rein gar nichts für die katholischen Ideen übrig hätten. Es war die Retourkutsche Richtung Malaniuk, der der KA vorgeworfen hatte, nichts gegen Opportunisten in ihren eigenen Reihen zu unternehmen.

Malaniuk wusste, dass Melcharts Aussage nicht aus der Luft gegriffen war, doch machte ihm am meisten die Teilnahmslosigkeit der VF-Amtswalter Kopfzerbrechen. In seinem Bezirks-Werberbericht vom 4. August 1937 schrieb er, dass *auch vaterländische Kreise ohne besondere Lust und Eifer bei der Sache sind.* Das sei auf die rechtliche Einschränkung der Mitglieder verschiedener Körperschaften der VF zurückzuführen. Diese führe wohl zu einer *Stärkung der Stellung der Regierung [...], aber weit mehr ein nicht immer vom Volke ganz verstandenes Anwachsen der Macht der Hochbürokratie.*<sup>781</sup> Offenbar kritisierte Malaniuk, dass die „Basis“ des Ständestaates zu sehr entmachtet wurde. Man möchte meinen, ihm schwebte eine basisdemokratisch organisierte Diktatur vor. Im Übrigen erwähnte er noch, dass die geheime kommunistische und nationalsozialistische Propaganda etwas im Abflauen sei.

Während der Jahre 1933 bis 1938 tobte ein Kampf um die Gestaltung der österreichischen Diktatur. Zwischen jenen, die den christlichen Ständestaat tatsächlich wollten, jenen, die mit einer „einfachen“ autoritären Diktatur zufrieden waren, und jenen, die mehr Richtung Faschismus neigten. Um das Ganze spannte sich ein Netz aus Aufbruchsstimmung, Misstrauen und Enttäuschung. Überschriften wie „Österreichs Lebensfähigkeit – kein Problem mehr“ oder „Pessimismus ist unösterreichisch“ sollten den vaterländischen Geist beleben. Die „glorreiche Vergangenheit“ musste erhalten, die Kolonisation des Südostens, der Kampf gegen die Türken und gegen Napoleon, das Zusammenhalten von mehr als einem Dutzend Völker in der österreichischen Monarchie oder das Durchhalten im Weltkrieg – all das wurde beschworen. *Zuversicht und Zähigkeit, Gewandtheit und Gottvertrauen, Opferbereitschaft und Verantwortungsgefühl? Sind nicht diese Eigenschaften österreichisch, sollen wir uns nicht wieder auf sie besinnen? Großmacht des Geistes.*<sup>782</sup> Es war ein Charakteristikum des Ständestaates – Sehnsüchte und Wünsche an eine neue/alte Zeit. Mittels der Vergangenheit sollte Österreich in die Zukunft schreiten.

<sup>776</sup> Vgl. BVB Nr.7 v. 13.02.1937, S.1.

<sup>777</sup> Vgl. BVB Nr.8 v. 20.02.1937, S.1 und S.3.

<sup>778</sup> BVB Nr.12 v. 20.03.1937, S.2.

<sup>779</sup> Vgl. BVB Nr.24 v. 12.06.1937, S.6.

<sup>780</sup> BVB Nr.20 v. 15.05.1937, S.5.

<sup>781</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 500, S.8.

<sup>782</sup> BVB Nr.48 v. 27.11.1937, S.4.

Kritik anderer Art kam von den NBN. Wie die österreichische Diktatur beschaffen sein sollte, war für die NBN nebensächlich – diesem Thema wurde kaum Platz gewidmet. Stattdessen hatte man die Badener Stadtverwaltung im Visier. Der Gemeinde wurde unüberlegtes Wirtschaften vorgeworfen. Obendrein seien die Badener Wirtschaftstreibenden eingeschüchert, Kritik könne den Verlust von Aufträgen nach sich ziehen, zeigten sich die NBN erschüttert. Als Beweis wurde ein Leserbrief publiziert, der exakt die Meinung der NBN vertrat. Die NBN appellierten, dass die Badener sich frei machen, zu sich selbst zurückfinden und offen ihre Interessen vertreten sollten.<sup>783</sup> Und prompt folgte abermals ein Leserbrief, der das Gesagte voll und ganz bestätigte und den baldigen Zusammenbruch der Badener Geschäftsleute voraussagte, wenn sich nicht umgehend etwas ändere.<sup>784</sup>

Dass Kritik oder die Nichtmitgliedschaft bei der VF für Gewerbetreibenden negative Folgen nach sich ziehen könnten, war nicht aus der Luft gegriffen. Die Turnusliste für das Jahr 1938 listet die Lieferanten für die Bedarfsgegenstände der Gemeinde auf – 28 Betriebe verschiedener Art: Binder, Sattler, Zimmerputzer, Kanalräumer usw. Die Liste wurde in einer Gemeindetagsitzung von GR Robert Schmidt vorgetragen. Es tat sich abermals Hahn hervor und wendete ein, dass in heutiger Zeit selbstverständlich nur VF-Mitglieder Aufträge bekämen. Aus diesem Grund wurden zwei Namen gestrichen bzw. zurückgesetzt. Bei den Genannten handelte es sich um den Schmied und Wagenbauer Braunstingl in der Vöslauerstraße und die Lederwarenhandlung Deutsch in der Breyerstraße.<sup>785</sup>

Die angestaute Kritik verlangte nach Antworten und Aufklärung. Am 6. März 1937 im Hotel „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16) bei einer VF-Versammlung war es dann soweit. Erschienen waren um die 1100 Personen. Bürgermeisterstellvertreter Hahn eröffnete die Veranstaltung – nun könne jeder die Wahrheit hören. Ein Badener Blatt, das nicht in Baden erscheine (NBN), verbreite nämlich Unwahrheiten, so Hahn. Kollmann war anwesend, er sollte alles richtig stellen. Der Bürgermeister bedankte sich bei der VF, dass sie ihm die Möglichkeit dazu biete. Doch seine Aufklärungsrede bezüglich der Kritik begann selbst mit einer Kritik. *Es war früher Sitte und Gebrauch, dass die Stadtverwalter in bestimmten Zeitabschnitten über ihre Tätigkeit Mitteilungen machten, dass sie Rechenschaft ablegen, um bestimmte Maßnahmen zu verteidigen und Gerüchten die Wahrheit entgegen zu stellen. Das Jahr 1933 hat diesem Gebrauch ein Ende gesetzt.*<sup>786</sup> Auch ließ er es sich nicht nehmen, darauf hinzuweisen, dass acht Gemeindevertreter nicht gewählt, sondern ernannt worden waren. Kollmann betonte ausdrücklich die Ernennung, für ihn war das Gewählt-Werden höhergestellt als das Ernannt-Werden. Kollmann referierte über das Gemeindebudget und das Casino, auf das sich die NBN eingeschossen hatten. Kollmann blieb pragmatisch. *Immer habe ich gesagt, dass ich ein grundsätzlicher Gegner des Hasardspieles bin. Ich habe aber immer und zu jeder Zeit erklärt, wenn Österreich ein Spielkasino bekommt, dann muss es nach Baden.*

Für die NBN hatte Kollmann unbefriedigend geantwortet, und auf Hahns Angriff, wonach die NBN nicht in Baden erschienen und nur Unwahres verbreiteten, wurde nicht eingegangen. Die NBN hätten sachliche Kritik geübt und würden weiterhin sachliche Kritik üben, gab man Hahn zu verstehen.<sup>787</sup>

Auf derselben Veranstaltung kam nicht nur Lokalpolitisches zur Sprache. Der Bundeskulturreferent Univ. Prof. Dr. Hans Zeßner-Spitzenberg, Traditionsreferent der VF, führte aus: *So wie Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, so hat auch der verewigte Bundeskanzler Dr. Dollfuß immer wieder die kulturelle Mission Österreichs hervorgehoben. Österreich nimmt eine kulturelle Brückenstellung an den Schnittpunkten der deutschen, slawischen und romanischen Sprachgebiete ein. Österreich, das eine Kulturnation ist und bleibt, steht auf dem Boden des völkerversöhnenden Christentums, im Geiste des Kanzlers Dr. Seipel. Zusammengehörigkeit war auch Woisetschläger ein Anliegen, denn die Vaterländische Front wende sich an jeden einzelnen. Sie fragt nicht, welche Gesinnung hattest du, welche Weltanschauung und wie stellst du dich zu den Dingen? Sie fragt nur: Bekennst du dich als Österreicher?* Und laut Woisetschläger bekannten sich unzählige Badener dazu, und *in der letzten Zeit sind im Bezirk Baden über 10.000 industrielle und gewerbliche Arbeiter der Vaterländischen Front beigetreten. Die Vaterländische Front hat eine große Zahl einst sozialdemokratischer Arbeiter zu Amtswaltern bestellt und dabei die besten Erfahrungen gemacht. Es hat sich gezeigt, dass das politische Erkenntnis des Arbeiterschaft reifer ist als das eines kleinen Kreises Intellektueller, die sich abseits stellen, mit klingenden Phrasen berauschen und so Schuld tragen an dem Unglück vieler Jugendlicher.*<sup>788</sup> Es war der übliche Aufbau einer VF-Veranstaltung in Baden. Vom Lokalpolitischen ging man zur Weltpolitik über, und am Schluss brauchte es immer einen Sündenbock für den nicht in Gang kommenden Ständestaat.

<sup>783</sup> Vgl. NBN Nr.2 v. 09.01.1937, S.1.

<sup>784</sup> Vgl. NBN Nr.3 v. 16.01.1937, S.1.

<sup>785</sup> Vgl. StA B, GB/3f/17, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 17. März 1937 – 3. März 1938, S.150.

<sup>786</sup> Vgl. BVB Nr.11 v. 13.03.1937, S.1.

<sup>787</sup> Vgl. NBN Nr.11 v. 13.03.1937, S.1.

<sup>788</sup> BVB Nr.11 v. 12.03.1937, S.2.

Woisetschläger sprach auf dieser Veranstaltung Entscheidendes an, die Integration der Arbeiterschaft. Man hatte stets betont, nicht die Arbeiter zu bekämpfen, sondern nur den Marxismus – die Errungenschaften der Arbeiterbewegung sollten nicht angetastet werden. Die Soziale Arbeitergemeinschaft (SAG) war die Institution, die diese Integration vorantreiben sollte. Wie bei so vielen anderen Institutionen, Referaten und Werken des Ständestaates war der Erfolg der SAG überschaubar.

Zudem stand die Arbeiterfrage in der Stadt Baden alles andere als im Vordergrund, jedenfalls wird ihr in den lokalen Medien keine allzu große Aufmerksamkeit geschenkt. Und nimmt man das Schreiben der Landesleitung der VF an die Bezirksleitung vom 22. Juni 1934 zur Hand – die Landesleitung verlangte Namen von vaterländisch verlässlichen Personen für die Betriebsräte der Einheitsgewerkschaft – so fanden sich in der Stadt Baden nur drei Unternehmen, die mehr als fünfzig Arbeiter beschäftigten. Zweimal war es die Stadtgemeinde Baden, das Gaswerk und die „Erdarbeiten“, beides Renngasse 11, und die Wäscherei Leopold Fischer, Leedorfer Hauptstraße 85. Für den gesamten Gerichtsbezirk Baden nannte die Landesführung inkl. Stadt Baden 16 Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern.<sup>789</sup>

Die SAG-Bezirksstelle Baden befand sich am Kaiser Franz Josef-Ring 6. Bezirksobmann war Johann Weingrill, sein Vorgänger war Fritz Dollak. (Johann Weingrill war zuvor Bezirkssekretär des Gewerkschaftsbundes österreichischer Arbeiter und Angestellter gewesen.<sup>790</sup>) Ortsstellenobmann der Badener Arbeiterschaft war GR Wladimir Mikunda.<sup>791</sup> Einen Einblick in die Badener Arbeiterschaft bietet der Bericht über eine Vertrauensmännerversammlung vom 23. Oktober 1937. Von 130 Vertrauensmännern waren 119 erschienen. Ein freies Gemeinderatsmandat sollte nachbesetzt werden, als Kandidat war der Vorsitzende des Landeskartells und Führer der niederösterreichischen Arbeiterschaft, Bundesrat Josef Dengler, vorgesehen (er war auch Gewerkschaftsobmann der Gebietskrankenkasse Baden). Allerdings kam es zu einem Einspruch. Dem Favoriten wurde unterstellt, kein echter Arbeiter zu sein. Das rief Empörung hervor.<sup>792</sup> Den Einwand erbrachte Dr. Alexander Bachzelt. Als er die Bühne betrat, wurde er am Sprechen gehindert, während Dengler, der etwas später erschien, mit Beifall begrüßt wurde.<sup>793</sup>

Dass Josef Dengler sich dieser Popularität erfreuen konnte, könnte damit zusammenhängen, dass er der Arbeiterschaft im Ständestaat eine Führungsrolle zusprach. Bei einem Bezirksappell der VF ging er auf die Loyalität der Arbeiter gegenüber dem Ständestaat ein. *Die Frage zu beantworten, ob der österreichische Arbeiter vaterländisch gesinnt ist, halte ich für überflüssig. Dies braucht nicht erst besprochen zu werden, weil es ohne die Arbeiter, die mehr als 50 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung auf sich vereinigen, eine vaterländische Bewegung in Österreich überhaupt nicht geben könnte.*<sup>794</sup>

Die mangelnde Effizienz des Ständestaates wurde immer noch bei der Bekämpfung der Opposition sichtbar. Da die VF der alleinige Träger der politischen Willensbildung war (sein wollte), mussten alle Vereine, die politisch tätig waren, sich entweder auflösen oder ihre Statuten „entpolitisieren“. Diese Weisung erging am 14. November 1936 – man bedenke, dass bereits im Jahr 1933 mit Vereinsauflösungen begonnen wurde – an die Sicherheitsdirektion und an alle Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich.<sup>795</sup> Für Baden wird der Verein „Die Heimattreuen“<sup>796</sup> aufgelistet. Dabei handelt es sich um einen nationalen Verein. Er allein erregte das Interesse der Behörden, sonst wird kein Badener Verein genannt.

Ein Antwortschreiben auf diese Weisung ist mit 21. Dezember 1937 datiert. Mehrere Badener Vereine werden aufgezählt: Wirtschaftsverein (hat seit 1918 seine Tätigkeit eingestellt), „Christlichsozialer Arbeiter-Wählerverschein“, „Christlichsozialer Verein Weikersdorf“, „Christlichsozialer Volksverband f. N.Ö“, alle hatten seit 1934 ihre Tätigkeit mit dem Aufhören des Parteienstaates eingestellt. Erwähnung findet noch der „Deutsche Preßverein f. d. Viertel unter dem Wienerwald“, es wird vermerkt, der Verein sei unbekannt und der Auflösungsstermin nicht feststellbar. Der Verein „Die Heimattreuen“ findet eigenartigerweise keine Beachtung mehr. Auffallend ist nur, dass die angeführten Vereine, bis auf einen, alle dem christlichsozialen Milieu angehörten. Sie lösten sich alle getreu dem Gesetz auf. Man bedenke, die Stützen des Regimes hatten sich hier aufgelöst, während den regimefeindlichen Vereinen nachgestellt werden musste. Des Weiteren war es noch Ende 1937 nötig darauf hinzuweisen, dass die VF der alleinige Träger der politischen Willensbildung sei.

<sup>789</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.199f.

<sup>790</sup> Vgl. BZ Nr.64 v. 14.08.1937, S.2.

<sup>791</sup> Vgl. NBN Nr.47 v. 20.11.1937, S.1.

<sup>792</sup> Vgl. BVB Nr.44 v. 30.10.1937, S.2.

<sup>793</sup> Vgl. BZ Nr.86 v. 30.10.1937, S.1.

<sup>794</sup> BZ Nr.60 v. 25.07.1936, S.2

<sup>795</sup> Vgl. NÖLA, Landeshauptmannschaft Niederösterreich, Gruppe XVIII/Stammzahl 311/1938,

<sup>796</sup> Erlass des Bundeskanzleramtes vom 15. Juni 1928. Beschreibung und Zweck: Heimatliebe zu fördern durch Sport und Spiel, Lied und rhythmische Gymnastik. Setzt sich aus bodenständigen Deutschen zusammen. Im Falle einer Auflösung fällt das Vermögen deutschen Waisenkindern zu.

Mitverantwortlich für die Situation waren die stets knappen Finanzen der VF. Wie brisant die Situation war, verdeutlichte der Bezirksfinanzreferent Rudolf Sigmund<sup>797</sup> im November 1936 – bereits im Bezirksbefehl XV vom 18. Oktober 1934 wurde angemerkt, dass einige Ortsgruppen ihr Budget deutlich überschritten und ihre Abrechnungen nicht termingemäß eingereicht hatten. Die Ausgaben für den Zeitraum 1. Jänner 1936 bis 31. Oktober 1936 beliefen sich auf 8.000,45 Schilling und die Einnahmen für den gleichen Zeitraum auf 3.251,60 Schilling (siehe Anhang). Sigmund verlangte die Anhebung des Verwaltungsbeitrages von 500 Schilling auf 800 Schilling, ansonsten wäre die Bezirksführung nicht mehr arbeitsfähig. Und das, obwohl die Einnahmen der Badener Hauptgruppe ohnehin der Bezirksleitung zugutekamen und nicht, wie vorgesehen, an die Landesleitung weitergeleitet wurden. Sigmund nannte diesen Umstand untragbar, trotzdem pochte er auf die Erhöhung des Verwaltungsbeitrages und forderte, dass sein Ansuchen an „kompetente Stellen in Wien“ weitergeleitet würde.<sup>798</sup> Im April 1937 startete nun Woisetschläger einen Versuch, mehr Geld herauszuhandeln. Er sprach von Personalabbau oder gar der Schließung der Bezirksleitung. Gleichzeitig versicherte er, dass kein Geld veruntreut werde.<sup>799</sup>

Die ständigen Geldnöte lenkten den Blick der höheren Stellen auf die Bezirksleitung. Das Generalsekretariat der VF in Wien wandte sich am 16. April 1937 an die Landesleitung der VF Niederösterreich und erwog, die Badener Bezirksführung aufzulösen und neu zu organisieren, weil sich *derartige Eigenmächtigkeiten und unverantwortlichen Manipulationen eingebürgert haben [...]*. (Man berief sich auf den Revisionsbericht April 1937.) Scharf angegriffen wurde, dass die Bezirksführung sich der Gelder der Hauptgruppe bemächtigte und beide nicht fähig waren, ihre Ausgaben und Einnahmen anzugeben, *ein Zustand der nach dreijährigem Bestand der VF von unerhörter Rückständigkeit zeugt*. Und dass Schulden bei der Sparkasse gemacht wurden, dafür würden die Bezirksführer persönlich zur Verantwortung gezogen werden.<sup>800</sup>

Sigmund legte sein Amt nieder, Woisetschläger aber blieb hart und verlangte im April 1937 seinerseits, dass die Landesleitung die Summe von 2.341,15 begleichen solle, die aufgrund eines Aufmarsches in Wien entstanden war (siehe Anhang). Vor Zeugen hatte Landeswerbeleiter Redl 5000 Mann aus dem Bezirk verlangt und versprochen, die Kosten zu übernehmen (laut Revisionsbericht vom April 1937 tat er das aber nicht). Wiederum sprach Woisetschläger davon, dass er gezwungen sein werde, die Bezirksleitung zu schließen und die Zuschüsse für das Mutterschutzwerk und die arbeitslosen Amtswalter zu kürzen oder ganz einzustellen, wenn die Summe nicht beglichen würde. Einen Monat später wiederholte er seine Aussage und drohte damit, nicht nur alles zu schließen, sondern auch die Gründe dafür publik zu machen. Die einzige Alternative wäre laut Woisetschläger, wenn neben der Hauptgruppe auch die restlichen Ortsgruppen ihre Einnahmen der Bezirksführung zukommen ließen. Das würde das Ansehen der VF nicht beschädigen, er versprach zudem, diskret vorzugehen.<sup>801</sup>

Kurios ist hier wiederum, dass bereits am 16. August 1934 die Landesleitung die Kassengebarung der Bezirksleitung kritisierte, dass diese *zur Deckung der Spesen die einkassierten Gelder u. zwar die Monats- u. Mitgliedsbeiträge von den Ortsgruppen übernimmt und dadurch die Abfuhr an die Landesleitung verhindert*.<sup>802</sup> Fasst man das Ganze zusammen, so wurde hier von der Bezirksleitung etwas angedroht und gefordert, was schon längst Usus war, und von der Bundes- sowie Landesleitung wurde etwas beanstandet, das ebenso seit mehreren Jahren bekannt war!

Wie dieses Problem gelöst wurde, darüber schweigen die Quellen. Fest steht jedoch, dass nicht nur die Bezirksführung verschuldet war – Finanzprobleme hatten auch die Gruppen Pfaffstätten, Raisenmarkt und Tribuswinkel. Und Woisetschläger blieb weiterhin stur, er verlangte mehr Geld, auch wenn seine Schreiben mit einem ergebenen „Front Heil, Treu Österreich!“ schlossen.<sup>803</sup>

---

<sup>797</sup> Rudolf Sigmund (1890 – 1958) trat 1910 in den Dienst der Stadtgemeinde ein. Im Ersten Weltkrieg war er in Russland sowie Norditalien stationiert, rüstete als Oberleutnant der Reserve ab. Nach dem Krieg war er erneut als Beamter der Stadt Baden tätig, 1922 verlieh man ihm dem Titel: „Kammeramtsrat der Stadt Baden“, weiters wurde er Stadtamtsdirektor. Zwischen 1938 und 1945 wurde er in eine niedrigere Gehaltsklasse rückversetzt, seine Bezüge wurden gekürzt. Sigmund war nicht nur für die Finanzen der VF zuständig, sondern führte auch die finanziellen Angelegenheiten der Stadt Baden. Unter anderem führte er 1929 die Zentralisierung der städtischen Betriebe durch. Des weiteren war er als Kirchenvater (Kirchenrat) auch für die Finanzen der Pfarre St. Stephan zuständig. Vgl. StA B, Biographisches Archiv.

<sup>798</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 286, S. 29-31 und NÖLA, VFNÖ 576, S.1.

<sup>799</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 286, S.26f.

<sup>800</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 576, S.9.

<sup>801</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 286, S.32f und S.25.

<sup>802</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.130.

<sup>803</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 576, S.34 und S.41.

## Kollmann gegen Malaniuk – das Finale eines Konfliktes

Auch das Jahr 1937 verlangte in Baden nach einem Voranschlag. Nachdem Hahn diesen präsentiert hatte, meldete sich Woisetschläger zu Wort. Er sah es als eine Pflicht, dass die Gemeindevertreter als Vertreter der Bevölkerung und der Stände sich dazu äußerten. Er war der Meinung, dass die vorgetragenen Zahlen den Badenern wenig sagten und erst durch den Gemeindetag lebendig würden. Er bedauerte, dass *die Gemeindevertreter nicht so stark zur Mitarbeit herangezogen wurden als gewünscht wird und ein Teil der Referate aufgelassen wurde*.<sup>804</sup> Bemängelt wurde zudem, dass das Beamtentum einen unhöflichen Ton gebrauchte, der verstörend auf die Bevölkerung wirke, und damit der Ständestaat als Ganzes in Verruf gerate. Woisetschläger sprach etwas an, das nicht nur ihn zusehends wurmte – Kollmanns eigenmächtiges Handeln. Malaniuk, der als Nächster an der Reihe war, sah es genauso. Doch anders als Woisetschläger griff Malaniuk Kollmann direkt an.

Zuerst sprach er von Freiheit und Demokratie im autoritären Staat – die Gemeinde sei *ähnlich der Zelle der Familie, wo Sinn für Gemeinschaft und Gemeinschaftlichkeit ist. [...] Die wesentlichen Merkmale einer Demokratie sind das Interpellationsrecht, das Recht der Antragsstellung und das Budgetrecht. Interpellationsrecht, d.h. die Fragen an den Bürgermeister: Warum hast Du es nicht anders gemacht. Anträge: Wie wäre es besser*.<sup>805</sup> Malaniuk berief sich auf die Verfassung des Ständestaates. Der Bundestag dürfe zwar nur mit ja oder nein antworten, aber beim Gemeindebudget sei es anders. Er warf Kollmann vor, dass er mit Hilfe des Beamtentums die Gemeindevertreter übergehe. Er griff die konzentrierten Machtbefugnisse Kollmanns an und beanstandete den Ausschluss der Gemeindevertreter aus der Planung des Voranschlages – sie würden ausschließlich vor vollendete Tatsachen gestellt. Dabei stellte er klar, dass er nicht in alte Parteimuster zurückfallen möchte, aber Kritik sei angebracht, vor allem dann, wenn sie ehrlich sei. Er plädierte für ein reges Leben im Gemeindetag, da dadurch das Interesse der Bürger für politische Vorgänge geweckt werde.<sup>806</sup>

Malaniuk referierte lange, und als Hahn ihn unterbrach, um auf einen Irrtum hinzuweisen, warf Kollmann ein: *Bitte aussprechen lassen. / Zu Dr. Malaniuk gewendet: / Wir sind auf Ihre Gedanken wirklich sehr erpicht*. Malaniuk fuhr fort, wurde jedoch abermals von Hahn unterbrochen, da mischte sich Kollmann erneut ein. *Bitte nicht, das verlängert nur die Debatte, ohne einen Erfolg zu bringen*.<sup>807</sup> Malaniuks Rede dauerte eine Stunde. Nach einer ¾ Stunde Pause trat Breinschmidt ans Rednerpult und versicherte, sich kürzer zu fassen.<sup>808</sup>

Es ergab sich ein seltsames Bild. Woisetschläger und Malaniuk, zwei Vertreter des autoritären Ständestaates, deren Fokus auf befehlen/ernennen und nicht auf debattieren/wählen lag, kritisierten nun direkt und indirekt das autoritäre Vorgehen des Bürgermeisters. Kollmann sprach offen aus, dass man ihm seinen Posten neidig sei, *dessen demokratisches Zustandekommen jetzt auf einmal als Makel erschien*.<sup>809</sup> Es war offenbar zu viel Autorität, zumal Kollmann als autoritärer Charakter zusätzlich ein faktisch autoritäres Amt in seiner Person vereinte. Obendrein war er vom „Volk“ gewählt worden und eben nicht ernannt. Wie sollte der Ständestaat auf so machtbewusste „Volkstribune“, die er selbst mit diktatorischen Befugnissen ausgestattet hatte, reagieren?

Wie dem auch sei, Kollmann meldete sich zu Wort, obwohl er an jenem Tag nicht vorgehabt hatte zu sprechen: Wenn er (Malaniuk) Gemeindevertreter belehren wolle, so werde er (Kollmann) ihm eine Liste der Gemeindevertreter übergeben, diese könne er dann privat einladen. Doch glaubte Kollmann nicht, dass jemand kommen würde. Und bezüglich der Demokratie: *Wer sie mitgemacht, und mancher in diesem Saale hat sie mitgemacht, der weiß, was Demokratie ist, aber wer auf Kommando da herein gesetzt ist, der kennt sie nicht. Wer den Kampf nicht ertragen hat, hat nicht die unterste Stufe erklommen. (Bewegung und Zustimmung)*.<sup>810</sup> Er warf Malaniuk vor, dass er die Gemeindeordnung nicht kenne und sie deswegen lesen sollte, und wenn er sich keine kaufen mochte, so würde er (Kollmann) ihm eine schicken. Und dass Malaniuk Inhalte aus vertraulichen Sitzungen nun öffentlich verlautbarte und sie taktisch in seiner Rede anwendete, würde Konsequenzen haben. *Ich versichere Dr. Malaniuk, er wird nicht mehr Gelegenheit haben, diese vertraulichen Sachen zu hören, und ich werde ihn von dem weiteren Besuch dieser Vorbesprechung fernzuhalten wissen*.<sup>811</sup> Dann ging Kollmann dazu über, Malaniuks Zeitmanagement anzugreifen – dass nämlich Malaniuk für die Gemeindegarbeit keine Zeit aufbringe. Wenn er (Kollmann) ihm sagen würde: *Kommen*

<sup>804</sup> StA B, GB/3g/15, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 12. Jänner 1936 – 10. Dez. 1936, S.88. Ganze Rede S. 88-95. ACHTUNG: Öffentliche Gemeinderatssitzung, aber in den Vertraulichen Ratsprotokollen eingereiht!

<sup>805</sup> Ebd. S.95f. Ganze Rede Malaniuks S.95-108.

<sup>806</sup> Vgl. StA B, GB/3g/15, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 12. Jänner 1936 – 10. Dez. 1936, S.98.

<sup>807</sup> Ebd. S.105.

<sup>808</sup> Vgl. ebd. S.109.

<sup>809</sup> MEISSNER, Josef Kollmann, 2000, S.198.

<sup>810</sup> StA B, GB/3g/15, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 12. Jänner 1936 – 10. Dez. 1936, S.123.

<sup>811</sup> Ebd. S.123.

*Sie morgen um 11 Uhr ins Rathaus, wir werden die Haidhofstraße ansehen. Er wird mir sagen, ich höre es schon, ich habe keine Zeit, ich muss in der Früh nach Wien fahren und komme erst in der Nacht nachhause. Ich werde das auch berücksichtigen und werde ihn von jeder Arbeit entheben, die er nicht leisten kann.*<sup>812</sup> Schlussendlich ging Kollmann auf die wirtschaftliche Lage ein und äußerte sich zu den finanziellen Einbußen und den zusätzlichen Belastungen. *Dieser Kampf hat schon 1931, 1932 begonnen und ich habe alles versucht, um Erhöhungen an Abgaben hintanzuhalten. In der Hoffnung, es werden bessere Zeiten kommen, auf die warte ich nun schon 6 Jahre und sie sind halt nicht gekommen. Wenn 1937 eine bessere Zeit kommt, dann werden wir 1938 die Erhöhung nicht mehr brauchen, denn das was vorliegt, ist nur für 1937 gedacht.*<sup>813</sup>

Es folgte eine Spezialdebatte, zuvor beabsichtigte Malaniuk Einspruch zu erheben, doch Kollmann unterbrach ihn. Als er dann zu Wort kommen durfte, entschuldigte er sich für *einige scharfe Worte [...], die nicht am Platze waren.*<sup>814</sup> Er habe nicht beabsichtigt, jemanden zu kränken oder frotzeln. Es folgte ein Einschub im Ratsprotokoll: *(Redner spricht von hier ab unzusammenhängend bei großer Unruhe im Saale.)*<sup>815</sup> Malaniuk ging auf Kollmanns vorwurfsvolle Äußerung ein, dass er auf Kommando eingesetzt worden sei. *Die Berufung durch die ‚Vaterländische Front‘ nenne ich kein Kommando, [...] dass die neue Bestellung gegenüber der alten Wahl in den Hintergrund tritt und mit dieser nicht gleichwertig ist, so muss ich schon sagen, dass die Berufung durch die Vaterländische Front mindestens ebenso gut ist wie seinerzeit das Listenwahlrecht.*<sup>816</sup> Anschließend entschuldigte er sich mehrere Male, und betonte, dass er niemanden beleidigen, kränken oder angreifen wollte.

Bei dem Konflikt waren nicht nur politische Differenzen ausschlaggebend. Wir sehen hier „normale“ Gegensätze, die zu Disharmonie führten und Konfliktpotential in sich trugen. *Die von der neuen Landesregierung ernannten neuen Gemeinderäte waren durchwegs Akademiker, manche juristisch ausgebildet – möglicherweise war es geradezu ihre ‚Funktion‘, die Position des politischen Naturtalents Kollmann einzuengen.*<sup>817</sup> Vaterländisch eingestellte Akademiker, zumeist noch eine oder gar zwei Generationen jünger als Kollmann und obendrein engagiert – Malaniuk war dreißig und Doktor. Konflikte (Generationskonflikt, Akademiker gegen Nichtakademiker usw.) waren vorprogrammiert.

In einer vertraulichen Sitzung am 17. März 1937 ging das Malaniuk-„Bashing“ munter weiter. Sulzenbacher verlas eine Interpellation Malaniuks, der vor der Sitzung daran gehindert worden war, in das Protokoll der letzten Sitzung Einsicht zu nehmen. Sulzenbacher erklärte, dass der Schreiber Kobl es noch nicht aus dem stenographischen Protokoll übertragen habe, schließlich habe er auch andere Sachen zu tun wie Winterhilfe und Stellungsvorbereitungen der verschiedenen Jahrgänge. Malaniuk hätte jedoch in das stenographische Protokoll Einsicht nehmen dürfen, was er laut Sulzenbacher nicht getan hatte. Somit wurde seine Interpellation zur Kenntnis genommen – sie sei wahrscheinlich aufgrund seiner Gereiztheit entstanden, fügte Hahn an. Außerdem: *Nach § 48 der Gem. O. ist ein Protokoll zu führen mit den Namen der Anwesenden und den gefassten Beschlüssen. Ein Protokoll zu führen über den ganzen Verlauf der Sitzung sind wir nicht verpflichtet, wir tun es aber trotzdem.*<sup>818</sup>

Der Konflikt mit Malaniuk eskalierte Ende 1937, doch gab es in den Jahren zuvor genug Vorzeichen. In der vertraulichen Gemeinderatssitzung vom 10. Juni 1936 tat Kollmann seinen Unmut über die veränderte Gehordnung der Fronleichnamprozession kund. Der Bezirkshauptmann und der Bezirksleiter der VF bildeten nun die Speerspitze. Die Vertreter der Gemeinde sollten als letzte gehen. Für Kollmann war das „ureigenste Recht“ der Gemeindevertreter in Gefahr. *Ich habe es dem Bezirkshauptmann nicht verhehlt, dass dies ein Unding sei, dass der freigewählte Vertreter hinter dem letzten Bahnwärter zu gehen hat, und erklärt, wenn diese Ordnung aufrecht bleibt, werden wir nicht teilnehmen.*<sup>819</sup> Auf Kollmanns Nachfrage, wer von den Gemeindevertretern bei der neuen Aufstellung mitgehen würde, meldete sich kein einziger. Kollmann wandte sich dann explizit an Malaniuk, wo er denn gehen werde, er fragte ihn im Beisein aller Gemeindevertreter. Der Gefragte antwortete: *Bei der Gemeinde.* Dass Malaniuk gar nicht Bezirksleiter der VF war, sondern Bezirkswerbeleiter, kümmerte Kollmann offenbar nicht. Er betrachtete Malaniuk nicht als einen Mann der Gemeinde, sondern der VF, und somit sei seine Loyalität ungewiss – jeder der anwesenden Gemeinderäte sollte es wissen.

<sup>812</sup> Ebd. S.124.

<sup>813</sup> Ebd. S.127.

<sup>814</sup> Ebd. S.136.

<sup>815</sup> Vgl. ebd. S.136.

<sup>816</sup> Ebd. S.137.

<sup>817</sup> MEISSNER, Josef Kollmann, 2000, S.199.

<sup>818</sup> StA B, GB/3g/16, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 17. März 1937 – 3. März 1938, S.2f.

<sup>819</sup> StA B, GB/3g/15, Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 12. Jänner 1936 – 10. Dez. 1936, S.30.



Zwei „Typen“ der österreichischen Diktatur. Auf der einen Seite: Der altgediente christlichsoziale Bürgermeister, Pragmatiker, durchaus ein Befürworter diktatorischer Maßnahmen bei Staatskrisen, jedoch auch auf einen Ausgleich mit dem politischen Kontrahenten bedacht und damit Befürworter eines Parteiensystems mit Volkswahl. Auf der anderen: der Jung-Politiker, Akademiker, Vertreter einer ständischen Staatsordnung mittels einer Einparteienherrschaft samt faschistischer Ausrichtung. Zwei ganz unterschiedliche Stützen des Regimes (Fotos: StA B, bzw. Privararchiv Fam. Malaniuk).

Malaniuks „Entfernung“ von allen Informationen schuf jedoch keine ständestaatliche Harmonie. Der Voranschlag stand noch immer zur Debatte. Bürgermeisterstellvertreter Hahn begann seinen Vortrag mit einer Rückblende. *Wir können uns zurückerinnern in die Zeiten, wo einzelne Parteien geherrscht haben, da wurde leider Gottes vieles vorgebracht, was nur Angriffe gegen die Mitglieder des Gemeinderates oder gegen die Mehrheit der Gemeindevertretung war, ohne dass diese Angriffe mit dem Voranschlage etwas zu tun gehabt haben.*<sup>820</sup> Die Ausschaltung der Opposition und der Öffentlichkeit habe zur Folge gehabt, dass das Interesse an der Gemeindepolitik zurückging. Dieses Interesse sollte wiederbelebt werden. Das bedeutete allerdings, dass dann wiederum Kritik aufkommen könnte. Wahrlich ein Dilemma!

Sulzenbacher empfand es aus Sicht der Gemeindevertretung bedauerlich, dass keine Opposition zugegen war, *denn es hat eine Opposition sicherlich auch etwas Gutes, und die Demokratie hat mindestens das eine Gute gehabt, dass eine Opposition da war, die vielleicht durch ihr Vorhandensein und durch ihre Kritik die führende Gemeindemehrheit gezwungen hat, jederzeit habacht zu stehen, jederzeit aufzupassen und alles in Erwägung zu ziehen, und das hat dazu geführt, dass doch manches vielleicht besser ausgefallen ist, als es bei Beseitigung der Opposition möglich ist.* Er lobte so manche dankenswerte Anregung. Gleichzeitig dankte er Gott, dass es keine Opposition mehr gab, die *irgendwelche faktiösen Dinge bringt und die nur zum Nörgeln da ist.*<sup>821</sup> Sorgen machte der Gemeinde die Kritik von außerhalb, aus irgendwelchen Vereinssitzungen oder vom Stammtisch. Für Hahn war das ein wahres Übel, denn solcher Kritik konnte nicht von Angesicht zu Angesicht begegnet werden.<sup>822</sup> Hahn war der Meinung, es handle sich um Personen, die böswillig die Arbeit der Gemeinde schlecht machten und jedes Jahr im Zuge der Budgetdebatte aus dem Hintergrund agierten. Kollmann sprach von gewissenlosen Hetzern, gegen die man sich nicht wehren könne.<sup>823</sup>

<sup>820</sup> StA B, GB/3f/17, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 17. März 1937 – 3. März 1938, S.161.

<sup>821</sup> Ebd. S.167.

<sup>822</sup> Vgl. ebd. S.195.

<sup>823</sup> Vgl. ebd. S.229.

Doch die Stammtischkritiker scheuten nicht die Öffentlichkeit und meldeten sich zu Wort. Gegen den Voranschlag wurden Einwände vorgebracht. Dr. Alexander Bachzelt und Dr. Robert Meixner (beide juristisch gebildet) und ein Dr., jedoch anonym, wetterten gegen den Voranschlag, unterstützt durch 105 Unterschriften. Ihre Kritik richtete sich unter anderem gegen die Erhöhung von Abgaben, die Unfähigkeit der Stadtpolizei wurde angeprangert, die zu hohen Beamtengehälter, und dass Beamte und Politiker aus öffentlichen Geldern Leistungen bezogen. Die Kritik wies auch ein gute Portion Zynismus und Polemik auf.<sup>824</sup>

Die Reaktion der Gemeinde ließ auf sich warten, sie erfolgte in der Gemeinderatssitzung vom 3. März 1938. Die massive Kritik am Voranschlag 1938 wurde zuerst von Hahn sachlich wiedergegeben. Ihm folgte Kollmann – Sachlichkeit war da allerdings keine mehr gegeben. *Ich habe es mir im Privatleben zur Gewohnheit gemacht, dass ich, wenn ich durch ein Dorf gehe und hinter einem Gitter des Gartens von einem Köter angebellt werde, nicht jedes Mal in Aufregung gerate und auch nicht darauf reagiere. Das macht man längere Zeit so, und wenn es dann doch einmal zu viel wird, macht man etwas ordentliches, nimmt die Peitsche und haut hin.*<sup>825</sup> Dann nahm er sich jeden der Angreifer einzeln vor. *Dr. Bachzelt! Junger Mann, viel gelernt – vielleicht mehr, als notwendig ist. Er ist heute gescheiter wie jeder andere Mensch auf der Welt, gescheiter wie die Gemeindevertreter. Er war schon in vielen Ämtern, wegen seiner übergroßen Gescheitheit konnte man ihn aber nicht behalten.*<sup>826</sup> Dann fielen noch Aussagen wie: er leide an Größenwahn, seine Einwände seien trottelhaft und er sei nicht einmal im Stande eine Semmel zu verdienen.<sup>827</sup>

Nun kam Dr. Meixner an die Reihe. Er hatte sich beschwert, dass der Voranschlag nicht öffentlich gemacht wurde. Laut Kollmann habe er diesen einfach nicht gefunden. *Von einem Straßenkehrer oder einem Arbeiter in der Fabrik kann ich es vielleicht nicht verlangen; aber von einem Juristen, der täglich im Gericht ist, kann ich wohl verlangen, dass er weiß, wo der Voranschlag aufliegt. [...] Herr Doktor, gehen Sie zur Universität und verlangen Sie Ihr Geld zurück, denn Sie haben dort zu wenig gelernt!*<sup>828</sup> Eine Reaktion von Seiten Bachzelts oder Meixners ist leider nicht erhalten.

Die letzte Badener Gemeinderatssitzung im Ständestaat endete am 3. März 1938 um 19.45 Uhr.

## **Untergangsstimmung in der ständestaatlichen Kurstadt Ende 1937 bis zum Anschluss 1938**

Beginnend Mitte 1937 tauchten verstärkt Zeitungsartikel auf, die die Unabhängigkeit Österreichs massiv bedroht sahen. Zuweilen wurde sogar eine versöhnliche Hand Richtung Sozialdemokratie ausgestreckt. Die Februarkämpfe schienen vergessen zu sein. Plötzlich ging dem BVB ein Licht auf, die Sozialdemokratie hatte doch ebenso ein unabhängiges Österreich gewollt. *Es war ein österreichischer Bruderkrieg, als vor nun schon vier Jahren auf beiden Seiten der Barrikaden staatsbejahende Österreicher gegeneinander kämpften, während die grundsätzlichen Feinde dieses Landes sich unbeteiligt zeigten und durch Mittelsmänner über ausländische Rundfunkstationen Katastrophenmeldungen verbreiten ließen.*<sup>829</sup> Das BVB sah es an der Zeit, nach der „linkserichteten“ Arbeiterschaft zu forschen, und wies darauf hin, dass es nicht marxistische Theorien gewesen seien (die heute allesamt widerlegt und dadurch harmlos), die die Arbeiter anzogen hätten, sondern der schiere Hunger und der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit, die die Sozialdemokraten versprochen hätten.

Dass Sozialdemokraten bereit waren mitzuarbeiten, waren keine revolutionären Erkenntnisse. In Baden schrieb der ehemalige SDAP-Mandatar und Arzt Siegfried Justitz bereits am 2. August 1934 an die Bezirksführung der VF und unterrichtete sie von der durch Nationalsozialisten unterwanderten Ärztekammer. Er nannte konkrete Namen und berichtete, mit welcher Leichtigkeit diese Personen staatsfeindliche Aktionen setzten, neue Mitglieder rekrutierten und allerlei finanzielle Unterstützung genossen. Er verurteilte auch die Ermordung des Bundeskanzlers durch „entmenschte Bestien“. Die Bezirksführung zeigte sich damals wenig beeindruckt. Sie nahm die Informationen zur Kenntnis, wollte aber zu diesem *umfangreichen Elaborat nicht Stellung nehmen* und sandte es an die Landesführung weiter.<sup>830</sup>

<sup>824</sup> Vgl. MEISSNER, Josef Kollmann, 2000, S.201f.

<sup>825</sup> StA B, GB/3f/17, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 17. März 1937 – 3. März 1938, S.299.

<sup>826</sup> Ebd. S.299.

<sup>827</sup> Vgl. ebd. S.299f.

<sup>828</sup> Ebd. S.301.

<sup>829</sup> BVB Nr.49 v. 04.12.1937, S.2.

<sup>830</sup> Vgl. NÖLA, VFNÖ 285, S.147-149.

Der Sinneswandel, der das „Forschen“ nach der linksgerichteten Arbeiterschaft ermöglichte, kam reichlich spät. Das BVB war aber nicht allein, immer mehr Medien sprangen auf denselben Zug auf. Die Staatsführung musste reagieren, die Zensur wurde verschärft! Es war Anfang 1938, und selbst nach dem Berchtesgadener Abkommen kam es erneut zu einer Verschärfung der Zensur. Die innere Ordnung bzw. der Frieden zwischen Österreich und seinem großen Brudervolk durfte publizistisch nicht gefährdet werden.<sup>831</sup> Ich erinnere an die Kritik, dass „Mein Kampf“ in Österreich zugelassen wurde, aber Anti-Hitler-Literatur nicht. Es war ein weiterer Angriff auf die eigenen, noch loyalen Medien und somit ein weiterer Schritt des Ständestaates Richtung vollständiger Selbstauflösung. Die Irritation muss groß gewesen sein. Was sollten jene Menschen bloß machen, die den Ständestaat retten wollten, denen dies aber von den Machthabern des Ständestaates verboten wurde?

Diese Ohnmacht und Wut brauchte ein Ventil. „Opfer“ waren in diesen Fällen die österreichischen Nationalsozialisten. Bei einer Veranstaltung am 28. Oktober 1937 bezeichnete man das Benehmen österreichischer Nationalsozialisten als kriecherisch und unterwürfig. Sie beschädigten das Ansehen Österreichs, und Woisetschläger drohte: *Sie haben sich nicht entblödet, als minderwertige Deutsche dort aufzutreten. Diese unwürdigen Vorkommnisse und die betreffenden Schuldigen aus Baden und dem Bezirke sind uns bereits bekannt. Die Zeit der Abrechnung wird auch für diese Leute kommen.*<sup>832</sup>

Die Orientierungslosigkeit provozierte die letzten loyalen „Ständestaatler“ und Austrofaschisten zu völlig unsinnigen Aussagen und Analysen. Bei einer D.O. Versammlung der VF im Gasthaus „Müller“, „zur Südbahn“ (Conrad v. Hötzendorfplatz 12a/13) am 24. Jänner 1938, an der auch Bezirks-D.O.-Referent Amtsrat Metlicska teilnahm, sprach Bundeskulturrat Sulzenbacher über das Beamtentum und die Österreich-Ideologie. Außenpolitisch müsse man das Motto verfolgen (er zitierte Seipel): „Nichts gegen Deutschland, aber alles für Österreich“. Außerdem sei zu verzeichnen, fuhr er fort, dass die Nazibewegung in Österreich sich auf dem Rückzug befinde – wir schreiben Jänner 1938!<sup>833</sup> Wer sollte das glauben? Wie konnte man so etwas ernst meinen? Anhand solcher Aussagen ist es schwer zu sagen, ob sie auf Unwissen, Naivität oder Verzweiflung fußten – wahrscheinlich von allem etwas.

Nicht minder realitätsfremd war die Aussage über die Gerechtigkeit einer Diktatur von Franz Eckert: *Ganz besonders gilt dies für autoritär geführte Staaten, in denen die Staatsführung der größeren Freiheit der eigenen Entschließung ein umso stärkeres Maß an Gerechtigkeit gegenüber stellen muss, um nicht die Fundamente zum Wanken zu bringen.*<sup>834</sup>

Andererseits wurden Stimmen laut, die die politische Situation sonnenklar darlegten. Bei einer Kundgebung der VF am 7. Februar 1938 in den Stadtsälen sagte der Bundesminister für Unterricht Dr. Hans Pernter: *Zwischen der Weltanschauung des Nationalsozialismus und der österreichischen Idee, deren Wesenskern christlich ist, besteht eine Kluft, die auch die eifrigsten Brückenbauer nicht zu überbrücken vermögen.* Er sah Österreich als einen Wall gegen die verneinenden Geistesstörungen der heutigen Zeit [...].<sup>835</sup> Er war aber auch der Meinung, diesen Wall zu errichten sei Aufgabe der VF, doch erweise sich dieser Wall, dieses Bollwerk gegen den Nationalsozialismus als durch und durch morsch.

Andere wiederum setzten weiterhin auf einen Dialog mit den Nationalsozialisten. Jedoch nicht mit der NSDAP, das wurde extra hervorgehoben, denn wie jeder wusste, Parteien gab es ja nicht mehr. Stattdessen sollte mit der nationalsozialistischen Ideologie ein Dialog aufgebaut werden, die nationalsozialistische Ideologie (nicht die NSDAP!) sollte in den Ständestaat integriert werden – wiederum eine unsinnige und verzweifelte Entkopplung. Der Ständestaat müsse das Deutsche mehr betonen, sich nicht so auf das Christliche versteifen, konnte man dem BVB plötzlich entnehmen. Diese Versteifung auf das Christliche führe nur zu „Sektionierung“ innerhalb der VF.<sup>836</sup> Plötzlich spielte das Christliche nicht mehr die entscheidende Rolle? Die Selbstverleugnung währte bis zum Schluss.

Dann wurden erneut kämpferische Stimmen laut. Am 9. März 1938 erging ein Schreiben des Ortsmilizkommandanten Obstlt. Guido Kaiser an „seine Mannen“. Er resümierte die schwierigen Zeiten und verlangte von seiner Miliz Treue und Entschlossenheit. Nun sollte jeden Samstag um halb drei vom Hildegardheim bis zur Übungswiese in voller Montur durch die Stadt marschiert werden. Stärke, Einigkeit und Disziplin waren zu demonstrieren. Wer unentschuldigt fehle, dem sei offenbar die Miliz egal, doch damit sei derjenige der Miliz ebenso egal – Auge um Auge, Zahn um Zahn. Aber Kaiser war sich sicher: *Ich glaube aber nicht, dass sich in meinem Kommandobereich auch nur ein einziger Mann befindet, der erbärmlich genug wäre, in der Erfüllung seiner soldatischen Pflicht wankelmütig zu werden, ich bin vielmehr überzeugt, dass jeder einzelne sich stolz als Soldat, als Militärangehöriger bekennen wird, für unsere schöne Heimat, für ein freies, selbstständiges Österreich.*<sup>837</sup>

<sup>831</sup> Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 2013, S.425.

<sup>832</sup> BVB Nr.45 v. 06.11.1937, S.1f.

<sup>833</sup> Vgl. BZ Nr.11 v. 05.02.1938, S.2.

<sup>834</sup> BVB Nr.3 v. 15.01.1938, S.1.

<sup>835</sup> Vgl. BZ Nr.13 v. 12.02.1938, S.1.

<sup>836</sup> Vgl. BVB Nr.9 v. 26.02.1938, S.5.

<sup>837</sup> StA B, GB 051a/1933-38, f.145.

Kampfesmut da, Nervosität dort. In den Hauptgruppenversammlungen der VF ging die Angst um. Anlässlich der Machtergreifung der NSDAP vor 5 Jahren in Deutschland wurden Unruhen erwartet. In der Sitzung vom 22. Jänner 1938 erging der Befehl, sich mit der Polizei abzusprechen und immer ein Auge offen zu halten.<sup>838</sup> In der Sitzung vom 12. Februar 1938 resümierte Amtsrat Eckert die Zeit zwischen 1936 und 1938. Trotz Katerstimmung sah er ein Licht am Ende des Tunnels. Besonders Gruppe I und II sowie Gruppe IX hätten sich bemüht. Hahn fügte hinzu: *Die anderen Gruppen sollen sich nicht gekränkt fühlen, auch sie haben brav gearbeitet.*<sup>839</sup> Die noch zuvor gelobte Gruppe I musste in der nächsten Sitzung am 9. März 1938 heftige Kritik einstecken, denn das veranstaltete Preisschießen war zum Fiasko geworden, *weil wir unsere Preise selbst gekauft haben. 90 Schilling sind eingegangen und 110 Schillinge wurden ausgegeben.*<sup>840</sup> Für Woisetschläger noch das geringste Übel, er klagte über unerträgliche Vorfälle und dass die schweren Zeiten Nervenkraft kosteten. Aber sie würden überwunden werden, davon war er überzeugt.<sup>841</sup>

Am 12. März 1938 informierte die BZ über die Volksabstimmung für ein freies Österreich (13. März 1938). In 18 Sprengeln hatten die Wähler die Wahl.<sup>842</sup> Ansonsten war nichts Außergewöhnliches zu lesen; 50 Jahre Weilburg-apotheke, Preiskegeln im Sportverein, ein Hilfsarbeiter, der vom Zug erfasst worden war, dem Forstbeamten Theodor Tonin waren 200 Kilogramm Heu gestohlen worden.

In seiner letzten Ausgabe vor dem Anschluss gab sich das BVB noch einmal kämpferisch bzw. ließ kämpferische Stimmen zu Wort kommen. Am Bezirksappell der VF vom 6. März 1938 beschwor Woisetschläger, die „Dollfuß-Straße“ niemals zu verlassen. Man sei bereit, mit den Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten, aber nur wenn sie loyal seien und zur Bundesverfassung stünden. Ähnlich sah es Kollmann, er lenkte zuvor noch auf das Abkommen von Berchtesgaden und die sich überschlagenden Ereignisse. *Ich habe aber die Überzeugung, dass es noch verfrüht ist, zu sprechen. Ebenso wie man einen halbfertigen Strudel noch nicht essen kann, so ist auch die gegenwärtige politische Lage zu ungeklärt, um sich ein richtiges Bild machen zu können.* Dennoch hatte er eine eigene Meinung. *Der Gedanke war gut, ist wärmstens zu begrüßen und von jedermann zu unterstützen. [...] sowohl die einstigen Christlichsozialen als auch die gutgesinnten Sozialdemokraten sind der Vaterländischen Front beigetreten und haben hundertprozentig am Strange Österreich gezogen, wobei sie ihre bisherige parteipolitische Gesinnung zum Wohle unseres Vaterlandes zurückgestellt haben. [...] Aber gerade die gewünschte Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit müssen wir heute noch vermissen [gemeint waren die Nationalsozialisten]. Sie machen heute alles was verboten ist, und tun alles, wozu sie keine Berechtigung haben.* Für Kollmann würde die Zukunft weisen, dass nicht Österreich sich der Zusammenarbeit verweigere, sondern die Nationalsozialisten. Und er schloss seine Rede mit: *Der bisherige Friede war ein fauler Friede.*

Unter den Zuhörern war Landeswerberat Norbert Knotzer. Er nahm es sich heraus, Kollmann zu kritisieren. Daraufhin kam es zu stürmischen Protest-, Pfui- und Abzugsrufen.<sup>843</sup> Aufgebracht ergriff Hahn das Wort, obwohl er gar nicht als Redner aufgestellt war. Er verurteilte Knotzers Aussage und griff dessen Tätigkeit im Gewerbebund an. *Wir bemerken schon seit längerer Zeit die im Gegensatze zur Vaterländischen Front stehende politische Einstellung des Gewerbebundes, und (zu Knotzer gewendet) wenn Sie mich fragen, wer daran die Schuld trägt, so sage ich, dass Sie der einzige Schuldige daran sind. (Langanhaltende zustimmende Rufe.)* Hahn prangerte die Verherrlichung des Deutschen Reiches an und bediente sich dann einer oftmals gebrauchten Polemik: *Lassen Sie sich weiter gesagt sein: Auch wir können mit der Rassentheorie arbeiten, aber wenn wir uns die, ‚betont Nationalen‘ etwas näher anschauen, können wir feststellen, dass es mit der Rassentheorie dort nicht überall stimmt! (Tosender Beifall. Rufe: Sehr richtig!)* In gleicher Weise fuhr Landeskartellobmann Dengler fort. Er attackierte junge Nationalsozialisten, die noch nie einen Groschen verdient hätten, und kritisierte, dass nun *Arbeiter, die immer Österreicher und Deutsche waren, die sogar deutsche Namen haben (großes Gelächter) angestänkert werden, weil sie das Frontabzeichen tragen [...]. Aber wir möchten mit Bundeskanzler Dr. Kurt v. Schuschnigg sagen: Bis hierher und nicht weiter! Nach der Rede unseres Frontführers Schuschnigg haben wir gesehen, dass es in Österreich eine Bevölkerungsgruppe gibt, die unbelehrbar ist.* Kollmann meldete sich abermals zu Wort und, wie zu erwarten, griff er Knotzer an – dass jener offenbar nichts von Wirtschaft verstehe und der deutschen Sprache nicht mächtig sei, denn offensichtlich habe er seine (Kollmanns) Ausführungen nicht verstanden. Landessekretär Eckert trat als Schlussredner auf, bekräftigte das bisher Gesagte, begrüßte zwar eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten, aber nicht zu diesen Bedingungen, und beschwor die einstigen Wehrverbände, die Frontkämpfer, die Heimatschützer, die Freiheitsbündler, die Sturmschärler und die

<sup>838</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147 S.57,

<sup>839</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147 S.58,

<sup>840</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147 S.60,

<sup>841</sup> Vgl. StA B, GB 051a/1933-1938/147 S.61,

<sup>842</sup> Vgl. BZ Nr.21 v. 12.03.1938, S.1.

<sup>843</sup> BVB Nr.11 v. 12.03.1938, S.2.

Christlich-deutschen Turner. Er sprach von Kampfgemeinschaft und von Bannerträgern der rot-weiß-roten Fahne: *Heute muss der gesamte Frontapparat initiativ arbeiten und nicht erst immer Weisungen von oben abwarten. Erlaubt ist alles, was dem Vaterlande Freiheit, Ehre und Ansehen zu verschaffen geeignet ist. Unser Österreich von morgen wird so aussehen, wie wir es heute zimmern!*

Eine Ausgabe später stand es dann auf der Titelseite des BVB:  
*Großdeutschland – die Ostmark ist heimgekehrt.*<sup>844</sup>

Und in der BZ stellte sich der neue Bürgermeister Franz Schmid vor und rief jubelnd zum Himmel empor:  
*Ein Volk, ein Reich, ein Führer, und die BZ stellt sich mit jugendlicher Begeisterung in den Dienst des großen deutschen Vaterlandes.*<sup>845</sup>

---

<sup>844</sup> Sonntagsglocke (vormals BVB) Nr.1/12 v. 20.03.1938, S.1.

<sup>845</sup> BZ Nr.22 v. 16.03.1938, S.1.

# Exkurs: Das liebe Vieh!

Jede Diktatur muss eine bestimmte gesellschaftliche Schicht bevorzugen, wenn sie eine andere gesellschaftliche Schicht unterdrücken möchte. Selbst totalitäre Regimes können nicht nur aus sich selbst bestehen, ohne sich wenigstens der Loyalität einer schmalen Elite sicher zu sein. Rigoroses Vorgehen gegen eine bestimmte Religion, ein Milieu, eine Klasse, ein Volk oder gegen bestimmte gesellschaftliche Befindlichkeiten führt zu Widerstand.

Ich möchte auf eine dieser Befindlichkeiten kurz hinweisen, die besonders eine österreichische Diktatur nicht außer Acht lassen durfte. Es war und ist eine Widersprüchlichkeit der österreichischen Gesellschaft. Es geht um den Tierschutz bzw. die Tierliebe der Österreicher/Badener.

Bereits zu Beginn (1932) referierte die BZ seitenslang über Tierschutz und Tierrecht und klagte das Land an, auf diesem Gebiet rückständig zu sein.<sup>846</sup> Die Republik schien hier versagt zu haben. Deswegen müsse sich der Ständestaat nun ins Zeug legen.

Am 1. Juni 1934 traf der spätere Bundesminister und Vizekanzler Emil Fey in Baden ein. Er wurde von Vizebürgermeister Hahn empfangen. Kollmann war „leider“ wieder einmal dienstlich verhindert. Ansonsten war alles anwesend, was im Badener Ständestaat Rang und Namen hatte.<sup>847</sup> Die BZ berichtete auf der Titelseite über diesen bedeutenden Besuch. Auf Seite vier wird in einem eigenen Kapitel angeführt, dass Fey eine „Gesandtschaft“ des Tierschutzvereines Baden empfing und ein modernes Tierrecht versprach.<sup>848</sup> Man bedenke, neben Dollfuß und Starhemberg war Fey damals die Nummer 3 im Ständestaat. Es wirkt etwas grotesk: Ein Mann, der noch vor kurzen die Erschießung von Februarkämpfern gutgeheißen hatte, verspricht jetzt, sich der armen Tiere anzunehmen.

Und die VF in Baden, wo mit „Heil Österreich“ oder „Front Heil“ begrüßt, wo nur befohlen, ernannt und gehorcht wird, erlassen im Winter einen rührenden Bezirksappell, *sich aller hungrigen, frierenden oder sonst bedrängten Tiere erfolgreich anzunehmen.*<sup>849</sup>

Wenn es um das liebe Vieh ging, da kannten weder BZ noch BVB Pardon. Empört war das christlichsoziale Medium darüber, dass Hundebesitzer es zuließen, dass ihre Hunde arme Igel aus dem Boden gruben und mit ihnen „spielten“. Und würden die Hundebesitzer zur Rede gestellt, so bekomme man eine freche Antwort. Das BVB forderte, diese Tierquälerei sofort abzustellen und die Tierquäler zu bestrafen.<sup>850</sup> Ein für das BVB ebenso abstoßender Fall ereignete sich im Kurpark, als Jugendliche zwei von vier Jungvögeln töteten. Menschen strömten herbei und leisteten erste Hilfe, Dramatisches spielte sich ab. *Während dieser Schreckensszene flatterten die beiden Alten unter lautem Gezwitscher um die Gruppe Menschen, die sich bereits angesammelt hatten. Die Vogeleltern hatten ihre Kinder für immer verloren!*<sup>851</sup> Und wie nicht anders zu erwarten, wurden drakonische Strafen für die Täter gefordert. Da gab es nichts zu diskutieren. Diskussionen gab es mit Nazis, aber nicht mit Tierquälern.

Dem Tier durfte kein Haar gekrümmt werden, selbst in so schlechten Zeiten wie den 30ern. Stattdessen musste es geehrt werden. Am 14. November 1936 fand in der Waltersdorferstraße 32 (Strohmarkt) eine „Kriegspferd-Ehrung“ statt. Erschienen waren die gesamte Badener Politprominenz, zahlreiche Verwalter der VF, die Feuerwehren I, II und III, Polizei und Gendarmerie, Schulen, und selbst Kollmann, der bei zahlreichen Regimeveranstaltungen mit Abwesenheit glänzte, war anwesend. Unter den zehn Kriegspferden waren zwei Badener. Feierlich wurde für das Kopfgeschirr eine Emailplakette mit Doppeladler und dem Wort „Kriegskamerad“ vergeben. Der Stadttierarzt Dr. Karl Magerl ging darauf ein, dass so mancher Zeitgenosse eine Tierehrung lächerlich finden könnte, doch vertrat er die Meinung: *Tiere schützen heißt Menschen nützen!* Wer Tierschutz betreibt, unterbinde die Verrohung der Menschen. Als Beispiel nannte er den Bürgerkrieg in Spanien, der verhindert hätte werden können, wenn zuvor der Stierkampf verboten worden wäre.<sup>852</sup> So einfach wäre es gewesen!

<sup>846</sup> Vgl. BZ Nr.4 v. 16.01.1932, S.1.

<sup>847</sup> Vgl. BZ Nr.46 v. 09.06.1934, S.2f.

<sup>848</sup> Vgl. BZ Nr.46 v. 09.06.1934, S.4.

<sup>849</sup> BZ Nr.5 v. 16.01.1935, S.4.

<sup>850</sup> Vgl. BVB Nr.19 v. 11.05.1935, S.4.

<sup>851</sup> BVB Nr.26 v. 29.06.1935, S.4.

<sup>852</sup> Vgl. BZ Nr.95 v. 25.11.1936, S.2, und BVB Nr.32 v. 07.11.1936, S.6.

Der Stadttierarzt hatte es angesprochen, manche fanden es lächerlich oder unangebracht. So war es das BVB (die Stimme der Katholischen Aktion), das Kritik übte, ob diese Tierliebe nicht doch etwas zu weit gehe. Nun seien schon in manchen Straßen 74 Hunde beheimatet und nur ein Kind.<sup>853</sup> Bände sprach auch die Überschrift: „44 Särge, 5 Geburten“. Doch wen wundert's, wenn Damen mit *gestrichenen und lackierten und mit rasierten Augenbraunen* sich lieber einen Hund zulegten statt ein Kind.<sup>854</sup>

Die Kritik des christlichen Blattes rief offenbar Unmut hervor. *Der Gerechte erbarme sich auch seines Viehes!*, beschwichtigte das BVB wenig später und untermauerte seine Tierliebe sogar mit Bibelziten.<sup>855</sup> Das BVB agierte auf diesem Gebiet sehr vorsichtig, man wollte es sich nicht mit der Tierliebe der Badener verscherzen. Aber was hätte der Kirche schon passieren können? Mitgliederschwund, Streiks, Störung des Gottesdienstes, Aufruf zum Kirchenaustritt? So ist es! Geschehen in Baden, Ende der 20er Jahre, als der Pfarrer im Winter die Fenster schließen ließ, die Tauben nicht mehr in die Kirche kommen konnten und draußen frieren mussten.<sup>856</sup>

Bedenkt man, dass das BVB als Sprachrohr der Katholischen Kirche diene, so wird einem der Stellenwert der Tierliebe deutlich. Zurückhaltung in der Berichterstattung war angebracht, Polemik konnte nach hinten losgehen. Und das, obwohl wir es mit der Katholische Kirche der 30er-Jahre zu tun haben, einer Organisation, die selbst der Nationalsozialismus dulden bzw. sich mit ihr arrangieren musste.

Die Tierliebe war an keine Partei und an keine Ideologie gebunden. Die BW, das BVB und die BZ, so unterschiedlich sie auch sein mochten, das war ihr gemeinsamer Nenner. Wenn man sich jedoch vergegenwärtigt, wie BVB und BZ über Roma und Sinti berichteten! Von Schädlingen und Parasiten war die Rede. Gewaltanwendungen wie das Haarscheren wurden bei Frauen als Lösung des „Bettler- bzw. Zigeunerunwesens“ propagiert, oder man plädierte gleich für eine natürliche Selektion, durch Hunger und Kälte!

---

<sup>853</sup> Vgl. BVB Nr.2 v. 09.01.1937, S.2.

<sup>854</sup> Vgl. BVB Nr.6 v. 06.02.1937, S.6.

<sup>855</sup> Vgl. BVB Nr.6 v. 09.05.1936, S.3.

<sup>856</sup> Vgl. BVB Nr.2 v. 12.01.1929, S.2.

# Epilog

## Wie war es in Baden unter dem Kruckenkreuz?

Betrachtet man die gesamtösterreichische Entwicklung, so fallen einem zahlreiche Parallelen auf. Mangelnde Identifikation bei den politischen Eliten und bei der Bevölkerung, Desinteresse und Unverständnis werden durch zahlreiche Aussagen belegt. Ein kleiner Bevölkerungsteil wurde anfänglich von einer Aufbruchsstimmung erfasst, doch Enttäuschung und Wut machten sich bald breit.

Es waren die Ineffizienz, der Kompetenzwirrwarr, die allgemein vagen Vorstellungen, wie dieses ständestaatlich-vaterländische System funktionieren sollte, mit denen der Ständestaat von Anfang an zu kämpfen hatte. Wirft man den Blick auf Baden, drängen sich zahlreiche Beispiele auf: Vereinsvermögen, das bereits beschlagnahmt wurde, soll noch einmal beschlagnahmt werden. Ein Amtswalter wird mit einer Aufgabe betraut, für die nicht er zuständig ist, sondern genau die Stellen, die ihn damit betrauen wollen. Ein Bürgermeister, der „gegen“ die Verfassung regiert, VF-Mitglieder des Gemeindetages verweist und sich weigert, Milizen einzuquartieren. Eine Bezirksführung, die offensichtlich widerrechtlich Gelder einnimmt, jeder weiß es und erst nach Jahren wird eingegriffen. Nationalsozialisten, denen die Amnestierung verweigert werden soll, die aber noch immer Mitglieder der VF sind. Die Liste ist lang.

Baden fügte sich exzellent in die gesamtstaatliche Entwicklung ein – auch was die ineffektive Bekämpfung der Nationalsozialisten anbelangt. Die Unterwanderung der Sicherheitskräfte, die Sympathie zahlreicher Badener und die Schlamperei der Behörden ließen nur ein zahnloses Vorgehen gegen den Terror der Nationalsozialisten zu.

Es waren nicht nur politische Ideologien, die aufeinander prallten, alltägliche Konfliktfelder kamen zum Vorschein. Die „da oben“ wollten es, und die „da unten“ sollten es machen – Land Niederösterreich oder Bezirk Baden gegen Gemeinde Baden. Doch der Gemeinderat agierte alles andere als geschlossen – Malaniuk gegen Kollmann. Diese Konstellation ist ein hervorragendes Beispiel für die Zerrissenheit dieser Diktatur, der es massiv an Einigkeit fehlte. Wie sollte dieser Ständestaat gestaltet sein? Malaniuk (der junge akademisch gebildete politische Newcomer) hatte eine ganz andere Vorstellung als Kollmann (der „gestandene“ gewerbetreibende langjährige Bürgermeister) – sofern Kollmann den Ständestaat als solchen überhaupt wollte. Dieses Regime musste sich auf Stützen verlassen, die alles andere als ein sicheres Fundament bildeten – nicht zu vergessen die ständigen Angriffe von außen.

Wir befinden uns hier auf Gemeindeebene, wir haben es mit einem System zu tun, das lange Zeit kaum Beachtung fand, das von dem nachfolgenden Regime hinweggefegt wurde, das trotz seiner welthistorischen Ambitionen nie über ein Anfangsstadium hinaus kam und stets ein sich wandelndes Gebilde blieb. *Als Fazit bleibt ein widersprüchlicher Befund, der es bestenfalls erlaubt, den ‚Ständestaat‘ als ‚Imitationsfaschismus‘ zu charakterisieren. Allerdings – und dies verkompliziert das Problem – blieb das System nicht stabil, sondern veränderte andauernd sein labiles Gleichgewicht. Einige Anzeichen sprechen dafür, dass der ‚Ständestaat‘ nach 1935/36 sich wieder stärker zum ‚autoritären-bürokratischen‘ Typus zurückbildete. Tatsächlich blieb die ‚Regierungsdiktatur‘ das durchgehende Merkmal dieses faschistisch verkleideten autoritären Regimes.*<sup>857</sup>

Ein Teil der damaligen Protagonisten hatte verkündet: „Österreich über alles, wenn es nur will, und wir wollen!“ Später sagte man: „Wir sind noch nicht da, wo wir sein sollten.“ Schon bald wusste man nicht mehr, was man überhaupt wollte – ob nun mehr christlich oder mehr deutsch, „Front Heil“ und „Sieg Heil“ kamen durcheinander!

Was für die Bundesebene galt, galt auch für die Gemeindeebene. Wir haben somit ein uneinheitliches Regime, massive Gegenwehr von innen und außen sowie eine weitgehend desinteressierte Bevölkerung. Die Klagen, dass die Badener das System nicht verstanden hätten, waren nicht zu überhören: niedrige Beteiligung bei der Wahl für den Land- und Forstwirtschafts-Stand. Man sprach von Treibholz, von der mangelnden Identifikation und Loyalität, angefangen beim Weinbauer bis zum Amtswalter der VF – weit und breit kein Verständnis für den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage und unter starker autoritärer Führung.

Es war kein Sonderweg, den Baden zwischen 1933 bis 1938 eingeschlagen hatte, aber es werden gewisse „Ausreißer“ ersichtlich. Zum einen das deutschnationale Milieu – ich spreche hier von den Gemeinderäten der GDVP. Diese sahen ihr Heil in der CSP und nicht in der NSDAP. Die CSP war die durch und durch dominierende bürgerliche Partei, sie deckte auch das rechtskatholische Spektrum ab, und wie anfänglich erwähnt, war es untypisch, dass die Christlichsozialen eine Stadt dieser Größe dermaßen dominierten. Wir sind hier wieder bei dem niederösterreichischen

<sup>857</sup> HANISCH, Politischer Katholizismus, 2012, S.69.

Kuriosum „schwarze Bezirkshauptstadt, rotes Umland“. Es war zum einen wiederum der kurörtliche Aspekt, der diese Entwicklung begünstigte. Baden als das „teure Pflaster“, der kaiserliche, snobistische Kurort für betuchte Gäste. Die Mieten waren dementsprechend, das Proletariat konnte es sich schlichtweg nicht leisten. Ob es den Genossen nun passte oder nicht, Kurgäste und Touristen sicherten das Einkommen der Stadt. Und es wurde wiederholt bestätigt durch die Aussagen des politischen Kontrahenten, nach dem Motto: „Unsere Roten sind in Ordnung, die aus dem Triestingtal sind die Unruhestifter“. Ruhe und Ordnung waren das oberste Gebot, das selbst die NSDAP – im Vergleich zu anderen Ortsgruppen – beherzigte. Franz Schmid wurde zwar angefeindet, aber er galt nicht als Radikaler, er war einer der wenigen, der eine Zusammenarbeit mit der CSP und dann mit dem Regime nicht ausschloss. War es ein „Zivilisierungsaspekt“ des Kurortes? Wie sah es in anderen Kurorten aus? Wie sah es generell in anderen Gemeinden aus? Ein weites Forschungsfeld liegt noch brach!

Und dann gab es natürlich Kollmann, der ein wunderbares Beispiel für die fehlende Einigkeit des Ständestaates bietet. Bei Staatskrisen war ein autoritärer Führungsstil auf Zeit durchaus in seinem Interesse – aber wozu ein Ständestaat? Wozu ein Austrofaschismus? Was sollte „vaterländisch“ bedeuten? Kollmanns Politik schien sich nicht wesentlich geändert zu haben. Er blieb ein charismatischer und autoritärer Bürgermeister, der staatliche Überbau war offensichtlich sekundär. Auch hier lohnt sich sicher ein Vergleich mit anderen Bürgermeistern. Wie viele engagierten sich tatsächlich für das ständestaatliche Regime? Wie viele verwalteten einfach nur die Gemeinde, wie sie es Jahre zuvor getan hatten und unterbanden dadurch die Umgestaltung Österreichs in einen Ständestaat? Wäre der Ständestaat verwirklicht worden, wenn es mehr Malaniuks als Kollmanns gegeben hätte? Die Bezirks- und Gemeindeebene ist bei weitem noch nicht erforscht.

Was ist nun übrig geblieben in Baden? Vergleiche ich die Archivbestände zu diesem Kapitel der österreichischen Geschichte nur im Badener Stadtarchiv, so ergibt sich ein eindeutiges Bild: Es ist nicht viel. Aktenkartons für die Zeit 1933 bis 1938 kann man an einer Hand abzählen. Fotos mit Kruckenkreuz sind eine Rarität. Lebensdaten von führenden Funktionären der VF auf Bezirksebene sind nicht alle bekannt. Für die Zeit 1938 bis 1945 finden sich hingegen dutzende Aktenkartons – der Ständestaat wurde von der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich erdrückt.

So verwundert es nicht, dass nicht viel übrig blieb – vom Ständestaat allgemein und insbesondere vom Ständestaat in Baden. Es ergibt sich ein Bild, keine Frage, aber im Vergleich zu der Zeit zuvor oder danach ist es trotzdem wenig. Und das, obwohl es eine Diktatur war – eine hausgemachte österreichische Diktatur, die auf allen politische Ebenen angesiedelt war.

# Anhang

## 1. Abrechnung der VF für 1936

1

A u s g a b e n vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1936 :

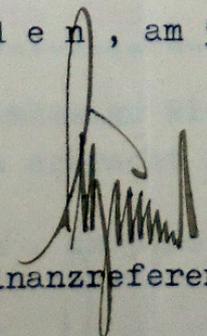
1. Raumspeisen: Miete .....	S	600.--		
Erhaltungskosten	"	13.66		
Versicherungen...	"	49.80		
Beheizung .....	"	122.20		
Beleuchtung .....	"	40.70		
Reinigung .....	"	415.10	S	1.241.46 ✓
2. Kanzleiauslagen: .....			"	373.28
3. Verkehrsspeisen: Dienstfahrten	S	624.50		
Telefongebühren..	"	253.55		
Portoauslagen....	"	619.79	"	1.497.84 ✓
4. Werbespeisen .....			"	1.103.16
5. Gehalte u. soziale Lasten .....			"	3.671.42
6. Verschiedenes .....			"	114.29
<b>Summe der Ausgaben: .....</b>	<b>S</b>		<b>8.001.45</b>	<b>✓</b>

E i n n a h m e n vpm 1. Jänner bis 31. Okt. 1936:

1. Zuschuss vom Generalsekretariate	S	453.--		
2. " Landesführung .....		2.750.--		
3. Verschiedenes .....		48.60	"	3.251.60 ✓

**Tatsächliche Mehrausgaben .....** S **4.749.85** ✓

Baden, am 5. Nov. 1936.

  
Finanzreferent.

Nachweis der Richtigkeit:

Einnahmen an fremden Geldern:

Handverkauf von Marken .....	S	405.60	
- " - " - .....	"	2.50	
Abfuhr für Marken von Uhlik ...	"	70.--	
- " - " - Siegenfeld	"	- .30	
Verkaufte Seidenabzeichen .....	"	57.80	
- " - Emailabzeichen .....	"	110.--	
- " - Schülerabzeichen .....	"	17.10	
Abfuhr des Turnvereines .....	"	16.50	
- " - der Hauptgruppe Baden..	"	7.071.44	
- " - der Casino A.G. ....	"	111.90	S 7.863.14 ✓

Hievon wurden ordnungsgemäss zugeführt:

An die Landesführung .....	S	2.821.89	
- " - Hauptgruppe Baden .....	"	111.90	
- " - " - .....	"	30.47	" 2.964.26 ✓

Verblieben: ..... S 4.898.88 ✓

Zur Deckung der umstehenden Mehrausgaben verwendet: " 4.749.85 ✓

Noch vorhandener Barbetrag: ..... S 149.03 ✓

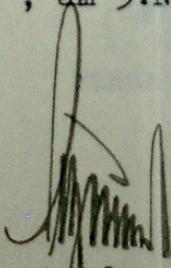
Kontrolle:

Kassastandsvermehrung vom 1.1.36 bis 31.10.36	S	67.03
Vorschussrest Uhlik .....	"	82.--

Wie oben ..... S 149.03 ✓

wodurch die ziffernmässige Richtigkeit der Verbuchungen und des umseitigen Abschlusses erbracht erscheint.

Baden, am 5. November 1936.

  
Finanzreferent.

V O R A N S C H L A G .

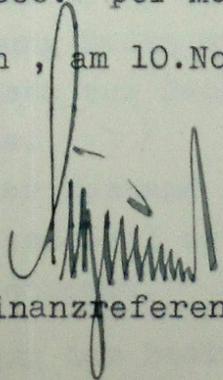
E r f o r d e r n i s :

Gehalte für zwei Bürokräfte .....	S	250.--
Ueberstunden .....	"	10.--
Soziale Lasten .....	"	55.--
Kanzleiauslagen .....	"	30.--
Telefongebühren .....	"	50.--
Portoauslagen .....	"	60.--
Mietzins samt Steuern .....	"	70.--
Beheizung und Beleuchtung .....	"	45.--
Versicherungen .....	"	5.--
Reinigungsarbeiten .....	"	40.--
Dienstfahrten .....	"	80.--
Werbespesen .....	"	<u>100.--</u>

Erfordernis per Monat ..... S 795.-- ✓

Die ersten 10 Monate im Jahre 1936 erforderten S 8001.45,  
also durchschnittlich S 800.- per Monat.

B a d e n , am 10. November 1936.

  
Finanzreferent.

## 2. Bombenanschläge in Baden bei Wien 1934-1936

(StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.3).

### 1934

1. Juni 1934: Drei Böller explodieren, kein Schaden verursacht. Zur selben Zeit hält sich Vizekanzler Emil Fey in Baden auf, Täter können nicht eruiert werden
3. Juni 1934: Böller am Hauptplatz und in der Wassergasse, kein Schaden, keine Täter.
10. Juni 1934: Detonation am Eipeldauerkreuz, kein Sachschaden, allerdings reisen Kurgäste ab.
11. Juni 1934: Parkbank-Sprengung im Kurpark, Störung des Kurcasinos.
19. Juni 1934: Sprengröhre in der Palffygasse, keine Täter. Teile durchschlagen einen 2 cm dicken Holzladen. Verletzt wird niemand.
20. Juni 1934: Mannesmannrohr (Rohrbombe) beim Sanatorium Gutenbrunn explodiert, Kurgäste reisen daraufhin ab.
22. Juni 1934: Sprengkörper oberhalb des Kursalons beim Karl Salvator-Sitz explodiert. Hauptverdächtiger Franz Klein. Explosion in der ganzen Stadt zu hören.
24. Juli 1934: Explosion in der Sportgasse (heute Lechnergasse), Mannesmannrohr.
26. Juni 1934: Sprengstoff (3 Kilo) unter dem Brückenkopf des Spullersteges von Kindern gefunden.
6. Juli 1934: Explosion im Garten bei der Trottmann-Mühle (Neustiftgasse 12/14).
8. Juli 1934: Böller im Garten Grabengasse 8 und 12 explodiert, Sachschaden 40 Schilling.
8. Juli 1934: Böller-Explosion in der Weilburgstraße 81-85, kein Schaden, keine Täter.
8. Juli 1934: Alfred Hadwiger, geb. 1912, legt einen Schnürböller unter dem Spieltisch 1 im Kursalon, es kommt nicht zur Explosion. Der Täter wird zu 7 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
13. Juli 1934: Böller unter einer Sitzbank in der Marchetstraße 60.
15. Juli 1934: Schüler findet Sprengkörper im Kurpark.
20. Juli 1934: Schnürböller in der Göschlgasse 24, Sachschaden 10 Schilling, verletzt wird niemand, keine Täter.
26. Juli 1934: Rohrbombe im Vorgarten in der Germergasse 15 (Eigentum Karl Kosmar), Täter unbekannt.
3. August 1934: Kinder finden Böller im Garten der Pension Baden (Rainer-Ring 13), keine Explosion.

### 1935

15. Jänner 1935: Detonation in der Bedürfnisanstalt zwischen Franzensring und Pfarrkirche. Minister Neustädter-Stürmer und Landeshauptmann Baarenfeld weilen zu dieser Zeit in Baden.
10. Mai 1935: Zwei Metallböller explodieren beim Jungvaterland-Heim in der Valeriestraße.
27. Mai 1935: Vor der Wohnung Woisetschlägers in der Marchetstraße explodiert eine Rohrbombe, kein Schaden, keine Täter.
29. Mai 1935: Sprengkörper-Explosion beim Café Fischer (Franz-Josef-Ring 14), Sachschaden 160.30 Schilling.
15. Juni 1935: Am Plateau beim Hotel Bellevue (Welzergasse 33) wird ein Hakenkreuz aufgemalt und ein Böller gezündet, kein Schaden, keine Täter.
19. Juni 1935: Rohrbombe in der Christalnigg-Gasse 9, (Hausbesitzer Dr. Heinrich Lehne). Kein Schaden, keine Täter.
2. Dezember 1935: Sprengkörper-Explosion im Lichthof des Beethovenkinos.
31. Dezember 1935: Wieder ein Böller in der Bedürfnisanstalt Franzensring/Pfarrkirche.
31. Dezember 1935: Mannesmannrohr in der Andreas Hoferzeile 14 explodiert, Teile fliegen sehr weit.

### 1936

1. Jänner 1936: Metallböller Franzensring 43 im Vorgarten des Bezirkshauptmanns Rupprecht.
3. Jänner 1936: Heftige Detonation in der Pelzgasse.
4. Jänner 1936: Starke Detonation am Mitterberg.
12. Jänner 1936: Böllerrfund in der Isabellastraße 7.
18. Jänner 1936: Erneut ein Böller in der Christalniggasse 1 bei Dr. Heinrich Lehne.
18. Jänner 1936: Perolinspritze (zum Sprengkörper umgebaut) im Durchgang Helenenstraße zur Schlossgasse explodiert.
27. Jänner 1936: Eisenrohr in der Renngasse gesprengt.
30. Jänner 1936: Detonation am Sooßerberg (Römerberg) sowie Abbrennen eines Höhenfeuers.
30. Jänner 1936: Explosion in der Wienerstraße/Goethegasse.
30. Jänner 1936: Explosion bei der Faberhöhe, sowie Abbrennen eines Höhenfeuers.

- 30. Jänner 1936: Explosion einer Rohrbombe auf der Auffahrtsrampe des Südbahnhofes.
- 1. Februar 1936: Rohrbombe beim Kaiserhaus gesprengt.
- 2. Februar 1936: Böller im Hofe des Gasthaus „Brandner“ (Wassergasse 31), drinnen befanden sich. jüdische Frontsoldaten bei einem Theaterabend.
- 6. Februar 1936: Böller beim Hotel „Stadt Wien“ (heute Hauptplatz 15-16), legitimistische Veranstaltung.
- 6. Februar 1936: Heftige Explosion im Helenental bei der Alexandrowitsch-Anlage.
- 7. Februar 1936: Eisenböller-Explosion am Josefsplatz.
- 12. Februar 1936: Rohrbombe im Vorgarten des Hauses Kaiser Franz Josef-Ring 29 explodiert.
- 15. Februar 1936: Rohrbomben beim Doblhoffparkeingang und in der Marchetstraße 47 explodiert.
- 21. Februar 1936: Rohrbombe am Wilhelmsring 13 wird zur Explosion gebracht.
- 22. Februar 1936: In der Wassergasse 33 wird eine Böllerexplosion verhindert.
- 23. Februar 1936: Erneut Böller in der Bedürfnisanstalt Franzensring/Pfarrkirche.
- 25. Februar 1936: Sprengkörper-Explosion in der Marchetstraße 3-5.

Weiters kam es noch zu folgenden Anschlägen, die im obigen Bericht nicht erwähnt wurden.

- 23. Jänner 1936: Detonation in der Trostgasse.<sup>858</sup>
- 27. Jänner 1936: Explosion im Bahnhofspark.<sup>859</sup>
- 9. Februar 1936: Explosion in der Gartengasse 6.<sup>860</sup>
- 29. Februar 1936: Böller-Explosion und Böllerrund in der Flamminggasse/Mautner Markhofgasse.<sup>861</sup>
- 2. März 1936: Böllerrund in der Mautner Markhofgasse 25.<sup>862</sup> Ein bereits inhaftierter Verdächtiger ist der Badener Andreas Kratochwill, Koch, geboren 1892.<sup>863</sup>
- 10. März 1936: Böller-Explosion bei der Schießstätte.<sup>864</sup>
- 19. März 1936: Böller-Explosion in der Braitnerstraße 32.<sup>865</sup>

---

<sup>858</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.10.

<sup>859</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.11.

<sup>860</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.31.

<sup>861</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.33.

<sup>862</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.36.

<sup>863</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.35.

<sup>864</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.39.

<sup>865</sup> Vgl. StA B, GB 234/1918-1938/1936, f.51.

# Bibliographie

## Quellen

Stadtarchiv Baden:

StA B, GB 051a.

StA B, GB 234.

StA B, GB/3f und GB/3g – Öffentliche und Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle.

StA B, GB/7d/3/1933-35 (Schulmatriken).

Niederösterreichisches Landesarchiv:

NÖLA, VFNÖ 165.

NÖLA, VFNÖ 171.

NÖLA, VFNÖ 184.

NÖLA, VFNÖ 285.

NÖLA, VFNÖ 286.

NÖLA, VFNÖ 500.

NÖLA, VFNÖ 518.

NÖLA, VFNÖ 576.

NÖLA, Landeshauptmannschaft Niederösterreich, Gruppe XVIII/Stammzahl 311/1938.

Lokalzeitungen:

Badener Volksblatt (BVB), Badener Wacht (BW), Badener Zeitung (BZ), Neue Badener Nachrichten (NBN), Sonntagsglocke.

Jahresberichte der Badener Gymnasien (Frauengasse und Biondegasse) von 1933-1938.

Bezirkshauptmannschaft Baden. Festschrift zur Eröffnung des neuen Amtsgebäudes (Baden 1964).

## Monographien

Clemens ANDREASCH, Illegale politische Aktivitäten in Stadt und Bezirk Baden 1933 – 1938 (Katalogblätter des RollettMuseums Nr.94, Baden 2014).

Kurt BAUER, Hitlers zweiter Putsch. Dollfuß, die Nazis und der 25. Juli 1934 (Wien 2014).

Lucile DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen (Wien Köln Weimar 2014).

Stefan EMINGER, Ernst LANGTHALER, Niederösterreich. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Innsbruck Wien 2013).

Kornelius FLEISCHMANN, Baden 1918 – 1948. 30 Jahre im Spiegel der Badener Zeitung (Baden 1979).

Rudolf GAMAUF, Bitte, damals habe ich gefehlt! BG und BRG Baden, Biondegasse. Eine Schule im Zeitgeschehen von 1861 bis 1988 (Baden o.J.)

Rudolf MAURER, Baden St. Stephan 1312-2012. 700 Jahre Stadtgeschichte (Baden 2012).

Rudolf MAURER, Die Badener Stadtpolizei von 1811 bis 1955. In: 200 Jahre Stadtpolizei Baden 1811-2011, Festschrift

Hans MEISSNER, Josef Kollmann. Bürgermeister von Baden (Baden 2000)

Veronika OELLER, Raum Baden zwischen 1933 bis 1938. Fallbeispiel Baden und Traiskirchen (Möllerdorf) (Diplomarbeit ungedruckt, Wien 2011)

Thomas E. SCHÄRF, Jüdisches Leben in Baden. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Wien 2005).

Emmerich TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933 – 1938 (2. Auflage Wien 2013).

Christoph WIESER, Badens braune Vergangenheit. Der Weg zur Macht (Baden 2004).

Otto WOLKERSTORFER, Josef Kollmann. Politiker der Verständigung. Eine Biographie (Diplomarbeit ungedruckt, Wien 1993).

Dominik ZGIERSKI, Jesus, Marx und Nibelungen. Die politische Lagermentalität der Ersten Republik in Baden bei Wien (Katalogblätter des Rollett-Museums Baden Nr.88, Baden 2013).

## **Sammelbände**

Stefan EMINGER, Ernst LANGTHALER (Hgg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien 2008):

Dirk HÄNISCH, Wahlen und Wahlverhalten in der Ersten Republik.

Christian KLÖSCH, Das „nationale Lager“ in Niederösterreich 1918-1938 und 1945-1996.

Ernst LANGTHALER, Wie aus Dörflern Parteigänger und Patrioten wurden.

Hannes LEIDINGER, Wolfgang MUELLER, Die Christlichsozialen und die Vaterländische Front in Niederösterreich 1918 – 1938.

Martin MÜLLER, Die niederösterreichische Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert.

Josef PRINZ, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918 – 1938.

Roman PFEFFERLE, Politische Kultur in Niederösterreich: Kontinuitäten und Brüche.

Klaus-Dieter MULLEY, „Volksbewegung“ oder „Prätorianergarde“?

Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHANER (Hgg.): Das Werden der Ersten Republik – Band 1. ...der Rest ist Österreich (Wien 2008):

Gerhard BOTZ, Gewaltkonjunkturen, Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Krisen. Formen politischer Gewalt und Gewaltstrategien in der Ersten Republik.

Malachi Haim HACOEN, Kosmopoliten in einer ethnonationalen Zeit? Juden und Österreicher in der Ersten Republik.

Ilse REITER-ZATLOUKAL, Christiane ROTHLÄNDER et al. (Hgg.): Österreich 1933 – 1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime (Wien 2012):

Ilse REITER-ZATLOUKAL, Repressivpolitik und Vermögenskonfiskation.

Ilse REITER-ZATLOUKAL, Christiane ROTHLÄNDER et al., Einleitung.

Christiane ROTHLÄNDER, Die Durchführungspraxis des politisch motivierten Vermögensentzugs in Wien 1933-1938.

Helmut WOHNOUT, Die Verfassung 1934 im Widerstreit der unterschiedlichen Kräfte im Regierungslager.

Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (6. Auflage, Wien, 2012):

Irene BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Der „Christliche Ständestaat“ als Männerstaat? Frauen- und Geschlechterpolitik im Austrofaschismus.

Herbert DACHS, „Austrofaschismus“ und Schule. Ein Instrumentalisierungsversuch.

Wolfgang DUCHKOWITSCH, Umgang mit „Schädlingen“ und „schädlichen Auswüchsen“.

Zur Auslöschung der freien Medienstruktur im „Ständestaat“.

Winfried R. GARSCHA, Nationalsozialisten in Österreich 1933 – 1938.  
Ernst HANISCH, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“.  
Angelika KÖNIGSEDER, Antisemitismus 1933 – 1938.  
Gerhard MELINZ, Fürsorgepolitik(en).  
Wolfgang NEUGEBAUER, Repressionsapparat und -maßnahmen 1933 – 1938.  
Anton STAUDINGER, Austrofaschistische „Österreich“-Ideologie.  
Emmerich TÁLOS, Walter MANOSCHEK, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus.  
Emmerich TÁLOS, Walter MANOSCHEK, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus.

Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien 2013):

Katharina EBNER, Politische Katholizismen in Österreich 1933-1938. Aspekte und Desiderate der Forschungslage.  
Gertrude ENDERLE-BURCEL, Alexandra NEUBAUER-CZETTL, Staat im Umbruch – Forschungslücken zur Geschichte Österreichs der Jahre 1933 bis 1938.  
Paul DVORÁK, Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1930 – 1938.  
Gabriella HAUCH, Vom Androzentrismus in der Geschichtsschreibung. Geschlecht und Politik im autoritären christlichen Ständestaat/„Austrofaschismus“ (1933/34-1938).  
Christian KLÖSCH, Zerrieben zwischen Nationalismus und Austrofaschismus. Landbund und Großdeutsche Volkspartei und das Ende der deutschnationalen Mittelparteien am Beispiel von Franz Winkler und Viktor Mittermann.  
Manfred MUGRAUER, Die KPÖ im Kampf gegen die austrofaschistische Diktatur.  
Thomas PAMMER, Austrofaschismus und Jugend.  
Brigitte PELLAR, Kampf um „die Arbeiterschaft“. Forschungsstand und offene Forschungsfelder zu Politik und Ideologie von Regierungslager und illegaler Opposition 1933 – 1938.  
Ilse REITER-ZATLOUKAL, Verwaltungs- und justizgeschichtliche Forschungsdesiderate 1933 – 1938.  
Hans SCHAFRANEK, Österreichische Nationalsozialisten in der Illegalität 1933-1938.  
Johannes THALER, Legitimismus – Ein unterschätzter Baustein des autoritären Österreich.

## Internet

Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Anhalte-Datenbank, erstellt von Kurt BAUER.

[www.jewishhistorybaden.com](http://www.jewishhistorybaden.com)

# Personen- und Ortsregister

## A

Adler, Eugen: 46  
Alland: 41, 86  
Amon, Leopold: 85  
Andre, Franz: 71  
Anton, Erzherzog von Österreich: 34, 95, 96  
Anton, Leopold: 90

## B

Baar v. Baarenfels, Eduard: 35  
Bachheimer, Rudolf: 90  
Bachzelt, Alexander: 38, 143, 148  
Baczik, Karl: 88  
Baczik, Robert: 88  
Bad Vöslau: 41, 60, 86, 118  
Balzarek, Vilma: 85, 115  
Barocka, Otto: 70, 71  
Baumgartner, Johann: 36, 90  
Bausek, Ernst jun.: 115  
Beck, Alois: 42, 101, 102, 115, 122  
Becker, Mathilde: 130  
Beer, Josef: 85  
Berger, Alois: 101, 102, 115, 140  
Berger, Franz: 43  
Berger, Josef: 87  
Berka, Alexander: 85, 115  
Berlin: 11, 99  
Berndorf: 8, 72, 86, 118  
Bernhofer, Friedrich: 23, 101, 102, 115  
Biegler, Josef: 36, 46  
Billigmann, Heinrich: 90  
Blaschko: 44  
Blosch, Fritz: 75  
Blumau: 14, 41, 86, 89  
Brandl, Rudolf: 42  
Brandstetter, Josef: 70, 71, 75  
Braunstingl: 142  
Breinschmidt, Leopold: 102, 115, 140, 145  
Bruck-Neudorf: 81  
Brueckl, Josef: 130  
Brunn: 99  
Brunner, Eduard: 74  
Brunner, Ludwig: 85  
Buberl, Else: 130  
Bubla, Karl: 43  
Buchbart, Josef: 90  
Buchhart, Johann: 101, 102  
Bulgarien: 11  
Buresch, Karl: 13

## C

Cafourek, Marie: 74  
Capee: 38  
Carlebach, Hartwig: 107  
Choroba, Wilhelm: 130  
Christel, Erich: 46, 115, 128  
Chyna, Alois: 130

Cizek, Karl: 36, 43  
ČSR: 74  
Czeczeli, Karl: 70, 71

## D

Dem, Gustav: 43, 115  
Dengler, Josef: 38, 39, 115, 143, 150  
Deutsches Reich: 74, 113, 135  
Deutschland: 10, 11, 22, 26, 27, 29, 30, 41, 53, 61, 63, 65, 68, 70, 72, 74, 76, 81, 84, 91, 94, 110, 118, 134, 135, 149, 150  
Doblhoff-Dier, Heinrich: 99, 102, 115, 126, 140  
Doblhoff, Felizitas: 126  
Dobner, Franz: 88, 89  
Döhner, Fritz: 85  
Dollak, Fritz: 143  
Dollfuß, Engelbert: 5, 11, 21, 22, 23, 25, 33, 36, 40, 46, 47, 48, 53, 54, 55, 56, 57, 62, 74, 77, 79, 80, 84, 85, 86, 87, 89, 90, 91, 95, 98, 100, 101, 105, 106, 107, 109, 114, 116, 118, 125, 131, 133, 135, 136, 142, 150, 152, 161, 162, 163, 164  
Dollinger, Wilhelm: 84, 85  
Dorner, Johann: 95  
Drescher, Walter: 90  
Duchan, Emilie: 74  
Duschek, Adele: 130  
Dworak, Raimund: 130  
Dworschak, Engelbert: 47

## E

Ecker, Anna: 130  
Ecker, Louise: 102, 122  
Eckert, Franz: 35, 42, 44, 46, 102, 103, 115, 149, 150  
Egger, Anne: 133  
Einöde: 72, 75  
Eisler, Alexander: 102, 122  
Enzesfeld: 60  
Ernstthaler, Hermann: 43  
Exner, Trudo: 36, 43, 122, 125

## F

Fahnler, Leopold: 102, 122  
Fasching, Karl: 133  
Feik, Adolf: 14  
Fekete, Mathilde: 72  
Fenz, Erwin: 90  
Festi, Leopoldine: 72  
Fey, Emil: 152, 159  
Figl, Leopold: 35  
Fischer, Leopold: 36, 42, 86, 90, 130, 143  
Fischer, Rudolf: 140

Fleischberger, Wilhelm jun.: 115  
Födinger, Franz: 70  
Fosl, Leopold: 74  
Freisinger, Anton: 71, 110, 113  
Funder: 90  
Fürstenberg, Fürst Karl Emil von: 95

## G

Gainfarn: 41, 86  
Gall, Elisabeth: 87  
Gazda, Johann: 72, 75  
Gehrer, Georg: 85, 101, 102, 115  
Genf: 11  
Georg, Erzherzog von Österreich: 95  
Gerhold, Hans: 46  
Gersthofer, Ludwig: 114  
Gerstorfer, Ludwig: 37, 42  
Gföllner, Johannes: 93  
Giesser, Alois: 130  
Gleichweit, Karl: 62, 64, 109  
Goeth, Eduard: 130  
Gottesheim, Otmar: 72  
Grasl, Josef: 130  
Graz: 6, 38, 109, 130  
Groisbach: 41  
Groß, Franz: 37, 136  
Grossau: 41  
Groß, Robert: 136  
Gruber, Karl: 140  
Grüner, Karl: 72  
Güde, Rudolf: 130  
Gumpinger: 111  
Günselsdorf: 41, 60  
Gutschreiter, Ernst: 130

## H

Habres, Karl: 140  
Habsburg, Otto von: 95  
Hahn, Julius: 29, 35, 42, 44, 45, 46, 48, 60, 75, 76, 84, 86, 93, 99, 101, 102, 108, 113, 114, 115, 116, 118, 119, 122, 127, 142, 145, 146, 147, 148, 150, 152  
Haidner, Ferdinand: 88  
Hamburger, Fritz: 109  
Hanakamp, Paul: 85  
Harter, Karl: 87  
Härtlein (Baron): 95  
Hascha, Jaro: 140  
Haslinger, Konrad: 64  
Hauer, Josef: 36, 90  
Havel, Robert: 66, 67  
Haydn, Joseph: 113  
Heiligenkreuz: 41, 86, 118  
Heitzer, Josef: 104  
Helmer: 28  
Herimberg, Freiherr Homann von: 95  
Hirtenberg: 37, 74, 88  
Hlavacek, Kurt: 43  
Hochstraße: 41

Hodl, Franz: 43  
Hoffer, Ferdinand: 43  
Höfle, Johann: 131  
Hofmann, Walter: 84, 90  
Höld, Karl: 23, 24, 101, 102, 115  
Holler, Ernst: 115  
Horalik, Heinrich: 58  
Huber: 72, 93, 122  
Huber, Rudolf: 72  
Hübl: 90  
Hunča, Adolf: 95  
Hütter/Hutter, Marie und Aloisia: 110  
Hüttner, Alois: 88

## I

Illchmann, Ernst: 130  
Industrieviertel: 78, 87  
Italien: 11, 41, 45, 53, 56, 119

## J

Jagenbrein, Marie: 85  
Jäger, Margot: 74, 137  
Jäger, Nora: 74  
Jahnel, Fritz: 68, 75  
Janisch, Julius: 102, 122  
Jankowitsch, Karl: 85  
Jugoslawien: 11  
Jukel, Hans: 90  
Just, Elfriede: 130  
Justitz, Siegfried: 54, 85, 88, 148

## K

Kaaserer: 74  
Kahla: 72  
Kaiblinger, Johann: 107  
Kainz, Eduard: 90  
Kaiser, Guido: 149  
Kaisersteinbruch: 81  
Kalla, Theodor: 72  
Kamper, Kamil: 71  
Kanzner oder Kazner, Friedrich: 131  
Karger, Paul: 37, 84  
Karl I., Kaiser von Österreich: 37, 76, 95, 98, 99  
Karplus, Heinrich: 43  
Katzner: 81  
Kaulich, Rosa: 130  
Kerber, Roger: 130  
Kiefhaber-Marzloff, Richard von: 95, 99  
Kieslinger, Willi: 97  
Kimmel: 35  
Kislinger: 81  
Kissling, Hermann: 74, 75  
Klausen-Leopoldsdorf: 41, 45  
Klinger, Alois: 58, 71, 85, 89, 104, 108  
Klinger, Franz: 85, 115  
Klopp-Vogelsang, Freiherr Ernst von: 95  
Klose, Karl: 44, 45  
Kloß, Alfred von: 34, 42, 132  
Kloß, Eleonora von: 34, 42, 132  
Knotzer: 86, 150  
Kober, Otto: 130  
Kobl, Alfred: 46, 146  
Kohlert, Karl: 85

Koll: 46  
Koller, Ignaz: 71  
Kollmann, Josef: 14, 16, 17, 21, 22, 25, 26, 27, 29, 35, 38, 41, 46, 47, 54, 55, 58, 61, 63, 66, 68, 74, 75, 76, 78, 79, 82, 84, 85, 88, 90, 92, 101, 102, 103, 105, 106, 108, 109, 111, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 121, 122, 123, 135, 137, 138, 139, 142, 145, 146, 147, 148, 150, 152, 154, 155, 161, 162, 165

Kottingbrunn: 41, 86  
Kragler, Josef: 87  
Kratochwill, Andreas: 111, 160  
Kraupp, Josef: 46  
Kroboth, Johann: 131  
Kunschak, Leopold: 23, 37, 79  
Kupferschmied, Anton: 130  
Kurtics, Richard: 23, 24, 61, 101, 102, 115

## L

Langer, Alfred: 131  
Langer, Josef: 130  
Langer, Robert: 131  
Lang, Hans: 71  
Leitner, Hugo: 85  
Leitner, Josef: 58  
Leobersdorf: 37, 41, 46, 58, 60, 131  
Leutgeb, Leopold: 30, 42, 78, 86, 94, 113, 136  
Leuthner, Josef: 140  
Liechtenstein, Prinz Johann von und zu: 97  
Löntzinger: 105  
Lorenz, Franz: 140  
Lovrek, August: 98  
Lueger, Karl: 19, 20, 92

## M

Mader, Jean: 43  
Magerl, Karl: 152  
Magerl, Leopold: 72  
Mahr, Rudolf: 90  
Maier, Michael: 88  
Maier, Moritz: 86  
Mainprugg, Weihs-Tihanyi von: 95  
Major Mack: 136  
Malaniuk, Wilhelm: 20, 21, 42, 44, 46, 85, 86, 102, 113, 115, 116, 141, 145, 146, 147, 154, 165  
Malcher, Adolfine: 125  
Martschini, Franz: 130  
Mataja: 6  
Mayer, Johann: 86  
Mayerling: 41  
Mayerl, Leopold: 110  
Mayr, Hans: 43  
Meinhart, Kamillo: 43  
Meixner, Franz: 29, 58, 85, 115  
Meixner, Robert: 148  
Melchart, Hans: 141  
Merschitz, Franz: 71

Merschitz, Johann: 86  
Merzl, Franz: 35, 37, 118, 120  
Metlicska, Alfred: 42, 89, 149  
Michalsky, Franz: 37, 84  
Miklas, Hilde: 130  
Mikunda, Wladimir: 37, 102, 143  
Modena, Fritz: 42, 46  
Mödling: 28, 85, 103, 116, 131  
Möllersdorf: 8, 30, 60, 85, 88, 123  
Monser, Hermine: 130  
Moskau: 11, 30, 87, 99  
Mozart, Wolfgang Amadeus von: 113

## N

Nachtnebel, Theodor: 110  
Napoleon, Bonaparte: 141  
Narosy, Karl: 43  
Natter, Ernst: 72, 74  
Nemetz, Hans: 65  
Nemetz, Robert: 65  
Neunkirchen: 88, 103  
Niederdonau: 104  
Niederösterreich: 8, 16, 17, 20, 25, 32, 34, 35, 41, 50, 54, 58, 60, 61, 63, 74, 75, 84, 87, 88, 97, 109, 129, 136, 137, 139, 143, 144, 154, 161, 162  
Novotny, Otto: 110, 113

## O

Obersteiermark: 87  
Oeynhaus: 41  
Ofel, Erwin: 81  
Opawsky, Franz: 43  
Österreichisch-Ungarische Monarchie: 103

## P

Papen, Franz von: 29  
Parschalk, Margarete: 130  
Parsch, Rudolf: 130  
Paunovic: 128  
Pazeller, Karl: 43, 101, 102, 122  
Pernter, Hans: 149  
Peter, Karl: 93  
Petsche, Josef: 111  
Pfaffstätten: 41, 47, 86, 89, 90, 144  
Pfluger, Franz: 130  
Pfrimer, Walter: 13, 34  
Piestingtal: 116  
Pillhofer, Gustav: 37, 115  
Pilz, Adolf: 35, 76, 84, 90, 103, 136  
Pius XI: 6  
Plechl-Exner, Bertholda: 36, 125  
Pollhammer, Karl: 75  
Polzer-Hoditz, Graf Arthur von: 95, 97, 98  
Popper-Podharagy (Baron): 95  
Portugal: 11  
Prechtl, Josef: 102  
Preußen: 29  
Putz, Richard: 102

## R

Raab, Julius: 34  
Radl, Ernst: 131  
Raisenmarkt: 41, 144  
Rampl, Rudolf: 140  
Ratzenberger, Karl: 64, 72  
Rauch, Anton: 118  
Rauter: 105  
Reder, Karl: 70  
Redl: 144  
Reichert, Wilhelm: 75  
Reichl, August: 108  
Reisner, Karl: 130  
Reither, Josef: 17, 61, 79, 84, 140  
Resnitschek, Georg: 130  
Richter, Ignaz: 130  
Riemer, Paul: 137  
Rogozinski, Lothar: 46  
Rom: 11, 55  
Rosenfeld: 38  
Rosenstein, Louis: 105  
Rosna, Walter: 43, 50  
Rossmann, Karl: 43  
Roth, Erwin: 140  
Rotter, Konrad: 107  
Rumänien: 11  
Virtolog, Carl Rupprecht von: 35, 103, 104, 115, 119, 159  
Virtolog, Lilly Rupprecht von: 126  
Russland: 5, 11, 14, 17, 29, 45, 102, 118, 144

## S

Saint Germain: 11  
Sarabia: 75  
Schabl, Rudolf: 71  
Schabner, Alois: 43  
Schallmayer, Friedrich: 88  
Scheffzig, Franz: 85, 115  
Scheiblauer, Georg: 140  
Schenk, Viktor: 130, 133  
Schilcher, Anton: 23, 24, 102, 115, 122  
Schlick (geb. Baronin Bolfras), Vilma von: 102, 122, 125, 126  
Schmid, Franz: 16, 25, 26, 54, 63, 65, 68, 70, 71, 81, 131, 151, 155  
Schmid, Franz (Elektrikerlehrling): 131  
Schmidt-Exner, Leopoldine: 125  
Schmidt, Robert: 101, 102, 115, 142  
Schober, Johann: 22  
Schön: 75  
Schönau an der Triesting: 41, 86  
Schönburg-Hartenstein, Fürst: 95  
Schreiber, Franz: 22, 37, 57, 102, 146  
Schulz, Franz: 17, 28, 54, 60, 61, 63, 81, 82, 85  
Schumann, Adolf: 130  
Schuschnigg, Kurt von: 5, 21, 22, 35, 36, 37, 39, 53, 54, 56, 74, 77, 86, 87, 89, 91, 93, 95, 97, 101, 108, 109, 114, 116, 118, 119, 125, 131, 135, 136, 138, 142, 150, 162, 163  
Schwabl, Franz: 101, 102, 140

Schwabl, Rudolf: 71, 81  
Schwanke, Franz: 95, 97  
Schwarz, Anton: 85  
Schwarzenberg: 113  
Schwechat: 88  
Schweighofer, Franz: 115  
Seipel, Ignaz: 19, 21, 34, 77, 98, 142, 149  
Seitz, Josef: 130  
Seyk, Adalbert: 23, 101, 102, 115  
Sieber, Heinrich: 30, 68, 70, 71, 81, 99  
Siegenfeld: 41  
Siegmund, Karl: 140  
Sigmund, Rudolf: 42, 144  
Skorpil, Franz: 130  
Slanina, Kornelia: 130  
Slavicek, Franz: 87  
Slovacek, Franz: 88  
Sooß: 41  
Soulek, Stefan: 58  
Spanien: 11, 152  
Spann, Othmar: 6, 10, 22, 53, 100, 134, 139, 140  
Spörk, Franz: 85  
Spörk, Josefine: 126  
Starhemberg, Ernst Rüdiger: 11, 25, 33, 34, 35, 80, 132, 152  
Starhemberg, Fanny: 125, 126  
Stauder, Rudolf jun.: 81  
Steigl, Heinrich: 130  
Stenzenberger, Michael: 72  
Stephan Katzer: 81  
Sticher, Barbara: 126  
Stika, Felix: 11, 13, 28  
Stockhammer, Josef: 68, 75  
Stöckleitner, Hans: 36, 43  
Stoiber, Josef: 78, 116  
St. Pölten: 8, 38  
Strasser, Karl, Johann & Leopold: 90  
Strauß, Hugo: 42, 114  
Stricker, Rudolf: 76, 101, 102, 115  
Strobl, Franz: 130  
Stumpf, Wilhelm: 90  
Sukfüll: 50, 85  
Sulzenbacher, Otto: 60, 61, 64, 75, 101, 102, 122, 130, 132, 146, 147, 149  
Sulz-Stangau: 138, 139

## T

Tattendorf: 41  
Tattenitz (Mähren): 104  
Teesdorf: 41, 45, 60, 86  
Tegetthoff, Wilhelm Freiherr von: 113  
Terzer, Gustav: 110  
Torowsky: 96  
Traiskirchen: 8, 30, 41, 48, 72, 75, 87, 89, 90, 122, 123, 162  
Traumüller, Anton: 90  
Trenner, Franz: 23, 24, 61, 63, 68, 102, 115  
Tribuswinkel: 30, 41, 60, 74, 123, 144  
Triestingtal: 84, 86, 87, 88, 118, 155  
Tulln: 130

## U

UdSSR: 74  
Uhl, Julius: 71  
Ulrich, Therese: 130

## V

Vaugoin, Carl: 19  
Verosta, Josef: 110  
Vogel, Leopold: 87  
Walter von der Vogelweide: 113  
Vogt, Rudolf: 43

## W

Wagenhofer, Johann: 42, 43, 46  
Walentin, Hans: 43  
Warta, Josef: 131  
Weingrill, Johann: 143  
Weiss, Aron: 75, 90  
Werba, Ludwig: 85, 115  
Werkmann, Freiherr Karl von: 98  
Wiesner, Ritter Friedrich von: 97, 98  
Wilfant, Alfons: 75  
Wimmer, Otto: 130  
Winkler, Marie: 140  
Winter, Rudolf: 88  
Wirobisch, Jakob: 74  
Wlasak, Franz: 89  
Wohlfahrt, Georg: 85  
Wohlschlager, Ferdinand: 130  
Woisetschläger, Rudolf: 35, 41, 42, 44, 48, 51, 86, 93, 99, 101, 102, 113, 115, 116, 119, 125, 130, 135, 142, 143, 144, 145, 149, 150  
Wolf, Johann: 90  
Wolkersdorfer, Josef: 115  
Wöllersdorf: 71, 84, 105, 110, 111, 113  
Wr. Neustadt: 8, 32, 37, 62, 75, 87, 88, 103, 110, 116, 118  
Wyklicky, Hanns: 43

## Z

Zagler, Franz: 87  
Zahradka, Georg: 130  
Zeiser, Karl: 74  
Zeißner-Spitzenberg, Freiherr Hans Karl von: 95, 98, 142  
Zisser, Hans: 93



Den Sozialdemokraten galt der Ständestaat stets als eine „schöne Bescherung“ (BW Nr. 49 v. 03.12.1933, S. 12).

# Inhaltsverzeichnis

<b>Das Vorwort zu einer österreichischen Diktatur in Baden ...</b> .....	5
Warum dieses Katalogblatt? .....	8
Quellen.....	8
<b>Vorgeschichte: Stimmungsbild im Spiegel der Badener Lokalzeitungen und Lokalpolitik – 1932 bis zur Ausschaltung des Parlaments am 5. März 1933</b> .....	10
„Die braune Mordpest“ – das Erstarren der NSDAP.....	22
Der gestörte Kurort – Bedrohung von Ruhe und Ordnung.....	26
Der Ausklang des Jahres 1932 sowie das bisschen 1933 .....	29
<b>Die Wehrverbände in Baden</b> .....	34
Die Heimwehren/Heimatschutz/Heimatblock .....	34
Ostmärkische Sturmsharen (OSS) .....	35
Der Freiheitsbund .....	37
Die Vaterländische Front (VF) in Baden bei Wien.....	40
Organisation und Aufbau .....	41
Mitgliedschaft bei der VF .....	47
Zwischen Enthusiasmus und Enttäuschung – Alltag der VF in Baden bei Wien .....	48
<b><i>Faschismus auch in Österreich?</i></b>	
<b>Von der „Selbstausschaltung“ des Parlaments im März 1933 bis zur Mai-Verfassung von 1934</b> .....	53
Reaktionen in Badener Medien sowie auf Gemeinde- und Bezirksebene.....	53
Demontage der gegnerischen Presse .....	56
Repression und Zusammenarbeit: Vorgehen gegen die SDAP bei gleichzeitiger Zusammenarbeit auf Gemeinderatsebene.....	58
„Normale“ Stadtpolitik abseits der Diktatur .....	62
Aktionen gegen die NSDAP .....	63
Vaterländische und Ständische Propaganda im „Heiligen Jahr“ 1933.....	76
Jahreswechsel und das endgültige Aus der Badener Wacht.....	80
Wir waren in Baden in guter Hut – Baden und die Februarkämpfe .....	84
Die endgültige Ausschaltung der Linken Parteien nach den Februarkämpfen.....	86
<b>Antisemitismus im Ständestaat</b> .....	91
<b><i>Wir wollen die Unabhängigkeit Österreichs, wir wollen den Kaiser!</i></b>	
<b>Legitimus in der Kaiserstadt Baden</b> .....	95
Eine geduldete und loyale Opposition.....	97
<b>Die versuchte Etablierung eines Ständestaates</b>	
<b>Maiverfassung 1934 – Juliabkommen 1936</b> .....	100
Aus dem Gemeinderat wird der Gemeindetag. Umgestaltungen, Ergänzungen, personelle Veränderungen in der Gemeinde .....	100
<i>Verehrter Gemeindetag! Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß ist nicht mehr.</i>	
Terroristische Aktivitäten der Nationalsozialisten zwischen 1934 und 1936 in Baden.....	105
Vom Bundeskanzler zum verewigten Heldenkanzler – der Juliputsch und seine Folgen in Baden .....	106
Der Ständestaat in Baden zwischen Theorie und Praxis:	
Legitimierung, Identifikation, Heldengedenken und Opferkult.....	113
Verfassungsrealität im Gemeinderat: Pragmatismus und Willkür .....	115
Zwei neue mediale Akteure: Das Neue BVB und die „Neue Badener Nachrichten“ (NBN)	
Kritik am Regime – Kritik an der Gemeindepolitik .....	116
Verbales Aufbäumen vor dem Juliabkommen: Der Kanzler in Baden .....	118

<i>Das ist keine Plage mehr, das ist eine Seuche ...</i>	
<b>Fürsorgepolitik und „Bettlerunwesen“ im Ständestaat</b> .....	121
Bettler und Landstreicher.....	122
<i>Wir brauchen Mütter, wirkliche Mütterlichkeit!</i>	
<b>Das Frauenbild im Ständestaat</b> .....	125
<b>Die christliche, sittliche und vaterländische Erziehung – Schul- und Jugendpolitik im Ständestaat</b> .....	129
<b>Der stetige Untergang eines unfertigen Gebildes.</b>	
<b>Vom Juliabkommen 1936 bis zum Anschluss März 1938</b> .....	134
<i>Österreich verzeiht.</i> Das Juliabkommen und die Reaktionen in Baden.....	134
Das Ende einer unsicheren Regimestütze. Auflösung der Wehrverbände – Gründung der Frontmiliz .....	136
Kollmann und die Wehrformationen .....	138
<i>Wer hier nicht mitgeht, ist ein schwerer Schädling!</i> Wahlen im Ständestaat .....	139
Wo bleibt der Ständestaat?	
Innenpolitische Querelen und administrative Ineffizienz – Erklärungsversuche und Beschwichtigungen der Machthaber – Beschwörung des vaterländischen Zusammenhaltes! .....	140
Kollmann gegen Malaniuk – das Finale eines Konfliktes .....	145
Untergangsstimmung in der ständestaatlichen Kurstadt Ende 1937 bis zum Anschluss 1938.....	148
<b>Exkurs: Das liebe Vieh!</b> .....	152
<b>Epilog - Wie war es in Baden unter dem Kruckenkreuz?</b> .....	154
<b>Anhang</b> .....	156
<b>Bibliographie</b> .....	161
<b>Personenregister</b> .....	164



Im Jahre 1932 lag der Anschluss noch in „weiter Ferne“. Die BW konnte sich noch Schadensfreude und Sarkasmus erlauben (Oben: BW Nr.46 v. 11.11.1932, S12. Unten: Illegale Nationalsozialisten 1939 (Foto: StA B)).

# Todesanzeige.

Die Vaterländische Front gibt hiemit ihren wenigen Freunden die betäubende Nachricht, daß ihr schwarz=jüdischer Kadaver samt schwarz=gelber Hülle urplötzlich am 11. März 1938 zur Hölle gefahren ist.

Die reale Volks=Seelenmesse findet am 10. April d. J. in allen deutschen Gauen statt.

Land Österreich, 12. März 1938.

Die tiefsitzenden Hinterbliebenen

**Kurt,**  
**Richard,**  
**Ernst Rüdiger**

u. v. a.

Auf Nimmerwiedersehen!

Schmähschrift der Nationalsozialisten auf den untergegangenen Ständestaat in Form eines Partezettels.  
(StA B, GB 051a/1933-1938).

# Hitler, der Retter ist da!



Der deutsche Michel:

„Na, was is, Herr Hitler? Sie hab'n versproch'n mich von diesen Last'n zu befreien!“

Hitler: „Zu dem hab'n wir ka Zeit net! Unsere erste Sorge is die Wiedereinführung der Monarchie!“

Ein Freund, ein guter Freund, das ist das Schönste das es gibt auf der Welt! Ein Freund, auf den man zählt - Und der Dich dann zum Besten hält, das ist das Dümme auf der Welt!“



Das internationale Umfeld Österreichs, der Ständestaat umgeben von „Rettern“ und „Freunden“ (Oben: BW Nr.5 v. 05.02.1933, S.12. Unten: BW Nr.16 v. 31.04.1933, S.12).